Mittwoch, 10. Oktober 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 238 - 41. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 25 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Flick-Ausschuß: Der Flick-Untersuchungsausschuß beschloß auf Antrag der Grünen, sich mit der möglichen Verstrickung des Bundestagspräsidenten Barzel in die Spendenaffäre zu befassen. Hierzu sollen Kanzler Kohl, der CDU-Politiker Biedenkopf, der Unternehmer Henkel, Konzernchef Flick und der frühere Flick-Manager von Brauchitsch gehört werden. (S. 4)

Kernenergie-Zustimmung: Gegen einen Atomenergie-Ausstieg und einen Baustopp für Kernkraftwerke sprach sich der ÖTV-Kongreß in Karlsruhe aus. Der Grund: Tausende von Arbeitsplätzen würden vernichtet. (S. 12)

Kreml-Rüstung: Nach Erkenntnissen der USA baut die Sowjetunion derzeit östlich des Ural ihre SS-20-Stellungen für strategische Raketen vom Typ SS 25 aus. Außerdem würden westlich des Ural SS-20-Regimenter in die Reserve verlegt und 13 neue SS-20-Stellungen installiert. (S. 4)

Glemp-Besuch: Auf Einladung des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, Kardinal Meisner, besucht der polnische Primas Glemp vom 22. bis 24. Oktober Ost-Berlin. Er erwidert eine Polen-Visite Meisners im vergangenen Jahr.

Parteitag: Die britischen Konservativen wollen in dem seit sieben Monaten dauernden Bergarbeiterstreik nicht nachgeben. Auf ihrem Brightoner Parteitag erklärten der Innenminister, der Energieminister und der Parteivorsitzende, man lasse sich nicht in die Knie zwingen. (S. 8)

Truppenverstärkung: Moskau soll nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad in jüngster Zeit seine Truppen in Afghanistan um bis zu 70 000 Mann verstärkt haben. Man versuche, die Grenzen zu Pakistan und Iran gegen Infiltrationen der Befreiungskämpfer abzuriegeln. (S. 10)

Verhaftungen: Um einer neuen Protestwelle zuvorzukommen, ordnete Chiles Militärregime die Verhaftung aller führenden Oppositionspolitiker an. Sie hätten mit der Durchführung der „Protesttage" Anfang September gegen das Staatssicherheitsgesetz verstoßen.

Algerien-Besuch: Mit einem Besuch am 19. Oktober in Algerien, politisch und wirtschaftlich wichtigster Partner Frankreichs im nördlichen Afrika, will Präsident Mitterrand nach der Entscheidung über den Truppenabzug in Tschad wieder Ruhe in der Afrika-Politik Frankreichs demonstrieren. (S. 8)

ZITAT DES TAGES



„Die Grünen sind die letzten, die unseren Bauern wirklich eine Zukunft sichern könnten. Eine Partei, welche die Abschaffung des Grundeigentums fordert, ist in Wirklichkeit bauernfeindlich"

Bauernpräsident Freiherr von Heereman in einem Interview der Zeitschrift „Quick" FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

EG-Agrarausgaben: Um 32,9 Prozent oder 35,2 Milliarden Mark stiegen 1983 die EG-Agrarausgaben gegenüber 1982. Nach einem Bericht des Agrarorientierungs- und -garantiefonds wurde vor allem für Rindfleisch (50 Prozent), Getreide/Reis (33) und Milchprodukte (32) mehr bezahlt. (S. 13)

Bundesobligationen: Die Deutsche Bundesbank senkte innerhalb weniger Tage erneut die Rendite für Bundesobligationen von 7,15 auf 7,05 Prozent.

China-Hilfe: Die von Kanzler Kohl zugesagte 50-Millionen-Mark-Kapitalhilfe für Peking wird von beiden Seiten nur als Einstieg gewertet, zumal ihr Volumen für die chinesischen Projektwünsche (Stahlwerke, Kohlengruben, Binnenschiffahrt, Eisenbahnwesen, Kernkraftwerke) keineswegs ausreicht. Bisher erhielt China von 1980 bis 1984 nur eine technische Hilfe von knapp 100 Millionen Mark. (S. 13)

Börse: Bei insgesamt schleppendem Handel sorgten weitere Auslandskäufe für leichte Kursgewinne. WELT-Aktienindex 156,4 (156,1). Am Rentenmarkt gaben die Kurse nach Gewinnmitnahmen leicht nach. Dollar-Mittelkurs 3,0723 (3,0438) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,25 (341,60) Dollar.

KULTUR

Musik-Festival: Mit perfekten Klang-Dispositionen und starker Ausdruckskraft beeindruckte das Orchester der Jungen Deutschen Philharmonie bei den „13. Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik" im französischen Metz. (S. 23)

Schulfach „Zeitung": In einem Experiment des Zeitungsverleger-Verbandes erfuhren Schüler, daß Zeitungslektüre nicht nur unterhaltsam, sondern dank der Informationen und Kommentare auch gewinnbringend und vorteilhaft ist. (S. 23)

SPORT

Fußball: Der Welt-Fußballverband (FIFA) will jetzt die Vorwürfe gegen Weltmeister Italien untersuchen. Die Italiener sollen das WM-Spiel gegen Kamerun gekauft haben.

Schach: Bei der Weltmeisterschaft in Moskau endete die zehnte Partie zwischen Weltmeister Karpow und Herausforderer Kasparow remis. Karpow führt weiterhin 4:0. (S.11)

AUS ALLER WELT

Adelshandbuch: In einer Neuauflage des 158 Jahre alten englischen Handbuches Burke's Peerage will Herausgeber Brooks-Baker auch die unehelichen Adels-Sprößlinge auflisten. Ungewiß ist das Erscheinungsdatum, da die Zahl der Unehelichen kaum auszumachen ist. (S. 24)

„Aktion Sorgenkind": Seit ihrer Gründung vor 20 Jahren half die „Aktion" Behinderten mit einer Milliarde Mark. Haupteinnahmequellen waren die Sendungen „Vergißmeinnicht" (20 Millionen), „3 x 9" (25 Millionen) und „Der große Preis" mit bisher 771 Millionen Mark.

Wetter: Im Norden Regen, im Süden bewölkt. 14 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Gefahr für Berlin – Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S.2

Bulgarien: Das Attentat von Plowdiw – Ist es nur die Spitze eines Eisbergs? S.3

Afghanistan: Moskau sucht am Hindukusch nur noch die militärische Lösung – Neue Taktik S.6

Ost-West-Lage: Das Sowjetsystem der Zukunft braucht Flexibilität – Von Carl G. Ströhm S.7

Landesbericht Spanien: Der Fall Rumasa oder Test für den Rechtsstaat – Von Rolf Görtz S.8

Medien: Neue Privilegien für den WDR? – „Unternehmensverfassung" für den Sender S.9

Japan: Die Wirtschaft läuft weiter auf Hochtouren – Exporte stützen Konjunktur S.13

Fernsehen: Paul von Lettow-Vorbeck – Tapferer Soldat, aber ein Feind der Republik S.22

Neues vom Film: „Familien-Bande" aus Holland – Die Höllenbrut am heimischen Herd S.23

Julio Iglesias: Start der Welttournee – Schmelz und Schmalz eiskalt serviert S.24

Berlin nimmt diesmal voll am Wirtschaftsaufschwung teil

Mehr und sicherere Arbeitsplätze / Investitionen sind kräftig gestiegen

LEO FISCHER, Berlin

Ein selten günstiges Bild von der wirtschaftlichen Situation in der geteilten Stadt zeichnet der 16. Bericht zur Lage der Berliner Wirtschaft, der in der gestrigen Senatssitzung verabschiedet wurde. Denn anders als in früheren Phasen konjunktureller Belebung hat Berlin diesmal in vollem Umfang am Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen.

Die Investitionen stiegen 1983 mit 13 Prozent sogar deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (zwei Prozent). Und das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs mit 2,6 Prozent schneller als im gesamten Bundesgebiet mit einem Prozent.

Der Regierende Bürgermeister Diepgen wies darauf hin, daß die Entwicklung, vor allem bei der Beschäftigung, deutlich nach oben zeige. Die Arbeitsplatzsituation sei so gut wie seit Jahren nicht mehr: „Die bestehenden Arbeitsplätze sind sicherer geworden, neue sind hinzugekommen."

Er wies darauf hin, daß Berlin vor zwei Jahren unter den Bundesländern zu den Schlußlichtern zählte, mittlerweile jedoch auf Platz fünf liege. Von den zehn Großstädten nördlich Frankfurts stehe Berlin auf dem Arbeitsmarkt am besten da, meinte Diepgen.

Steigende Beschäftigungszahlen in allen Bereichen tragen zu der günstigen Entwicklung bei:

- Im verarbeitenden Gewerbe stieg die Beschäftigtenzahl von Januar bis August 1984 um 1500.
- Das Handwerk erhöhte die Zahl der Beschäftigten um 600 oder 0,5 Prozent (Bund: minus 1,5 Prozent).
- Der Einzelhandel meldet im ersten Halbjahr ein Plus von 0,5 Prozent.
- Das Bauhauptgewerbe verzeichnete 1983 eine Zunahme der Arbeitskräfte um 1,5 Prozent und im ersten Halbjahr 1984 sogar von 1100 Beschäftigten oder plus 3 Prozent.
- Das Gaststättengewerbe kommt im ersten Halbjahr auf ein Plus von 7 Prozent.

SEITE 4:
Solide Finanzen

Die Reform der Berlinförderung, die Strukturprogramme, die zwei Wirtschaftskonferenzen von Dezember 1982 und Juli 1984 haben nach Diepgen nicht nur zu einer atmosphärischen, sondern auch zu einer realen Trendänderung geführt. Daß die Zahl der Existenzgründungen 1983 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel zugenommen hat, bestätigt dieses Resümee.

Der Senator für Wirtschaft und Verkehr, Elmar Pieroth, wies allerdings darauf hin, daß die zu Beginn der 80er Jahre sichtbar gewordenen, aber in den vergangenen 20 Jahren gewachsenen Strukturprobleme der Stadt sich nicht in drei Jahren überwinden ließen.

„Für eine durchgreifende Modernisierung brauchen viele Unternehmen Zeit", erklärte Pieroth. „Diese Zeit", so Pieroth, „ist für die Arbeitsplätze in Berlin entscheidend." Das erste Etappenziel sei nun erreicht. Jetzt komme es unter anderem darauf an, junge Menschen für Berufe auszubilden, die morgen gebraucht würden und die Berlin für den Ausbau zu einem Zentrum für Zukunftsindustrien benötige.

Li zu Kohl: Sowjets unbeweglich

Der chinesische Staatschef begrüßt Ceausescus Festhalten am Besuch in Bonn

HERBERT KREMP, Peking

Bundeskanzler Kohl und der chinesische Staatspräsident Li Xiannian (74) kamen gestern in einem einstündigen Gespräch zu einer übereinstimmenden Bewertung der gegenwärtigen sowjetischen Politik. Wie aus deutscher Quelle zu erfahren war, begrüßte es der Staatspräsident ausdrücklich, daß der rumänische Staatschef Ceausescu sich in der Atmosphäre sowjetischen Gegendrucks zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland entschlossen habe.

Ceausescu habe einen harten Schädel, meinte Li aus seiner Kenntnis der Rumänen, die auch in den Jahren schwerer und offener Spannungen zwischen Moskau und Peking an der freundschaftlichen Beziehung zur Volksrepublik China festgehalten hatten.

Die Äußerungen Lis, der dem Ständigen Ausschuß des Politbüros angehört, bestätigen den Eindruck, daß China sich weiter bemüht, den sowjetisch beeinflußten Ländern Ost- und Mitteleuropas den Rücken zu stärken. So äußerte sich der Staatspräsident dem Vernehmen nach positiv über die ursprüngliche Absicht Honeckers und des bulgarischen Staatschefs Schiwkow, die Bundesrepublik zu besuchen. Die Reisen waren auf sowjetischen Druck hin in letzter Minute abgesagt worden, was nach chinesischer Lesart eine Folge der „hegemonistischen Politik" Moskaus darstellt.

Li bezeichnete die sowjetische Politik als unbeweglich und steif, wie weiter verlautete. Er bezog sich bei diesem Urteil auf die sechsstündigen Gespräche, die der chinesische Außenminister Wu Xuequian zu Beginn der diesjährigen UNO-Sitzung mit seinem Kollegen Gromyko geführt hatte. Der Gedankenaustausch sei ergebnislos verlaufen, da sich die Sowjets den Forderungen Pekings, die Truppen an den Grenzen zu reduzieren, Afghanistan zu räumen und die Hilfe für Vietnam einzustellen, weiter verschlössen.

Es sei im Augenblick schwierig, mit der Sowjetunion zu reden, sagte Li. Die Ansichten und Vorschläge widersprächen einander. Während die eine Seite erkläre, die Sonne scheine und sei groß, meine die andere Seite, die Sonne sei groß und scheine: Man drehe sich im Kreise. Wie weiter verlautete, waren Li und Kohl sich darüber einig, daß es gleichwohl wichtig sei, mit Moskau ins Gespräch zu kommen. Die deutsche Seite hofft für die Zeit nach den amerikanischen Wahlen auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung. Die chinesische Seite bereitet sich auf die fünfte Runde der Konsultationsgespräche mit den Sowjets vor, die in naher Zukunft beginnen soll.

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit waren die Rüstungsbegrenzung und die deutschen Fragen auch Gegenstand einer Unterredung Kohls mit dem Generalsekretär der chinesischen KP, Hu Yaobang (69), am Dienstag nachmittag. Kohl hob, wie bei jeder Gelegenheit, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung hervor.

Vorsichtig erklärte Regierungssprecher Boenisch im Anschluß daran vor Journalisten: „Wir haben nicht schlecht über die Sowjetunion gesprochen."

Seite 13: Peking erwartet Leistungen

Gezielte Walddüngung als Ausweg?

Chemie-Industrie: Nährstoffhaushalt des Bodens wieder ins Lot bringen

HEINZ HECK, Bonn

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) ist gestern in Bonn mit eigenen Vorschlägen zur Rettung des Waldes hervorgetreten: Neben der Verminderung der Luftschadstoffe (vor allem Schwefeldioxid) müsse durch gezielte Walddüngung mit Magnesium, Kalzium und Kalium der Nährstoffhaushalt des Bodens wieder ins Lot gebracht werden, erklärte Manfred Häberle, Vorsitzender des Arbeitskreises Waldschäden im VCI.

Die Verbandsexperten räumen ein, daß es bis heute keine wissenschaftlich fundierte Kausalkette für die gerade in den vergangenen drei Jahren zu beobachtende „absolut erschreckende" Zunahme der Waldschäden gibt. Doch seien neben den klassischen Rauchschäden (Schwefeldioxid) der Nährstoffmangel und die zunehmende Übersäuerung der Waldböden für die Entwicklung verantwortlich. Jahrzehntelang seien lebenswichtiges Magnesium, Kalzium und Kalium durch den Regen ausgewaschen und durch die Bäume selbst dem Boden entzogen worden. Der saure Regen habe diese Situation noch verstärkt. Bereits in den dreißiger Jahren seien jährlich rund drei Millionen Tonnen Schwefeldioxid, also etwa soviel wie heute, emittiert worden. Aber vor allem die Trokkenperioden 1982 und 1983 hätten zum dramatischen Anstieg der Waldschäden beigetragen: Trockenheit und Sonneneinstrahlung trafen einen bereits durch Nährstoffmangel oder Versauerung geschwächten Wald.

In dieser Situation empfiehlt die chemische Industrie die gezielte Walddüngung und testet mit Forstverwaltungen und -wissenschaftlern zur Zeit in Großversuchen an mehr als 20 Standorten, wie man den Waldböden fehlende Nährstoffe, also vor allem Magnesium, Kalzium und Kalium, zuführen kann. Die Kosten einer solchen, zunächst alle fünf Jahre erforderlichen Aktion werden auf 300 bis 1000 Mark je Hektar veranschlagt. Die Chemie wehrt sich gegen den Verdacht, hiermit Umsatz „machen" zu wollen: Ein Umsatzplus von allenfalls 90 Millionen Mark entspreche zum Beispiel 0,06 Prozent des 1984 erwarteten Umsatzes.

Im Gegensatz dazu erfordere die Verminderung der Luftschadstoffe wesentlich mehr Zeit und setze eine rasche Einigung mit den Nachbarn voraus. Die in Europa geplante Senkung um 30 Prozent bis 1993 reiche nicht aus.

Dabei tritt VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Munde der verbreiteten Meinung entgegen, die chemische Industrie gehöre zu den Hauptverursachern von Waldschäden. Nach den Zahlen des Umweltbundesamtes entfallen vom gesamten Schwefeldioxidausstoß der Bundesrepublik nur 4,3 und bei Stickoxiden nur 2,6 Prozent auf die chemische Industrie. Lasse man die Anteile der industrie-eigenen Kraftwerke heraus, ergebe sich für beide Schadstoffe nur noch ein Anteil von je 0,9 Prozent.

Späth will die Japaner übertreffen

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland mit den Energieversorgungsunternehmen des Landes eine verbindliche Vereinbarung zur drastischen Verringerung der Stickoxid-Emissionen getroffen. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) sagte vor der Presse, diese „beispiellose Regelung sehe vor, daß der jährliche Stickoxid-Ausstoß der baden-württembergischen Kraftwerke von gegenwärtig 57 000 Tonnen auf 15 000 Tonnen im Jahre 1990 gesenkt werde".

Dies ist das wichtigste Ergebnis der Tätigkeit einer von Späth eingesetzten Kommission „Minderung von Stickoxid-Emissionen aus Kohlekraftwerken in Baden-Württemberg", deren Abschlußbericht jetzt vorgestellt wurde. Um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, das nach den Worten des Kommissionsvorsitzenden Professor Otto Rentz (Universität Karlsruhe) sogar weltweit an der Spitze steht und japanische Grenzwerte unterschreitet, werden die Energieunternehmen des Landes bis Ende der 80er Jahre 730 Millionen Mark für feuerungstechnische Verbesserungen der Kraftwerke und deren Ausrüstung mit „modernsten Entstickungsanlagen" investieren.

„Zielvorgabe" der Kommission war die Verringerung der Stickoxid-Emissionen auf 200 Milligramm pro Kubikmeter Rauchgas bis 1990. Zum Vergleich: Heute beträgt sie bis zu 2400 Milligramm.

Professor Rentz und Peter Heidinger, Chef der Energieversorgung Schwaben (EVS), rechneten aus, daß durch die neue Regelung die im Bundesgebiet verbindlichen Mindestforderungen „weit übertroffen" würden. Im Vergleich zu den Beschlüssen der Umweltministerkonferenz der Länder vom April diesen Jahres bedeute das neue Abkommen von Stuttgart eine zusätzliche Verringerung von 23 000 Tonnen 1988 und sogar 25 000 Tonnen Stickoxide 1990. Wenn die anderen Bundesländer dem Stuttgarter Beispiel folgen würden, könnten bundesweit 1988 190 000 Tonnen dieses Schadstoffes weniger in die Luft gejagt werden.

Späth erinnerte daran, daß Baden-Württemberg Ende 1983 eine ähnliche Vorreiterrolle bei der Entschwefelung der Kraftwerke gespielt habe. Ein entsprechendes Abkommen mit der Energiewirtschaft sieht vor, daß die SO_2-Abgabe von 87 000 auf 21 000 Tonnen Anfang der 90er Jahre „heruntergefahren" werden soll. Dies ist ein Drittel mehr als nach bundesweiter Regelung obligatorisch.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten." Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

DER KOMMENTAR

Zaudernde FDP

RÜDIGER MONIAC

Die Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Genscher zur Bundeswehr werfen die Frage auf, ob der Koalitionspartner der Union in einer ohnehin schwierigen Phase des Regierens in Bonn die Arena neuen Streites betreten will. Wenige Tage vor der Kabinettsentscheidung über die Zukunftsplanung der Bundeswehr tat Genscher so, als fehlten ihm und den Fachleuten in seiner Partei die entscheidenden Einblicke in eben diesen Stoff, und dies, obwohl Verteidigungsminister Wörner mit Unterstützung des Generalinspekteurs nicht nur ihn, den FDP-Vorsitzenden selbst, sondern auch die weiteren Mitglieder des Parteipräsidiums eingehend über die Bedingungen der künftigen Planung für die Streitkräfte unterrichtet hat.

Darum ist es unerfindlich, warum Genscher bei seinem Auftritt vor Journalisten dermaßen an den Problemen vorbei redete, gerade so, als werde er erst in der am Mittwoch nächster Woche anberaumten Kabinettssitzung über den Rahmen der Planungsvoraussetzungen informiert. Indem Genscher erläuterte, erst müsse es um die Herstellung der Wehrgerechtigkeit gehen, bevor die Koalition eventuell auch die Verlängerung des Wehrdienstes auf einhalb Jahre beschließen könne, vernebelte er die zur Entscheidung anstehenden Fragen. Wenn etwa von 1988 an die Jahrgänge wehrpflichtiger junger Männer stark zu schrumpfen beginnen und die Bundeswehr in den neunziger Jahren die größte Mühe haben wird, überhaupt noch ihren Friedensumfang zu halten, dann geht es nicht mehr um Wehrgerechtigkeit, sondern – umgekehrt – darum, zu erkennen, wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen keinesfalls gezogen werden darf.

Für die Fachleute steht längst fest, daß die Verlängerung des Grundwehrdienstes um drei Monate unbedingt erforderlich ist, um der Bundeswehr – zusammen mit einer Erhöhung des Anteils freiwillig längerdienender Soldaten und mit weiteren Maßnahmen – einen Umfang von wenigstens 450 000 Mann im Friedensbetrieb zu sichern. Spätestens 1989 müssen Rekruten für 18 Monate in die Kasernen einrücken. Dafür müssen schon in dieser Legislaturperiode die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn sich Genschers FDP zur Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr bekennt, muß sie auch unpopuläre Maßnahmen mitverantworten. Alles andere wäre nicht aufrichtig.

Genscher hält Adam-Schwaetzer im Gespräch

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der frühere Regierungspräsident von Düsseldorf, Achim Rohde, hat sich nach dem Verzicht des FDP-Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann auf die Spitzenkandidatur für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen öffentlich bereit erklärt, dieses Amt zu übernehmen. Im WDR äußerte Rohde gestern die Hoffnung, daß schon auf der nächsten Landesvorstandssitzung am kommenden Montag eine Entscheidung getroffen werde. Weiter sprach er sich dafür aus, daß die FDP mit einer Mannschaft an der Spitze, der auch Bundestagsabgeordnete angehören sollten, in den Wahlkampf ziehen sollte.

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher brachte dagegen nach einem entsprechenden Vorstoß der Jungen Liberalen abermals Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer als Spitzenkandidatin ins Gespräch. Solche Aufforderungen würden „auch von anderer Seite noch erfolgen".

Frau Adam-Schwaetzer bekräftigte gestern noch einmal: „Ich habe schon vor Monaten gesagt, ich kandidiere nicht. Dabei bleibe ich." Als weitere mögliche Anwärter nannte Genscher die Bundestagsabgeordneten Dieter-Julius Cronenberg und Karl-Hans Laermann sowie Rohde.

Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt forderte Möllemanns Rücktritt als Staatsminister. Wer wegen finanzieller Affären, so Voigt, nicht mehr gut genug als Spitzenkandidat sei, der solle auch nicht die Bundesrepublik Deutschland im Ausland vertreten.

Verlängerung des Wehrdienstes? Die FDP zögert

rmc./DW. Bonn

Die Freien Demokraten sind auf Distanz zu den Plänen von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) gegangen, die Personalprobleme der Bundeswehr durch eine Verlängerung des Wehrdienstes zu mildern. Der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, brachte den Widerstand seiner Partei persönlich an die Öffentlichkeit. Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate werde von der FDP „auf der Prioritätenliste möglicher Maßnahmen ganz unten gesehen".

Genscher sagte, die Einsatzbereitschaft und die ausreichende konventionelle Stärke der Bundeswehr sei für seine Partei ein wichtiges Ziel, eine Verlängerung des Wehrdienstes werde auch nicht völlig ausgeschlossen. Ob sie aber notwendig sei, müßten erst noch „ausführliche Diskussionen" innerhalb der Koalition ergeben.

Im Vordergrund stehe für die Freien Demokraten die Verbesserung der sogenannten Wehrgerechtigkeit. Der FDP-Vorsitzende wies darauf hin, daß gegenwärtig rund 62 Prozent eines Jahrgangs Wehrdienst leisten, sechs Prozent Ersatzdienst, aber 32 Prozent weder das eine noch das andere.

Vermutungen, daß die gesetzlichen Maßnahmen für die unpopuläre Verlängerung des Wehrdienstes auf die lange Bank geschoben oder erst nach den Bundestagswahlen 1987 getroffen werden sollen, wies der Vizekanzler als abwegig zurück.

USA betonen Verantwortung gegenüber der Türkei

Strategische Bedeutung hervorgehoben / Warnung an Athen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Washington hat seine Beistandspflicht gegenüber der Türkei hervorgehoben. In einer in Brüssel veröffentlichten Rede sagte der Staatssekretär im US-Außenministerium, Burt: „Es darf keinen Zweifel an unserem Versprechen geben, unsere feierliche Verpflichtung gegenüber der Türkei einzulösen, wenn die Sicherheit der Türkei bedroht ist."

Burt hob die Rolle der Türkei in der NATO und der islamischen Welt hervor. Sie sei eine Brücke zwischen Ost und West. Für lange Jahre sei die Türkei der einzige islamische Staat gewesen, der diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielt. Zugleich sei die Türkei Mitglied der Islamischen Konferenz und unterhalte enge Beziehungen zu Pakistan, einem Gegner des sowjetischen Expansionismus. „Die Türkei ist deshalb in der einzigartigen Lage, abschreckend auf Bedrohungen der Stabilität in Südwest-Asien zu wirken."

An den Meerengen von Bosporus und Dardanellen nehme die Türkei eine bedeutende strategische Stellung ein. Zur Verteidigung Westeuropas bestehe strategisch kein Unterschied. Wer die Rolle der Südflanke übersehe, entstelle die globalen strategischen Interessen der Vereinigten Staaten, sagte Burt. In diesem Zusammenhang hob Burt die Bedeutung der Wirtschafts- und Militärhilfe der USA an die Türkei hervor. Seit 1980 habe Washington seine Militärhilfe an die Türkei um das Dreieinhalbfache gesteigert. Inzwischen seien neue wichtige militärische Vereinbarungen zwischen Washington und Ankara getroffen worden.

Mit keinem Wort ging Burt auf das Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei ein. Seit dem Amtsantritt des sozialistischen Premiers Papandreou beobachtet Washington eine zunehmend anti-türkische und anti-amerikanische Kampagne in Athen. Burts Ausführungen wurden in diplomatischen Kreisen als eine indirekte Warnung der USA an Griechenland angesehen, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Klerus und Ökonomie

Von Wilhelm Furler

In den letzten Wochen hat sich die Kritik an der Regierung Thatcher von einer Seite gehäuft, von der dies mnche nicht erwartet hätten: von der Landeskirche, der Church of England. Erst war es der neue Bischof von Durham, Jenkins, der die Regierung wiederholt beschuldigte, für das „Scargill-Phänomen" – die heftigen Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikposten der Bergarbeiter unter ihrem Gewerkschaftsführer Scargill – voll verantwortlich zu sein.

Jetzt ist es kein geringerer als das Oberhaupt der anglikanischen Kirche selbst, Robert Runcie, Erzbischof von Canterbury, der die Regierung Thatcher zu Beginn des Parteitages der Konservativen in einem langen Interview mit der „Times" einer Wirtschaftspolitik beschuldigt, die zu Verzweiflung, *Hoffnungslosigkeit und schießich* zu schlimmen Auswüchsen wie den Gewalttätigkeiten vor den Zechentoren führten.

Spätestens hier geht es an die christliche Wahrheitsliebe. Will der Kirchenführer wirklich behaupten, die konservative Regierung habe die hohe Arbeitslosigkeit bewußt einkalkuliert und unternehme entsprechend nichts, um sie abzubauen?

Es ist eine Frage der Strategie, wie Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden kann. Frau Thatcher und ihre Minister haben sich immer zum Kampf gegen dieses soziale Hauptübel bekannt. Ihr Weg läuft völlig zu Recht über die Wiederherstellung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Über Wirtschaftspolitik läßt sich sehr wohl streiten. Geistliche mögen sich an derart profanen Diskussionen beteiligen – sofern sie etwas von der Materie verstehen. Runcie und seine Bischöfe haben aber ganz offensichtlich nicht verstanden, daß, wer unwirtschaftliche Zechen offenhält, anderen Arbeitsplätze vorenthält.

Überdies ignorieren sie, daß Scargill selber sich dazu bekannt hat, mit manipulierten Streik-Mehrheiten einen Kampf nicht allein um die Aufhebung der Zechenschließungen, sondern um den Sturz der Regierung Thatcher zu führen. Die Anglikaner sind in der Atomdebatte kräftig nach links gerutscht; diese Art von Sozialpolitik aber überzeugt niemanden.

Parteimoral

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Geist Juri Andropows schwebte offenbar über den Wassern der Moskwa, als die „Prawda" ihren neuen Startschuß im Kampf gegen die Korruption abfeuerte. Da wurde die Absetzung eines ersten Vizeministers für Energiewirtschaft namens Pawel Falalejew und seines Stellvertreters Stanislawow wegen „Amtsmißbrauchs" und „grober Verletzung der Parteimoral" bekanntgegeben. Da wurde ferner ein Direktor wegen versuchter Einmischung in das Verfahren und ein weiterer Parteifunktionär wegen „Begünstigung der Verbrecher" aus der KPdSU ausgeschlossen.

Und wenn es in Moskau schon losgeht, dann darf die von der Natur gesegnete Sowjetrepublik Georgien nicht fehlen, in deren levantinischem Klima nicht nur Zitronen, sondern auch Protektionen, Geschäftssinn und tüchtige Vetternwirtschaft gedeihen. Da ist von Kindern hoher Funktionäre die Rede, denen die Eltern „alles erlauben", von einer Generation „apolitischer Egoisten". Sogar eine Petition führender Funktionäre soll es geben, in der die Verschonung von der Todesstrafe für vier Flugzeugentführer beantragt wird – denn die vier waren Kinder angesehener Familien.

Schon seit Jahrzehnten kann man beobachten, wie die Generation der Väter im Sowjetimperium für ihre Söhne und Töchter privilegierte Positionen zu erringen sucht. Familiensinn ist stärker als Ideologie. Zugleich zeigt sich, daß das sowjetische System, in dem ursprünglich alle gleich sein sollten, Korruption und Bevorzugung provoziert. Wo alles zugeteilt wird und Bevorzugung die wichtigste Belohnung (sowie deren Entzug die schlimmste Bestrafung) darstellt, ist die Korruption institutionell eingebaut.

Das Schlimme daran: Alle objektiven Kriterien für Leistung schwinden dahin. Was bleibt, sind die Beziehungen. Jene, die jetzt gegen die Korruption kämpfen, sind selber Teile dieser seltsamen Ordnung. So wird man den Verdacht nicht los, als sei die Korruptionskampagne – die Tschernenko nun nach langem Zögern im Stil seines verstorbenen Vorgängers wieder aufnehmen muß – nichts anderes als eine getarnte politische Auseinandersetzung. Korrupt ist, wer mir im Wege steht; wer im Machtkampf den kürzeren gezogen hat.

Die Absage

Von Evangelos Antonaros

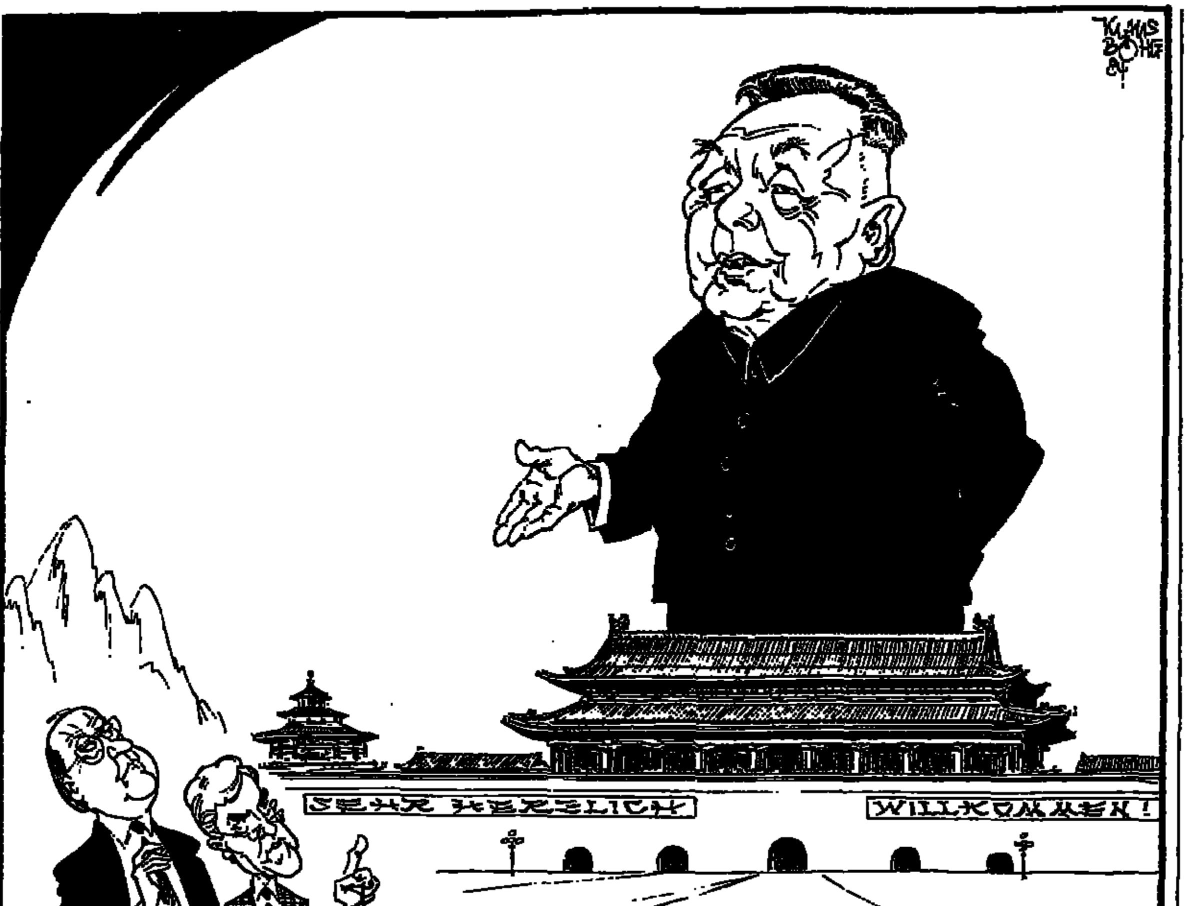
In Athen ist eine politische Bombe geplatzt, die gegen die regierende Pasok-Partei gerichtet war. Der zweimalige frühere Staatsminister Assimakis Fotilas hat jetzt den Brief veröffentlicht, mit dem er Ministerpräsident Andreas Papandreou im Juni seinen Rücktritt als Staatsminister für die Auslandsgriechen erklärt hatte.

Die sechzehnseitige Abrechnung mit seiner bisherigen Partei – Fotilas hat gleichzeitig seinen Austritt bekanntgegeben – enthält zwar keine direkten Angriffe gegen Papandreou. Bei genauerem Lesen fällt allerdings auf, daß Fotilas das Scheitern der Sozialisten doch auf Papandreou zurückführt. Wer sonst könnte dafür verantwortlich sein, daß Konzept- und Programmlosigkeit immer spürbarer würden, daß linkslastige Entgleisungen zur Tagesordnung gehörten und die Glaubwürdigkeit der Regierung stark belasteten, daß innerparteiliche Fehden nicht geschlichtet werden könnten?

Das Fotilas-Schreiben sagt nichts Neues; dennoch stellt es verblüffend deutlich dar, wie realitätsfremd und daher auch gefährlich manche Kräfte in der Regierung denken und handeln. So soll ein Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium dem indischen Botschafter in Athen unmittelbar nach der sozialistischen Regierungsbildung gesagt haben, daß Griechenland in absehbarer Zeit aus der NATO austreten und sich den Blockfreien anschließen werde.

Fotilas wurde übrigens im Januar 1982, damals Staatsminister im Außenministerium, von Papandreou telefonisch entlassen – weil er während einer NATO-Sitzung in Brüssel das polnische Regime kritisiert hatte; Papandreou macht demnächst Jaruzelski seine Aufwartung.

Fotilas gehört nicht zur ersten Garnitur der Athener Sozialisten. Dennoch wird seine Kritik von der Partei als besonders störend empfunden, weil dadurch der Unmut eines ganzen Parteiflügels zum Ausdruck kommt. Der aus einer traditionsreichen Politikerfamilie stammende Kritiker gilt als Mann der gemäßigten Mitte. Ähnlich wie er dürften viele Abgeordnete der Pasok-Partei über die Unberechenbarkeit der Parteispitze und das ständige Umwerben der linken Stimmen denken.



Größer als gedacht KLAUS BÖHLE

Die Gefahr für Berlin

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Man erinnert sich, daß Börner vor der letzten Hessenwahl die Grünen mit der Dachlatte ins demokratische „Aus" prügeln wollte. Nach der Wahl überlegte er es sich anders. *Sein Argument: Die Wähler hätten* entschieden, hätten die Grünen in den Landtag gewählt, und das habe er zu respektieren. Sein Machtinstinkt verdrängte die demokratischen Skrupel. Nach den Kommunalwahlen *in Nordrhein-*Westfalen bediente sich der CDU-Prominente Biedenkopf ungeniert des gleichen Arguments, um zu folgern, daß man mit den Grünen in mancher Sache durchaus zusammenarbeiten könne.

Wenn man bereit ist, die Börner/Biedenkopf-Philosophie vorurteilslos zu prüfen, dann lassen sich folgende Argumente pro und contra vortragen:

1. Pro: Der Wählerwille ist zumindest in der Weise zu achten, daß keine ins Parlament gewählte Gruppe „ausgegrenzt" werden darf. Contra: Das ist ein Scheinargument; denn angenommen, die DKP schaffte den Sprung in die Parlamente, so würde weder Börner seine Minderheitsregierung auf sie stützen, noch wäre Biedenkopf bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten. In den Ländern und Gemeinden stehen vor allem Verwaltungsaufgaben an, die, wenn *es die Möglichkeit der klassischen* Kleinen Koalition nicht gibt, von den beiden großen Parteien gemeinsam wirkungsvoller bewältigt werden können als von einem Erpressungsbündnis der Grünen mit der SPD.

2. Pro: Die Grünen stellen berechtigte Fragen. Es gibt unter ihnen nicht nur Hirnrissige, sondern auch ganz Vernünftige. Deshalb lohnt der Versuch, die Integrierbaren in die *Disziplin verantwortlicher parlamen*tarischer Arbeit zu nehmen und so von den außerparlamentarischen „Chaoten" zu sondern. Contra: Im Stuttgarter Landtag ist der Beweis geführt worden, daß es ein frommer *Wunsch ist, die Grünen näher zur* demokratischen Mitte integrieren zu wollen, und in Hessen ist Börner dabei, die gleiche Erfahrung zu machen.

3. Pro: Man muß die Grünen vor die Gretchenfrage stellen, ob sie be*reit sind, unmittelbare politische* Verantwortung zu übernehmen. Im Saarland will Lafontaine im Falle seines Wahlsieges am 10. März nur dann mit den Grünen zusammenarbeiten, wenn sie Ministerverantwortung auf *sich nehmen. Contra: Lafontaine* betreibt Augenauswischerei, solange er Jo Leinen als Minister-Aspiranten nennt. Leinen ist zwar Initiator und Aushängeschild der „neuen sozialen Bewegung" – von den Bürgerinitiativen bis zur „Friedensbewegung" –, *doch in diesem Zusammenhang* bleibt entscheidend, daß er SPD-Mitglied ist. Wer könnte es rechtfertigen, Grüne zu Ministern zu machen, solange diese „Partei" sich nicht eindeutig zur Verfassung, zu Recht und Gesetz bekennt?

Die Trugschlüsse beginnen damit, daß man die Grünen als „Partei" bezeichnet. Dazu trägt halbwegs das Bild bei, das ihre Bundestagsfraktion bietet. Doch die Bonner Repräsentanz ist von der Basis am weitesten entfernt und deshalb am wenigsten typisch. In Baden-Württemberg hat die Basis nicht zugelassen, daß sich die grünen Abgeordneten im Landtag mehr und mehr wie die Vertreter einer demokratischen Partei benahmen. Auch in Hessen vollzieht sich nach dem Tolerierungspakt mit Börner jetzt die Rückwendung zur Basis. In beiden Bundesländern erweist sich die Basis jedoch nicht als das geordnete Gebilde einer Partei, sondern als „Bewegung". Die Grünen/-Alternativen geben sich nur in dem Maß als Partei, wie es unvermeidlich ist, um an Wahlen teilnehmen zu können; im übrigen entziehen sie sich als sammelbeckenartige „Bewegung" der verpflichtenden Rechtsform einer Partei.

Was es mit dieser „Bewegung" auf sich hat, kann am besten in Berlin studiert werden. Dort treten die vereinten Alternativen und Grünen als die dogmatische Linke auf. Im einzelnen bedeutet das:

– Die AL steuert erklärtermaßen die „deutsche Paktfreiheit" an, also den Neutralismus. Sie sagt 9nein zur Bündnistreue der Bundesregierung zur NATO", fordert den Austritt aus der NATO. Das ist ein Konzept der sowjetische Hegemonie über ganz Europa.

– In Berlin will die AL die westlichen Alliierten ihres Charakters als Schutzmächte entkleiden. Sie sollen ihre Streitkräfte bis auf einen symbolischen Rest abziehen. Würden den Alliierten in solcher Weise ihre originären Rechte entzogen, dann wären die Sowjets ihrem Ziel einer „freien Stadt" sehr nahe.

– Die bisherige Berlin-Förderung will die AL im Sinne eines wirren sozialistischen Wirtschaftsprogramms ummodeln. Unter dem CDU-geführten Senat befindet sich die Berliner Wirtschaft wieder auf gutem Wege. Gewönne die AL Einfluß auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik, so stünde die Stadt über Nacht vor ihrer Existenzfrage.

– Die AL ist in Berlin als die „Partei" der Hausbesetzer aufgetreten. Ihr Rechtsverständnis hat sie demonstriert, indem sie Kunzelmann, den gerichtlich belangten Politclown aus der Zeit der Studentenrevolte, in den Parlamentsausschuß für Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie in den Rechtsausschuß entsandte.

– Die AL praktiziert das imperative Mandat. Ihre Form chaotischer „Basisdemokratie" widerspricht eindeutig der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes.

Es mag genügen. In Berlin erkennt man Politik, Wirtschaft und Gesellschaft deutlicher als anderswo in der Bundesrepublik Deutschland. So viel ist klar: Es wäre eine Katastrophe für Berlin und für Deutschland, wenn die AL als kommunistisch unterwanderte Protestbewegung nach der Wahl am 10. März nächsten Jahres die Geschicke der Stadt beeinflussen könnte.

Damit ist zugleich generell das Entscheidende über die Grünen/-Alternativen in der Bundesrepublik ausgesagt. Der SPD-Vorsitzende Brandt denkt darüber anders; hat er *verdrängt, daß er einst der Regieren*de Bürgermeister von Berlin war?



Probleme eines Erpressungsbündnisses: Grüne (vom Kerschgens, Kern) in Mainhausen FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Mahtar M'Bow

Der zornige Autokrat

Von Gitta Bauer

Wenn in den nächsten Wochen der geschäftsführende Ausschuß der Unesco über Verbesserungen berät, geht es um das Überleben der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen. Denn vom Resultat dieser Beratungen der 51 Länder wird abhängen, ob die USA als mächtigster Geldgeber auch am 1. Januar kommenden Jahres noch zahlendes Mitglied dieses Vereins sein werden. Auf der Tagesordnung stehen Verbesserungen des Einstellungs- und Finanzgebarens, der öffentlichen Information und der Selbsteinschätzung der seit 39 Jahren bestehenden Organisation.

In Wirklichkeit jedoch geht es um etwas, was nicht auf der Agenda steht, nämlich eine Person: die des seit zehn Jahren als Generaldirektor die Organisation und ihre 4300 Bediensteten lenkenden, manche sagen diktatorisch regierenden Senegalesen Amadou Mahtar M'Bow. Denn die Probleme, die die USA, Großbritannien und viele andere Staaten mit der Richtung haben, in die sich die auf die Kultur verpflichtete Organisation politisch entwickelt hat, haben fast ausschließlich mit der Monokratie des ehemaligen Erziehungsministers in Dakar zu tun.

Die einseitige Einstellungspraxis? Die Beförderungen, in deren Genuß nur Beamte der Dritten Welt kommen? Auf dem Tisch des Generaldirektors stapeln sich Bewerbungs- und Bewertungsunterlagen. Die mangelnde Aufsicht über die Finanzen? M'Bow hat fast jede Empfehlung der Finanzprüfer mißachtet. *Die Höhe* der Personalkosten? Auf M'Bows Anweisung beschäftigt die Unesco zusätzlich zum Personal über 2000 Fachleute in beratenden Funktionen, während 200 Planstellen unbesetzt blieben. Die Verwendung von Mitteln, zu denen die USA ein Viertel beitragen? Es gibt weder eine Erfolgskontrolle noch eine Übersicht über die Zweckmäßigkeit von Programmen. Warum? Weil M'Bow bei *Kritik in Wutanfälle ausbricht.*

Bedrückender aber als die heillose Bürokratie, zu der die Behörde an der Pariser Place de Fontenoy gewuchert ist, wird die politische Richtung empfunden, die die Unesco unter M'Bow eingeschlagen hat. Das begann 1978 mit einem von Fachleuten erstellten Bericht über die Schulsituation in dem von Israel besetzten Westjordanland, der zu positiv für Israel ausfiel und deshalb von dem Senegalesen unterdrückt und bei einer mehr voreingenommenen Kommission erneut bestellt wurde, die dann auch die gewünschte Verdammung lieferte.



Staatskontrolle über die Medien: M'Bow FOTO: CAMERA PRESS

Das setzte sich fort in dem unablässigen Streben des Generaldirektors, der freien Presse das Zwangskorsett einer „neuen Weltinformationsordnung" anzupassen, unter dem Vorwand besserer, sprich regierungsgelenkter Berichterstattung über die Dritte Welt und der Abwehr an der „kulturellen Aggression" westlicher Medien. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende, der rundliche, heute 63jährige Absolvent der Sorbonne hat das Handtuch noch nicht geworfen. Im Gegenteil: M'Bow hat bereits wissen lassen, daß er an einen Rücktritt nicht denkt. Wer trennt sich schon gern von einem mit einer sechsstelligen Dollarsumme dotierten Posten, zu dem überdies ein mietfreies Penthouse mit Terrasse in Eiffelturmnähe gehört? Dennoch muß der Stein des Anstoßes sich bewegen. Wie die amerikanische Unesco-Botschafterin Jean Gerard sagte: „Wir dürfen nicht drin bleiben und uns zu Komplizen (einer Staatskontrolle) machen lassen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest Zeitung

In dem Oldenburger Blatt wird der Gorlebener Transport kommentiert:

Daß sich der „Tag X" als ein Tag wie jeder andere entpuppte, ist der Vorsicht der Verantwortlichen zu verdanken und nicht etwa einer späten Einsicht auf der anderen Seite. Die – vielleicht verständliche – Angst in der Bevölkerung vor einem atomaren Unglück sollte einmal mehr als Vehikel für Aktionen gegen Recht und Staat dienen. Wie sonst ist die Untergrund-Strategie zu verstehen, die sich gegen mittlerweile „normale" Transporte radioaktiver Abfälle richtet? Nuklear-Müll wird nicht erst seit gestern über Straßen und Schienen geführt ... Für solche Transporte gibt es präzise behördliche Auflagen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Das Blatt zieht das Fazit der Frankfurter Buchmesse:

Daß Frankfurt allerdings ein Forum der geistigen Aufklärung von heute sei, wird man – vielleicht abgesehen *von manchen Paulskirchen*-Beiträgen – ... kaum sagen können. Denn unsere vielgepriesene Liberalität – wir sprechen jetzt von der deutschen Verlagsproduktion – „beglückt" uns mit einem unvorstellba*ren Sammelsurium von zweifelhaften* Geistesprodukten, das die Buchmesse nicht erst in diesem Jahr allerdings *zu einem Krambauchladen von* „Aufklärung", Gegenaufklärung, Mystifikation, Kitsch und Schund gemacht hat.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung kommentiert die Vorwürfe gegen den Bundestagspräsidenten:

Ziemlich zweifelsfrei ist, daß Barzel zumindest von 1973 bis 1977 die Steuergesetzgebung nicht im Interesse Flicks beeinflußt haben kann. Denn 1973 war der Politiker am Tiefpunkt seiner Karriere angekommen. Auf Jahre hinaus war sein Einfluß auf die Politik gering, möglicherweise gleich Null. Zwischen 1977 und 1979 freilich war Barzel Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses. Wie auch immer: Schnelle Aufklärung ist erforderlich. Barzel muß, sobald er aus Spanien zurück ist, dafür sorgen, daß keine Zweifel und keine Fragen bleiber

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt überlegt zu Möllemann:

Kann Jürgen Möllemann sein hohes Bonner Amt behalten, nachdem er als FDP-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen nicht mehr akzeptabel ist? Vielleicht ist es noch verfrüht, gleichwohl nicht unbedingt abwegig, *über diesen Zusammenhang* nachzudenken.

Moçambiques Rebellen sind verbittert über Südafrika

Der „ehrliche Makler" gilt eher als unehrlicher Partner / Von Monika Germani

Südafrika sieht sich seit der Ankündigung von Verhandlungen zwischen der Regierung und der anti-kommunistischen Widerstandsbewegung in Moçambique um Waffenstillstand und eventuellen Frieden in der Rolle des „ehrlichen Maklers". Außenminister Roelof Bothas Angebot, eine Friedenstruppe nach Moçambique zu senden, wurde freilich von beiden Verhandlungspartnern umgehend zurückgewiesen. Doch dann erklärte ein Sprecher der Rebellen in Lissabon, Südafrika habe Truppen und Hubschrauber zum Schutz des Kraftwerkes Cabora Bassa nach Moçambique geschickt.

Außenminister Botha hatte in dem Gespräch mit Journalisten zugegeben, daß beim Abschluß des Nkomati-Vertrages die Möglichkeit einer Intensivierung der Rebellentätigkeit innerhalb Moçambiques übersehen worden war. Trotz der Einstellung der südafrikanischen Militärhilfe trug die Renamo Kämpfe vor die Tore der Hauptstadt. Die Straßen ins benachbarte Swaziland und nach Südafrika sind praktisch nicht mehr sicher, die erhofften Stromlieferungen aus Cabora Bassa wurden durch Sabotage zunichte gemacht.

Die offizielle moçambiquanische Nachrichtenagentur AIM wiederum meldet laufend Erfolge der Regierungstruppen: zerstörte Guerilla-Basen, erbeutete Waffen und Radioausrüstungen; sechsundsechzig Rebellen seien kürzlich in dem Lager Matongomane, zwanzig Kilometer von der südafrikanischen *Grenze entfernt, getötet worden.* Eine echte Waffenruhe scheint demnach noch in weiter Ferne zu liegen, im Gegensatz zu den optimistischen Verlautbarungen aus Pretoria, wonach die Verhandlungen in ein kritisches Stadium getreten seien: Man verhandle über eine Amnestie für die Renamo.

Über die beiden Widerstandsbewegungen in Moçambique ist im Westen wenig bekannt. Die Organisation des Nordens nennt sich RNM. Sie wurde gleich nach der Machtübernahme durch die kommunistische Frelimo 1975 gegründet. Nur über Umwege gelangen vereinzelte Journalisten zu den im Busch lebenden Rebellen. Anfang 1983 erfuhr man, daß diese die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen hätten und einen erfolgreichen Kampf gegen die marodierenden Frelimo-Truppen führten. Die Anschläge auf die Stromleitungen von Cabora Bassa und die Öltanks in der Hafenstadt Beira waren von ihnen verübt worden. Waffen erhielten sie aus Südafrika und ande*ren, ungenannten, Ländern.* Seit März dieses Jahres sind jedoch die Quellen in Südafrika versiegt.

Die Resistencia Nacional de Moçambique (Renamo) ist demgegenüber von Südafrika voll unterstützt worden. Es ist kaum ein Geheimnis, daß auf einer Farm bei Pretoria ein Ausbildungslager für die Renamo bestand. Dort wurde unter bis heute nicht geklärten Umständen der ehemalige Führer der Guerillas, Orlando Christina, im März 1983 erschossen. Gemeinsam ist beiden Gruppen nun das Gefühl absoluter Bitterkeit und Hilflosigkeit gegenüber dem ehemaligen Verbündeten. Man versteht nicht, daß das anti-kommunistische Südafrika mit einer marxistischen Regierung Machel verhandelt. Damit halte es die wirtschaftlich und politisch bankrotte Regierung in Maputo *an der Macht. Ebenso un*verständlich sei, daß südafrikanische Soldaten nun auf Befehl ihrer Regierung auf die ehemaligen Verbündeten schießen werden. Unter diesen Umständen könne *Südafrika künftig* der Forderung kaum ausweichen, mit dem kommunistischen ANC – dessen weißer Chefstratege Joe Slovo nach Maputo zurückgekehrt ist – zu verhandeln.

Allerdings glauben die Rebellen in Moçambique, daß in Südafrika eine breite Kluft zwischen den Interessen des Außenministeriums und der Armee bestehe. Machel, der noch zu Beginn des Jahres der Katastrophe entgegensteuerte, sei von den Briten, den USA und Südafrika gerettet worden. Doch handle es sich hier um keine dauerhafte Lösung, da die Bevölkerung von *Moçambique von dem marxisti*schen Regime enttäuscht sei. Machel müsse sich mit Sicherheitsagenten aus dem Ostblock umgeben, die ihn vor den Moçambiquanern schützen.

Südafrika habe Druck auf das befreundete Malawi ausgeübt, damit es moçambiquanische Rebellen ausliefere. Diese seien nach ihrer Rückkehr erschossen worden. Frelimo habe in den letzten Jahren Tausende von Rebellen umgebracht und stelle damit jede Verhandlungsbasis über eine Amnestie von vornherein in Frage. Südafrika schütze ein Regime an seinen eigenen Grenzen, das ununterbrochen russische Waffen und Kriegsmaterial im Hafen von Nacala geliefert bekomme. Kurz: ob die südafrikanische Rechnung aufgeht, mit den Kommunisten gegen die Antikommunisten zu gehen und dadurch Entlastung zu gewinnen, scheint zweifelhaft; Prestige hat sie auf alle Fälle gekostet.

Das Attentat von Plowdiw – die Spitze eines Eisbergs?

Bulgarien scheint ein Muster an sozialistischen Tugenden zu sein. Aber es häufen sich Zwischenfälle, die Zweifel an der Idylle nähren. Verbirgt sich hinter dem Attentat in der Messestadt Plowdiw politischer Sprengstoff?

Von CARL G. STRÖHM

Die Explosion, die sich auf dem Bahnhof der bulgarischen Stadt Plowdiw kurz vor dem diesjährigen Befreiungsjubiläum vom 9. September und vor dem Eintreffen einer Sonderzuges mit Partei- und Staatschef Todor Schiwkow ereignete, bleibt auch nach einem Monat noch ungeklärt. Gerüchte in Bulgarien wollten von zahlreichen Todesopfern wissen. Man munkelte von ähnlichen Explosionen, die sich in den Schwarzmeerhäfen Varna und Burgas, ja sogar in der Hauptstadt Sofia zugetragen haben sollen. Die Behörden beschränkten sich auf die Version, *„gewöhnliche Kriminelle"* hätten auf dem Bahnhof von Plowdiw eine Detonation ausgelöst.

Nun ist Plowdiw nicht irgendeine Stadt, sondern das internationale bulgarische Messezentrum. Wer die Aufmerksamkeit etwa des Auslandes auf sich lenken will, hat hier mehr Chancen, als wenn er etwas in der abgelegenen bulgarischen Provinz unternimmt. Und schließlich: „Gewöhnliche Kriminelle" verfolgen mit ihren Aktionen ein gewisses eigennütziges Ziel, sei es, daß sie eine Bank überfallen oder einen Raubmord begehen. Welchen Nutzen hätten solche Kriminellen davon, auf einem Bahnhof eine Bombe zu zünden? Und wie kommen sie in einem Polizeistaat wie Bulgarien überhaupt zu Sprengstoff?

Die Sofioter Behörden haben offenbar eine totale Nachrichtensperre im Zusammenhang mit dem Bahnhofs-Attentat – und möglicherweise anderen ähnlichen Attentaten – verhängt. Gemunkelt wird allerdings, *die türkische nationale Minderheit in* Bulgarien habe auf diese Weise gegen die gewaltsame Bulgarisierung, etwa ihrer Familiennamen, protestieren wollen. Doch auch diese Version läßt zumindest Zweifel aufkommen. Die bulgarische Nationalitätenpolitik gegenüber der türkischen Volksgruppe ist seit mehreren Jahrzehnten konstant. Warum sollten also die „bulgarischen" Türken gerade jetzt gegen etwas protestieren, das seit langem unverändert ist.

Bulgarien präsentiert sich heute als „Musterland" des realen Sozialismus – ein fleißiges, ruhiges Volk, ein Regime, das der Sowjetunion „auf ewige Zeiten" ergeben ist, eine nationale Geschichte, die sich auf prorussischen und, so folgert man, auch auf prosowjetische Gefühle gründet. Die Bulgaren wurden von den Deutschen gerne als „Preußen des Balkans" bezeichnet, von den Russen als „kleinere slawische Brüder" gelobt.

Dennoch – die bulgarische Geschichte ist, trotz der letzten äußerlich ruhigen Jahrzehnte, alles andere als eine Idylle gewesen. Das bulgarische Volk wurde gerade nach der Befreiung vom Türkenjoch 1878 von schweren inneren Auseinandersetzungen heimgesucht. Auch die heute historisch verklärte „ewige Dankbarkeit" der kleinen südslawischen Nation gegenüber dem großen russischen Bruder – Sofia ist die einzige kommunistische Hauptstadt, in deren Zentrum das Denkmal eines russischen Zaren, des „Zar-Befreiers" Alexander II., steht – war keineswegs eine ewige. Vor dem Ersten Weltkrieg etwa gab es Zeiten, in denen Bulgarien die Beziehungen zu Rußland wegen ständiger russischer Einmischungsversuche in die bulgarische Politik abbrach. Dankbarkeit ist in der Politik stets eine unsichere Größe. Sie kann unter gewissen Umständen auch in ihr Gegenteil umschlagen.

Festzuhalten bleibt, daß Bulgarien in beiden Weltkriegen nicht auf der russischen oder sowjetischen Seite kämpfte und daß sich in Sofia der Frontwechsel 1944 erst vollzog, als die Niederlage des deutschen Verbündeten außer jedem Zweifel stand und die Sowjets bereits den Einmarsch ins Land begonnen hatten. Vorher hatten die bulgarischen Kommunisten – eine damals kleine, aber sehr aktive Minderheit – ihre politischen Ziele mit Aktionen verfolgt, die durchaus der „kriminellen Tat" vom Bahnhof Plowdiw ähnlich sehen: nämlich mit Bombenanschlägen.

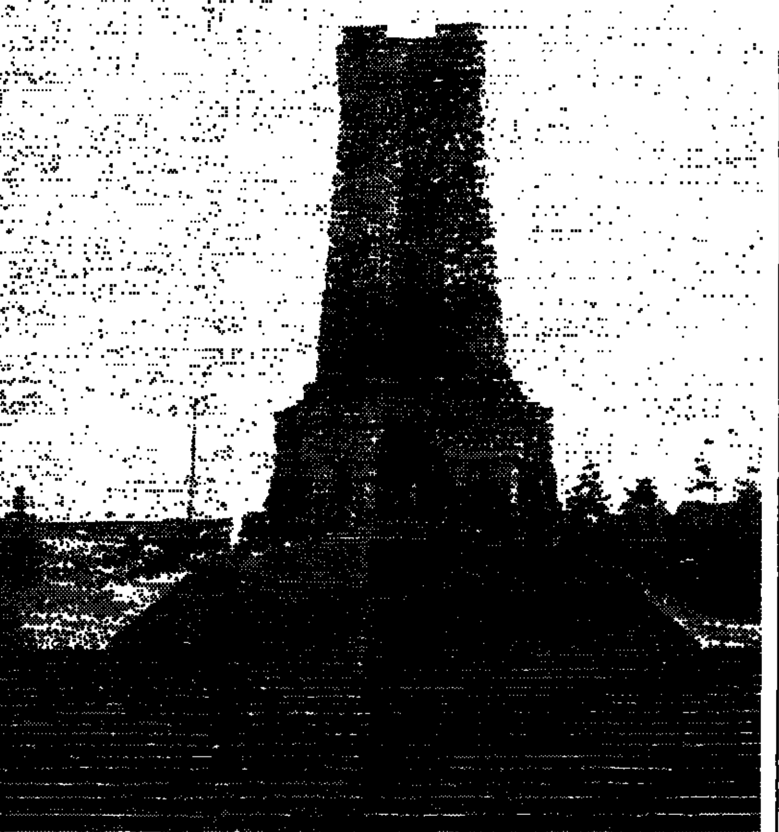
Größte Aktion dieser Art war das Attentat in der Sveta-Nedelja-Kirche von Sofia im Jahre 1925. Hier hatten die Kommunisten den Fußboden des Gotteshauses unterminiert, um bei einem feierlichen Gottesdienst den bulgarischen Zaren, die Mitglieder des Königshauses und die gesamte Regierung in die Luft zu sprengen. Es kam zur Explosion, es gab zahlreiche Tote – nur der Zar und die wichtigsten Politiker, gegen die sich der Anschlag richtete, waren nicht anwesend.

Das Attentat in der Sveta-Nedelja wurde zum Musterbeispiel für kommunistischen Terrorismus. In gewissem Sinne schloß sich diese Praxis an die Tradition der Türkenzeit an. Auch damals hatten Freischärler – heute würde man sie „Partisanen" nennen – mit Anschlägen und Sabotageakten auf die Fremdherrschaft reagiert. Nach der Befreiung von den Türken übertrug sich diese Methode des Kampfes auf die innenpolitische Auseinandersetzung.

Vor und nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Bulgarien ein Geheimbund besonders aktiv: die „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation" *(IMRO). Sie kämpfte für den* Anschluß des von Serbien beziehungsweise Jugoslawien annektierten mazedonischen Gebiets an Bulgarien, teils auch für eine mazedonische Autonomie. Zahlreiche Attentate in Jugoslawien gehen auf ihr Konto. Ihre prominentesten Opfer waren der jugoslawische König Alexander und der damalige französische Außenminister Barthou, die beide 1934 in Marseille bei einem von IMRO-Leuten und kroatischen Ustascha-Nationalisten gemeinsam vorbereiteten Attentat erschossen wurden.

Von der IMRO gingen damals Verbindungslinien nach links und rechts, zu den Kommunisten (und zur Sowjetunion) ebenso wie zum italienischen Faschismus und viel später auch zum deutschen Nationalsozialismus. Aber auch die Komintern (Kommunistische Internationale) war mit eingeschaltet. So unterschiedlich die ideologischen Ziele waren – gemeinsam blieb den Revolutionären die *Vorstellung, daß sich politische Ziele* mit Gewalt verwirklichen ließen.

Dieser Auffassung schlossen sich auch die bulgarischen Kommunisten an, die in gewissem Sinne die Tradition der Geheimbünde für sich weiterführten. Übrigens ist das beim großen sowjetischen Bruder nicht viel anders: Auch die KPdSU hat bis heute immer noch gewisse Elemente einer „Geheimorganisation" an sich – eine Eigenschaft, die auf die Zarenzeit zurückgeht.



Die nationale Pilgerstätte: Das Denkmal auf dem Schipka-Paß, wo 1878 die Türken von Russen und Bulgaren zurückgeschlagen wurden

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Die kommunistische Herrschaft in Bulgarien begann 1944 mit einem Massenterror, erst gegen die soge*nannten Faschisten und Monarchi*sten, dann gegen die antifaschistische demokratische Opposition (Hinrichtung des Bauernführers Nikola Petkow 1947). Schließlich fraß die Revolution auch in Sofia ihre eigenen Kinder: Traitscho Kostow, Politbüromitglied und einer der prominentesten bulgarischen Kommunisten, der Folterungen und Haft der *königlichen* Polizei standgehalten hatte, wurde als „Titoist" 1949 vor Gericht gestellt und hingerichtet.

Aus diesen schweren inneren Konflikten ging das heutige kommunistische Bulgarien hervor. Selbst unter der Führung Todor Schiwkows, die *nun schon seit 1954 andauert, gab es* immer wieder Machtkämpfe: einmal mit den Stalinisten Tscherwenkow und Jugow (letzterer wurde neulich rehabilitiert und wieder in die KP aufgenommen), dann aber 1965 auch gegen eine nationalkommunistische Gruppierung. Es heißt sogar, damals, vor 19 Jahren, solle es einen Staatsstreichsversuch kommunistischer Militärs gegeben haben.

In jüngster Zeit versuchte Ludmilla Schiwkowa, die Tochter des Parteichefs, das bulgarische Nationalgefühl zu mobilisieren. Sie huldigte zugleich einem für kommunistische Verhält*nisse seltsam anmutenden nationalen* Mystizismus, der bei den 1200-Jahr-Feiern des bulgarischen Staates deutlich zum Ausdruck kam. Ludmilla Schiwkowa starb unerwartet knapp vierzigjährig. Dann war da der seltsame Regenschirm-Mord, dem in London der bulgarische Emigrant Markow – ein abgesprungener Günstling des kommunistischen Regimes – zum Opfer fiel. Und da waren das Papst-Attentat sowie die Behauptung des türkischen Attentäters, der bulgarische Geheimdienst habe ihn angestiftet. Schließlich behaupteten die Amerikaner kürzlich, Bulgarien dulde den Transit von Rauschgift aus dem Nahen Osten nach Westeuropa (obwohl bulgarische Zollbeamte in den USA als Rauschgift-Spezialisten geschult worden sind).

Das scheinbar idyllische Bulgarien birgt einige unbeantwortbare Fragen. Das Attentat von Plowdiw erscheint so möglicherweise als Spitze eines Eisberges.

Der „fremde Onkel" ist meist ein guter Bekannter

Eine Studie des BKA über Sexualstraftaten an Kindern beweist: Je näher die Beziehungen zwischen Täter und Opfer, desto intensiver und für das Opfer gefährlicher ist die Tat.

Von JOACHIM NEANDER

Im Umgang mit den Sexualstraftaten, bei der Verfolgung der Täter und der Behandlung der Opfer muß einiges neu durchdacht werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte Studie des Kriminalistischen Instituts beim Bundeskriminalamt (BKA). Sie enthält als Fazit unter anderem den höchst provozierend klingenden Satz: „Die Warnung vor dem fremden Onkel ist wenig sinnvoll; angebracht wäre eher die Warnung vor dem echten Onkel, dem Vater, dem Freund ..."

Auch wenn man sich vor allem bei den Folgerungen der Studie des Eindrucks nicht ganz erwehren kann, als solle nun endlich auch das BKA seinen Pflichtbeitrag zum Gedeihen des Zeitgeistes leisten – die Zahlen der gründlichen Untersuchungen bleiben interessant. Ziel der Studie war es *herauszufinden, wie sich bestimmte* Delikte auf bestimmte Täter- und Opfergruppen verteilen, welchen Fortgang eine Strafanzeige nimmt und vor allem, welche Schäden langfristig beim Opfer festzustellen sind. Material waren 8058 bei der Polizei angezeigte Sexualdelikte in Niedersachsen. Nur 131 Fälle endeten mit einer gerichtlichen Verurteilung der Täter.

Von den drei in der Kriminalstatistik unterschiedenen Deliktgruppen entfallen auf exhibitionistische Handlungen 24 Prozent, auf den sexuellen Mißbrauch von Kindern (z. B. gegenseitige Manipulationen) 35 Prozent und auf sexuelle Gewaltdelikte 22 Prozent.

Untersucht man die Beziehung zwischen Täter und Opfer, so ergeben sich zwischen den Gruppen jedoch gravierende Unterschiede. Von den ermittelten Exhibitionisten waren 93 Prozent ihren Opfern vorher vollkommen fremd oder nur sehr flüchtig bekannt. Beim sexuellen Mißbrauch und bei den *Gewaltdelikten* trifft dies hingegen nur noch auf etwas über 46 Prozent der Fälle zu.

Zieht man bei den sogenannten Gewaltdelikten außerdem alle Fälle ab, in denen mit Gewalt nur gedroht wurde, dann ergibt sich für den Bereich der tatsächlichen Gewaltanwendung ein erschreckendes Bild: 59,8 Prozent der Täter waren mit ihrem Opfer verwandt, weitere 31 Prozent gut bekannt (Nachbar, Freund des Hauses oder sogar Lehrer) und nur 9,2 Prozent unbekannt. Da sich fast 75 Prozent der mit einer Verurteilung endenden, also schwereren Fällen in der Wohnung entweder des Täters oder des Opfers abspielten, kommt die Studie zu dem Schluß: Je näher die Beziehungen zwischen Täter und Opfer, desto intensiver und für das Opfer gefährlicher ist die Tat.

Außerdem zeigt sich, daß Gewalt vor allem von jüngeren Männern (zwischen 25 und 35 Jahren) vor allem gegen relativ ältere Mädchen (zwischen 14 und 20 Jahren) angewandt wird. Bei gleichgeschlechtlichen Kontakten (insgesamt 10 bis 15 Prozent der Fälle) dagegen verliefen die Taten ausschließlich ohne Anwendung von Gewalt.

Das Verhalten der Opfer und ihrer Angehörigen *nach der Tat scheint* nicht ganz dazu zu passen. Im Durchschnitt aller Fälle wird die Entscheidung darüber, ob man Anzeige bei der Polizei erstattet, in 26,4 Prozent der Fälle von der Mutter des Opfers, in 23,6 Prozent vom Vater, aber nur in 8,3 Prozent vom Opfer selbst getroffen. Dort aber, wo Gewalt im Spiel war, entschließen sich sogar 32,4 Prozent der Opfer selber zur Anzeige.

Der Autor Michael Baurmann schließt aus diesen Zahlen, daß vor allem bei Exhibitionismus die Empörung der Angehörigen groß ist und die Tatsache, daß es sich in der Regel um einen fremden Täter handelt, ihnen den Entschluß zur Strafanzeige erleichtert. Dort jedoch, wo Verwandte oder Bekannte die Täter waren, wachsen bei den Angehörigen die Skrupel – auch dann, wenn das Delikt relativ schwer ist.

Besonderes Gewicht legt die Untersuchung auf die Folgen für das Opfer der Sexualdelikte. Einige Zahlen: *Fast 90 Prozent der Opfer sind* Mädchen oder Frauen. Etwa 50 Prozent verhielten sich bei der Tat (wohlgemerkt sind darin auch die Fälle von Exhibitionismus enthalten) passiv, 35 Prozent protestierten, wehrten sich oder riefen um Hilfe, 15 Prozent beteiligten sich (dies gilt natürlich vor allem für die relativ harmlosen Manipulationen und „Spiele" ohne Gewalt).

Die gründliche Nachuntersuchung der Opfer durch Psychologen ergab: 34 Prozent der Opfer trugen große oder sogar sehr große Schäden davon – in der Hauptsache sogenannte soziale Schädigungen wie Ängste, Mißtrauen, Schreckhaftigkeit, Probleme mit anderen Menschen oder auch Sexualstörungen und Schuldgefühle. Bei 18 Prozent wurden geringe Schäden festgestellt, bei 48,2 Prozent überhaupt keine.

Interessant sind auch die Antworten der Opfer auf die Frage, ob man die Täter bestrafen solle. 55,4 Prozent hatten dazu keine Meinung, 4,1 Prozent waren ausdrücklich gegen eine Strafe, der Rest war für Bestrafung. Unter diesen plädierten 24,6 Prozent für Kastrieren, Todesstrafe oder Freiheitsentzug, 36,5 Prozent für eine therapeutische Behandlung, der Rest für sonstige Maßnahmen. Auffallend ist, daß es bei dieser Befragung zwischen der Strafforderung und dem Grad der Schädigung beim Opfer keinen signifikanten Zusammenhang gab. Geschädigte Opfer forderten also keine schärferen Strafen als nicht geschädigte.

Die Studie des BKA konzentriert ihre Folgerungen auf die Handhabung jener Fälle, in denen zwar ein *strafbares Verhalten vorliegt*, der Täter jedoch keine Gewalt anwendet und beim Opfer hinterher auch keine Schädigung durch die Tat selbst festzustellen ist. Hier solle die Polizei, so wird gefordert, darauf achten, daß Schäden nicht erst durch übertriebene Vernehmungen und zu große Aufregung bei Eltern und Behörden entstehen.

WIE WAR DAS? Als die IG Bau einen „falschen" Vorstand wählte

Von GÜNTHER BADING

Das Oberlandesgericht in Frankfurt entscheidet heute über den Bestand der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden (IG BSE) und ihres Vorstands. In der Berufungsverhandlung muß geklärt werden, ob das Landgericht Frankfurt vor gut einem Jahr, im September 1983, Recht sprach, als es die Wahl des IG Bau-Vorstandes auf dem Gewerkschaftstag – wiederum ein Jahr zuvor am 19. Oktober 1982 – für nichtig erklärte.

Der Gewerkschaftstag vor zwei Jahren verlief zunächst ganz normal, sieht man von der Kritik eines Teils der Basis ab, die im Tagungssaal lieber den Stallgeruch von Schweiß und Arbeit verspürt hätte, statt sich dem Lüsterglanz der gerade wiedereröffneten Alten Oper zu Frankfurt ausgesetzt zu sehen.

Die 360 Delegierten waren ordentlich geladen – so schien es –, die Tagesordnung lag vor, wenn auch nur im Mitgliedermagazin abgedruckt und nicht als eigene Beilage zur Einladung. Und so konnte denn der Kongreß zunächst jene Satzungsände*rung vornehmen, die die Zahl der* Vorstandsmitglieder von neun auf sieben reduzierte, was noch am selben Tag bei der Wahl des neuen Vorstands angewandt wurde. Daß dabei zwei Kandidaten des aufmüpfigen Stuttgarter IG Bau-Bezirks „hinten runterfielen", wie man zu sagen pflegte, regte die Mehrzahl der Delegierten nicht auf. Der Vorstand hatte durch die Reduzierung der Beisitzerposten „seinen" Mann durchgebracht.

Durch die geänderte Satzung kamen die Stuttgarter nicht zum Zuge, die sich Hoffnung auf die Plätze acht und neun im Vorstand gemacht hatten. Wo gab es das nicht schon einmal auf einem Gewerkschaftstag, daß hinter den Kulissen Drähte, auch Stolperdrähte, gezogen wurden? Nie*mand regte sich auf – mit Ausnahme* des Stuttgarter Bezirksleiters Schramm, dessen Sprung in die Gewerkschaftsspitze durch den Satzungstrick verhindert worden war. Schramm galt der Führung als zu kompromißlos; er hätte die seit Jahrzehnten auf verständigungsbereites Umgehen mit dem Sozial-„Partner", den Arbeitgebern, ausgerichtete Politik des IG Bau-Vorstandes stören können. Die Erregung bei den Stuttgartern hielt an, steigerte sich noch, als die Bezirkswahlen vom Hauptvorstand in Frankfurt in Frage gestellt wurden. Nun klagte der Stuttgarter Bezirksvorständler Werner Röhm beim Landgericht in Frankfurt und bekam im September vergangenen Jahres recht.

*Die zweite Zivilkammer des Land*gerichts Frankfurt entschied, daß „... alle gefaßten Beschlüsse und Wahlen" des Gewerkschaftstages „unwirksam" seien. Der Grund: Zum einen habe der Einladung an die Delegierten keine Tagesordnung beigelegen, aus der die angestrebte Satzungsänderung ersichtlich gewesen wäre. Des weiteren seien die Delegierten nicht rechtmäßig bestimmt worden: „Der Klage war schon deshalb stattzugeben, weil der Gewerkschaftstag nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt war." Der Delegiertenschlüssel habe in der Satzung zu stehen. Bei der IG Bau aber legt laut Satzung der Gewerkschaftsbeirat den Delegiertenschlüssel fest.

Das Dilemma: Muß der Delegiertenschlüssel wirklich in der Satzung verankert werden, so kann dies nur ein ordentlicher Gewerkschaftstag beschließen. Der aber kann nach diesem Richterspruch niemals „ordnungsgemäß" einberufen werden. Seine Beschlüsse liefen Gefahr, jederzeit vom Landgericht wieder kassiert zu werden – auch wenn sie nur dessen Auflagen erfüllten.

Flick-Ausschuß will Rolle von Barzel klären

STEFAN HEYDECK, Bonn

Jetzt wird auch Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre geladen. Das Gremium will zu klären versuchen, ob der Konzern über die Anwalts-Societät Dr. Dr. Paul an Barzel Zahlungen geleistet hat.

Der Ausschuß will herausfinden, ob Barzel dazu veranlaßt wurde, „unmittelbar oder mittelbar Einfluß" auf die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den damals von Flick gestellten Anträgen über die steuerbegünstigte Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets oder „in anderer Weise" zu nehmen.

Nach den erst jetzt vom Landgericht freigegebenen Unterlagen soll die Anwalts-Societät über mehrere Jahre jeweils 250 000 Mark vom Flick-Konzern erhalten haben. Der frühere Chefbuchhalter Rudolf Diehl hatte in seinen Listen diese Leistungen mit dem Zusatz „wg. Dr. Barzel", der in der Anwalts-Societät von 1973 an tätig gewesen war, versehen. Zu diesem Fall sollen auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der westfälische CDU-Chef Kurt Biedenkopf und Friedrich Karl Flick, die früheren Manager Eberhard von Brauchitsch und Günter Max Paefgen sowie der Industrielle Konrad Henkel vernommen werden.

Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs *betonte gestern vor dem* Ausschuß, er habe weder mit Flick noch mit einem Beauftragten von ihm über Spenden gesprochen „noch Geld bekommen". Als ehemaliger FDP-Schatzmeister habe er insgesamt selbst keine Spenden aquiriert. Entsprechende Vorwürfe gegen den früheren Bundeswirtschaftsminister Otto *Graf Lambsdorff wies er ebenfalls* zurück: Davon sei ihm nichts bekannt. Wurbs bestätigte aber, daß es am 29. Oktober 1982 ein Gespräch zwischen „12 bis 14" Industriellen und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, dessen Vorgänger Walter Scheel, Lambsdorff und ihm gegeben habe. Dabei habe er allein den desolaten Finanzzustand der FDP geschildert. Die Gegenseite habe aber vor weiteren Spenden die damalige in der Beratung befindliche Reform des Parteienfinanzierungsgesetzes abwarten wollen. Während seiner Amtszeit sei nicht gegen die Veröffentlichungspflicht von 20 000 Mark überschreitenden Spenden verstoßen worden. Ihm sei auch nicht bekannt, „daß irgendwelche Mittel aus Steuerhinterziehungsgründen geflossen sind". Er habe es allerdings nicht für seine Aufgabe gehalten, zu überprüfen, ob angegebene Spendernamen tatsächlich mit den Gebern identisch gewesen seien.

*Der früh*ere *SPD-Schatzmeister* Friedrich Halstenberg sagte zu einer Geldsammelaktion seines verstorbenen Vorgängers Alfred Nau im Jahre 1980, dieser habe ihm keine Quellen genannt. Weiter sagte er zu Aufzeichnungen von Diehl, nach denen 1979 insgesamt 130 000 Mark über Nau an die SPD geflossen sein sollen, hier paßten die Zahlungseingänge nicht zusammen. Gleichzeitig fragte Halstenberg: „Warum ziehen wir nicht die Bücher der Partei bei? Ich habe nichts zu veschweigen."

Solide Finanzen Basis für Berlins Aufschwung

Scheidender Senator Kunz hinterläßt geordnetes Ressort

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit eindrucksvollen Beweisen für den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Stadt seit 1981 legte gestern Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) die Etatplanung Berlins bis 1988 vor. Sie setzt auf hohe Investitionen für Zukunfts-Industrien, eine angemessene Bundeshilfe, preußische Sparsamkeit, neue Arbeitsplätze durch dynamisches Wachstum und sinkende Netto-Neuverschuldung.

Kunz ließ seine Pläne gestern durch den Senat absegnen. „Wir haben Berlin nach vorn gebracht", sagte er zusammenfassend. Der Vertraute des Kanzlers verläßt nach Richard von Weizsäcker als zweites Senatsmitglied die Landesregierung und übernimmt im Frühjahr 1985 eine anspruchsvolle neue Aufgabe, offenbar *außerhalb der Politik*. Kunz' Verhandlungsgeschick mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg war es zu verdanken, daß die Stadt jeweils mit einer angemessenen Bundeshilfe bedacht wurde. Kunz appellierte dabei stets erfolgreich an die Bonner Einsicht in die besonderen, nationalen Aufgaben Berlins.

Aus dem Papier des Senators geht hervor, daß die Stadt unter seiner Finanz-Regie ein gutes Stück vorankam. 1983 verzeichnete Berlin ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent – erheblich höher als der Bundesdurchschnitt. Kunz gelang es innerhalb kurzer Zeit, die Drei-Milliarden-Lücke zu schließen, die der alte SPD/FDP-Senat hinterlassen hatte.

Berlin bleibt weiter auf die Bundeshilfe angewiesen, die bis 1988 auf 12,4 Milliarden Mark jährlich leicht steigt. Kunz' ehrgeiziges Ziel: Er will den Bundesanteil am Berliner Etat nicht über 53 Prozent klettern lassen. Mit schrittweise sinkender Netto-Neuverschuldung hält sich der Senat an die Bonner Sparlinie. Wie das „Musterländle" Baden-Württemberg gänzlich auf neue Schuldenaufnahme zu verzichten, bleibt für Berlin jedoch eine Illusion. Allein die Zinslast aus dem hohen Sozialwohnungsbau beläuft sich auf 13 Milliarden Mark.

Auch Berlins Schatzmeister bereite die Folgen der Steuerreform Kopfschmerzen: Von 1986 bis 1988 nimmt die Stadt dadurch rund eine Milliarde weniger ein. Dennoch spricht es für die zunehmende Wirtschaftskraft, wenn der Senat 1988 beispielsweise ein Viertel aller Ausgaben aus dem eigenen Steueraufkommen Berlins bestreiten will.

Lobend hebt Kunz in seinem Papier hervor: „Die Bundeshilfe ist seit 1981 beachtlich erhöht worden... Hierin kommt das Verständnis zum Ausdruck, das die Bundesregierung trotz ihrer eigenen Konsolidierungsanstrengungen für die Belange Berlins zeigt." Wer immer sein Nachfolger sein möge, Kunz warnt ihn schon jetzt: Auch künftig könne nur das Gebot „sparsamster Haushaltsführung" gelten, zumal die Steuerreform als „neue Herausforderung" begriffen werden müsse. Denn Berlin muß in den nächsten Jahren auch finanziell untermauern, was politisch von erstrangiger Bedeutung ist: die 750-Jahr-Feier 1987, die Anbindung ans Erdgasnetz und der Ausbau der von der „DDR" übernommenen maroden S-Bahn zu einem modernen Nahschnellverkehr.

Koalition plant Verpflichtung zum Bau von Schutzräumen

Auch FDP bekennt sich zur Novellierung der gesetzlichen Grundlage für den Zivilschutz

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die christlich-liberale Koalition scheint entschlossen zu sein, in der gerade begonnenen zweiten Hälfte der Legislaturperiode in einem neuen Zivilschutzgesetz eine allgemeine Pflicht zum Bau von Schutzräumen und eine Dienstpflicht für die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes einzuführen. Ein vorläufiger Referentenentwurf aus dem Bundesinnenministerium soll nach der Anhö*rung der freiwilligen Hilfsorganisatio*nen in der nächsten Zukunft so aufbereitet werden, daß er als Gesetzentwurf der Bundesregierung dem Bundestag zugeleitet werden kann.

Im zuständigen Bundesinnenministerium wird darauf verwiesen, daß die FDP sich rückhaltlos zur Novellierung der gesetzlichen Grundlagen für den Zivilschutz bekannt hat. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, der in der Fraktion für diese Fragen zuständig ist, sagte gestern zur WELT: „An uns wird ein neues Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht scheitern, wenn dafür die richtigen Voraussetzungen geschaffen sind." Der FDP-Politiker wies aber darauf hin, daß nach der Anhörung der Verbände und freiwilligen Hilfsorganisationen, die er, Hirsch, in eigener Verantwortlichkeit am 17. September veranstaltet habe, sich eine zu wenige exakte Definition der Grundlagen für eine Novellierung herauskristallisiert habe. Hirsch machte sich zum Sprecher der Verbände und sagte, der bisher aus dem Innenministerium vorliegende Entwurf sei aus deren Sicht „rundum enttäuschend".

Anderer Ansicht ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Paul Laufs. Er hält es für möglich, den Gesetzentwurf noch bis Dezember fertigzustellen. Allerdings möchte er die Koalition nicht unter Zeitdruck setzen und will akzeptieren, daß das Gesetzgebungsverfahren spätestens im kommenden Frühjahr in Gang gesetzt wird. Auch meinte Laufs gegenüber der WELT, seine Fraktion sei kompromißbereit. Allerdings stehe oder falle das ganze Vorhaben mit der Schutzbaupflicht.

Auch Hirsch sagte, die Einführung einer Pflicht zum Bau von Schutzräumen für den privaten Sektor sei „kein Tabu". Gleiches allerdings müsse auch für die gewerbliche Wirtschaft gelten. Ähnlich äußerte er sich auch zu der Absicht des Bundesinnenministers, zur personellen Auffüllung der Hilfsorganisationen eine *Dienst*pflicht im Zivilschutz einzuführen. Dies sei eine richtige Überlegung. Er könne sie aber nur unterstützen, wenn von vorneherein der Personalbedarf zwischen dem Verteidigungsministerium, das Aufgaben in der zivilen Verteidigung zu erfüllen hat, und den freiwilligen Hilfsorganisationen, die vor allem im Katastrophenschutz tätig sind, „klar abgegrenzt" werde.

Nach den Berechnungen im Bundesinnenministerium soll den privaten Bauherrn die Errichtung von Schutzplätzen pro Person rund 400 Mark kosten. Zur Senkung der Baukosten soll der Staat den Bauherrn wie bisher steuerliche Erleichterungen gewähren. Der Unterschied zum gegenwärtigen rechtlichen Zustand wäre künftig allerdings der, daß der Bauherr bei der Errichtung eines Wohnhauses zum Bau von Schutzeinrichtungen gegen die Einwirkung konventioneller Waffen einschließlich herabstürzender Trümmer verpflichtet *sein soll. Die allgemeine* Verpflichtung zur Schaffung des sogenannten „Grundschutzes" ist nach Auffassung aller in der Koalition die Mindestvoraussetzung für die anvisierte Bemühung, die bisher verstreuten Regelungen im Zivilschutz nicht nur in einem Gesetz zusammenzufassen, sondern auch entscheidende Weichen zur generellen Verbesserung der Zivilverteidigung zu stellen.

Bislang gibt es in der Bundesrepublik lediglich für 2,2 Millionen Menschen Schutzplätze. Im Bundesinnenministerium wird bei Einführung einer allgemeinen Schutzbaupflicht mit der Errichtung von jährlich rund *1,2 Millionen* weiterer Plätze gerechnet, so daß sich auf diese Weise die Versorgung der Bevölkerung schrittweise ungefähr um je ein Prozent verbessern würde. Heute liegt sie bei rund drei Prozent. Die bislang schon möglichen steuerlichen Erleichterungen würden die Bundeskasse bei einer Schutzbaupflicht jährlich rund 30 Millionen Mark kosten. Würde sich die Bundesregierung einigen, für die Errichtung von Schutzplätzen durch private Bauherrn auch noch Zuschüsse zu zahlen, soll die Belastung des Bundeshaushaltes auf weitere 20 bis 30 Millionen Mark begrenzt werden. Über die Details dieser Finanzierungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand will Innenminister Zimmermann mit seinen Kollegen Schneider (Bau) und Stoltenberg (Finanzen) heute ein klärendes Gespräch führen.

Moskau baut Nuklearrüstung weiter aus

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Beim Ausbau der Nuklearrüstung der Sowjetunion ist nach westlichen Erkenntnissen keine Pause zu erwarten. Mit diesem Ausblick wird der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger die Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe der Allianz (NPG), die am Donnerstag und Freitag in der norditalienischen Stadt Stresa tagen wird, konfrontieren. Die sowjetischen Anstrengungen in der atomaren Rüstung konzentrierten sich auf die machtpolitische Einwirkung *auf Westeuropa*, wurde der WELT aus NATO-Kreisen bekannt.

Nach amerikanischen Erkenntnissen werden östlich und westlich des Ural-Gebirges gegenwärtig Stellungen zur Aufnahme weiterer Nuklearwaffen mit europäischer und wahrscheinlich darüber hinausgehender Reichweite erweitert oder neu aufgebaut. Im Osten des Ural werden fünf Baukomplexe, die bislang SS-20-Raketen mit Reichweiten um 5000 Kilometer beherbergten, so verändert, daß mit der baldigen Aufnahme der neuen strategischen Rakete SS 25 zu rechnen ist. Bisher standen dort fünf Regimenter mit SS-20-Raketen (insgesamt *45 fahrbare Abschußgestelle*). Sie sind herausgelöst worden. Man vermutet, daß sie entweder nach der Westseite des Ural oder in die strategische Reserve verlegt werden. Westlich des Ural werden derzeit 13 neue für SS-20-Regimenter bestimmte Stellungskomplexe gebaut.

Die SS 25 ist die erste Atomrakete mit strategischer Reichweite, die von einem beweglichen und damit kaum bekämpfbaren Fahrzeug aus gestartet werden kann. Die USA haben eine derartige Waffen bislang nicht. Der neue sowjetische Waffentyp soll nach westlichen Erkenntnissen in den modifizierten Stellungskomplexen öst*lich des Ural stationiert werden.* Westliche Fachleute vermuten, daß die SS 25 vorerst gemeinsam mit älteren SS 11 die Bedrohung Nordamerikas und Westeuropas übernehmen werden. Die mobile SS 25 wird anders als die SS 20 über einen Gefechtskopf verfügen und eine mehr als 8000 Kilometer große Reichweite haben. Zusätzlich zu diesem Typ baut die Sowjetunion SS 24, die als mobile wie auch als Silo-verbunkerte Rakete produziert werden dürften. Sie verfügt über zwei Antriebsstufen, so daß ihre Reichweite kaum über 8000 Kilometer hinausgehen dürfte.

Neben dem Ausbau der Stellungs*komplexe für die SS 20 in Europa* sind auch im asiatischen Teil der Sowjetunion weitere Bauarbeiten im Gange. In der NATO rechnet man damit, daß bis Ende 1985 59 Bereiche mit insgesamt 531 Werferfahrzeugen für SS-20-Raketen einsatzbereit sein können. Eingerechnet eine Nachladekapazität von einer Rakete wird die Sowjetunion dann 3186 unabhängig voneinander lenkbare Atomgefechtsköpfe für eine Reichweite um die 5000 Kilometer haben.

Streit in Hamburgs SPD wegen einer „Friedensdemo"

Bürgerschaftspräsident Schulz: Nicht auf Rathausmarkt

UWE BAHNSEN, Hamburg

Eine von der norddeutschen Frie*densbewegung für den 20. Oktober* auf dem Hamburger Rathausmarkt geplante Abschlußkundgebung hat zu massiven Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Regierungspartei geführt. Bürgerschaftspräsident Peter Schulz (SPD) hat die erforderliche Ausnahmegenehmigung vom Bannkreisgesetz, eine zwingende Voraussetzung für die Freigabe des Rathausmarktes durch den Senat, in einem Schreiben an Bürgermeister Klaus von Dohnanyi verweigert. Schulz, der in der vergangenen Woche von der Landesregierung und von der SPD-Mehrheitsfraktion in der Bürgerschaft um diese Ausnahmegenehmigung gebeten worden war, hat sich bei seiner Ablehnung auf zu erwartende Rechtsbrüche berufen, mit denen bei vorhergehenden Demonstrationen im Stadtgebiet zu rechnen sei.

Der Bürgerschaftspräsident bezog sich dabei auf das von der Regionalkonferenz Nord der Friedensbewegung entwickelte Gesamtkonzept, in dem „Verkehrsberuhigungen" vorgesehen sind. Nach dem ergebnislosen Ablauf eines Ultimatums, in dem Schulz bis Montag vormittag 10 Uhr von den Veranstaltern eine öffentliche Absage an jegliche Verkehrs- und Gebäudeblockaden verlangt hatte, verweigerte er endgültig seine Zustimmung. Der Bürgerschaftspräsident, der dem Mitte-Rechts-Lager der SPD angehört, erntete dafür sogleich heftige Kritik aus der eigenen Partei. So telegrafierte der vom linken Flügel dominierte SPD-Kreis Hamburg-Nord, man habe die Entscheidung „mit Unverständnis" zur Kenntnis genommen. Die SPD Hamburg-Nord wende sich ausdrücklich dagegen, „die Friedensdemonstranten vom zentralen Platz unserer Stadt zu verbannen". Diese Entscheidung sei „kleinmütig und falsch" und werde „dem Anlaß in keiner Weise gerecht".

Das „Hamburge Forum" als Veranstalter der geplanten Kundgebung hat unterdessen deutlich gemacht, man werde an dem Konzept für die Friedensdemonstrationen festhalten. Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Friedensbewegung die Freigabe des Rathausmarktes für eine Großkundgebung vor dem Oberverwaltungsgericht der Hansestadt erstritten, nachdem der Senat seine Zustimmung verweigert hatte. Das „Hamburger Forum" will jetzt erneut das Verwaltungsgericht anrufen.

Management von G+J in der Schußlinie

Kujaus Verteidiger Kurt Groenewold: Vertragspartner wurden getäuscht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher vor der Großen Strafkommer 11 des Hamburger Landgerichts gerät das Management des Verlagshauses Gruner + Jahr, in dem die Illustrierte „Stern" erscheint, immer mehr in die Schußlinie. Der Verteidiger des angeklagten Tagebuch-Fälschers Konrad Kujau, der Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold, stellte gestern vormittag erneut den Antrag, verlagsinterne Unterlagen über die Fälschungen und ihre Veröffentlichung zu beschlagnahmen. Es handelt sich dabei um insgesamt 3070 Blatt Protokolle der Vernehmungen durch einen Untersuchungsausschuß der „Stern"-Redaktion, den der frühere Hamburger Justizsenator Professor Ulrich Klug geleitet hatte.

Groenewold verband diesen Antrag mit scharfen Angriffen auf das Verlagshaus. Er warf dem Gruner+Jahr-Management vor, Verhandlungspartner des Verlages in Sachen Hitler-Tagebücher getäuscht zu haben. Wörtlich erklärte der Verteidiger: „Die Verlagsleitung wußte, daß keine Gutachten vorlagen, und hat dennoch gegenüber den Vertrags- und Verhandlungspartnern erklärt, die Echtheit der Tagebücher sei geprüft worden. Gegenüber einem Kaufinteressenten wurde sogar die Behauptung aufgestellt, das Bundesarchiv habe die Tagebücher geprüft."

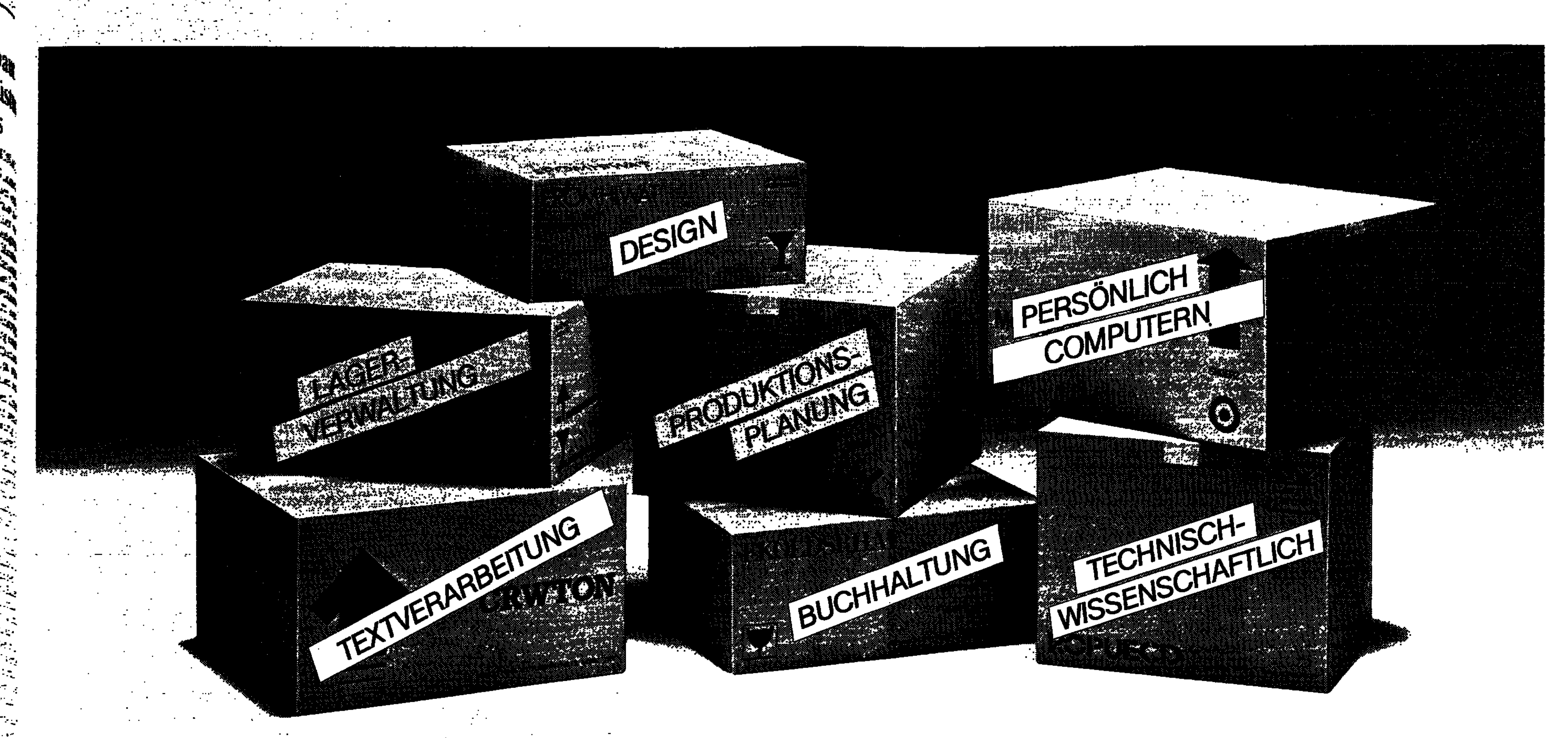
Durch Täuschung habe der Verlag Gruner + Jahr überdies sowohl von dem Zeithistoriker Professor Werner Maser als auch vom Bundesarchiv Verträge erlangt. Dabei seien weder der Wissenschaftler noch das Bundesarchiv darüber informiert worden, daß ein bislang unbekanntes Tagebuch Hitler veröffentlicht werden sollte und daß es um die Urheberrechte daran gehe.

Die Strafkammer wird in den nächsten Tagen über diesen Antrag Groenewolds entscheiden. Vor Beginn des Prozesses hatte das Gericht einen gleichlautenden Beschlagnahmeantrag des Verteidigers abgelehnt.

Als erster Zeuge wurde gestern *vormittag der Unternehmer und Mili*taria-Sammler Fritz Stiefel (55) aus Waiblingen gehört. Er erklärte, trotz anfänglicher Zweifel habe er bis zuletzt die angeblichen Hitler-Handschriften, die Kujau ihm geliefert hatte, für echt gehalten. Experten hätten ihn darin bestätigt. Stiefel nannte in diesem Zusammenhang unter anderem den Stuttgarter Historiker Professor Eberhard Jäckel und einen Papiersachverständigen der Industrie- und Handelskammer Stuttgart, an dessen Namen er sich allerdings nicht mehr erinnern könne. Jäckel, der angebliche Hitler-Handschriften aus Stiefels Besitz und Kujaus Werkstatt später in einem zeithistorischen Buch als Quelle aufführte, habe sich auf *Kujaus Angaben verlassen, daß* die Tagebücher aus der „DDR" stammten. Er habe aber nicht weiter nachgefragt. Als der Gerichtsvorsitzende Hans Ulrich Schroeder darauf hinwies, Jäckel habe später die Echtheit dieser Materialien bezweifelt, meinte Stiefel, er habe sich weder mit Jäckels Buch noch mit dessen späterer Warnung befaßt.

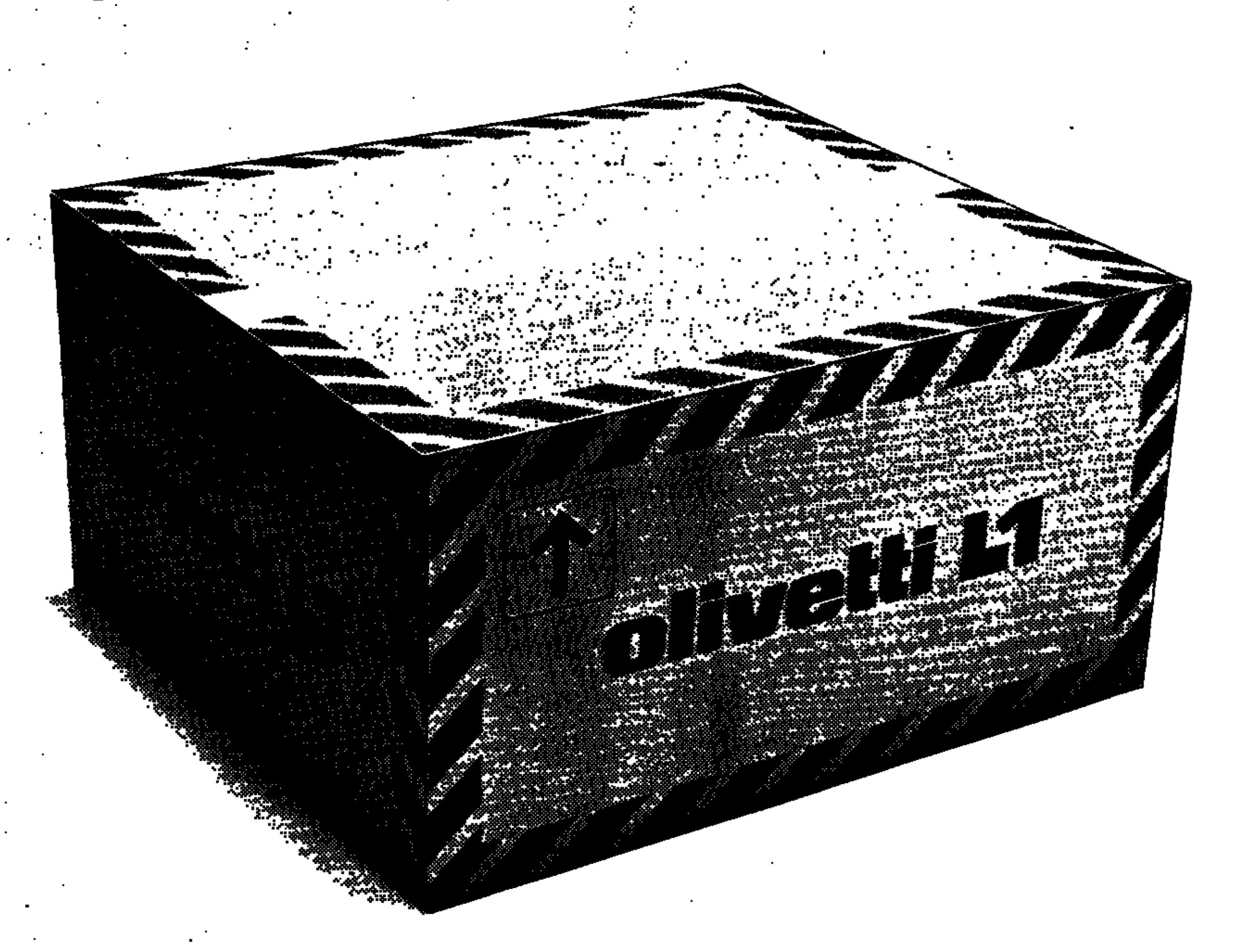
Bei Stiefel hatte der damalige „Stern"-Reporter Gerd Heidemann zum ersten Mal eines der insgesamt 60 Tagebücher mit den angeblich geheimen Aufzeichnungen Adolf Hitlers gesehen. Stiefel schilderte, wie Heidemann im Januar 1980 plötzlich bei ihm vor der Tür gestanden und sich als „Stern"-Reporter vorgestellt habe. Der Journalist habe ihm von der früheren Göring-Yacht „Carin II" erzählt, ihm NS-Devotionalien zum Kauf angeboten und ihn um ein Darlehen von 300 000 Mark für die Renovierung des Schiffes gebeten. Er habe in diesem Wunsch „nichts Unsittliches sehen können". Bei einem zweiten Besuch habe er Heidemann das Hitler-Tagebuch gezeigt, das er selbst von Kujau erhalten hatte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



LINIE 1 VON OLIVETTI: DIE ALTERNATIVE IN DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE.

MULTIFUNKTIONALITÄT VON OLIVETTI: IHRE VORSTELLUNGEN – VON UNS VERWIRKLICHT.



Selbst wenn Sie noch nie etwas von ihr gesehen oder gehört haben ... Sie werden sofort wissen, was Olivetti's Linie 1 alles kann. Ihre Kenntnis der Probleme Ihres Unternehmens sagt Ihnen instinktiv, welche Instrumente Sie einsetzen müssen: Multifunktionale Systeme, die geeignet sind, die Probleme in den unterschiedlichen Bereichen Ihres Unternehmens gleichzeitig zu lösen.
Im Management, in der Verwaltung, Planung und Entwicklung. In der Produktionsplanung und -kontrolle, bei der Verarbeitung technisch-wissenschaftlicher Daten. In der Büroautomation. Sie liefert klare Entscheidungshilfen. Und alle Worte und Daten werden sofort gespeichert. So sind sie bei Bedarf jederzeit und überall verfügbar. Ohne Verzögerungen, ohne Fehler.

Linie 1: Eine Serie von Prozessoren, die miteinander zu einem lokalen Netzwerk verknüpft werden können – zu jeder gewünschten Zahl von Arbeitsplätzen, so leistungsfähig und spezialisiert, wie Sie es wünschen. Dieser modulare Aufbau stellt die notwendige Verarbeitungskapazität bereit, wo immer und wann immer sie gebraucht wird.
Außerdem ist die Linie 1 durch das Olivetti-Softwaresystem ebenso leicht zu bedienen wie zu programmieren.
Olivetti, die Alternative in der Informationstechnologie.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name: ....
Firma: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....
L1 1/42-Welt

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Moskau sucht am Hindukusch nur noch die militärische Lösung

Neue Taktik mit Flächenbombardements und gut vorbereiteten Offensiven / Kindersoldaten im Einsatz / Den Widerstandskämpfern fehlen Raketen

Von WALTER H. RUEB

Kurz vor Ende des fünften Jahres der sowjetischen Besetzung von Afghanistan verraten intensivierte und mit erhöhtem Material- und Truppeneinsatz geführte Kriegführung die Absicht Moskaus, die Afghanistan-Frage militärisch zu lösen. Alle Beobachter sind sich einig: Seit dem Tod von Andropow und der Machtübernahme durch Tschernenko haben im Kreml die Befürworter einer politischen Lösung des Konflikts am Hindukusch ausgespielt. „Ich denke, daß Tschernenko die Losung ausgegeben hat, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, ohne Rücksicht auf Verluste", sagte ein Kenner der Szene einem Mitarbeiter des Schweizerischen Ost-Instituts. „Tschernenko ist übrigens in Turkestan kein unbeschriebenes Blatt. Dort hatte seine Karriere bei der GPU, der KGB-Vorgängerorganisation, begonnen. Er war strebsam. Man sagte ihm nach, er habe verwundete Muslims mit eigenen Händen erdrosselt, um von den Politoffizieren bemerkt zu werden. Er glaubt nur an die Gewalt und sonst an nichts."

Die intensivierte Kriegführung der Roten Armee ist gekennzeichnet durch eine neue Taktik. Zwei ihrer Merkmale springen dem Beobachter sofort ins Auge: großangelegte Flächenbombardements und gut vorbereitete Offensiven mit starken Truppenverbänden im Landesinnern.

Vier Jahre lang hatten sich die Sowjets darauf beschränkt, Afghanistans Großstädte, Flugplätze, Militärstützpunkte und die für den Nachschub wichtige Ringstraße durch das Land unter Kontrolle zu halten. Nur von Fall zu Fall wurden Dörfer und Städte durch Angriffe aus der Luft für Überfälle auf sowjetische Truppen bestraft, die in ihrer Nähe stattgefunden hatten.

Heute werden bei großflächigen Vernichtungsaktionen ganze Dörfer und Städte aus der Luft dem Erdboden gleichgemacht. Im Pandschirtal führten die Sowjets im Frühjahr 1984 die erste Aktion nach der neuen Kampfmethode durch. Im Sommer fielen Herat und ein Dutzend benachbarte Dörfer im Westen des Landes durch weitere Flächenbombardements in Schutt und Asche. Die genaue Zahl der Opfer wurde nicht bekannt, sicher aber ist, daß sie in die Tausende ging. Im Logartal südlich von Kabul und in der Großstadt Kandahar wurde die Taktik wiederholt. Die Sowjets hoffen, mit ihrer neuen Taktik die Zivilbevölkerung entscheidend treffen und ihre Lebensgrundlagen und damit die Versorgung des Widerstands vernichten zu können.

Die größte sowjetische Offensive nach dem neuen Muster fand in der Grenzprovinz Paktia statt. Rund 14 000 Sowjetarmisten versuchten, drei von den Freiheitskämpfern belagerte Stützpunkte von Karmal-Armee und Roter Armee zu entsetzen. Die sowjetischen Truppen bekamen dabei starke Unterstützung aus der Luft: Hubschrauber des Typs MI 6, MI 8 und MI 24 griffen in die Kämpfe ein.

Die Hubschrauber gewährleisten vor allem die Versorgung der eingeschlossenen sowjetischen Verbände. Da sie jedoch in großer Höhe fliegen müssen, um nicht von Raketen der Guerrillas abgeschossen oder von oben durch Zerstörung der Rotorblätter zum Absturz gebracht zu werden, landet nach Aussagen von Augenzeugen ein Teil der Nachschubgüter regelmäßig in den Händen der Mudschahedin.

Die Offensive der Sowjets in den Provinzen Herat und Paktia hatten außer der Vernichtung von Widerstandszentren noch einen anderen Grund: Die Russen möchten die Infiltration von Widerstandskämpfern aus dem benachbarten Iran und Pakistan unterbinden. Zwar bezweifeln die meisten Beobachter, daß es den Sowjets gelingt, die Grenzen dichtzumachen, doch gibt es neuerdings auch Afghanen, die sich diesbezüglich skeptischer äußern. „Dank aufgestockter Bestände ist es der sowjetischen Armeeführung jetzt möglich, die Schließung der Grenzen nach Pakistan und Iran ins Auge zu fassen", sagte ein Gesprächspartner hierzu dem Schweizerischen Ost-Institut. „Die Sowjets haben es auch fertiggebracht, die eigenen Grenzen vom Schwarzen Meer bis zum Stillen Ozean hermetisch abzuriegeln. Sie um einige tausend Kilometer zu verlängern, ist eine Frage von Divisionen, Kriegsmaterial und KGB-Kontrolle. Und daran ist im Sowjetstaat kein Mangel, auch wenn es sonst an allem fehlt."

An fast allem, was im Kampf gegen Panzer und Hubschrauber notwendig ist, fehlt es dem afghanischen Widerstand auch nach fast fünfjährigem Krieg noch. Nur vereinzelt können Boden-Luft-Raketen eingesetzt werden; wo es welche gibt, bereitet ihre Handhabung den Angehörigen des Widerstands oft Schwierigkeiten. Derweil erproben die Russen ihre neuesten und modernsten Waffen: den Helikopter MI 26 und den Panzer TU 81.

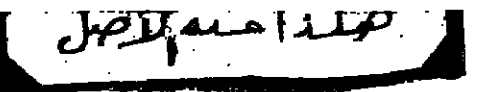
Neuerdings setzen die Sowjets nach Erkenntnissen mehrerer Guerrillagruppen auf den Einsatz von afghanischen Kindersoldaten. Als Zeuge dafür trat in der ZDF-Sendung von Gerhard Löwenthal der 12jährige Mohammed Nahim auf. Er bewies verblüffende Fertigkeiten im Umgang mit chinesischen und sowjetischen Maschinenpistolen, und er verfügte über erstaunliche militärische Kenntnisse.

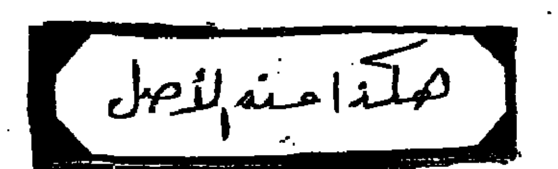
Der afghanische Junge ist Absolvent eines militärischen Kurses für Kindersoldaten in einem Lager im sowjetischen Samarkand. Dort lernte er, sich dem Feind kriechend zu nähern, Handgranaten zu benützen und Menschen zu töten. In Kandahar brachten die Sowjets nach Angaben von Nahim mehrere Kindersoldaten zum Einsatz.

Der afghanische Guerrillaführer Abdul Haq sagte im pakistanischen Peschawar, seine Männer hätten in den letzten sechs Monaten etwa 20 Kindersoldaten festgenommen. Sie seien zwischen acht und 15 Jahre alt gewesen, von den Sowjets zur Spionage und zum Töten ausgebildet worden und mit Pistolen bewaffnet gewesen. Den Mudschahedin stelle sich angesichts der neuen sowjetischen Taktik eine schwierige Frage: Wie sollten die Gegner im Kindesalter behandelt werden?

Vor derartigen Fragen stehen die Stadtguerrillas von Kabul und Umgebung nicht. In den letzten Tagen und Wochen machten sie durch zahlreiche Überfälle auf Regierungsgebäude des Karmal-Regimes, sowjetische Festungen und Garnisonen sowie den Flughafen Baghram nördlich der Hauptstadt von sich reden.

Nach Angaben von Beobachtern ist es den Mudschahedin gelungen, am Stadtrand von Kabul eine ganze Anzahl militärischer Stellungen mit leichten und schweren Waffen einzurichten. Trotz des Einsatzes sowjetischer Fallschirmjäger konnten sich die Freiheitskämpfer vor den Toren der Stadt halten. Die Intensität der Kämpfe in Kabul übertreffe in jüngster Zeit fast jene draußen im Lande, hieß es in Augenzeugenberichten. Doch bestehe ein wichtiger Unterschied: In und rund um Kabul seien die Mudschahedin die Angreifer.





Das Sowjetsystem der Zukunft braucht Flexibilität

Von CARL G. STRÖHM

Die Vorstellung, man könne die deutsch-deutschen Beziehungen ohne Rücksicht auf alles, was in der Weltpolitik passiert, und unabhängig von den Spannungen zwischen den Großmächten entwickeln, klingt zwar schön, ist aber unrealistisch".

Zdenek Mlynar, Jahrgang 1930, einst neben Alexander Dubcek eine der zentralen politischen Gestalten des „Prager Frühlings" 1968, damals ZK-Sekretär der KP der Tschechoslowakei, später Dissident und jetzt Politologe und Wissenschaftler in Österreich, weiß wovon er spricht, wenn er *gegenüber der WELT in seinem Studierzimmer* in Laxenburg die Ost-West-Lage und die Perspektiven der osteuropäischen Staaten analysiert.

Als die Sowjets am 21. August 1968 in Prag einmarschierten, wurde Mlynar mit den anderen reformistischen Parteiführern der CSSR von einem sowjetischen Sonderkommando gefangen genommen und nach Moskau gebracht.

Wäre die Weltgeschichte ein wenig anders verlaufen (und hätte er sich damals anders verhalten) – er säße heute mit Tschernenko, Honecker, Kadar oder Jaruzelski am Verhandlungstisch.

Geblieben ist dem einstigen tschechischen Spitzenfunktionär die Fähigkeit zur kühlen Analyse. In gewissen Grenzen, so formuliert er, gebe es die Möglichkeit, besondere Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin zu entwickeln, aber diese Grenzen seien wahrscheinlich enger, als die Politiker beider Seiten – sowohl Kohl als auch Honecker – geglaubt hätten.

„Meiner Meinung nach ist es gesund und gut", sagt Mlynar, „wenn *die deutschen Politiker auf beiden* Seiten der deutsch-deutschen Grenze verstehen, daß die deutsche Frage nicht ohne die gesamteuropäische Frage zu lösen ist". Die deutsche Frage sei nicht ohne die Sowjetunion, aber auch nicht ohne die USA lösbar.

Was die Sowjetunion betreffe, so habe sie noch etwa drei Jahre Zeit, um gewisse innenpolitische Änderungen vorzunehmen, innere Spannungen zu mildern und ihre innere Krise zu bewältigen. Mlynar: „Ich glaube, daß eine technokratisch orientierte Reform des Sowjetsystems möglich ist: Einerseits eine Wirtschaftsreform, die dem System mehr ökonomische Effizienz verschafft – mit Einführung von Elementen der Marktwirtschaft, Änderungen des zentralen Planungssystems, mehr Einfluß der Verbraucher auf die Produktion der Konsumgüter sowie einen neuen Kurs in der Landwirtschaft. Zugleich könnte ich mir vorstellen, daß eine neue Generation der sowjetischen Macht-Elite das durchführt."

Allerdings glaubt Mlynar nicht an einen neuen Reformkommunismus in der Art, wie er und seine politischen Freunde ihn seinerzeit in der Tschechoslowakei konzipiert hatten. Er erwarte sich, so sagt er, für die nächste Zukunft in der Sowjetunion eine verstärkte Sehnsucht nach der alten Ideologie – vor allem im Zusammenhang mit den bevorstehenden 40-Jahrfeiern des Sieges im Zweiten Weltkrieg. Sogar eine teilweise Rehabilitierung Stalins hält er für möglich: „Die Sowjets werden versuchen, die Vergangenheit von der Gegenwart zu trennen. Sie werden sagen: Stalin – das ist schon Geschichte, mit uns hat das nichts mehr zu tun". Aber auf die gleiche Weise werde sich die sowjetische KP auch endgültig von den reform-kommunistischen Tendenzen zu trennen versuchen – „jenen Tendenzen, „die wir während der sechziger Jahre verwirklichen wollten". Die Sowjets würden jetzt „reinen Tisch" nach beiden Seiten machen – dann würde eine technokratische Moskauer Führungsgeneration „pragmatische Politik" betreiben.

Die Richtung, in der eine solche künftige Sowjetpolitik gehen könnte, umschreibt Mlynar mit dem Begriff, den Lenin kurz nach der Revolution und dem Bürgerkrieg in Rußland am Anfang der zwanziger Jahre einführte: „Neue ökonomische Politik".

Eine Neuauflage dieser Politik könnte bedeuten, daß die sowjetische Führung in den Stand versetzt würde, nicht nur eine flexiblere Wirtschaftspolitik zu betreiben, sondern Moskau auch zugeben könnte, „daß mit gewissen sozialen Interessen in der eigenen Gesellschaft verhandelt werden muß". Man könne also nicht mehr alles von oben diktieren und befehlen, sondern müsse gewisse Kompromisse schließen.

Das bedeute keine Liberalisierung im Sinne eines westlichen Pluralismus – denn dafür gebe es in der Sowjetunion überhaupt keine Voraussetzungen und keine historischen Traditionen. Wohl aber könne sich eine flexiblere Haltung in der Innenpolitik durchsetzen. Langfristig gesehen, so Mlynar, müsse eine solche *Entwicklung auch für die Au*ßenpolitik gewisse Folgen haben – aber das sei noch Zukunftsmusik.

Die „vier Greise an der Spitze der Sowjetunion" (Tschernenko, Gromyko, Ustinow, Tichonow) würden kaum den nächsten Parteitag der KPdSU 1986 an der politischen Spitze erleben, meint Mlynar. Diese überalterte Führungsgruppe habe sich aber offensichtlich entschieden, noch zu ihren Lebzeiten die Nachfolge vorzubereiten. Er, Mlynar, könne sich vorstellen, daß der Parteitag 1986 den fälligen Generationenwechsel in der Sowjetunion vollziehe. Sollte das aber nicht stattfinden, dann werde es zu einer Verschärfung innerer Machtkämpfe und zu einer Destabilisierung sowie zu ungewissen Konsequenzen führen.

Was die osteuropäischen Länder angehe, so habe man unter Andropow eine gewisse Tendenz beobachtet, die spezifischen Bedingungen der einzelnen Staaten mehr zu respektieren. Das sei unter Tschernenko wieder verschwunden. Langfristig gesehen, meint Mlynar, kämen die Sowjets aber nicht darum herum, sich in Osteuropa mehr auf wirtschaftliche und politische Einflußmöglichkeiten als auf die bloße militärische Herrschaft zu stützen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Länder von der Sowjetunion sei groß genug – und bei einer Entwicklung zur Reform in der UdSSR könne er sich vorstellen, daß sich auch im Verhältnis Moskaus zu seinen kleineren Bündnispartnern mehr Flexibilität verwirklichen lasse. Dadurch könne sich einerseits die Abhängigkeit dieser Länder von Moskau – etwa auf wirtschaftlichem Gebiet – vertiefen, andererseits würden sich für diese Länder auch Westkontakte eröffnen, weil die kleineren kommunistischen Staaten ihre Volkswirtschaft nur mit westlicher Hilfe vorwärts bringen können.

Als Beispiele nennt Mlynar vor allem die „DDR" und Ungarn, aber auch Polen – und schließlich werde auch die tschechoslowakische Führung sich dem nicht entziehen können.

Für eine Neuauflage eines politischen Reformkurses wie in den sechziger Jahren sieht Mlynar in Osteuropa keine Voraussetzungen mehr. Er erwartet sich aber eine technokratische Reform „von oben". Die Bevölkerung in den kommunistischen Staaten würde so einen Kurs begrüßen – auch wenn er keine grundsätzliche Lösung der historischen Frage zwischen pluralistischer Demokratie und totalitärer Diktatur darstelle. Langfristig müsse es, so sagt Mlynar, entweder zu einer pluralistischen politischen Struktur in der Sowjetunion und in Osteuropa kommen – oder es würden immer wieder Krisen ausbrechen. Das sei freilich eine Perspektive für Jahrzehnte.

Neue Sorgen vor Khomeinis „langem Arm“

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Bei den Sicherheitsbehörden westlicher Staaten ist leichte Unruhe zu verzeichnen. Vermutungen wollen von einem Terroranschlag auf französische und amerikanische Einrichtungen in Europa oder Nahost wissen, und zwar noch vor den Präsidentschaftswahlen in den USA. Die Vermutungen werden genährt durch Erkenntnisse der israelischen Tageszeitung „Haaretz“. Demnach soll ein „Geheimer Rat“ aus „hochrangigen iranischen, syrischen und libyschen Funktionären und Geistlichen“ mit Sitz in Damaskus die schiitische Terrorgruppe „Islamischer Dschihad“ dazu anleiten. Die Zeitung nennt als Informanten „Geheimdienstquellen in London“. Der Rat wiederum soll von führenden Ayatollahs wie Ali Montazeri und Musawi Khomeini in Teheran gelenkt werden. Er tage in geheimen Sitzungen in der iranischen Botschaft in Damaskus. Ihm soll unter anderem auch die Gruppe unterstehen, die den ägyptischen Präsidenten Sadat ermordet hatte. Der „Islamische Dschihad“ bekannte sich zu den Attentaten gegen diplomatische Einrichtungen der USA in Beirut sowie gegen die amerikanischen und französischen Einheiten der multinationalen Friedenstruppe im Oktober vergangenen Jahres. Ihm sollen auch ein Saudi, Ahmed Maholla, und der libanesische Schiit Hossein Musawi angehören.

Der lange Arm Khomeinis, wie der Rat von politischen Beobachtern in Beirut genannt wird, beschäftigt sich aber offenbar nicht nur mit westlichen Missionen in Nahost. Auch auf dem Archipel der Komoren-Inseln zum Beispiel, dessen Regierung zwar pro-französisch, dessen Bevölkerung aber überwiegend islamisch ist, sind Unruhestifter ausgemacht worden. Das französische Wochenmagazin „Valeurs Actuelles“ berichtet, daß bei Teheran Komoraner in Terroristenlagern ausgebildet würden.

Zunächst erwarte man einen Anschlag auf US-Institutionen. Um die Abwehr besser zu organisieren, würden, so das französische Magazin, die amerikanischen, französischen, deutschen, italienischen, englischen und israelischen Sicherheits- und Nachrichtendienste sich um eine engere Zusammenarbeit bemühen. In Paris befürchte man eine „Terror-Offensive gegen Frankreich“, mit der Teheran Druck auf Paris ausüben wolle, damit Frankreich die Unterstützung für Irak im Golfkrieg aufgebe. In diesem Zusammenhang sehen politische Beobachter auch die Reise des französischen Präsidenten Mitterrand nach Damaskus in der zweiten Novemberhälfte und die diplomatische Annäherung an einen bekannten Mäzen des internationalen Terrorismus, den Libyer Khadhafi.

Der Fall Rumasa oder – Test für den Rechtsstaat

Von ROLF GÖRTZ

Die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichtes, noch einmal über die Rechtmäßigkeit – oder eben Unrechtmäßigkeit – der Enteignung der Familie Ruiz Mateos zu verhandeln, bedeutet eine politische Niederlage der Regierung González – ganz gleich, wie der Spruch des Gerichtes schließlich ausfallen wird. Darüber sind sich sogar seine Anhänger einig.

Die wiederholte Verfassungsklage liefert ein Schulbeispiel für den dornigen Weg einer jungen Demokratie zum Rechtsstaat: Gleich nach der nächtlichen Ordre de Mufti am 23. Februar 1981, mit der die Regierung González die Unternehmen José Maria Ruiz Mateos enteignete und seine Riesenholding verstaatlichte, äußerten Botschafter westlicher Staaten in Madrid ihre Bedenken.

Zur Debatte steht jetzt aber nicht mehr das Enteignungsdekret der Regierung; das hatte das Verfassungsgericht für „gültig“ erklärt – wenn auch nach monatelangem Zögern.

SPANIEN

Diesmal geht es um das im Mai 1981 vom Parlament verabschiedete „Rumasa-Gesetz“, das die Verstaatlichungsaktion bestätigt hatte. Die Anwälte von Ruiz Mateos stützten sich dabei auf die Verfassung, die in Artikel 24 den Gerichten auferlegt, ihre Aufgaben im Interesse des Gemeinwohls wahrzunehmen, aber „ohne daß sich dabei ein Fall von Wehrlosigkeit“ ergeben könnte.

Der Betroffene muß also in jedem Fall seine Bürgerrechte, wie die des Eigentums, verteidigen können. Ein Prinzip des Rechtsstaates. Die Anwälte gingen aber nicht selbst vor das Verfassungsgericht. Sie klagten im Namen der Aktionäre in der Familie Ruiz Mateos vor der 18. Kammer des Madrider Gerichtshofes gegen den Verkauf der 17 Rumasa-Banken durch die Regierung Ende März 1984.

Der 38 Jahre alte Vorsitzende dieser Kammer, Gil Saez, stellte erwartungsgemäß fest, daß er gar nicht verhandeln kann. Die Kläger hätten seiner Ansicht nach gar keine Basis, ihre Rechte zu vertreten. Gil Saez, in dessen Kammer ein bekannter Rechtswissenschaftler der Madrider Universität als Beisitzer fungiert, wandte sich also an das Verfassungsgericht, und zwar auf Grund eines Beschlusses seiner Kammer. Sie könne ihre Aufgabe nicht so wahrnehmen, wie sie in der Verfassung vorgeschrieben ist. Und das oberste Tribunal beschloß in seiner dreiköpfigen Ferienbesetzung, den Fall Rumasa noch einmal aufzugreifen.

Schon bei diesem Ferienbeschluß macht sich die Schwäche jenes ersten Spruches bemerkbar, in dem das Verfassungsgericht das Enteignungsdekret der Regierung für gültig erklärt hatte: Drei der Richter befanden es damals „mit der Verfassung vereinbar“. Die drei anderen aber stellten „Unvereinbarkeit“ fest. Da die Stimme des Vorsitzenden im Falle eines Patt „qualitativ“ gewertet wird, kam die Regierung mit einem blauen Auge davon. Felipe González und sein Superminister für Wirtschaft und Finanzen, Miguel Boyer, glaubten, den juristischen Teil des Falles Rumasa ad acta legen zu können.

Aber schon aus den offiziellen Verlautbarungen der Richter, die nicht mit dem Regierungsbeschluß – und dem Spruch des Gerichtes – einverstanden waren, ließ sich das jetzige Geschehen eigentlich herauslesen. Der Vorsitzende der 18. Kammer griff nämlich nur die Thesen auf, die Ruiz-Mateos-Verteidiger schon vor einem Londoner Gericht erfolgreich verteidigt hatten. Damals ging es um die Ruiz-Mateos-Firmen in Großbritannien. Das Londoner Gericht stellte fest, daß der Enteignete im Sinne rechtsstaatlicher Vorstellungen „wehrlos“ sei, daß er außerdem keine Unterlagen zitieren könne, da diese von der spanischen Regierung beschlagnahmt wurden. Dem Londoner Gericht blieb nichts anderes übrig, als vorerst in dubio pro reo zu entscheiden – bis die Verfassungsfrage geklärt sein wird.

Warum trotz dieser Vorgänge José Maria Ruiz Mateos Ende April auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet wurde, mag wohl nur mit der Interpol-Automatik zusammenhängen. Immerhin wurde er von einem Madrider Gericht wegen Wirtschaftsvergehen und Majestätsbeleidigung verfolgt. Aber schon die Haftentlassung des spanischen Unternehmers gegen eine Kaution von 10 Millionen Mark zeugt von der Schwäche der Madrider Position – und der Beurteilung der Lage durch die deutschen Großbanken, die diese Kaution sofort stellten.

Eine Auslieferung von Ruiz Mateos – wie sie die spanische Regierung fordert – scheint nach den Verfassungsquerelen in Spanien selbst kaum noch möglich. Rechtsstaatliche Bedenken dürften im übrigen dafür verantwortlich gemacht werden, daß nur eines der 771 verstaatlichten Unternehmen aus der Rumasa-Masse an ein deutsches Unternehmen ging. Co op kaufte eine gut laufende Lebensmittelkette. (SAD)

Paris muß in Algier Wogen glätten

Frankreichs traditioneller Partner fühlt sich durch die Maghreb-Politik verletzt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Präsident Mitterrand *ist noch nicht ganz aus den afrikanischen* Wirbeln herausgekommen, die seine ureigene Geheimdiplomatie diesen Sommer im Maghreb und in Tschad ausgelöst hat. Das brennendste Problem, die Truppenentflechtung in Tschad, scheint einer Lösung näherzukommen, wenn auch in Paris und N'Djamena Zweifel an der Aufrichtigkeit des Libyers Khadhafi bleiben.

Mitterrand kommt

Aber der französische Staatschef muß das reichlich in Aufregung geratene Umfeld dieses diplomatischen Meistercoups wieder zur Ruhe bringen. Er reist deshalb am 19. Oktober zu einem Schnellbesuch nach Algerien, den politisch und wirtschaftlich immer noch wichtigsten Partner Frankreichs im nördlichen Afrika.

Algier hatte die diplomatischen Ereignisse dieses Sommers in seiner unmittelbaren Umgebung sehr übelgenommen: den Vertrag über eine marokkanisch-libysche Union vom 13. August, die Mitterrand-Reise zu König Hassan von Marokko, die Billigung dieser Union am 30. August und das französisch-libysche Truppenentflechtungsabkommen vom 16. September.

Über alle diese Ereignisse war die algerische Regierung erst im nachhinein informiert worden, was in Algier außerordentlich antifranzösische Gefühle auslöste. Die algerische Diplomatie versuchte sogar, die marokkanisch-libysche Ausbildung offiziell *zu konterkarieren, indem* sie Emissäre in fünf afrikanische Staaten, darunter Senegal und Äthiopien, schickte, um vor den Folgen dieses Abkommens für den Westsahara- und den Tschad-Konflikt zu warnen.

Algerien mußte bei einer Lösung des Sahara-Problems vor allem auch seine eigenen Interessen berührt sehen, da Marokko durch den Vertrag mit Libyen erheblich aufgewertet worden war, womit der zwölfjährige Kampf Algeriens um eine Unabhängigkeit der westsaharischen Bevölkerung vergebens geworden wäre.

Bei dem Tschad-Abkommen zwischen *Frankreich und Libyen* wiederum mußten die Algerier fürchten, daß ihr Erzfeind Khadhafi seinen Appetit nach einer vollständigen Beherrschung ganz Nordafrikas ins Maßlose steigern würde. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind seit Jahren vergiftet, nachdem Khadhafi versucht hatte, durch Strohmänner in der algerischen Einheitspartei FNL zunächst den Präsidenten Boumedienne, später dessen Nachfolger Chadli Bendjedid zu beleidigen. Daß Frankreich vorher nicht mit Algerien Verbindung aufgenommen hatte, wird in Algier als Beweis für den Druck angesehen, den Khadhafi in*zwischen mittels des Tschad-Hebels* auf Paris ausüben kann.

Mitterrand hat vielleicht zu spät begriffen, welche Verletzungen sein Verhalten gegenüber dem traditionellen nordafrikanischen Partner dem algerischen Nationalstolz zugefügt hat. Er muß nun die Wunden zu heilen versuchen. Das fällt um so schwerer, als in Paris nicht ganz klar erkannt wird, welche Position Präsident Chadli noch in diesem internen algerischen Kräftespiel einnimmt.

Auch in Algier stehen sich Falken unter Führung des Außenministers Taleb Ibrahimi und Tauben unter dem einflußreichen Parteiführer Cherif Bessaadia gegenüber, zwischen denen Chadli ständig ausgleichen muß. Die Falken bestehen auf einer Ordnungsrolle, die ein vom Westen enttäuschtes und unabhängiges Algerien in Nordafrika und bis weit in die Region südlich der Sahara hinein ausüben sollte.

Wirtschaftliche Nachteile

Sie werfen dem Westen nicht zu Unrecht vor, Algier wirtschaftlich im Stich gelassen zu haben. So kann das Land seit einiger Zeit kaum mehr Erdgas nach den USA exportieren; Frankreich kaufte im letzten Jahr zwei Millionen Tonnen algerisches Erdöl weniger als vorher, und zwar zugunsten des billigeren libyschen Erdöls.

Die Tauben dagegen wollen unter allen Umständen an den Westen gebunden bleiben und treten für eine *ausgleichende, friedensstiftende Rolle* Algeriens sowohl in Tschad wie in der Westsahara ein. Auf sie (die Tauben) wird die französische Diplomatie zu setzen versuchen.

Spionagefall? Regierungsrat verschwunden

DW. **Karlsruhe**

Die Bundesanwaltschaft hat im Zusammenhang mit dem Verschwinden des 30jährigen Regierungsrats Hartmut Görs aus dem Münchner Finanzministerium ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst eingeleitet. Die Einleitung des Verfahrens beruhe „auf den objektiven Umständen des Verschwindens“, erklärte die Bundesanwaltschaft.

Zu einem möglichen Zusammenhang zwischen dem Verschwinden des in Augsburg wohnenden Beam*ten und dem Bekanntwerden der Ent*tarnung des mußmaßlichen KGB-Spions Manfred Rotsch könne er noch keine Angaben machen, sagte der Sprecher. Görs und seine Familie waren an dem Tag untergetaucht, an dem die Enttarnung des MBB-Abteilungsleiters Rotsch offiziell bekanntgeworden war.

Görs hatte sich am 24. September im bayerischen Finanzministerium in München krank gemeldet und ist seither mit seiner gleichaltrigen Frau, seiner dreijährigen Tochter und dem ein Jahr alten Sohn verschwunden. Die Eltern des Regierungsrats hatten in der vergangenen Woche Vermißten*anzeige erstattet.*

Die bisherigen Ermittlungen der Polizei ergaben, daß der Beamte vor seinem Verschwinden gesamtes Guthaben auf seiner Bank abgehoben und seinen Personenwagen verkauft hat. Die von der Polizei geöffnete Wohnung war in einem Zustand, als würde die Familie jeden Augenblick zurückkommen.

Die Tories wollen mehr Ordnung und Recht in England

WILHELM FURLER, **Brighton**

Die Jahreskonferenz der Konservativen Partei Großbritanniens im englischen Seebad Brighton stand gleich am Eröffnungstag ganz im Schatten des siebenmonatigen Arbeitskampfes der Bergleute. In einer äußerst lebhaften Debatte zum Thema „Recht und Ordnung“ wurde ein Angriff nach dem anderen gegen die linksradikale Führung der Bergleute-Gewerkschaft unter deren Präsident Scargill sowie gegen eine Labour Party gerichtet, die in der letzten Woche auf ihrem Parteitag einstimmig die Polizeieinsätze gegen randalierende und Gewalt und Erpressung anwendende Bergleute-Streikposten als „gewalttätig“ verurteilt hatte.

Wiederholt wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß die „Aggression von innen“ – die Gewalttätigkeiten an den Streikposten-Fronten, im Lager der Atomwaffen-Gegnerinnen Greenham Common und in Nordirland – stärker als bisher bekämpft werden müsse. Die Forderung eines Sprechers nach Wiedereinführung der Todesstrafe wurde – wie schon auf früheren Parteitagen der Tories – mit kräftigem Beifall bedacht.

Auf das klassenkämpferische Verhalten der Bergleute-Gewerkschaft und auf das totale Unterordnen der Labour Party unter das „Zepter von Scargill“ ging John Gummer, Chairman der Konservativen Partei, in sei*ner Grundsatzrede zum Parteitag ein.* Er beschuldigte den Führer der Labour Party, Neil Kinnock, ein Feigling zu sein, weil er sich nicht in aller Öffentlichkeit vor die Polizei und ihre notwendigen Einsätze gegen brutale Gewaltanwendung gestellt habe.

Die Übernahme der Labour Party durch die extreme Linke sei die wahre Herausforderung für die Tories, betonte Gummer: „Wir sind die Partei für das ganze britische Volk, wir betreiben keine Partei-Clubs, sondern offene Häuser, wir müssen sicherstellen, daß wir immer mehr zur nationalen Partei unseres Landes werden.“ Der Parteitag dauert bis zum Freitag.

Genschers Besuch ist für Polens Außenpolitik wichtig

Bonn bemängelt rückläufige Ausreise von Deutschen

BERNT CONRAD, **Bonn**

Für den geplanten Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Polen zeichnen sich nach vorbereitenden Gesprächen des Bonner Ministerialdirektors Franz Pfeffer in Warschau deutlichere Konturen ab. War Anfang September angesichts der Besuchsabsagen des SED-Chefs Erich Honecker und des bulgarischen Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow sowie scharfer polnischer Polemiken gegen „Revisionismus und Revanchismus“ in der Bundesrepoublik noch ein Scheitern der Genscher-Reise einkalkuliert worden, so steht jetzt der Termin fest. In Warschau erwartet man den Bundesaußenminister (wenngleich das erst kurz vorher bekanntgegeben werden soll) offenbar in der Zeit vom 21. bis 23. November.

Zwar geht die polnische Revisionismus-Kampagne, auch unter Beteiligung des Außenministers Stefan Olszowski, unverändert weiter. Aber Olszowski selbst hatte schon bei einem Treffen mit Genscher am Rande der UNO-Vollversammlung in New York Ende September dessen vorgesehene Reise als wichtig bezeichnet. Vor einigen Tagen bestätigten der Warschauer Regierungssprecher Urban und der polnische Rundfunk „trotz ungünstiger Vorzeichen“ offiziell den Genscher-Besuch.

*Allerdings wird der Bundesaußen*minister, wie sein Beauftragter Pfeffer feststellen konnte, in Warschau noch einmal mit den Vorwürfen gegen Bonner Politiker konfrontiert werden, die angeblich die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellen oder Forderungen für eine von der Warschauer Regierung geleugnete deutsche Minderheit in Polen stellen.

Genscher wird seinerseits kritisch auf den besorgniserregenden Rückgang der Ausreise von Deutschen aus Polen hinweisen. Wie bereits gegenüber Olszowski in New York wird er mit Nachdruck darum bitten, die Lage zu verbessern und nach dem deutsch-polnischen Ausreiseprotokoll zu verfahren.

Für die Regierung Jaruzelski gibt es offensichtlich zwei zentrale Motive für einen intensiveren Dialog mit Bonn: den Wunsch nach Beendigung der seit Verhängung des Kriegsrechts bestehenden außenpolitischen Quarantäne Polens und das Streben nach engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Immerhin hat der deutsch-polnische Warenaustausch im ersten Halbjahr 1984 schon zu einem polnischen Überschuß von 174 Millionen Mark geführt. In Warschau möchte man darüber hinaus durch eine Reaktivierung der seit Jahren auf Eis gelegten deutsch-polnischen Wirt*schaftskommission dem ökonomi*schen Austausch wieder zu größerer Kontinuität verhelfen.

Darüber werden in Kürze die polnischen Vizeminister für Außenhandel, Finanzen und Planung in Bonn verhandeln. Vor Genschers Polen-Reise ist allerdings kaum mit einer Bonner Entscheidung darüber zu rechnen.

Das Motiv Genschers für sein Interesse am Dialog mit Warschau liegt in der Absicht, bei den West-Ost-Kontakten auf Dauer keinen weißen Fleck offenzulassen. Diese Haltung ist durch die im August verfügte Aufhebung verschiedener Boykottmaß*nahmen der USA gegenüber Polen* erleichtert worden.

Der Bundesaußenminister hatte bereits im Oktober 1983 gegenüber dem polnischen Politbüromitglied Barcikowski erklärt, Bonn wolle mit Warschau wieder ins Gespräch kommen. Dabei werde jeder polnische Schritt in die richtige Richtung positiv aufgenommen werden. Dazu gehörten vor allem die im Augenblick vor dem Abschluß stehenden Bemühungen um ein kirchliches Hilfswerk für die polnische Landwirtschaft. In Bonn hofft man, daß die polnische Regierung dazu bald ihren endgültigen Segen geben wird.

Rumänien will Ausreise erlauben

gba. **Bonn**

Rumänien will 62 deutschstämmigen Bürgern des Landes, für die sich der bayerische Ministerpräsident Strauß in Bukarest eingesetzt hatte – soweit sie verheiratet sind, auch ihren Ehefrauen und weiteren Angehörigen –, im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestatten.

Ein Ministerialdirigent des rumänischen Außenministeriums, der sich vergangene Woche zur Vorbereitung des Ceausescu-Besuchs am 15. Oktober in Bonn aufhielt, überreichte dem Leiter des Bonner Büros von Franz Josef Strauß die Liste mit den Ausreisegenehmigungen. Vier weitere Personen, die ebenfalls auf der von Strauß nach Bukarest übermittelten Namensliste gestanden standen, hätten zwischenzeitlich ohnehin schon Ausreisegenehmigungen erhalten, heißt es in der Mitteilung an den Ministerpräsidenten. Strauß hatte Rumänien zuletzt im Juni 1983 besucht und sich dabei für die Fortsetzung des Familienzusammenführung eingesetzt.

Honecker sagte Pressekonferenz ab

rtr/DW. **Helsinki**

Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wird während seines Besuches in Finnland in der kommenden Woche keine Pressekonferenz abhalten. Westliche Journalisten hatten gehofft, Honecker bei dieser Gelegenheit zu befragen, warum er seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland abgesagt hatte. Dabei sollte auch die Haltung Ost-Berlins zu den Ausreisewünschen von Einwohnern der „DDR“ zur Sprache kommen, wie sie in der Flucht von mehr als 100 Personen in die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag deutlich wurde.

Mubarak besucht König Hussein

AP, **Amman**

Zwei Wochen nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Amman ist gestern der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak in Jordanien eingetroffen. Das ist der erste offizielle Besuch eines ägyptischen Staatschefs in einem arabischen Land, seit Mitglieder der Arabischen Liga vor fünf Jahren ihre Beziehungen zu Kairo wegen dessen Friedensvertrag mit Israel abbrachen.

Mubarak war zwar 1982 zur Trauerfeier für König Chalid nach Saudi-Arabien gereist, das wurde jedoch nicht als offizieller Besuch betrachtet. Der ägyptische Staatspräsident wird in Jordanien von Außenminister Esmat el Megid und anderen Kabinettsmitgliedern begleitet.

Regierung Vogel für Tempolimit

nea. **Mainz**

Die rheinland-pfälzische Landesregierung tritt nun doch für die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen und Landstraßen für alle Fahrzeuge ohne Katalysator ein, falls der geplante Großversuch ergeben sollte, daß damit wirklich eine Entlastung der Wälder erreicht wird.

Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) betonte, diese differenzierte Geschwindigkeitsbegrenzung solle einen zusätzlichen Kaufanreiz für abgasarme Autos darstellen. Mit Resultaten des Großversuchs rechnet Vogel schon für April 1985. Von der rheinland-pfälzischen Waldfläche sind nach neuesten Feststellungen 33,8 Prozent schwach, 7,5 Prozent mittel und 0,5 Prozent stark geschädigt. 0,2 Prozent sind abgestorben.

Bürgerrechtler starb im Gefängnis

DW. **Frankfurt**

Der sowjetische Bürgerrechtler Valerij Martschenko ist, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte im Frankfurt mitteilte, am vergangenen Sonntag im Gefängniskrankenhaus in Leningrad gestorben. Martschenko war im März wegen seines Auftretens für die Verwirklichung der Menschenrechte in der Sowjetunion zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Als die Mutter Martschenkos ihren Sohn zum letztenmal im September im Lagerkrankenhaus in Perm besuchen durfte, war er bereits vom Tode gezeichnet. In einem Appell bat sie die Mütter der Welt um Hilfe. 1973 war Martschenko zu acht Jahren Haft und Verbannung verurteilt worden, er wurde seelisch und körperlich gefoltert.

Rasch: Ein rot-grünes Bündnis wäre für Berlin mehr als fatal

FDP-Landeschef fürchtet an kommunistischen Ideologien orientierte AL-Forderungen

F. DIEDERICHS, Berlin

Schenkt man den Meinungsumfragen zum Ausgang der nächsten Berliner Parlamentswahlen am 10. März 1985 Glauben, so müßte sich die auch unlängst von Bundeskanzler Kohl vertretene Ansicht bewahrheiten, daß weder CDU noch SPD im Kampf um die absolute Mehrheit einen Erfolg verbuchen können. Für die Partei der Alternativen Liste (AL) in Berlin, die 1981 mit 7,2 Prozent der Stimmen zur drittstärksten Parlamentsfraktion an der Spree avancierte, wird deshalb der 10. März 1985 zum Tag der Entscheidung werden.

Seit dem Einzug ins Parlament befindet sich die auch die Grünen repräsentierende AL im steten innerparteilichen Konflikt, in welchem Umfang staatliche Verantwortung übernommen werden kann – sei es als Zusammenarbeit mit der SPD oder gar als rot-grüne Koalition. Die Fraktionsmehrheit der AL zeigt grundsätzlich Bereitschaft zur Kooperation, die „Basis" allerdings, der AL-Delegiertenrat, will die Koalitionsfrage auf die Zeit nach den Wahlen verschieben und ein Wahlprogramm verabschieden, dessen entscheidende Grundzüge allerdings seit langem bekannt sind.

Die CDU/FDP-Koalition ist sich einig darin, daß eine teilweise Übernahme der Regierungsverantwortung durch die von der KPD stark unterwanderte Protestlerbewegung nicht wiedergutzumachende Folgen hätte. Der FDP-Landesvorsitzende Walter Rasch sprach jetzt die Erwartung aus, die Berliner SPD werde „bei der kleinsten Chance einer rechnerischen Mehrheit" zusammen mit den Alternativen „zugreifen" – auch wenn es dann den Kopf Hans Apels kosten sollte, der bislang jede Koalitionsabsicht mit der AL von sich weist, zu dem auch die Alternativen bisher keinerlei geistige Bindung fanden. „Ein rot-grünes Bündnis wäre für die Stadt mehr als fatal", warnt Rasch und führt als Beispiel die innenpolitischen Ziele der Alternativen an, zu denen schon 1981 – ebenso wie zu wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen der AL – Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) kritisch analysiert hatte: „Forderungen, die zumeist an linken bis kommunistischen Ideologien orientiert sind. Sie werden ohne Bezug zur Wirklichkeit erhoben und zeigen geradezu chaotische Züge."

Als aktuellstes Beispiel mag hier ein justizpolitisches Papier der AL dienen, daß als langfristiges Ziel die Abschaffung der Strafanstalten in der Stadt fordert und dabei verkennt, „daß dann Schwerkriminelle auf die Bevölkerung losgelassen werden", so Berlins Justizsenator Hermann Oxfort (FDP).

Weitaus folgenschwerer wiegen aber die deutschland- und berlinpolitischen Visionen der AL, die von ihr selbst bereits in der „Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik" formuliert worden sind. So hegen die Alternativen „ernste Zweifel" daran, daß die alliierten Schutzmächte in Berlin „die Freiheit der Berliner verteidigen wollen". Die AL stellt dazu fest, das Engagement der Westalliierten solle lediglich „den Machtanspruch der Sieger symbolisieren". Der „noch heute ausgeübte Besatzungszustand" sei „politische und individuelle Rechtlosigkeit". Daran knüpft die AL die Forderung, die Westalliierten sollten ihre Truppen in Berlin „auf symbolische Einheiten vermindern", alle Eingriffe in die Berliner Gerichtsbarkeit „unterlassen" und „alle verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung achten". FDP-Chef Rasch vertritt die Auffassung, daß die AL damit „die Existenzfrage für ein freies West-Berlin stellt".

Wie gerne die AL auch die Bindungen Berlins an den Bund in Frage stellt, dokumentiert sich regelmäßig im Parlament, wenn die AL bei der routinemäßigen Abstimmung zur Übernahme von Bundesgesetzen diese in der Mehrzahl ablehnt, ohne jedoch deren Annahme letztlich verhindern zu können.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik setzt sich die AL für eine „ökologische Industriepolitik" mit dem vorrangigen Ziel ein, die Berlin-Subventionen abzubauen. „Eine Forderung mit der Folge, daß das Engagement der deutschen Wirtschaft in Berlin sofort gestoppt würde", charakterisiert Rasch diese Absicht. Eine von vielen Forderungen, die in Berlin von AL-Parlamentariern wie dem als anarchistischen Gewalttäter und Politclown bekannten Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann vertreten werden, der im vergangenen Jahr ins Abgeordnetenhaus „rotierte". Dort versucht sich der Kommunist wie andere AL-Abgeordnete „als Systemveränderer, die es gut zu verstehen wissen, ihr Streben nach einer anderen Republik zu kaschieren", beschreibt Berlins FDP-Chef Rasch die Erfahrungen aus dem parlamentarischen Alltag.

Probleme der Grünen mit dem Geld

1983 flossen fast 30 Millionen Mark Einnahmen in die Kasse / Rechtsstreit droht

STEFAN HEYDECK, Bonn

Auch die Grünen sorgen sich ums Geld. Das jedoch nicht deshalb, weil sie am Hungertuch nagen oder gar morgen pleite sind. Im Gegenteil: Anders als die von Finanzengpässen geplagten „etablierten" Parteien sind die politischen Newcomer fast schon erschrocken über den förmlich auf sie herniederprasselnden Geldstrom. So weist ihre „gläserne Kasse", auf die sie besonderen Wert legen, im Rechenschaftsbericht für 1983 Gesamteinnahmen von 19,787 Millionen Mark aus. Unter Berücksichtigung der Abschlagszahlungen der öffentlichen Hand für die Wahlen kamen sogar, so Schatzmeister Hermann Schulz im WELT-Gespräch, „innerhalb von gut einem Jahr rund 30 Millionen Mark" zusammen.

Eigentlich müßten die anderen Parteien fast schon vor Neid erblassen, wenn Schulz feststellt: „Wir sind schuldenfrei. Wir haben sogar erhebliche Rücklagen." Dabei haben die Bundestagsneulinge „ein bißchen Angst". Denn einerseits empfinden die Grünen selbst, daß aufgrund der Wahlergebnisse die öffentlichen Gelder „etwas stürmisch" ins Haus strömen. Andererseits aber schreitet die Beitragsentwicklung der 31 000-Mitglieder-Partei eher zögernd voran. Außerdem findet die Spendenbereitschaft ihre Grenzen in ihrer Wählerstruktur. Und Spenden aus Wirtschaft und Industrie? „Nein, haben wir nicht."

Tatsächlich haben die Bundes-Grünen laut Rechenschaftsbericht gerade 50 294 Mark erhalten. Einschließlich der elf Landesverbände waren ihnen 2,2 Millionen Mark zugeflossen. Darin enthalten sind aber unter anderem 143 989 Mark aus „Einkommen an Vermögen" – Zinsen, also. Dabei kam mit 40 000 Mark laut Rechenschaftsbericht die größte Einzelspende vom Nürnberger Bundestagsabgeordneten Dieter Burgmann. Prompt wurde dem ehemaligen Bundesvorstandssprecher in der Parteizentrale attestiert, daß er unter seinen 26 Bonner Fraktionskollegen sich noch am ehesten die gewünschte „Basis-Nähe" erhalten habe. Diese führen – nicht zuletzt unter dem Druck des Sindelfinger Parteitagsbeschlusses – nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt Teile ihrer Diäten an die Öko-Fonds der Landesparteien ab. Das sind rund 750 000 Mark im Jahr. In diese von den Landesverbänden verwalteten Fonds geben auch 80 Prozent aller Einnahmen.

Doch das sind nicht die eigentlichen Geld-Probleme der Grünen, deren Finanzrat am 25. Oktober über den inzwischen fertiggestellten Rechenschaftsbericht abstimmen muß. Die liegen eher in der Befürchtung, daß die Partei „irgendwann einmal erhebliche Summen" an den Staat zurückzahlen muß. Denn nach dem Bundesverfassungsgericht und dem Parteienfinanzierungsgesetz müssen sich politische Organisationen „überwiegend" (also zu mehr als 50 Prozent) aus eigenen Mitteln und nicht durch öffentliche Gelder finanzieren. Dabei reichen wohl kaum die zwei Mark aus, die die Bundespartei als Beitrag pro Mitglied erhält. Hinzu kommt ein möglicher Rechtsstreit über die Verwendung der Wahlkampfkostenerstattung durch die Grünen. Sie hatten im Parlament klar die nachträgliche Erhöhung von vier auf fünf Mark *pro* Wahlberechtigten abgelehnt. Dann aber haben sie aus diesen Zusatz-Geldern gleich drei neue Fonds geschaffen:

- Rechtshilfefonds. Aus ihm werden zwar „keine Strafmandate" erstattet. Bezahlt aber werden im Einzelfall zum Beispiel Verteidiger von gewalttätigen Demonstranten. Hier ist die Partei für dieses Jahr finanziell schon „*ziemlich ausgelastet*".
- Kampagnenfonds. Mit ihm sollen Aktivitäten „im Umfeld" der Grünen gefördert werden. So erhält ein Filmemacher aus den USA, der Atomkriegsängste weltweit aufzeigen will, 50 000 Mark. Mit einer ähnlichen Summe soll der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung rechnen können. Dort haben die Grünen aber immer noch wegen des „starken DKP-Einflusses" und der jetzt deutlich gewordenen „Interessenlage der SPD" Bedenken. Man fühle sich „in der Rolle der häßlichen Melkkühe".
- Internationaler Solidaritätsfonds. Er soll nur aus den Mitteln des Europawahlkampfs gefüllt werden. Das sollen 500 000 Mark aus „stillgelegten Mitteln" jährlich für fünf Jahre sein. Eine Absegnung für die Dritte-Welt-Aktionen muß der Parteitag im Dezember noch beschließen.

Ihre Bundesgeschäftsstelle lassen sich die Grünen im Jahr 1,5 Millionen Mark kosten. Damit finanzieren sie unter anderem elf Mitarbeiter. Der elfköpfige Vorstand arbeitet außer für Spesen „für die Ehre" – bisher jedenfalls.

Neue Privilegien für den WDR?

„Unternehmensverfassung" für den Kölner Sender wird zum politischen Streitfall

GERNOT FACIUS, Bonn

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms spricht von einem „Anschlag auf die Pressefreiheit", der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) droht gar mit einem Gang zum Verfassungsgericht: Die im Düsseldorfer Regierungsentwurf für ein neues WDR-Gesetz vorgesehene „Unternehmensverfassung" für die Kölner Sendeanstalt hat einen politischen Streit ersten Ranges provoziert. Konkreter Vorwurf: Der WDR werde sich gezielt an privaten Unternehmen, also auch am privaten Rundfunk und Fernsehen, beteiligen können und damit „eindeutig die Grenzen zulässiger Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand" überschreiten.

Im WDR-Gesetz von 1954 heißt es noch: „An einem Unternehmen, das einen gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Zweck zum Gegenstand hat, darf sich die Anstalt nur beteiligen, wenn dies zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist." Im jetzt vorliegenden Entwurf wird auf das Wort „nur" verzichtet. Die CDU sieht deshalb eine neue [illegible] Qualität geschaffen. Ge[illegible] dies stellt die Staatskanzlei in Abrede.

VDZ-Präsident Heiko Klinge argumentiert in seinem Appell an Ministerpräsident Rau, den Entwurf zu [illegible], mit juristischen Einwänden. Er nennt die Zielsetzung, dem WDR eine Unternehmensverfassung zu geben, „äußerst fragwürdig". So sei im Paragraph 1 von dem „Rundfunkunternehmen" WDR die Rede, dem – an anderer Stelle – ausdrücklich „die wirtschaftliche Verwertung von Rundfunkproduktionen" in Zusammenarbeit mit Dritten erlaubt werde. Zu diesem Zweck soll sich der WDR sogar an anderen (privaten) Unternehmen beteiligen können. Dies ist für die Verlegerseite der kritische Punkt. Nach dem Grundgesetz sei es nämlich unzulässig, die Vorteile der Anstaltsstruktur mit den Vorteilen der Unternehmensverfassung zu kombinieren.

„Könnte sich der WDR gemäß Paragraph 44 des Entwurfs an privaten Unternehmen beteiligen, so wären die Wettbewerbsvorteile des unter der Anstaltsmaske operierenden Rundfunkunternehmers WDR für die übrige Medienwirtschaft existenzgefährdend", warnt der VDZ in seinem Schreiben an Rau. „Dem WDR stünden dann nicht nur – neben dem Gebührenprivileg – die (von der SPD oft genug als fragwürdig erkannten) Mittel aus ‚kommerzieller' öffentlich-rechtlicher Werbung zu Gebote; die Verwertung von Rundfunkproduktionen in Zusammenarbeit mit Dritten würde den WDR vollends zu einem Mediengiganten machen, dessen Verbundvorteilen private Unternehmen nichts entgegenzusetzen hätten."

Und noch von einer anderen Seite her sehen die Verleger Gefahren heraufziehen: Mit dem Gesetzentwurf soll dem WDR erlaubt werden, künftig „Druckwerke mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt" zu veröffentlichen, „wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist". Soll damit die Rechtsgrundlage für die Herausgabe einer eigenen Programmzeitschrift geschaffen werden? Eine solche Absicht stünde rechtlich auf unsicheren Füßen. Denn der Verfassungsrechtler Professor Rupert Scholz, heute Senator in Berlin, war 1982 in einer Untersuchung zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen, daß jede Form der Programmpresse Presse im Sinne der Pressefreiheit gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes darstellt und damit der privatwirtschaftlichen Presse prinzipiell vorbehalten ist. Scholz hatte auch zu bedenken gegeben, daß eine von Rundfunkanstalten wirtschaftlich betriebene eigene Programmpresse die *konkurrierenden* Presseunternehmen nicht nur in ihrem Grundrecht der Pressefreiheit, sondern auch in ihren Grundrechten der Berufs- und Eigentumsfreiheit verletzen könne. In der ARD sind bislang alle Versuche, eigene Programmzeitschriften herauszugeben, an den Einwänden vornehmlich der Juristen gescheitert.

Die Zeitschriftenverleger wollen deshalb „nicht zögern, eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durch betroffene Mitgliedsverlage anzuregen und zu fördern", wenn der Entwurf in der vorliegenden Form verabschiedet werden sollte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fortwährende Aufrechnung

„Leserbrief: Sparschwein der Nation?"; WELT vom 24. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider erweckt der Leserbrief von Herrn Graf ohne fundierte Zahlenangaben den Eindruck, als ob es den Rentnern in unserem Lande besonders gut geht, da nach seiner Darstellung das Netto-pro-Kopf-Einkommen je Familienangehörigen des öffentlichen Dienstes vom Netto-pro-Kopf-Einkommen der Rentner kaum „abweicht".

Diese Darstellung ist unrichtig. Das durchschnittliche Netto-Jahreseinkommen der Rentner und Pensionäre (alle Familienmitglieder) lag 1982 bei 27 000,- DM. Hierin sind jedoch die 1,1 Millionen Pensionäre des öffentlichen Dienstes eingeschlossen, von denen aber über 50 % zum gehobenen und höheren Dienst zu zählen sind. Diese wesentlich über den Durchschnittsrenten liegenden Ruhegehälter verändern das Bild hinsichtlich des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Rentner erheblich.

Herr Graf sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß nach den Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Ausgabe 1984, Basis 1983, die Durchschnitts-Renten der Männer ab 65. Lebensjahr in der Arbeiterrentenversicherung 1116,- DM und der Männer in der Angestelltenversicherung 1617,- DM betragen. Bei den Frauen sieht es noch schlechter aus, denn die Arbeiterwitwe erhält 367,- DM und die Angestelltenwitwe 632,- DM. Erfahrungsgemäß verfügt die Masse der Rentner über keine zusätzlichen Einnahmen.

Weiterhin ist bemerkenswert, daß der öffentliche Dienst inzwischen 4 880 000 Beschäftigte zählt, die 1983 an Personal- und Sachausgaben bereits sage und schreibe 272 Milliarden DM benötigen. Bei einem Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik in 1983 von 395 Milliarden DM entfallen somit satte 69 % aller Steuereinnahmen auf den Unterhalt des öffentlichen Dienstes. Die Sparmaßnahmen der neuen Regierung sind allerdings so bescheiden, daß man überhaupt nicht von fühlbaren Einschnitten beim öffentlichen Dienst sprechen kann.

Gemäß dem Finanzplan der Bundesregierung 1983 bis 1987 entfallen nämlich in 1983 nur 3,5 Milliarden DM von insgesamt 17,8 Milliarden DM auf Einsparungen beim öffentlichen Dienst. Von den Gesamtkosten in Höhe von 272 Milliarden DM sind dies nur karge 1,3 %.

Für 1984 sind beim öffentlichen Dienst insgesamt 5,6 Milliarden DM an Einsparungen vorgesehen, u. a. *Absenkung der Eingangsbesoldung* (31 Mio DM), beschränkter Fortfall des Versorgungsanpassungszuschlages (426 Mio DM), Fortfall des Zuschusses für die Gemeinschaftsverpflegung (182 Mio DM) und die noch fragliche Verschiebung der Lohnanpassung auf 1985 in Höhe von 4,970 Milliarden DM.

Letzteres ist aber nur dann möglich, wenn die ÖTV auf eine rückwirkende Erhöhung der Löhne für 1984 verzichtet. Auch dann werden nur 2 % der Gesamtkosten des öffentlichen Dienstes eingespart.

Wirkliche Opfer brachten dagegen die Rentner, von denen 900 000 Kleinstrentner an der Schwelle zur Sozialhilfe leben und die wie alle übrigen Rentner im Gegensatz zu den Pensio*nären des öffentlichen Dienstes* weder ein 13. Gehalt zu Weihnachten noch Urlaubsgeld vom Staat erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
H. Behrendt,
Bendestorf

Mit Mehrheit

Sehr geehrter Herr Dr. Herlyn,

in Ihrer Bewertung der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen unter der Überschrift „Die rot-grünen Mehrheiten können für CDU und FDP 1985 eine Chance sein" nennen Sie neben Münster die Stadt Rheine als Beispiel für den ländlichen Raum. Sie schreiben, daß in der klassischen CDU-Stadt Rheine die Union von 76,1 Prozent auf die magische 50-Prozent-Marke abrutschte. Diese Aussage ist falsch.

Richtig ist, daß die CDU bei der Kommunalwahl 1979 56,1 Prozent errang und am 30. 9. 1984 die absolute Mehrheit mit 50,7 Prozent behaupten konnte. Die Ergebnisse der übrigen Parteien lauten: SPD 35,6 Prozent gegenüber 38,5 Prozent im Jahre 1979, FDP 4,9 Prozent gegenüber 5,4 Prozent im Jahre 1979, Grüne 8,9 Prozent.

Die CDU behielt damit, wie auch schon in der abgelaufenen Ratsperiode, 28 Sitze im Rat der Stadt. Die SPD kam auf 19 Sitze statt bisher 20. Die Grünen erhielten 4 Ratsmandate.

Das von Ihnen gezeichnete Bild trifft ob der klaren Mehrheitsverhältnisse für Rheine nicht zu.

Mit freundlichem Gruß
Der Stadtdirektor,
Stadt Rheine

Wort des Tages

„Das einzig fruchtbare *Verhältnis zu den* Menschen ist Liebe, das heißt der Wille, Gemeinschaft mit ihnen zu halten."

Dietrich Bonhoeffer; deutscher Theologe (1906–1945)

Ohne Vertretung

Der Zuschauer allein – und nur er – ist die legitimierte Jury (für Programmfragen), schrieb Horst Stein in seinem prägnanten Kommentar „Schlag 8" (WELT vom 29. September). Aber wie soll sich der Wille der Zuschauer artikulieren? In keinem anderen öffentlichen Bereich ist die Bevölkerung so entmündigt wie bei den Rundfunkanstalten.

Während bei Bund, Ländern und Gemeinden, ja sogar bei der Bundesversicherungsanstalt oder den öffentlich-rechtlichen Krankenkassen von den Bürgern gewählte Vertreterversammlungen als oberste Instanz entscheiden, hat man im öffentlich-rechtlichen Medienbereich als angebliche Vertretung der Allgemeinheit damals auf Drängen der Besatzungsmächte einen mittelalterlichen Ständestaat etabliert, vielfach besetzt mit überlasteten Wirtschaftsmanagern und hohen Staatsfunktionären, die de facto niemandem rechenschaftspflichtig sind.

Deswegen fordert die Aktion Funk und Fernsehen immer wieder die Ablösung der sog. gesellschaftlich relevanten Gruppen durch einen demokratisch gewählten Rundfunkrat. Nur ein solches Gremium wird dem Verfassungsgrundsatz des Art. 20 des Grundgesetzes gerecht, wonach der Volkssouverän seinen Willen in allen öffentlichen Bereichen durch allgemeine direkte und geheime Wahlen kundtut.

Mit freundlichen Grüßen
H. Walther,
Vorstandssprecher der Zuschauervereinigung AFF, Köln

Personalien

EHRUNGEN

Der Bonner Publizist **Erich Rotter** ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Den Orden überreicht am Donnerstag Kölns Oberbürgermeister **Norbert Burger**. Rotter hat sich besondere *Verdienste um die deutsch-israeli*schen Beziehungen erworben. 1961 hatte er als Redakteur des Westdeutschen Rundfunks die Fremdsprachenprogramme im Hörfunk des Senders eingerichtet. Außerdem gab er seinerzeit mit dem israelischen Journalisten **Hans Landsberger** die Zeitschrift „Israel Forum" heraus. 1981 wurde Erich Rotter Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Er ist außerdem Mitarbeiter der „Tribüne" und Herausgeber der „Nahost-Informationen".

*

Der Präsident der Steuerberaterkammer Düsseldorf, Steuerberater **Kurt-Rolf Enters**, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande. Den Orden überreichte in der Landeshauptstadt Oberfinanzpräsident **Heribert Scharock**. Kurt Rolf Enters wurde 1973 Präsident der Kammer der Steuerbevollmächtigten. 1975 berief man ihn zum Präsidenten der Steuerberaterkammer Düsseldorf und zum zweiten Vorsitzenden des Verbandes der steuerberatenden Berufe e. V. Düsseldorf. Bis 1979 war er Mitglied des Präsidiums der Bundesteuerberaterkammer.

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat die aus Deutschland stammende Ordensschwester **Fredesvinda Grundhöfer**, Generalvikarin der Mariann Hiller Schwestern, Missionsschwestern *vom Kostbaren Blut, mit dem* Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Die Ordensfrau hat mehr als 35 Jahre lang Missionsarbeit geleistet, vor allem in Südafrika. In ihrem Orden in Rom ist sie heute stellvertretende Generaloberin.

*

Der Vorsitzende des Hamburger Fahrlehrerverbandes, **Rolf Walther**, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse geehrt. Der 59jährige Walther ist außerdem im Bundesvorstand der Fahrlehrer und Präsident der Europäischen Fahrlehrerassoziation.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Liquidation, Insolvenzverfahren ...... oder

Management auf Zeit?

Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr rer. pol., Dipl.-Ing.), das Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Unfall, Krankheit, Todesfall) geraten sind – in dringenden Fällen kurzfristig –, zur Verfügung steht. Es deckt sämtliche Bereiche, Verkauf/Vertrieb/Innovation, Finanzen/Steuern/Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungssteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Chefetage". Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines

Geschäftsführers auf Zeit

ist möglich, jeweils nach Erfordernis.

Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab.
Kontaktaufnahme erbeten unter A 9959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein gut eingeführtes Brunnenbauunternehmen mit Sitz im östlichen Niedersachsen.
Unsere Leistungsbereiche: Versorgungs-, Bewässerungs- und Grundwasserbeobachtungsbrunnen, Einbringung von Hydraulikschutzrohren, Grundwasserabsenkungen, Bodenaufschlußbohrungen und Bohrpfahlgründungen.
Der Firmeninhaber will aus Altersgründen seine Nachfolge regeln und die Geschicke des Unternehmens schrittweise in jüngere Hände übergeben.
Im ersten Schritt wird einem verkaufsorientierten Fachmann

tätige Beteiligung

nach Einarbeitung und nachgewiesener Qualifikation die Mehrheitsbeteiligung angeboten.
Weitere Einzelheiten dieser guten Chance zur Schaffung einer eigenen Existenz besprechen Sie bitte mit der von uns beauftragten

GBM
Gesellschaft für Unternehmens-Beratung und betrieblich angewandte Mathematik mbH, Magnitorwall 12, 3300 Braunschweig, Tel. 05 31 / 4 15 19.
Strengste Vertraulichkeit und Beachtung von Sperrvermerken werden zugesichert.

Advertising/Public Relations

German executive with experience in Europe and U.S.A. looks for new challenge. Diversified international background in advertising, public relations, financial planning, analysis, sales promotions, royalty and licensing agreements.
Chiffre H 10 318 to WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Wir suchen einen pensionierten

Bankdirektor

für eine reizvolle Sonderaufgabe. Absolute Diskretion wird zugesichert.
Zuschriften erbeten unter G 10295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind eine der großen Immobilien-Gesellschaften Deutschlands und suchen für den *Vertrieb von Erwerbermodellen in Berlin*

Anlageberater/Vertriebsgruppen

Die Objekte befinden sich ausschließlich in exzellenten Standorten (Citybereich). Unsere Konditionen, die überdurchschnittlich sind, möchten wir Ihnen gern in einem persönlichen Gespräch darlegen.
Nehmen Sie bitte Kontakt mit dem von uns beauftragten Beratungsunternehmen auf
COMMUNICATION CONSULTING
Gesellschaft für Marketing & Communication mbH
Trautenaustraße 14 · D-1000 Berlin 31
☎ 030 / 87 53 86 · Telefax 030 / 86 03 68

Geschäftsführer

für eine eingeführte Immobilienfirma

im süddeutschen Raum gesucht, Gesellschaftsform GmbH. Geboten wird die Beteiligung in Höhe von 20 %, die restlichen Beteiligungen werden von einem Bauträger und einem Generalunternehmer zu gleichen Teilen gehalten.

Bewerbungen mit Tätigkeitsnachweis unter E 10 293 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neuartige, lukrative und risikofreie Existenzgründung in BRD, A + CH

für Damen und Herren mit guter Allgemeinbildung, die das Angestelltendasein satt haben. Für (Ehe-)Paare besonders geeignet!
SIE suchen eine selbständige Existenz, anfängl. evtl. auch nebenberuflich.
SIE wollen überdurchschnittlich verdienen (über 100 000 DM p. a.) –
SIE wollen das Existenzrisiko minimieren.
SIE haben psychologisches Einfühlungsvermögen und Freude am Umgang mit Menschen.
SIE haben Telefon, TV nebst Videorecorder u. Pkw.
SIE *verfügen über Investitions- bzw. Kreditmöglichkeiten von 12 000,– DM.* Diese einmalige Einstandsinvestition kann auch in Teilbeträgen geleistet werden.
WIR GARANTIEREN jedem unserer Systempartner vom Start weg ein Einkommen, das ein Mehrfaches der etwaigen monatlichen Einstanderate *beträgt.*
WIR BIETEN geeigneten Persönlichkeiten risikofreie, sichere, lukrative, selbständige Vollexistenz im Rahmen einer im gesamten deutschsprachigen Raum tätigen Organisation mit beratender Tätigkeit.
WIR VERGEBEN kurzfristig für alle 66 Großstädte der BRD, alle Hauptstädte der 9 Bundesländer in Österreich sowie für die deutschsprachigen Großstädte in der Schweiz lukrative Exklusiv-Verträge mit Gebietsschutz.
Richten Sie Ihre vollständige Bewerbung mit Lichtbild unter U 9931 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.
Wir laden Sie dann kurzfristig zu einem Informationsgespräch.

VERSANDHAUS ZUR MIETE
Komplett vom Bestelleingang bis Rechnungswesen, Retourenbearbeitung, Kundenservice ab DM 3,- je Bestellabwicklung. Promotion-Dienst GmbH, Postfach 760862, 2 Hamburg 76 Telefon: 040/252098, Telex: 2164964 prom d

---

Kleineres Spezialmaschinenbauunternehmen Schlosserei, Elektrowerkstatt
sucht zur Auslastung seiner erweiterten Kapazität Aufträge als Zulieferant.
Kontaktaufnahme unter Tel. 02 81 / 53 08 66 (Herr Rode)

Zukunftsmarkt für Mittelbetriebe Größter Wachstumsmarkt Fernost
Deutscher, langj. prakt. Erfahrung als Regional-Manager Fernost f. intern. bek. Großunternehmen m. eig. Büro i. Singapur u. Verbindungsbüros i. Japan u. Fernostländern, su. Mittelbetriebe m. Interesse an einer Markterschließung Fernost, auf der Basis einer Kostenbeteiligung f. Übernahme selbst. Akquisition, Marktbearbeitung, Kundenberatung u. Aufbau eines Importeur-/Händlernetzes.
Erster vertraulicher Kontakt unter K 10253 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Interessantes Angebot für Selbständige
DM 3000,–
für 15 Minuten Zeitaufwand.
Kontaktaufnahme: Jatex GmbH, Richardstr. 12, 2 Hamburg 76
Tel. 0 40 / 29 66 68, Tx. 21 4 712

IDEEN · PATENTE GEBRAUCHSMUSTER
zur Verwertung gesucht.
2 Hamburg 13, Postfach 32 31 51

Champagne „Marguet-Bonnerave"
sucht zur Erweiterung seiner Geschäftsbeziehungen
Wein- und Champagne-Importeur
zum Vertrieb seiner Erzeugnisse.
Zuschrift: Ch. Marguet-Bonnerave, BP 1, F-51150 Ambonnay

Kunststoff-Fachmann
sucht für die *PLZ-Gebiete* 4/5 eine
Vertretung
f. techn. Kunststoffprod. od. Maschinen f. die Kunststoffverarbeitung.
Zuschriften unter E 10007 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Unwahrscheinliche Chance für einen aktiven, technisch versierten Vertriebsmann
Handelsunternehmen in Hamburg zu verkaufen
aus Alters- und Nachfolgegründen – gut florierende intakte GmbH auf dem Heizsektor. – Eigenprodukte bestens durch Qualität und Werbung eingeführt – guter Händlerstamm, von Handelsvertretern betreut – *Umsatz 1,8 Mio., absolut steigerungsfähig* – Inhaber steht auf Wunsch mittelfristig beratend zur Verfügung. Preis DM 270 000,- + Warenlager, das langfristig finanziert werden kann – öffentliche Förderungsmittel für Existenzgründung können in Anspruch genommen werden.
Ang. u. F 10316 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir haben ein einmaliges Angebot
15 Tage Vollverpflegung in Vier-Sterne-Hotel: 650,– DM, ab 30. Sept. bis 30. Mai, in Spanien. Wir suchen die Reiseveranstalter u. -Kaufleute, welche dieses Angebot verwerten können. Aller Komfort gegeben.
Zuschriften unter C 10247 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Finanz. mittelstarker Partner
zum Durchziehen einer interessanten Rendite-Immobilie gesucht. Alle Absicherungen auf Grundstück oder Immob. möglich.
Kontaktaufnahme unter U 10305 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Anlauf- und Kontaktbüro in München
Ihre Interessenvertretung, Ihre Telefon- u. FS-Nr., Ihr Schreibtisch, Ihr Besprechungszimmer. Durch Zusammenschluß von Gleichinteressierten besonders günstig.
Ab 150,- DM mtl. Beste Citylage. Anruf ab Mo. 9.00 Uhr: 0 81 91 / 4 77 75

Weihnachtsgeschäft
für den Handel und Vertreter
handbemalte Porzellan-Vögel
auch *mit* Spieluhr, *sowie* Dosen in Entenform. Eine schöne stilvolle Geschenkidee. Attraktiver Zusatzverkauf durch günstige Preisgestaltung.
PAN Import – R. Kleszka
2 HH 60, Sierichstr. 16
Tel. 0 40 / 27 32 79

Maneurop u. Aspera
Kompressoren für Kältemaschinen sowie Schmöle-Kondensatoren Typ Truco preisgünstig abzugeben.
Tel. 0 42 62 / 29 22

Suchen Sie einen Stützpunkt in Frankreich (Paris)?
Erfahrener Praktiker, 15 Jahre im Vertrieb, Kenner der französischen Metallindustrie, Anfang 40, Maschinenbau-Ingenieur, gute deutsche Sprachkenntnisse, Wohnsitz Pariser Bezirk
sucht deutsche *Maschinenbau-Firma*
die in Frankreich vertreten sein bzw. eine Niederlassung gründen möchte.
Angebote unter F 10294 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gesellschaft sucht Juristen als Partner für außergewöhnliche Anwaltskanzlei. Ang. u. C 10181 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Suche (auch junge) engagierte Kaufleute zur Gründung einer GmbH (EK nicht unbed. erf.), Arbeit vom Wohnort aus möglich, ansonsten Büro in zentr. Hochhaus. Ang. u. B 10180 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplomat
mit voller Immunität übernimmt noch einige Kurierdienste.
Ang. u. E 10315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Partiewaren alle Art
gesucht. Wir zahlen schnell zu bestmöglichen Konditionen
Tel. (04 41) 8 58 68, Telex 292 318

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Handelswaren-Vertrieb
Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 / 40 43, FS 9 23 450

Ihr Büroservice in Essen
Geschäftsadresse (5 Min. v. Messegel.), Telefon-Post-Schreibdienst, Einzelbüros, Telex, EDV, Konferenzraum m. Gästeservice.
Info: Fa. H. Eulgen, Kamperfeld 58
4300 Essen 1, Tel. 02 01 / 71 08 46

Existenzgründung mit Zukunft
Wir sind eine internationale Investmentberatungsgesellschaft mit Niederlassungen im In- und Ausland. Für unsere Tochtergesellschaft in Deutschland stellen wir das Vertriebssystem um und vergeben selbständige Bezirksdirektionen. Es wollen sich bitte nur geeignete Damen und Herren mit entsprechenden Vorkenntnissen (Kaufmann, Bankkaufmann) vorstellen. Einarbeitung erfolgt in unseren Büros in Südamerika und USA. Schriftliche Bewerbungen bitte an unser Frankfurter Büro:
HEB GmbH, Marquardtstraße 69, 6000 Frankfurt/M. 90

Ich ziehe um nach Griechenland!
Flexibler, 31jähriger grd. Betriebswirt (Industriekaufm.), *Engl., erf. im Verkauf, Organisa*tion u. Marketing, Immobilien- u. Finanzierungsbereich, m. Apple-Computer, Allroundtyp, übernimmt für Sie gutdot. u. nach Leistung orientierte Aufgaben in Griechenland.
Ich bitte um kurzfr. Kontaktaufn. unter PE 48 445 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 38.

SÜDAFRIKA
Vielseitig erfahrener Kaufmann, 43 J., geht nach SÜDAFRIKA und kann dort Ihre Interess., Produkte, Dienstleistungen vertreten. Ihre Zuschr. erb. u. PO 48434 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Treuwo AG
Interessengemeinschaft der Treuwo-Aktionäre benötigt für eine a. o. H. V. auch ihre Stimmen. Weitere Infos erteilen wir gern bei Kontaktaufnahme.
Zuschriften erbeten unter U 9953 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre Geschäftsadresse in Frankfurt
Büroservice, 5sprachiges Sekretariat, Telex, Telefon, Schreibautomat, Postverteilung usw.
Tel.: 0 69 / 59 53 47, Telex: 4 170 194

Wir verpacken für Sie per Hand
Waren aller Art, auch Briefe und Werbesendungen mit Adressenschreiben und Auslieferung, schnell und preiswert
Gebr. Heinz
Dienstleistungen aller Art,
2 HH 28, Peutestr. 53
Tel. 0 40 / 78 74 38

Überregional arbeitende Maklerfa
für den Verkauf von guten Wohnbau-Hotel-Renditeobjekten an Kapitalanleger-Versicherungen-Fonds etc. Vertriebs- u. Maklerfirmen *gesucht.*
Bitte nehmen Sie Verbindung auf unter F 10 250 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Am Dollar verdienen!
Priv. Auto-Export in die USA mit Gewinnen von 15 000,- DM u. mehr pro Pkw. Broschüre über ges Abwicklung mit z. B. übersetzten amerikanischen Zollveröffentlichungen, Marktübersichten, Preisen, Kontaktadressen für 31,- DM + Porto per Nachnahme anfordern. Lange, Postfach 54 06 11, 2000 Hamburg 54

Wir verfügen über
ca. 500 m² Verkaufs-/Fabrikationsräume
im Vorort einer bergischen Großstadt (PLZ 56) und suchen Idee/Partner zum Aufbau eines Einzelhandels-/Großhandels-/Dienstleistungsbetriebes.
G. + P. Rommerskirchen OHG
Postfach 12 02 31
5630 Remscheid 12
Telefon 0 21 91 / 5 00 07

Die Problemlöser
In Sachen
- Konfektionieren und Verpacken
- Herstellung v. Musterkarten/Ausstattungen
- Komplettierungen
- Proben-, Prospekt-, Musterversand
- Papierverarbeitung
- Handlingaufgaben aller Art

Wo Maschinen aufhören, fangen wir an.
D. A.-Industrieservice
Tel. 0 52 34 / 9 86 38

Neue Existenz
Mit unserer gezielten, fachkundigen Unterstützung und im Firmenverbund (auf Franchise-Basis) können auch Sie durch leichte, seriöse Berater-Tätigkeit ein hohes, gesichertes Einkommen erzielen. Für jeden geeignet – wichtig sind Einsatzwille und Kontaktfreude (gründliche Einarbeitung garantiert).
Finanz.-GmbH Kaiser
Postfach 17 44, 7900 Ulm

Ungewöhnlich selbständig machen im Bereich Grenzwissenschaften Esoterik/Managementwissen in unserem erfolgreichen Team (deutscher Marktführer/kein Außendienst). Bewerbung mit Lebenslauf an Fa. UNH, Hamburger Allee 2–10, 6 Ffm. 90

Suche Handelsvertretung
bundesweite Reisetätigkeit, besucht werden Baumärkte, Camping-Bedarf u. Kaminbau, Wohnsitz Rhein-Main-Gebiet.
PR Studio Jugenheim, Postf. 25, 6104 Seeheim-Jugenheim

Partner mit gutem Background und guten Bankverbindungen
zur Übernahme einer Rendite-Immobilie gesucht – Rendite DM 100 000,– p. a. pro Partner – kein Eigenkapitaleinsatz erforderlich.
Zuschriften unter Zusicherung der äußersten Diskretion erbeten unter S 10 303 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Alleinvertreter
für Verkauf und Vermietung von Ferienwohnungen in Frankreich und Spanien.
Zuschriften an: No. 143
PUBLIALE-GR, 27, FG.
Montmartre, F-75009 PARIS.

Reiseleute, herhören!!!
suche Zusammenarbeit mit Reisebüro, Reiseveranstalter, Reisekaufmann. Wir haben ein einmaliges Vier-Sterne-Hotel-Angebot in Spanien, mit allem Komfort, mit dem sich alle bekannten – auch Niedrigpreise – unterbieten lassen.
Nehmen Sie Verbindung auf unter H 10296 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr.-Ing. (Bau)
32 J., verh.; Bauzeichnerlehre, Fachhochschul-, Universitätsstudium; z. Z. stellv. Leiter der Berechnung (ungekündigt), mehrjährige Berechnungs- und Konstruktionserfahrungen in den Bereichen Ind. Bauen, Stahlbau, Anlagenbau und Software-Entwicklung, umfassende EDV-Kenntnisse (PRIMOS, NOS, *PLS, FORTRAN, PASCAL*); *sucht neue,* verantwortliche Position mit Aufstiegsmöglichkeiten oder mit Aussicht auf spätere Teilhaberschaft.
Angebote unter S 10171 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Fachmann
41 J., 14 J. EDV-Praxis, 8 J. EDV-Leitung, interessiert an: Aufbau/Umstellung EDV-Abteilung, Datenmanagement, EDV-Coordination u. EDV-Revision, sucht neuen Wirkungskreis, Raum Ruhrgebiet.
Zuschriften unter Y 10199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welches unkonventionell-innovative Unternehmen

sucht führenden Kopf,

der Expansionsstrategien nicht nur entwickelt, sondern vor allem durchsetzt?
Kaufmann mit dem Blick fürs Ganze, in Kosten denkend und mit Einfühlungsvermögen für die *Technik, möchte unter Nutzung* seiner *langjährigen* Marketing-Erfahrungen Ihre Geschäftsführung verstärken oder übernehmen.
Z. Z. Kaufm. Leiter in Beratungs-Unternehmen mit Schwerpunkt Markenentwicklung.
Bitte Kontaktaufnahme unter G 9965 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Betriebswirt
In leitender Position für die Koordination der technischen und kaufmännischen Aufgaben in Ihrem Betrieb.
Branche: Chemische Industrie und Anlagenbau
Pers. Daten: 44 Jahre, verheiratet
Erfahrungen: Labor, Versuchs- und Verfahrenstechnik, Produktentwicklung, Marketing (Forschung/Strategien/VF), Außendienst, Ausland.
Eigenschaften: Einfallsreich, überzeugend, kooperativ, begeisterungsfähig.
Fremdsprachen: Englisch, verhandlungssicher.
Spezialität: Trouble-Shooting, Umweltprobleme (Abwasser/Abfall).
Zuschriften unt. X 10286 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb Anlagenbau El.-Ing. (grad.)
47 Jahre, verh., in ungek. Stellung, sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe im Anlagenbau.
Ausbildung: Lehre, Elektro-Ing. und Betriebswirt (VWA)
Bisherige Tätigkeit: 3½ Jahre Mont.-Ing. im Kraftwerksbau, 5 Jahre Instandhaltung, 13 Jahre Anlagenprojektierung, z. B. für Stranggießanlagen, Walzwerke, Sinteranlagen, Bandbehand*lungsanlagen, Konverter usw.*
Bes. Kenntnisse: Leistungselektronik, Antriebstechnik, speicherpr. Steuerungen, Ausbildung als Betriebswirt.
Zuschr. erb. u. T 10282 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als *Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch* und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-805

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige
________ mm hoch; ____spaltig zum Preis von DM ________
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________

Straße/Nr.: ____________

PLZ/Ort: ____________

Vorwahl/Telefon: ____________

Unterschrift: ____________

Der Anzeigentext:

STELLENGESUCHE

DIPL.-ING. (TH) ELEKTROTECHNIK
Über 20 Jahre Berufserf.: Planung, Bau, Inbetriebnahme elektr. Antriebe, Kraftwerke, Schalt- u. Kabelanlagen. – Entwicklung elektron. Systeme, Regeleinrichtungen – mathem. Simulation techn. Prozesse, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Gutachten – Abt.-Leiter MSR – Projektmanager Ausland, sucht neue Aufgabe oder Auftrag in freier Mitarbeit.
Zuschriften unter W 10285 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PERSONALMANAGEMENT
Wirtschaftswissenschaftler, promoviert, Anfang 40, Trainee in Automobilkonzern, Assistent Werkpersonalleiter, seit mehr als 10 J. Personalleiter in mittlerer Maschinenfabrik und international tätiger Firmengruppe, alle Aspekte moderner Personalarbeit beherrschend, mehrere Fremdsprachen, sucht herausfordernde Aufgabe in Unternehmen, das der Personalarbeit einen hohen Stellenwert zumißt.
Kontaktaufnahme erbeten unter B 10290 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Als TECHNISCHE FÜHRUNGSKRAFT
suche ich eine neue Aufgabe mit Perspektive als Lebensstellung, IE- u. Maschinenbau-Ing., 44 J., verh., gute Englischkenntn., langjährige Führungspraxis: 6 J. IE- und Fertigungsorganisation, 3 J. Produktionsleiter, 2 J. techn. Marketing, 3 J. Produktentwicklung, 3 J. Leiter Profitcenter in der kunststoff- und metallverarbeitenden Industrie.
Norddeutschland bevorzugt. Angebote unter G 10 185 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann (Betriebswirt)
47 J., fließend Engl., Portug., Span., fundierte Kenntnisse u. langj. Erfahrungen im Anlagenexport, Reisen, Abwicklung, kfm. Projektführung, Organisation, Vertrags-, Kredit-, Finanz- u. Rechnungswesen, Kostenrechnung und Controlling, sucht Führungs- o. Stabsaufgabe in Industrie, Handel oder Bank im Raum Hamburg. Einsatz in Full- oder Part-Time möglich. Ang. u. E 10183 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Personalleiter
Dipl.-Volkswirt, Anfang 40, standfest, langjährige Erfahrung, mit breitem Spektrum auf allen Gebieten des Personalwesens, möchte sich neu orientieren. Wer bietet anspruchsvolle Aufgaben?
Angebote u. D 10 182 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter Landmaschinen
40 J., z. Z. Geschäftsführer mit langjähriger Erfahrung in der Leitung einer Handelsgesellschaft. Gute kaufm. u. techn. Ausbildung und die bisherige Praxis, die alle Funktionen der Unternehmensführung umfaßt (Schwerpunkte: Einkauf, Verkauf, Vertrieb, *Marketing*, Werbung) garantieren sicheren Aufbau und gute Steuerung einer Niederlassung und/oder Vertriebsorganisation.
Gesucht wird neue adäquate Herausforderung.
Zuschriften erb. u. D 10 314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Engagierter, einsatzfreudiger Groß- und Außenhandelskaufmann m. perfekten Englischkenntnissen, 26 J., verh., in ungek. Stellung, seit 6 Jahren in Westafrika, z. Z. tätig als
STELLVERTR. NIEDERLASSUNGSLEITER
f. d. Investitionsgüterbereich u. Handel, sucht z. 1. 4. 85 qualifizierte Aufgabe in Europa oder *Übersee.*
Zuschr. erb. unter D 10292 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt / Bilanzbuchhalter
36 J., langj. Erfahr. i. Bereich Rechnungswes./Verwalt. sucht neue verantwortungsv. Aufgabe i. Raum Hamburg.
Angeb. unt. K 10 319 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versierte Sekretärin/Sachbearbeiterin
sucht neue Tätigkeit, *mögl. mit* Englisch, Raum Hamburg.
Angeb. u. F 10 184 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Madrid — Spanien
viels. deutscher Ind.-Kfm., 46 J., mit 20jähriger Erfahrung in verantwortlicher, teilw. selbst. Tätigkeit in Industrie und Handel in Span. Mobil und unternehmerisch, perf. span. und gute engl. Sprachkenntnisse, sucht leitende Tätigkeit, auch zu einer Neugründung bereit.
Ang. u. L 10320 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Ing. (grad.)
42 J., sucht neuen Wirkungskr. (Abrechn., Bauleit.).
Zuschr. erb. u. U PJ 48 449 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

MTA (Labor) + abgeschl. Prüfung als Arzthelferin, Examen 6/84, sucht Anfangsstellung in Klinik oder Praxis, mögl. NRW.
Zuschr. u. N 10366 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Hoteldirektor
sucht Luxushotel (auch Beteiligung), welches durch persönliche Führung die 1. Adresse sein soll. Langj. Berufserfahrung in dieser Hotelkategorie wird nachgewie*sen.*
Erbitte Zuschriften unter U 10283 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Philologin
(M. A. in Philosophie der Ludwig-Maximilians-Universität), perfekte Englisch- und Französischkenntnisse, auch im Kunstbereich erfahren, sucht Tätigkeit im Verlagswesen oder im Kunst- und Antiquitätenhandel.
Zuschr. erb. unter C 10291 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Trainingsleiter
im Dienstleistungsbereich, 37, mit den Aufgaben: Führen einer hauptberufl. Trainermannschaft, Planung u. Durchführung v. lernzielorientierten Trainings, sucht ein neues Aufgabengebiet mit Perspektiven im Großraum Hamburg.
Ang. erb. unt. Y 10287 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer/Metallverarbeitung
(spanabhebende u. spanlose Verformung)
Dipl.-Kfm., 44 J., z. Z. in ungekündigter Position als Geschäftsführer in einem mittl. metallverarbeitenden Betrieb tätig, sucht neue Herausforderung. Jahrel. Erfahrung i. d. Leitung mittelständ. Unternehmen der spanabhebenden sowie blech- u. drahtverarbeitend. Branche vorhanden (einschl. Werkzeugbau). Dynam., belastbar, vertraut mit a. Aufgaben a. Geschäftsführerebene, wobei die Schwerpunkte der bisher. Tätigkeit in Vertrieb, Auftrags- u. Kalkulationswesen, Personalführung sowie Diversifikation u. Innovation lagen. Sprachen: Engl./Franz. Gewünscht. Raum: Dortmund – Hamm – Arnsberg/Sauerl. – Lüdenscheid – Wuppertal – Hagen – Iserlohn.
Zuschrift. erb. unt. R 10 170 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wend. Verkaufsaußendienstler
42 J., verh., zuverl., langjähr. Erfahrungen (Verbrauchsgüter, Investitionsgüter u. a. Bereiche), in ungekünd. Stellung, sucht f. Jan. 85 od. später solides und verantwortungsv. Tätigkeitsfeld in Industrie u. Handel, Großraum Hannover, Braunschweig, Kassel.
Zuschr. u. P 10367 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kfz-Meister
Pkw, Lkw, Masch., Werkstattleiter, 43 J., Allround-Man, langjährige Auslandserfah*rung als Führungskraft, Engl.* gut, arab. Sprachkenntnisse, sucht neue, ausbauf. Aufgabe im In- od. Ausland.
Angebote erbeten unter Z 10288 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer
Fachkaufmann Einkauf und Materialwirtschaft, 34 J., gute engl. Sprachkenntnisse. Erfahrung in Import und *Export*, sucht zum *1. 1. 1985 bzw. 1. 4. 1985* neuen Wirkungskreis (auch Ausland).
Zuschr. erb. unt. A 10289 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Praktikum in kultureller Organisation,
die für den deutschen Bildungs- u. Kulturaustausch im europäischen Ausl. u. in Amerika tätig ist (z. B. Auslandsschule, Goethe-Institut, Verlag, Buchhandel, multinationale Organisation, o. ä.). Ich bin 28 J. alt u. ledig, habe Abitur und ein abgeschl. geisteswissenschaftliches Hochschulstudium. Sprachkenntn. besitze ich in Englisch, Französisch, Latein, Griechisch u. Hebräisch.
Angeb. unt. P 10 189 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Grundstücks- u. Wohnungswirtschaftskaufmann
sucht neuen Wirkungskreis, mögl. Bereich Finanzierung.
Zuschr. erb. unt. V 10284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche ausbauf.
Aufgabenstellung
als Mittler zw. Vertrieb + Produktion i. techn./kfm./organ. Ber. ab Jan. 85. Zur Person: 37 J., tätig i. Verk. (Innen- u. Außend., i. Hamburg), krempelt auch mal die Ärmel hoch, geradlinig, einsatzber., viels., verantwortungsv., Meisterbriefe Metallhandwerk, Betriebswirt VWA. *Chiffre PA 48385 an WELT-*Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Gärtner oder Hausmeister
31 J., handwerkl. begabt, deutsch- u. franz.-sprachig, Führerschein, sucht feste Arbeitsstelle in Süd- oder Westfrankreich. Mögl. mit Teilzeitarbeit für die Ehefrau.
Zuschr. unt. S 10281 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

NACHRICHTEN

Prost holte noch auf

Paris (dpa) – Alain Prost (Frankreich) liegt nur noch dreieinhalb Punkte hinter dem Östereicher Niki Lauda vor dem letzten Lauf zur Formel-I-Weltmeisterschaft in Portugal. Der Internationale Automobilsport-Verband (FISA) hat nach dem Ausschluß des englischen Rennstalls Tyrrell eine Neuverteilung der WM-Punkte beschlossen. Jean-Marie Balestre (Frankreich) wurde in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Sundström auf Platz sechs

Paris (sid) – Der 20 Jahre alte Schwede Henrik Sundström nimmt in der Tennis-Weltrangliste den sechsten Platz ein. Es führt weiterhin Wimbledonsieger John McEnroe (USA) vor seinem Landsmann Jimmy Connors, dem Tschechoslowaken Ivan Lendl, Mats Wilander (Schweden) und Andres Gomez (Ekuador).

Kathy Jordan kommt

Filderstadt (dpa) – Neben der deutschen Meisterin Isabel Cueto (Stuttgart) erhielt die Amerikanerin Kathy Jordan eine „Wild Card" für das Grand-Prix-Turnier in Filderstadt (15.–21. Oktober). Jordan wurde hinter Pam Shriver (USA) an Nummer zwei gesetzt, dadurch fiel Sylvia Hanika (München) als Achte aus der Setzliste.

Zeller soll Berater werden

München (sid) – Eiskunstlauf-Bundestrainer Erich Zeller wird auch nach Beendigung seiner Tätigkeit im Dienst der Deutschen Eislauf-Union (DEU) stehen. Der Verband arbeitet an einem Berater-Vertrag, den der wegen Erreichen des Pensionsalters zum 31. Januar 1985 ausscheidende Zeller ausfüllen soll.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Tokio, zweite Runde: Schropp (Deutschland) – Yanagi (Japan) 6:1, 6:3, Quinlan (USA) – Elsterlehner (Deutschland) 6:1, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 901 397,90, 2: 152 705,10, 3: 8516,80, 4: 154,50, 5: 11,30. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 228 045,80, 2: 17 103,40, 3: 890,90. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 858 847,90, 2: 75 816,45, 3: 8748,00, 4: 136,20, 5: 11,00. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 39,50, 2: 9,10. – Rennen B: Klasse 1: 1254,70, 2: 101,80. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 547 995,80. (Ohne Gewähr).

BUNDESLIGA / Diskussion über die Vorschläge von Willi O. Hoffmann und Helmut Benthaus

„Vereine sollen mit sich selbst ins reine kommen"

BERND WEBER, Bonn

Am vergangenen Wochenende besuchten 176 000 Zuschauer die neun Begegnungen der ersten Fußball-Bundesliga. Es ist ein Schnitt von 19 000 pro Spiel, und der entsprach, zumal bei den nicht gerade optimalen Wetterbedingungen, durchaus den Erwartungen. Aber dennoch: Auch in dieser Saison veranlaßt der Besucherstrom die leidgeprüften Vereinskassierer nicht gerade zu Freudensprüngen – im Gegenteil. Die verkorkste Europameisterschaft, hohe Arbeitslosenzahlen in den Bevölkerungs-Ballungsgebieten machen der Bundesliga zu schaffen. Und wie immer, wenn die Fans nicht so zahlreich wie erhofft in die Stadien pilgern, ist das Geschrei nach Reformen besonders groß. Die Bundesliga soll attraktiver werden, so lautet das Schlagwort. Und ausgefüllt wird es in letzter Zeit besonders häufig mit der Forderung nach ihrer Reduzierung.

Hermann Neuberger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), hat sich schon vor langer Zeit dafür stark gemacht, die Zahl der Erstligaklubs von derzeit 18 auf 16 zu senken. Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer tutet ins gleiche Horn. Jetzt ist Willi O. Hoffmann, der Präsident von Bayern München, sozusagen mit einer Radikalforderung an die Öffentlichkeit getreten. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" setzte er sich vehement dafür ein, die Bundesliga auf nur 14 Vereine zu verringern. Mit der Begründung: „Wir haben nicht so viele gute Spieler, wie wir es den Zuschauern immer weismachen wollen. Aber diese Spieler auf 14 Klubs verteilt, würde das gesamte Niveau des Profi-Fußballs schlagartig heben."

Nach Hoffmanns Vorstellungen sollen die acht bestplazierten Vereine in einer Play-off-Runde am Saisonende den Meister ermitteln. Das klingt durchaus noch realistisch. Aber das gewiß nicht mehr: Der Zirkel der 14 Auserwählten soll über einen langen Zeitraum Bestand haben. Was im Klartext heißt: Es soll weder einen Auf- noch einen Abstieg geben.

DFB-Ligasekretär Wilfried Straub, der im übrigen nach Meinung des Bayern-Präsidenten aus seinem Verband ausscheren und zum Angestellten, das heißt zum Manager der „Profi-Liga" umfunktioniert werden sollte, bezeichnete die Vorschläge von Hoffmann in einem Gespräch mit der WELT als „unausgegoren". Sie sind es wohl auch.

Wahrscheinlich hat die Tatsache, daß Bayern München immer eine exponierte Stellung in der Bundesliga eingenommen hat (worauf die Verantwortlichen völlig zu Recht stolz sein dürfen), seinem Präsidenten den Blick für die Realitäten getrübt. Fest steht jedoch, daß die Bundesliga in vielen Jahren ihren Spannungsgehalt in erster Linie durch die Abstiegskämpfe bezogen hat. Straub: „Die Fluktuation in der Liga ist ein ganz wesentlicher Punkt, um ihre Attraktivität zu erhalten. Über die Reduzierung kann man natürlich reden." Hat man ja auch schon geredet. Nur das Bild, das sich bei der Diskussion über dieses Thema ergab, ist bislang völlig uneinheitlich.

Wie bekannt, haben sich die Bundesliga-Manager vor nicht allzu langer Zeit bei einer Tagung in der Frankfurter DFB-Zentrale mit 17 gegen eine Stimme dafür ausgesprochen, die Zahl der Erstligaklubs auf 16 zu verringern. Indes, als die Vereinspräsidenten kurz danach in gleicher Sache Meinungsbildung betrieben, lautete das Abstimmungsergebnis 13:5 – gegen eine Reduzierung.

Straub zur WELT: „Der DFB, und insbesondere der Liga-Ausschuß, sind in der Vergangenheit mehrfach massiv von den Vereinen attackiert worden, weil sie angeblich, gerade was die Verkleinerung der Bundesliga betrifft, nicht reformwillig seien. Ich weise diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurück. Die Vereine haben nämlich an der falschen Haustür geklingelt. Sie sollten erst einmal mit sich selbst ins reine kommen und klar darlegen, was sie eigentlich wollen."

Hoffmann war der eine, der seine Reformgedanken zur Diskussion gestellt hat. VfB Stuttgarts Trainer Helmut Benthaus der andere. Er erhob die Forderung: „Die Abseitsregel im Fußball muß unbedingt und sofort abgeschafft werden." Begründung: Die Regel sei längst überholt. Ohne sie würde der Fußball wesentlich konfliktfreier, das Spiel attraktiver. Und, so Benthaus: „In letzter Konsequenz würde auch weniger hart gespielt." Im Fußball-Fachblatt „Kikker" wird der Trainer wie folgt zitiert: „Wenn einer die Abseitsfalle durchbricht, ist jede Verteidigung darauf vorbereitet, die Notbremse zu ziehen. Und die Spieler, die den Ballführenden attackieren, spielen fast immer unfair."

Das mag sehr wohl die eine Seite der Medaille sein. Aber: Um wieviel ärmer würde der Fußball, wenn sich seine Fans nicht mehr um die immer wieder auftretende Streitfrage, ob ein Tor aus Abseitsstellung oder nicht erzielt wurde, die Köpfe heiß reden könnten? Nein, Abstieg und Abseits bleiben das Salz in der Fußball-Suppe. Daß sich Hoffmann und Benthaus Gedanken um ihr Metier gemacht haben, ist durchaus verdienstvoll. Das Ei des Kolumbus haben sie sicherlich nicht ausgebrütet. Es steht zu befürchten, daß dazu niemand in der Lage sein wird...

*

In der Bundesliga kommt es heute zu den Spielen (20.00 Uhr): Hamburg – Bielefeld (2:0), Frankfurt – Uerdingen (2:2), Düsseldorf – München (4:1), Stuttgart – Dortmund (3:1), Leverkusen – Karlsruhe (-:-), Schalke – Bremen (-:-). Morgen abend (20.00 Uhr) findet noch das Spiel Mönchengladbach – Braunschweig (6:2) statt. Das Spiel Mannheim – Köln wurde verschoben. In Klammern die Ergebnisse vom letzten Jahr.

STAND ● PUNKT / *Märchen?*

Wer, wie es Schalke-Manager Rudi Assauer tat, nun glaubt, Münchens Präsident Hoffmann habe seine Überlegungen nach einigen Maß Bier auf dem Oktoberfest preisgegeben, der macht es sich zu leicht. Vielleicht sagt der Bayer im Bierzelt noch Sinnvolleres als manche hinter ihrem Schreibtisch im piekfeinen Anzug.

Wie auch immer, es sollte sich allemal lohnen, über das nachzudenken, was Hoffmann auf den Tisch gebracht hat. Auch wenn vieles davon noch „unausgegoren" sein sollte, wie es beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) gesehen wird. Tatsache ist doch, daß die Bundesliga-Vereine nicht so tun können, als sei es mit ihrem Haus zum besten bestellt.

Eigentlich sollten die Klub-Präsidenten und Manager doch froh sein, daß sich einige von ihnen noch Gedanken machen. Vorschläge sollten dazu da sein, daß sie überprüft und weiter gedacht werden.

Wer gleich mit der abweisenden Handbewegung kommt, betreibt Vogel-Strauß-Politik. Auch Willi O. Hoffmann kann kein Patentrezept liefern, wie der Bundesliga zu helfen sei. Vielleicht schaffen sie es einmal gemeinsam.

DW

FUSSBALL / Italiens Bestechungsskandal

Der Weltverband untersucht

dpa, Zürich

Jetzt schaltet sich der Weltfußball-Verband (FIFA) in den „Fall Kamerun" ein. Laut Mitteilung von Generalsekretär Joseph S. Blatter in Zürich will der Verband den Gerüchten wegen angeblicher Bestechung einiger Spieler Kameruns vor dem Spiel Italien – Kamerun während der WM-Endrunde 1982 in Spanien offiziell nachgehen. Eine Zusicherung gab Blatter dem italienischen Verbandssekretär Dario Borgogno, der zwecks Entlastung des Weltmeisters um Aufklärung des Falls bat.

Damit reagierten die FIFA und der italienische Verband auf die am 28. September in der italienischen Wochenzeitung „Epoca" erhobenen Vorwürfe, wonach sich Italien beim WM-Spiel gegen Kamerun mit unerlaubten Mitteln den Verbleib im Wettbewerb gesichert habe. Italien trennte sich am 23. Juni 1982 in Vigo im letzten Gruppenspiel von Kamerun 1:1 und qualifizierte sich damit für die nächste Runde. Kamerun blieb zwar in den Gruppenspielen ungeschlagen, schied aber dennoch aus.

Die Untersuchung der FIFA erfolgt aufgrund Artikel 2 der Statuten, nach denen der Verband verpflichtet ist, gegen unlautere Machenschaften im Spielbetrieb einzuschreiten.

OLYMPIA

Seoul behält die Spiele

dpa, Rom

Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) von Italien, Franco Carraro, hat ernste Bedenken gegen die Austragung der nächsten Olympischen Spiele 1988 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul angemeldet. Vor Journalisten schlug Carraro in Rom vor, lieber eine europäische Stadt als Austragungsort der Spiele auszuwählen und Seoul erst 1992 als Olympia-Stadt vorzusehen.

„Es scheint mir, daß viele glauben, es wäre besser, wenn Seoul Olympia-Stadt bliebe, aber erst 1992 drankäme. Diese Lösung würde Südkorea nicht zu sehr bestrafen und keinen Gesichtsverlust für das Internationale Olympische Komitee bedeuten", sagte Carraro, der auch Präsident der Vereinigung der Europäischen NOKs ist und aus Anlaß einer Tagung dieses Gremiums in Rom sprach.

„Es ist wahrscheinlicher, daß sich eine europäische Stadt zeitgerecht als Austragungsort der Spiele 1988 vorbereiten kann, als daß die Spiele in Seoul ohne Probleme ablaufen", meinte der NOK-Präsident, der offenbar politisch motivierte Boykotte wie bei den vergangenen beiden Olympischen Spielen in Moskau und Los Angeles vermeiden möchte.

Als Beispiele für alternative Austragungsorte nannte Carraro Barcelona oder Paris, die sich für 1992 beworben haben. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) ließ durch seine Direktorin Monique Berlioux erklären: „Eine Verlegung ist nicht möglich. Es bleibt bei Seoul 1988."

*

Als „unmöglich" bezeichnete Präsident Bernard Restout vom Europäischen Amateur-Box-Verband (EABA) das Vorhaben, die Kämpfe des olympischen Box-Turniers 1988 in Seoul wegen der Fernseh-Direktübertragungen in die USA für die Morgenstunden anzusetzen. Bei einem Besuch in Ost-Berlin erklärte der französische Verbands-Präsident: „Wir müssen in erster Linie an die Aktiven denken und nicht an das Fernsehen. Kämpfe am Morgen verbieten sich schon deshalb, weil die Boxer mindestens sechs Stunden vor dem Kampf gewogen werden müssen."

SCHACH

10. Partie endete remis

LUDEK PACHMAN, Bonn

Titelverteidiger Anatoli Karpow und sein Herausforderer Garri Kasparow (beide UdSSR) einigten sich bei der zehnten Partie um die Schach-Weltmeisterschaft in Moskau schon beim 15. Zug auf ein Unentschieden. Daher bleibt es bei der 4:0-Führung von Karpow, der die dritte, die sechste, die siebente und neunte Partie für sich entschieden hatte und damit nur noch zwei Siege benötigt, um seinen Titel zu behalten.

Die zehnte Partie dieses Wettkampfes in Moskau war nicht mehr als eine Demonstration der guten theoretischen Vorbereitung des Weltmeisters auf diesen Wettbewerb. Im siebenten Zug wählte Karpow eine weniger übliche Fortsetzung – fast ausschließlich 7.... Le7 gespielt – und sein achter Zug (statt Sxc3) ist eine Neuerung. Der Herausforderer Kasparow opferte im zehnten Zug einen Bauern, der Weltmeister aber lehnte das Opfer ab – 11.... Sxd5 wäre wegen 12. Sxd5 Lxd5, 13. Lb5 recht gefährlich. Das Spiel war dann ausgeglichen, trotzdem ist ein so vorzeitiges Unentschieden überraschend, denn wo will Kasparow überhaupt noch versuchen, dem Wettkampf einen neuen Verlauf zu geben?

Die Notation (Damen-indisch, Weiß Kasparow):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.Sc3 Lb7, 5.a3 d5, 6.cxd Sxd5, 7.e3 Sd7, 8.Ld3 S5f6, 9.e4 c5, 10.d5 exd, 11.exd Ld6, 12.0-0 0-0, 13.Lg5 Dc7, 14.Lf5 a6, 15.Dd2 remis.

Für Kasparow erscheint die Lage so gut wie aussichtslos. Er müßte jetzt sechs Partien gewinnen und dürfte nur noch eine verlieren, wenn er Karpow den Titel abnehmen will. Die elfte Partie spielt Karpow wieder mit den weißen Steinen, mit denen er drei seiner bisherigen vier Siege schaffte.

*

Bei dem in Wolgograd ausgetragenem Finale der Frauen steht es nach neun Partien 4,5:4,5. Titelverteidigerin Maja Tschiburdanidse und Herausfordererin Irina Lewitina gewannen je zwei Partien. Die übrigen endeten remis und bringen hier je einen halben Punkt. Siegerin ist, wer achteinhalb Punkte erreicht. Steht der Kampf nach 16. Partien 8:8, bleibt es bei der bisherigen Weltmeisterin.

NH: Strafanträge gegen Besetzer zurückgezogen

hrk. Berlin

Wenige Tage nach Bekanntwerden einer umfangreichen Untersuchung über kriminelle Aktivitäten in den 50 legalisierten Berliner Häusern der Besetzerszene (WELT vom 1. 10.) zog die gewerkschaftseigene „Neue Heimat" jetzt sämtliche Strafanträge gegen frühere Hausbesetzer zurück. Es sind 177 Personen, die in 25 Strafverfahren belangt worden waren.

Weitere Vorwürfe, neben dem Hausfriedensbruch, werden von der Staatsanwaltschaft weiterverfolgt. Die *„Neue Heimat" erklärte, vor der* Entscheidung, diese Anträge zurückzunehmen, habe man sich mit den zuständigen Berliner Behörden beraten. Der seinerzeit gebrochene Friede sei „unter größten Anstrengungen" wiederhergestellt worden. Dies sei für die *„Neue Heimat"* Grund genug, „etwas hinzuzufügen, das geeignet ist, diesen inneren Frieden zu stärken und zu festigen". Das Unternehmen wolle mit seinem Schritt auch eine „relative Gleichstellung" zwischen den mit Strafe bedrohten Besetzern und den legalisierten und somit „rechtmäßigen" Mietern erreichen.

Während der Amtszeit des SPD/FDP-Senats von Hans-Jochen Vogel und Guido Brunner waren im Frühjahr 1981 insgesamt 165 Häuser besetzt worden. Jetzt gelten nur noch zwei als besetzt. Das erwähnte Papier der Staatsanwaltschaft wies jedoch auf die starke kriminelle Belastung *vor allem in 50 auf engem Raum in* Kreuzberg liegenden Häusern hin.

Den Umfang der juristischen Aufarbeitung des Berliner „Häuserkampfes" erhellen folgende Zahlen: Seit August 1980 leitete die Staatsanwaltschaft rund 2500 Ermittlungsverfahren gegen 5320 namentlich bekannte Hausbesetzer ein. In 2000 Fällen wurde das Verfahren wegen „mangelnden öffentlichen Interesses" eingestellt und die Hauseigentümer auf den Privatklageweg verwiesen. In 205 Fällen erhob die Staatsanwaltschaft gegen 724 Beschuldigte Anklage oder beantragte einen Strafbefehl.

Als die Absicht der „Neuen Heimat", die Strafanträge zurückzuziehen, im Sommer bekannt wurde, erklärte der damalige Justizsenator Hermann Oxfort (FDP): „Sollten alle laufenden Verfahren aufgrund von Rücknahmen der Strafanträge eingestellt werden müssen, hat das schwere *Folgen, auch für die politische Moral* in dieser Stadt."

In einem Interview sagte er zu diesem Thema weiter: „Hausfriedensbruch kann eine schwerwiegende Straftat sein, wenn etwa einem Hauseigentümer – wie bei Besetzungen nicht ungewöhnlich – jahrelang das Recht auf sein Eigentum entzogen wird. Das Wort ‚Hausfriedensbruch' trifft hier einen Sachverhalt, der durchaus schwerer wiegt als gemeinhin angenommen wird." Trotz Oxforts Warnung hatte die FDP-Fraktion damals die Überlegungen der „Neuen Heimat" ausdrücklich begrüßt.

„Im Frieden keine Sabotage"

AP, Bonn

Das Zumauern von Sprengkammern in Brücken in Friedenszeiten ist nach Auffassung der Bundesregierung in aller Regel keine Sabotage, *sondern Sachbeschädigung. Zu die*sem Schluß kam der Parlamentarische Staatssekretär Benno Erhard vom Bundesjustizministerium in seiner Antwort an den CSU-Rechtsexperten Fritz Wittmann, der um eine rechtliche Würdigung einer Aktion von Mitgliedern der „Friedensbewegung" am 16. September in Frankfurt gebeten hatte, bei der Sprengschächte durch Zumauern unbrauchbar gemacht worden waren.

Erhard argumentierte, zur Verwirklichung des Tatbestands „Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln" nach Paragraph 109e des Strafgesetzbuches sei es erforderlich, „daß durch das Unbrauchbarmachen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, die Schlagkraft der Truppe oder Menschenleben gefährdet werden". Dabei müsse es zu einer konkreten Gefährdung kommen, zum Herbeiführen eines Zustands, in dem der Eintritt des Schadens naheliege. Eine derartige Gefahr werde bei Aktionen wie der in Frankfurt nur in besonderen Ausnahmefällen anzunehmen sei.

Chile: Führer der Opposition verhaftet

AP, Santiago

Die chilenische Militärregierung hat die Verhaftung aller Führungspolitiker der Opposition angeordnet, um einer neuen Welle öffentlicher Proteste zuvorzukommen. Ihnen wird vorgeworfen, durch die Teilnahme an den „Protesttagen" im September gegen das Staatssicherheitsgesetz verstoßen zu haben.

Von der Maßnahme betroffen sind die Führer der „Demokratischen Allianz", der die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und anderer Allende-Anhänger angehören, die sich ihrerseits in der „Demokratischen Volksbewegung" zusammengeschlossen haben, sowie der Gewerkschaftsbewegung „Nationales *Kommando der Arbeiter*".

Formaldehyd gilt nur als „krebsverdächtig"

DW. Berlin

Eine „Art Freispruch mangels Beweisen" hat der gemeinsame Empfehlungsbericht dreier mit Gesundheitsschutz befaßter Behörden für *das chemische Bindemittel Formal*dehyd ergeben. Bundesgesundheitsamt, Umweltbundesamt und die Bundesanstalt für Arbeit konnten den Verdacht, Formaldehyd erzeuge Krebs beim Menschen, nicht schlüssig bejahen. Dafür gibt es nach den Erkenntnissen der Wissenschaftler keine hinreichenden Anhaltspunkte, wenngleich nicht alle Verdachtsmomente ausgeräumt sind, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes, Heinrich von Lersner, in Berlin. Die drei Behörden stufen Formaldehyd faktisch jedoch als krebsverdächtig ein und empfehlen eine Verwendung nur unter strengen Auflagen.

In dem gemeinsamen Bericht an die Bundesministerien für Inneres und Gesundheit schlagen die Behörden unter anderem vor, Formaldehyd mit dem Satz „Irreversibler Schäden möglich" zu kennzeichnen und den Einsatz von Formaldehyd-Produkten in Innenräumen zu begrenzen.

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler (CDU) meinte in einer Stellungsnahme zum Bericht der Ämter, dieser beweise, „daß kein An*laß bestand und besteht, in Hysterie* zu verfallen". Es existierten keine klaren Beweise, daß Formaldehyd beim Menschen Krebs erzeuge.

Das Bundesarbeitsministerium machte darauf aufmerksam, daß es sich auch nach Vorlage des Berichts als richtig erwiesen habe, in den auch von ihm miterarbeiten Entwurf einer neuen Gefahrenstoffverordnung Formaldehyd „nichts als krebserzeugend, sondern krebsverdächtig" einzustufen.

Geißler kündigte an, sein Ministerium wolle eine Gefahrenstoffverordnung vorlegen, die noch in diesem Jahr vom Bundeskabinett verabschiedet werden solle. In der Verordnung werde entsprechend dem Vorschlag des Berichts der bisherige Richtwert von 0,1 ppm (parts per million) für die Formaldehyd-Belastung vorgeschrieben. Das bedeutet, daß Erzeugnisse wie Spanplatten oder Möbel künftig so beschaffen sein müssen, daß das von ihnen abgegebene Formaldehyd nicht zu einer höheren Innenraumkonzentration führt. Diese Erzeugnisse werden von Bundesgesundheitsamt geprüft.

DGB kündigt Solidaritäts-Aktionen auch im öffentlichen Dienst an

Fehrenbach zur WELT: Arbeitszeitverkürzungen führen immer zu höherem Personalbedarf

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will seine Mitgliedsgewerkschaften in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen nötigenfalls zu ähnlichen Solidaritätsaktionen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufrufen, wie sie im Frühsommer zur Unterstützung der Forderung von IG Metall und IG Druck und Papier nach der 35-Stunden-Woche stattgefunden haben.

Im Gespräch mit der WELT begründete der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach die Doppel-Forderung nach höheren Einkommen für die 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit mit der Notwendigkeit, einen Solidarbeitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Die größte der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die ÖTV, verlangt fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie zusätzlich zehn bezahlte freie Tage im Jahr. Rechnerisch soll dies einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden entsprechen.

Fehrenbach: „Wir gehen ganz pauschal davon aus, daß Arbeitszeitverkürzungen, in welcher Form auch immer, im Ergebnis zu mehr Personalbedarf führen – auch im öffentlichen Dienst." Das gelte auch für Arbeitszeitverkürzung durch zusätzliche freie Tage, die den Erfordernissen bestimmter Dienste besser entsprächen als die Verkürzung der Wochenstunden. „Dabei *muß man* sicher mit Blick auf die Vergangenheit die Feststellung treffen: Soweit von solchen Maßnahmen reine Verwaltungsdienste betroffen werden, sind die Auswirkungen hinsichtlich neuer Arbeitsplätze am geringsten gewesen." Vielfach sei verlangt worden, dieselbe Leistung in der kürzeren Zeit zu bewältigen. „Dort, wo die Dienste *meßbar sind" – als Beispiel nannte* Fehrenbach den Postverteil- und Post-Zustelldienst – sei „zwangsläufig das Ergebnis, daß man mehr Kräfte einstellen muß".

Ein Ausweichen auf Rationalisierung oder einen erhöhten Privatisierungsdruck in den Verwaltungen von Gemeinden, Ländern oder beim Bund erwartet der stellvertretende DGB-Chef nicht durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Möglichkeiten würden ohnehin geprüft; die Entscheidungen seien nicht von den Ergebissen der Tarifauseinandersetzung um die Arbeitszeit abhängig.

Die Forderung nach einem Durchbrechen der sogenannten „Nullrunde" im Einkommensbereich ist in den Gewerkschaften nie strittig gewesen. Hier zeichnet sich auch ein Angebot der öffentlichen Arbeitgeber für die morgen in Stuttgart beginnende zweite Verhandlungsrunde ab, nachdem der Bundeskanzler und auch Finanzminister Stoltenberg schon ein Ende des sogenannten „Sonderopfers" des öffentlichen Dienstes mit dem Ablauf dieses Jahres signalisiert haben.

Die Forderung der Gewerkschaften läßt sich nach Meinung Fehrenbachs nicht aufteilen in Einkommens- und Arbeitszeitforderung. Die Lösung müsse in jedem Fall „kombiniert" sein. Allerdings machte Fehrenbach deutlich, daß er nur ein Volumen für realistisch halte, das den Abschluß in der gewerblichen Wirtschaft nicht übersteige.

ÖTV gegen den Ausstieg aus der Kernenergie

AP, Karlsruhe

Mit großer Mehrheit hat der Kongreß der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gestern einen Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt, der in mehreren Anträgen gefordert worden war. Die Mehrheit der Delegierten stimmte auf dem in Karlsruhe fortgesetzten 10. Gewerkschaftstag auch gegen einen Baustopp für Wiederaufbereitungsanlagen und den Ausstieg aus der Brütertechnologie. Der entsprechende Leitantrag, der von der Gewerkschaftsvorsitzenden Monika Wulf-Mathies mitgetragen wurde, fand 371 Befürworter, 278 Delegierte stimmten dagegen.

Frau Wulf-Mathies hatte vor der Abstimmung gewarnt, daß „ein Ausstieg aus der Kernenergie keine Patentlösung" *sei. Sie plädierte für den* friedlichen Einsatz der Kernenergie im unbedingt erforderlichen Umfang sowie für die verstärkte Erforschung alternativer Energiequellen und eine verbesserte Sicherheit der Anlagen und mahnte an, daß die Entsorgung sichergestellt werden müsse.

Rappe denkt über Große Koalition nach

dpa, Hanau

Die Hanauer Stadtverordneten haben der Absicht der Grünen, die beiden Nuklearbetriebe der Stadt stillzulegen, eine klare Absage erteilt. Einstimmig forderten SPD, CDU und FDP im Stadtparlament die Landesregierung auf, im Interesse der Erhaltung der rund 2000 Arbeitsplätze die Nuklearfirmen Alkem und Nukem weiterzuführen. Nach Überzeugung des Vorsitzenden der IG Chemie und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe darf Ministerpräsident Holger Börner (SPD) der Forderung nach Schließung der Plutoniumwerke nicht nachgeben. Rappe sagte im Saarländischen Rundfunk, angesichts der aktuellen Situation müsse „über andere Bündnismöglichkeiten" nachgedacht werden. Rappe sprach sich dafür aus, die Regierungsfähigkeit in Bund und Ländern mit Großen Koalitionen zu ermöglichen.

„Weniger Schadstoffe durch Tempolimit"

hrk. Berlin

Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin haben jetzt die Kenntnisse des Umweltbundesamtes untermauert, wonach eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 Stundenkilometer auf Autobahnen und *Tempo 80 auf Bundesstraßen* den Schadstoffausstoß deutlich verringert.

Nach einer Untersuchung des TU-Fachbereichs „Verkehrswesen" führt eine Tempobegrenzung zu folgenden günstigen Ergebnissen: Auch wenn sich nur 70 Prozent der Autofahrer an die Begrenzungen halten, würden jährlich 260 000 Tonnen Stickoxide – das heißt *26 Prozent sämtlicher* Pkw-Schadstoffe –, 33 000 Tonnen Kohlenwasserstoffe (sieben Prozent) und 540 000 Tonnen Kohlenmonoxid (zehn Prozent) weniger in die Luft abgegeben. Aus den Analysen unter dem Titel „Szenario Autoverkehr 2000" geht ferner hervor, daß sich bei Tempo 100 auch erhebliche Mengen Benzin und Diesel einsparen ließen.

Zu gegenteiligen Meßwerten der Autoindustrie heißt es in der TU-Mitteilung: „Diese Angabe läßt sich auf den methodisch unzulässigen Vergleich zweier Emissionswerte zurückführen, die unter unterschiedlichen Bedingungen ermittelt wurden. In die *Berechnungen der Automobilin*dustrie gingen bei niedriger Geschwindigkeit emissionssteigernde Beschleunigungs- und Leerlaufphasen ein, die den Verkehrsfluß auf Ausfallstraßen charakterisieren sollen. Bei höherer Geschwindigkeit wurde dagegen ein Emissionswert verwandt, der bei konstanter Geschwindigkeit ermittelt wurde."

BKA kennt Domizil von RAF-Mitgliedern

DW./rtr/dpa, Münster

Das Bundeskriminalamt (BKA) kennt den Aufenthaltsort von im Ausland untergetauchten Mitgliedern der linksextremen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion" (RAF). Dennoch seien die Gesuchten zur Zeit für das BKA „nicht verfügbar", sagte dessen Vizepräsident Gerhard Boeden gestern bei einem Terrorismusseminar der Internationalen Polizeigewerkschaft. In der Breitenwirkung sei die RAF allerdings mittlerweile von den „Revolutionären Zellen" (RZ) überflügelt worden, meinte Boeden. Trotz zahlreicher Verhaftungen schaffe es die RAF aber offenbar immer noch, neue Mitglieder zu gewinnen und sich neu zu formieren. RAF und RZ komme es darauf an, „mit geringem Einsatz und Risiko größtmöglichen Schaden" zu verursachen.

Der Linksextremismus ist nach Meinung von Boeden unverändert ein Kernproblem der inneren Sicherheit. Auch die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen, „die nicht unterschätzt werden dürfen", bereiteten Sorgen.

Mittwoch, 10. Oktober 1984
Nr. 238

WELT DER WIRTSCHAFT

Eigentor in Brüssel

gba – Wenn einer eine Reise tut, dann läßt es sich leicht schimpfen – so könnte man in Abwandlung des Sprichworts die Rede des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rudolf Dressler, vor dem SPD-Ortsverein in Brüssel (so etwas gibt es !) charakterisieren. Da zog der in der IG Druck und Papier großgewordene Funktionär in der belgischen Hauptstadt vom Leder *wider den Arbeits- und Sozialminister* im zwei Autostunden entfernten Bonn. „In der Bundesrepublik Deutschland setzen wir uns mit dem Bundesarbeitsminister Blüm auseinander, der mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten begonnen hat", verkündete Dressler seinen Zuhörern. Blüm blockiere die fünfte Richtlinie der EG über Struktur der Aktiengesellschaft und Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Und das, obwohl die EG ohnehin *hinter dem deutschen Mit*bestimmungsrecht zurückbleibe.

Was Dressler nicht sagte: Blüm ist gerade von jenen „mit größtem Nachdruck" aufgefordert worden, sich dem Richtlinienvorschlag zu widersetzen, mit denen Dressler sonst in einer Reihe für mehr Mitbestimmung zu kämpfen vorgibt. Der SPD-Abgeordnete Hans Urbaniak aus Dortmund ist dabei, ebenso die Führung des DGB in Presseerklärung und Stellungnahme und Nordrhein-Westfalens Sozialminister Farthmann, der dies im Briefwechsel mit EG-Kommissar Narjes erörterte. Vielleicht war Dressler schlecht informiert – aber auch das *ist keine Entschuldigung dafür*, im Ausland über den politischen Gegner zuhause herzuziehen.

Cappuccino

ds. (Mailand) – In Italiens Amtsstuben wird bald der Kaffee dampfen. In Diensterlassen haben die Ressortinhaber einiger Ministerien ihren Untergebenen verboten, die Arbeit durch Pausen in Caféhäusern zu unterbrechen. Die Staatsdiener opfernvon ihrer sechseinhalbstündigen Arbeitszeit mindestens eine halbe bis eine Stunde täglich unerlaubt dem Cappuccino- oder dem Espresso-Gang. Der Cappuccino-Erlaß ist nur der erste einer Serie von Eingriffen, mit denen die Produktivität im öffentlichen Dienst erhöht werden soll. Ein zweiter wird in der für alle Dienststellen vorgesehenen *Einführung* der Stechuhr bestehen. Fachleute haben ausgerechnet, daß zu spät kommen, zu früh gehen und sonstige außerdienstliche Unterbrechungen die effektive Arbeitszeit öffentlicher Bediensteter täglich um ein Drittel kürzen. Dies scheint dem Staat jetzt zu viel zu werden, nachdem der Anteil der Fehlzeiten in der privaten Wirtschaft inzwischen nur noch etwa zwölf Prozent beträgt.

CHINA / Das Land hat zum ersten Mal Zusage für deutsche Kapitalhilfe erhalten

Peking erwartet nach Anlaufphase umfangreichere Leistungen von Bonn

HEINZ HECK, **Bonn**

Nach jahrelangem Bonner Zögern hat die Volksrepublik China jetzt erstmals eine Zusage über deutsche Kapitalhilfe erhalten. Die vom Kanzler in Aussicht gestellten 50 Millionen Mark werden auf beiden Seiten *nur* als ein Einstieg gewertet. Denn es liegt auf der Hand, daß das bevölkerungsreichste Land der Erde nach einer Anlaufphase etwa wie Indien behandelt werden muß, das jährlich 360 Millionen Mark erhält.

China ist bereits an deutscher Kapitalhilfe interessiert, seit es Ende 1979 vom Entwicklungshilfeausschuß (DAC) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Entwicklungsland anerkannt worden war. Doch Bonn beschränkte die Zusammenarbeit bisher auf die technische Hilfe. Dies aus der Überlegung, daß mögliche Kapitalhilfezusagen an Peking nicht zu Lasten anderer Entwicklungsländer gehen sollten. Kapitalhilfe sollte erst bewilligt werden, wenn das Entwicklungsbudget dies *zulasse*.

Die Kanzler-Zusage kommt auch jetzt noch insofern überraschend, als die sogenannte Rahmenplanung, die die regionale Verteilung der jährlichen Zusagen enthält, für 1984 nichts über Hilfe an China aussagt. Erst der Entwurf für 1985, der als Bestandteil des Gesamtetats noch unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Zustimmung steht, weist die 50 Millionen Mark in der Reserve aus.

Über die voraussichtliche Verwen*dung dieser Mittel hat man offenbar* weder in Bonn noch in Peking konkrete Vorstellungen. Jedenfalls kommt der Betrag für die chinesische Projekt-Wunschliste, in der Stahlwerke, Kohlengruben, Binnenschiffahrt, Eisenbahnwesen (Lokomotiven), Satelliten-Bildungsfernsehen und Kernkraftwerke an vorderster Stelle rangieren, schon allein vom Volumen her nicht in Betracht. Dies gilt selbst dann, wenn man im Wege der Mischfinanzierung mit kommerziellen Krediten ein Volumen von etwa 100 bis 120 Millionen Mark erreicht.

In der technischen Hilfe lassen die bisherigen Erfahrungen gewisse chinesische Prioritäten erkennen. Die Bonner Zusagen erreichten bis 1982 einen *Gesamtbetrag von 53 Millionen* Mark und steigen seither allmählich an (für 1985 etwa 30 Millionen Mark). China will die deutsche Hilfe gezielt einsetzen, um den technischen Anschluß an westliche Industriestandards zu erreichen. Vor allem will man die Lücke schließen, die in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung durch die beinahe zehn Jahre währende Kulturrevolution entstanden ist.

Zu den Projektideen der Chinesen *für 1985 gehören nach den Konsulta*tionen, die Staatssekretär Siegfried Lengl vom Bonner Entwicklungsministerium im September in Peking geführt hat, unter anderem Materialprüfung, Normenwesen, Produkt- und Qualitätskontrolle sowie Energieversorgung (Schwerpunkt Öl und Kohle). Daneben haben bisher unter anderem Fragen wie Patentwesen, Managementausbildung sowie landwirtschaftliche Beratung eine große Rolle gespielt.

Damit wird auch aus deutscher Sicht eine Strategie erkennbar, die sich nicht so sehr an Einzelvorhaben orientiert, sondern „flächendeckend" wirkt. Andernfalls würden die – gemessen am gewaltigen Ausbildungs- und Finanzbedarf des Landes – bescheidenen deutschen Beiträge eher untergehen. So denkt man in Bonn auch auf längere Sicht vor allem an Beratungsprojekte mit hoher Multiplikatorwirkung, die gezielt zur Beseitigung von Engpässen beitragen. *Bevorzugte Wirtschaftszweige sind* die Landwirtschaft (qualitative und quantitative Verbesserung der Selbstversorgung bei gebremstem Bevölkerungswachstum), die Konsumgüterindustrie, Energiegewinnung und Verkehrsinfrastruktur.

Seit April 1983 ist ein Rahmenabkommen über technische Hilfe in Kraft. Seit 1983 tagt jährlich die Gemischte Kommission abwechselnd in Bonn und Peking. Im chinesischen Außenwirtschaftsministerium gibt es *inzwischen einen Koordinator für die* bilaterale Zusammenarbeit, der als zentrale Anlaufstelle die Abwicklung erleichtern soll.

PHOTOKINA-ERÖFFNUNG

Bangemann gegen Barrieren für Einfuhren aus Japan

WERNER NEITZEL, **Köln**

Rasche und nachhaltige Schritte zur Eindämmung und Zurückdrängung der protektionistischen Tendenzen hat am Dienstag abend in Köln Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gefordert. Die offensichtlich lähmende Unsicherheit über den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten solle auf diese Weise entscheidend verringert werden. *Hier liege auch ein* wesentlicher Schlüssel dafür, weshalb selbst der starke Sog der US-Einfuhren noch nicht zu einer Initialzündung für einen wirtschaftlichen Aufschwung auf breiter Grundlage geführt habe.

Bangemann, der die photokina Köln 1984 – Weltmesse der Photographie (10. bis 16. Oktober) – eröffnete, sprach davon, daß die faktische Öffnung des japanischen Marktes nach wie vor unbefriedigend sei. Die Han*delsbeziehungen Japans mit der EG* und der Bundesrepublik Deutschland litten unter einem fundamentalen Ungleichgewicht, das zu handelspolitischen Komplikationen führen könne. Die Handelspartner müßten alle Kräfte daran setzen, dieses Ungleichgewicht zu verringern. Nicht eine Beschränkung der europäischen und deutschen Einfuhren aus Japan sei das Ziel, sondern eine Erweiterung der Exporte nach Japan.

Auf die Situation im Wettbewerb der Fotobranche eingehend, verwies Bangemann darauf, daß japanische Hersteller in den letzten zwanzig Jahren namhafte deutsche Produzenten zum Rückzug aus dem Amateur-Fotobereich gezwungen hätten. Nach der so einfachen Strategie der Marktdominanz durch Großserienproduktion *bei sinkenden Stückkosten* würden technologisch hochwertige Produkte vorübergehend über Preis verkauft, vermeintliche Gewinnchancen reizten zu Überproduktion, bis dann schließlich über die normalen Absatzkanäle nicht mehr absetzbare Überbestände auf grauen Märkten verschleudert werden müßten.

Den deutschen Herstellern attestierte Bangemann, sie seien durch Spezialisierung auf Erzeugnisse, die ihrer Personal- und Kostenstruktur angemessen seien, auf dem richtigen Wege. Dies zeige das kontinuierliche Wachstum sowie der hohe Exportanteil des investiven Fachsektors für Labor-, Kino- und Kopiereinrichtungen. Die weiteren Aussichten für die *Binnenkonjunktur* beurteilt Bangemann als günstig.

Jochen Münnich, Vorsitzender des Fotoindustrie-Verbandes, verwies darauf, daß bei einem im Jahre 1983 um 1,5 Prozent auf 9,6 Milliarden DM nachgebenden deutschen Fotomarkt der Fachsektor um 4 Prozent auf 5,2 Milliarden DM angewachsen ist. Auf der photokina, an der sich 1246 Aussteller aus 37 Ländern beteiligen, werden Silberfotografie und elektronische Aufzeichnung nebeneinander präsentiert. *Auf längere Sicht werde* es – so Münnich – keine Entwicklung des „Entweder-Oder" geben; beide Verfahren ergänzten sich.

Schlüsselrolle Export

Von HARALD POSNY

Trotz Rekordbeteiligung deutscher und ausländischer Aussteller an den deutschen Fachmessen für Damen-, Herren- und Kinderkleidung muß sich die Bekleidungsindustrie der Bundesrepublik „warm anziehen". Was die zum Teil hohen und in dieser Höhe nicht erwarteten Umsatzzuwachsraten nicht auf den ersten Blick zeigen: Die Bekleidungskonjunktur trägt „Streifenmuster". So ist das Umsatzplus weitgehend durch *den Export zustande gekommen*. Der Exportanteil in der Damenoberbekleidung lag mit 29 Prozent, der in der Herrenbekleidungsindustrie mit 28 Prozent noch nie so hoch wie im letzten und laufenden Jahr.

Dennoch ist die Freude nicht ungetrübt, weil auch hier einige Einflüsse mithalfen. In einigen Exportländern, auch in denen, die mit Mühe neu für den Export erschlossen worden sind, hat die Konjunktur früher Fahrt aufgenommen als bei uns; bis die Wachstumskurve dort wieder abflacht, muß mit erheblichen Mitteln der Absatz stabilisiert werden. Auf der anderen Seite hat beim Export die Dollarkursentwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie den Rücken gestärkt.

Die gestiegenen Ausfuhren haben – wie immer in Zeiten eines unsicheren und stagnierenden Inlandsmarktes – die wesentlich stärker zugenommenen Einfuhren nur geringfügig auffangen können. Im DOB-Bereich erhöhte sich der Einfuhrüberschuß im 1. Halbjahr 1984 von 1,23 auf 1,72 Mrd. DM. Immerhin war die Einfuhr in diesem Zeitraum um 23 Prozent gewachsen.

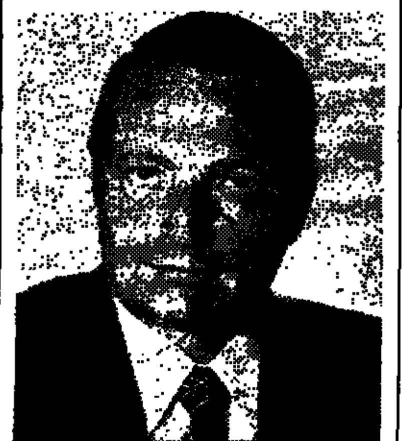
Das wäre alles nicht so gravierend, wenn es die seit Jahrzehnten gewiß nicht auf Rosen gebettete Bekleidungsindustrie mit Wettbewerbern – auch in Europa – zu tun hätte, die von ihren Regierungen, die es mit dem freien Welthandel nicht so ernst nehmen, gepäppelt werden. Das beginnt mit *der* Türkei, der aus politischen Gründen erlaubt wird, T-Shirts dank subventionierter Vormaterialpreise zu einem Dumpingpreis zu exportieren, der nicht einmal mehr die Frachtkosten deckt. Das geht weiter in Italien, wo staatliche Holdings über Verlustausgleich einen rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb ermöglichen, ohne dafür von der EG in Brüssel gescholten zu werden, und endet nicht in der Volksrepublik China, die jetzt in Zeiten stärkerer politischer Öffnung nach außen auch die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen nutzt und deren maßlose Mengenforderungen in einem Abkommen bis 1988 auf vernünftige Zuwachsraten verringert werden konnten.

Noch immer ist es aber so, daß Importe, namentlich die aus Niedriglohn- und Niedrigkostenländern, von den EG-Nachbarn geschickt abgeblockt werden und sich fast ausschließlich auf dem deutschen Markt etablieren können. Angesichts des Vordringens von Drittländer-Konkurrenz besteht in diesem Produktionszweig kaum noch die Chance, auf dem Wege weiterer Automatisierung die Produktivität zu steigern. So bleibt für viele Hersteller nur der Ausweg, mit der Verlagerung von Produktionsteilen in die Niedrigkostenländer das eigene Überleben zu sichern.

Die Schlüsselrolle kommt langfristig einem Gleichgewicht des Außenhandels zu, denn die deutsche Bevölkerungszahl sinkt, und mit ihr die Zahl der Verbraucher. Die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre werden mit *ersten Anfangsgehältern* nach ihrer Berufsausbildung nur gering zum Umsatz der Bekleidungsbranche beitragen, obwohl sich gerade jetzt ein Trend zur gepflegteren äußeren Erscheinung zeigt. Dennoch: Der Anteil der Bekleidung an den gesamten Verbrauchsausgaben geht zugunsten verteuerter anderer Ausgaben bei Haushalten mit mittleren Einkommen zurück.

Der Verbraucher hat aber auch in den letzten Jahren seine Einstellung gegenüber der Bekleidung geändert. Mangelndes Selbstwertgefühl wird nicht mehr hinter markanter Kleidung versteckt, Käufe sind weniger impulsive Anschaffungen, und – unterstützt von neuen Materialien und Verarbeitungsweisen – gibt es für viele Konsumenten keine strikte Trennung nach Frühjahr/Sommer bzw. Herbst/Wintergarderobe. Sie verfügen über eine Grundgarderobe „für alle Gelegenheiten", die sie mit modischen Teilen von Fall zu Fall ergänzen. Dies alles ist vielleicht noch zu wenig von der Bekleidungsindustrie beachtet worden. Aber hier liegen neben dem Export noch die wenigen Überlebenschancen.

AUF EIN WORT



„Leistung ist ein Wort, das über viele zurückliegende Jahre keine Bedeutung zu haben schien. Dies war ein Trugschluß. In einem hochindustrialisierten Land wie der Bundesrepublik wird von Jahr zu Jahr jeder Arbeitsplatz hochwertiger, mit der Folge, daß sein Inhaber sich weiterbilden muß, wenn er Schritt halten will."

Dr. Reinhard Bartsch, Vorstandsmitglied der Schleswag AG, Rendsburg
FOTO: WAGNER

Produktion und Stimmung gut

dpa/VWD, **Bonn**

Die Produktion und die Stimmung in der deutschen Wirtschaft haben sich nach Auffassung des Sparkassen- und Giroverbandes wieder deutlich verbessert. Wie der Verband ge*stern in seinem neuesten Konjunk*turbericht ferner hervorhob, sei eine weitere vorsichtige Zinssenkung am deutschen Kapitalmarkt möglich. Aufgrund einer besseren Ertragslage, niedrigerer Kosten, verbesserter Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte und einer international positiven Konjunkturentwicklung könnte das für dieses Jahr angenommene reale Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent leicht überschritten werden.

AUSSENWIRTSCHAFTSBEIRAT

Lage der Weltkonjunktur freundlicher als erwartet

HEINZ HECK, **Bonn**

Die weltwirtschaftliche Großwetterlage stellt sich in diesem Herbst freundlicher dar, als Experten zu Jahresanfang erwartet hatten. Wie Wirtschaftsminister Bangemann gestern im Außenwirtschaftsbeirat seines Ministeriums erklärte, habe die konjunkturelle Besserung nicht nur viele Industrie-, sondern auch immer mehr Entwicklungsländer erfaßt. Nach Schätzungen des Internationalen *Währungsfonds (IWF) ist für die In*dustrieländer 1984 mit einem realen Wachstum von fünf, für die Entwicklungsländer von knapp vier Prozent zu rechnen.

Allerdings erwarten die internationalen Organisationen für die Industrieländer 1985 eine Abschwächung auf etwa 3,5 Prozent (IWF), vor allem durch die Entwicklung in den USA. Für die Dritte Welt wird dagegen sogar noch mit einer weiteren Steigerung gerechnet. Nach einer voraussichtlichen Zunahme des Welthandels von real 8,5 Prozent in diesem Jahr wird 1985 nur noch mit etwa 5,5 Prozent (IWF) gerechnet.

Für die Bundesrepublik erwartet Bangemann auch für den Rest des Jahres eine weitere Zunahme im Außenhandel. Seit Beendigung des Streiks gewinnen positive Erwartungen der Unternehmen die Oberhand. *Von Januar bis August haben die* Auslandsaufträge das Vorjahresniveau mit real rund 14 Prozent deutlich übertroffen. Die Exportzunahme 1984 wird real auf 8,5 bis neun Prozent geschätzt. Die Importe dürften bei fortschreitender Besserung der Inlandskonjunktur um sechs bis 6,5 Prozent ansteigen, der Handelsbilanzüberschuß aber nur wenig höher als im Vorjahr ausfallen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Agrarausgaben sind 1983 um ein Drittel gestiegen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Agrarausgaben der EG sind im vergangenen Jahr um fast ein Drittel (32,9 Prozent) gestiegen. Dies geht aus dem Jahresbericht über den Brüsseler Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft (EAGFL) hervor.

Einschließlich eines Nachtragshaushalts betrugen die Kosten für die Stützung der Agrarmärkte und der landwirtschaftlichen Einkommen da*nach* 15,8 Milliarden Ecu (35,2 Mrd. DM). Da die Eigeneinnahmen der EG erschöpft waren, mußten Ausgaben in Höhe von 675 Millionen Ecu (1,5 Mrd. DM) auf das Haushaltsjahr 1984 verlagert werden.

Der Anstieg der Ausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen betraf vor allem die Sektoren Wein, Ölsaaten und Eiweißpflanzen, Rindfleisch, Milcherzeugnisse, Getreide sowie Obst und Gemüse. Gegenüber 1982 sind die Ausgaben in allen landwirtschaftlichen Sektoren gestiegen, am stärksten bei Milch, Getreide und Rindfleisch.

Grund für die Kostenlawine ist nach Darstellung der Kommission in erster Linie eine allgemeine Zunahme der Produktion. Sie führte in Verbindung mit zurückgehenden Ausfuhren und einem gewissen Verbrauchsrückgang zu vermehrten Interventionen und zu höheren Lagerkosten.

Zur Überschreitung der Mittelansätze haben auch die nachgebenden Weltmarktpreise beigetragen, die höhere Ausfuhrerstattungen erforderlich machten.

„Hauptempfängerland" war 1983 mit 22,4 Prozent der Gesamtausgaben wieder Frankreich (1982: 22,9 Prozent). Auf dem zweiten Platz folgte erstmals die Bundesrepublik (19,3 nach 16,1 Prozent im Vorjahr).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Niederlande bezweifeln Fisch-Bericht der EG

Den Haag (dpa/VWD) – Starke Zweifel an der Richtigkeit eines der EG-Kommission vorliegenden Berichts über „graue" Anladungen von Fisch in mehreren niederländischen Häfen hat das niederländische Landwirtwschaftsministerium geäußert. Man wolle erst wissen, wer seine Autoren seien. Die Behauptung, der niederländische Inspektionsdienst habe das Bestehen eines grauen Marktes selber zugegeben, sei „großer Unsinn".

Rendite erneut gesenkt

Frankfurt (dpa/VWD) – Einen Tag nach der letzten Senkung der Rendite für Bundesobligationen hat die Deutsche Bundesbank diese erneut gesenkt. *Sie beträgt mit Wirkung* vom 10. Oktober 7,05 Prozent.

Antragsfrist verlängert

Bonn (dpa/VWD) – Die Antragsfrist für die Milchrente ist bis zum 31. März 1985 verlängert worden, teilte das Bundesernährungsministerium gestern mit. Insgesamt beabsichtige die Bundesregierung, Renten für den Verzicht auf die Lieferung von einer Millionen Tonnen Milch zu zahlen. Bisher seien rund 700 000 Tonnen genehmigt, für weitere 55 000 Tonnen lägen Anträge vor.

Griechenland verklagt

Luxemburg (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat gegen Griechenland vor *dem Europäischen Gerichtshof* ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil es Ausländerkonten Angehöriger aus anderen EG-Mitgliedstaaten seit 1983 blockiert. Das Land habe sich aber im EG-Beitrittsvertrages verpflichtet, die Guthaben stufenweise freizugeben.

Bank-Versicherung

Frankfurt (rtr) – Nach der Deutschen Bank und einigen Sparkassen und Volksbanken steigt jetzt auch die Commerzbank in das Lebensversicherungs-Geschäft ein. Sie wird noch in diesem Jahr einen langfristigen Ratensparplan anbieten, für den eine Risikoversicherung mit monatlich fallender Versicherungssumme abgeschlossen werden kann. Die Versicherung werde ein Konsortium übernehmen. Der Markt der Lebensversicherer ist durch den Banken-Vorstoß offensichtlich in Bewegung gekommen. So bietet der Gerling-Konzern im Gegenzug einen Renditesparplan mit Versicherungsschutz an.

Mehr Passagiere

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der deutsche Luftverkehr verzeichnete im Juli einen Anstieg der Passagierzahlen um 2,7 Prozent auf 3,7 Millionen, da*von 0,7 Millionen (plus 9,6 Prozent)* auf Inlandsflügen und drei Millionen (plus 1,1 Prozent) auf Auslandsreisen. Den größten Verkehrsgewinn konnte die Luftfahrt im Juli bei Fracht verbuchen. Mit 55 300 Tonnen ein- und ausgehender Fracht habe das Transportergebnis im Juli 1984 um 14 Prozent höher als im Juli 1983 gelegen. Insbesondere der gestiegene Export habe die Versandmenge an Luftfracht um 17 Prozent auf 27 600 Tonnen steigen lassen.

„Wirtschaftsinformatiker"

Düsseldorf (dpa/VWD) – Gute Berufschancen für die Zukunft hat der „Wirtschaftsinformatiker", zu dem ab 1. Dezember die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf ausbildet. Aufgabe ist es, die Organisationsstrukturen des Betriebes zu überarbeiten und die Möglichkeiten der Datenverarbeitung betriebswirtschaftlich einzusetzten. Der berufsbegleitende Studiengang wird nach 2400 Unterrichtsstunden mit dem *Kam*merzertifikat abgeschlossen.

CSSR-Wirtschaftskontakte

Bremen (dpa/VWD) – Ein Ausbau des Umschlags tschechischer Waren über die *bremischen Häfen hakt* an der Berlinklausel. Dies erklärte Bremens Wirtshaftssenator Werner Lenz, der sich mit einer Bremer Delegation vier Tage lang zu Wirtschaftsgesprächen in Prag aufgehalten hatte. Seinen weiteren Angaben zufolge habe die CSSR an verbesserten wirtschaftlichen Kontakten großes Interesse gezeigt. 1983 wurden CSSR-Güter für rund 93 Millionen Mark über bremische Firmen im- und exportiert.

IFO

Protektionismus bedroht den Technologietransfer

dpa/VWD, **Malente**

Auf die Gefahr zunehmender Handelsschranken beim Austausch modernster technischer Entwicklungen zwischen *Industrieländern hat* der Leiter des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Heinrich Oppenländer, in Malente hingewiesen. Auf einer Tagung der Dräger-Stiftung zu außenwirtschaftlichen *Fragen sagte Oppenländer*, der Protektionismus beim Technologietransfer zwischen Industrieländern sei mit großer Sorge zu beobachten.

Immer mehr deutschen Firmen werde etwa der Import neuester Com*putertechnik aus den USA mit han*delspolitischen Maßnahmen verwehrt. Damit seien Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gefährdet. Oppenländer appellierte an die politisch Verantwortlichen, „im Interesse eines freizügigen Technologietransfers die Hemmnisse abzubauen". Skeptisch äußerte sich Oppenländer über die technische Umsetzung von Ergebnissen aus deutschen For*schungslabors. „Es dauert zu lange*, bis sich die Forschung in Produkten niederschlägt, es fehlt an Innovationen."

Die Bundesrepublik habe, so eine Ifo-Statistik, im Welthandel mit *Hochtechnologiegütern mit 20 Pro*zent Marktanteil bis 1982 den ersten Platz eingenommen, drohe aber nun von Japan überholt zu werden. Der Anteil Japans stieg von 7,9 Prozent 1970 auf 19,6 Prozent 1982. Der Anteil *der USA belief sich vor zwei Jahren* auf 12,5 Prozent. Bei Direktinvestitionen im Ausland müßten deutsche Unternehmen aktiver werden. Es gelte, Absatzmärkte zu sichern und damit die heimische Exportwirtschaft auf ihrem hohen Niveau zu halten.

PRIVATE KRANKENVERSICHERER / Kräftige Leistungszunahme erwartet

Zeiten der Kostendämpfung vorbei

HARALD POSNY, **Köln**

Die privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik rechnen für 1984 wieder mit einem kräftigen Anstieg der Leistungen, nachdem im Vorjahr – vor allem als Folge der neu *eingeführten Gebührenordnung für* Ärzte (GOÄ) – eine starke Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu verzeichnen war. Die Prognosen der Versicherer zielen auf ein Leistungsplus (einschl. Beitragsrückerstattung) von über 7 *Prozent auf etwa* 9,7 Mrd. DM, nachdem es im Jahr zuvor nur 1,6 (6,4) Prozent waren, von denen nur ein Prozent reine Versicherungsleistungen waren.

Der Vorsitzende des Verbands der Privaten Krankenversicherer (PKV), Heinrich Frommknecht, führt diese Entwicklung, die im Zuwachs fast genau beim Leistungsplus von 7 Prozent (auf 4,6 Mrd. DM) im 1. Halbjahr 1984 liegt, vorsichtig einmal auf eine gestiegene Zahl von Behandlungen und Krankenhausaufenthalten zurück, zum anderen aber auch auf einen Abrechnungsüberhang aus dem letzten Jahr, der im 1. Halbjahr 1984 reguliert worden ist. Im letzteren Fall müßten jedoch die Zahlen des 2. Halbjahres besser aussehen.

Die Steigerungsraten bei verschiedenen Leistungsausgaben können im Gegensatz zur GKV oft nur geschätzt werden. Ambulante Arztbehandlung dürfte im 1. Halbjahr bei der PKV um 2 bis 5 (GKV 7,8) Prozent teurer geworden sein, stationäre ärztliche Behandlung aber „zweistellig". Die Pflegesätze im Krankenhaus verteuerten sich um etwa 5 Prozent, Zahnbehandlung um 3 bis 4 Prozent.

Der starke Leistungsanstieg, dem Frommknecht und sein Verbandsdirektor Christoph Uleer noch nicht das Synonym „Kostenexplosion" geben wollen, liegt damit – anders als 1983 – für 1984 deutlich über dem Prämienplus, das nach den vorliegenden Zahlen des 1. Halbjahres auch für das Gesamtjahr mit 4 (6 nach 9,5) Prozent veranschlagt und voraussichtlich 13,1 Mrd. DM betragen wird.

Von den Gesamtaufwendungen des Vorjahres, 11,65 Mrd. DM, waren 8,35 (8,27) Mrd. DM reine Versicherungsleistungen, von denen 36,2 Prozent auf das Krankenhaus entfielen. Das entsprach (ohne die gesunkenen Honorare der Krankenhausärzte) für eine Unterbringung und Pflege einem Anstieg der Leistungen um knapp 5 Prozent auf 1,7 Mrd. DM. Der kostentreibende Faktor Krankenhaus hat damit alle anderen Kostenträger überflügelt, die wie bei den Ausgaben für ambulante ärztliche Behandlung sogar um 1,2 Prozent auf 1,5 Mrd. DM zurückgingen, allenfalls um 1,4 Prozent (Arzneien) bzw. 1,6 Prozent (Zahnbehandlung und -ersatz) moderat gewachsen sind.

INTERNATIONALES EISEN- UND STAHLINSTITUT

Verbrauch steigt wieder

ERWIN SCHNEIDER, Bonn

Nach dem guten Stahljahr 1984 mit einem Zuwachs von neun Prozent auf einen Verbrauch von voraussichtlich mehr als 438 Mill. Tonnen in der westlichen Welt und von rund 710 Mill. Tonnen weltweit wird für das kommende Jahr wieder mit einer Verlangsamung des Stahlverbrauchs gerechnet. Das erklärte Lenhard J. Holschuh, Generalsekretär des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IISI), in seinem Bericht auf der 18. Jahreskonferenz des IISI in Chicago.

1985 erwartet er für die Industrieländer einen Verbrauch von 337 Mill. und für die Entwicklungsländer von 104 Mill. Tonnen. Gegenüber 1984 würde das in den *westlichen Ländern lediglich einen* Zuwachs von drei Mill. Tonnen bedeuten. Mit den Schätzungen für die Planwirtschaftsstaaten würde der Weltstahlverbrauch auf 719 Mill. Tonnen leicht ansteigen. Die Gründe für seine gedämpfte Prognose sieht Holschuh „im Fortdauern der die nationalen Wirtschaften bedrängenden Probleme". Deshalb werde sich international die Investitionstätigkeit nur zögernd beleben. „Im Vergleich zum Tiefpunkt 1982/83 dürfte 1985 dennoch ein gutes Jahr für den Stahlverbrauch werden," erklärte er weiter.

In diesem Jahr gehen die entscheidenden Wachstumsimpulse von den USA und Japan aus, während die Europäische Gemeinschaft und besonders die Entwicklungsländer noch etwas hinterherhinken. Die USA werden wohl mit 114 Mill. Tonnen fast 19 Prozent mehr als im Vorjahr verbrauchen, in Japan beträgt das Plus noch 12,1 Prozent auf 74 Mill. Tonnen. In der EG liegt der Zuwachs mit 4,4 Prozent auf 94 Mill. Tonnen deutlich hinter diesen beiden Ländern, und die Entwicklungsländer verbrauchen mit 100 Mill. Tonnen etwa drei Prozent mehr als im Vorjahr. In Osteuropa ist das Wachstum mit 0,5 Prozent auf 212 Mill. Tonnen bescheiden, China und Nordkorea legen mit 5,3 *Prozent auf 60 Mill. Tonnen mehr zu.*

Von diesem Mehrverbrauch profitiert natürlich die Produktion. In den ersten acht Monaten lag die Herstellung in 29 Ländern, die dem IISI ihre Daten mitteilen, mit 291 Mill. Tonnen um 13,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Gegenüber dem letzten Spitzenjahr 1979, so stellt Holschuh fest, liegt die Produktion aber immer noch um 10,5 Prozent zurück. An der Gesamtrohstahlproduktion partizipieren die Entwicklungsländer mit 13,7 Prozent, vor fünf Jahren waren es nur 9,5 Prozent.

In der mittelfristigen Prognose, die *das IISI-Sektretariat entwickelt hat,* werden die stärksten Wachstumspotentiale des Stahlverbrauchs in den Entwicklungsländern sowie China und Nordkorea gesehen. In den Industrieländern soll sich dagegen der Verbrauch auf dem heutigen Niveau stabilisieren. Für 1990 wird ein Weltstahlverbrauch von 772 Mill. Tonnen hochgerechnet, 1995 soll er 745 Mill. Tonnen betragen.

APOTHEKEN / Schließungen häufen sich

Viele schreiben rote Zahlen

PETER JENTSCH, Bonn

Sorgenvoll blicken Deutschlands Apotheker in die Zukunft. Denn die Zeiten, da eine Apotheke ihrem Besitzer gesichertes Einkommen bis ans Lebensende versprach, sind vorbei. Das belegt der jüngste Bericht der Bundesverereinigung Deutscher *Apothekerverbände (ABDA).*

Danach hat sich 1983 die Zahl der Apotheken um 267 (plus 1,6 Prozent) auf 16 705 erhöht. Zugleich hat sich aber die durchschnittliche Zahl der Einwohner, die von einer Apotheke versorgt werden, auf 3674 verringert. Zum Vergleich: Noch 1970 hatte eine Apotheke durchschnittlich 5600 Bürger zu versorgen, 1980 immerhin noch knapp 4000. Angesichts dieser Situation verwundern häufigere Apothekenschließungen nicht.

Als Folge der Apothekenvermehrung um 1,6 Prozent ist der Umsatz je Apotheke nicht wie der Gesamtumsatz *um 6,5 Prozent, sondern nur um* 4,8 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man noch die Preissteigerungsrate beim Apothekensortiment von 5,8 Prozent (ohne Mehrwertsteuer), so ergibt sich sogar ein reales Minus von einem Prozent.

Dem nominellen Umsatzplus von 4,8 Prozent steht eine weiter gesunkene Handelsspanne auf 31,2 Prozent des Bruttoumsatzes gegenüber, vornehmlich Folge der Arzneimittelpreisverordnung. Während 1982 die Kosten der Apotheken schneller gestiegen sind als der Umsatz, hat sich dieses Bild 1983 etwas gebessert. Der Anteil der Gesamtkosten lag Ende 1983 bei 29,6 Prozent des Bruttoumsatzes. Zieht man von der Handels*spanne den Gesamtkostenanteil* (in diesen ist ein Unternehmerlohn von 7,6 Prozent kalkulkiert) ab, so ergibt sich für 1983 ein betriebswirtschaftliches Ergebnis von 1,6 Prozent des Bruttoumsatzes.

Damit freilich können viele Apotheken nach Darstellung der ABDA nicht leben. Ein Viertel der Branche erreicht eine Umsatzgröße bis zu 750 000 Mark. Diese Apotheken schreiben in der Regel bereits heute „rote Zahlen". Ein weiteres Viertel der Apotheken erreicht Umsatzgrößen zwischen 750 000 und einer Million Mark. Diese erwirtschaften zwar noch einen angemessenen Unternehmerlohn und Eigenkapitalverzinsung, aber keinen betriebswirtschaftlichen Gewinn. Zieht *man zur Beurteilung* der Rentabilität den Gewinn vor Steuern heran, so zeigt sich auch hier die schlechte Lage dieser Zunft: 1983 sank der Anteil des Gewinns vor Steuern am Bruttoumsatz einer durchschnittlichen Apotheke auf 9,9 Prozent.

JAPAN / Wirtschaft läuft weiter auf Hochtouren – Planungsamt erwartet ein reales Wachstum von 5,3 Prozent

Investitionen und Exporte stützen die Konjunktur

FRED de LA TROBE, Tokio

Japans Wirtschaft steuert noch auf Expansionskurs. Das staatliche Wirtschaftsplanungsamt rechnet neuer*dings für das laufende Fiskaljahr mit* einer realen Wachstumsrate von 5,3 Prozent. Die offizielle Voraussage der *Regierung steht dagegen noch bei* einem Zuwachs von 4,1 Prozent. Nach wie vor sind die Exporte die Haupt*stütze der Konjunktur. Vor allem* die Lieferungen in die USA sind infolge der dortigen guten Wirtschaftslage und der Stärke des Dollar stark gestiegen.

Die zweite starke Konjunkturstütze sind die kräftig zunehmenden Anlageinvestitionen. Einige wenige Indikatoren deuten allerdings auch auf eine leichte Abkühlung der Entwicklung hin. So sind etwa in den beiden letzten Monaten die durchschnittlichen Überstundenzeiten der Arbeitnehmer gesunken.

Laut einer Untersuchung der Bank von Japan werden die Anlageinvestitionen der Industrie im laufenden Fiskaljahr um 7,1 Prozent steigen. Das Wirtschaftsplanungsamt rechnet sogar mit einer Zunahme von 8,1 Prozent. Zzögernd ist dagegen die Entwicklung des Privatkonsums.

Das Einkommensniveau ist in diesem jahr wieder nur geringfügig gestiegen. *Nach Angaben des Arbeits*ministeriums belief sich der durchschnittliche Bruttoverdienst eines *japanischen Arbeitnehmers im* August auf 3237 Mark, real 1,4 Prozent mehr als im gleichen Monat 1983. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im August dieses Jahres 1,6 Millionen, das entsprach einer Erwerbslosenrate von 2,8 Prozent. Nach deutscher Berechnungsart dürfte diese Quote etwa doppelt so hoch liegen.

Infolge des raschen Anstiegs der Exporte und Investitionen hat auch die Industrieproduktion kräftig angezogen. Im August lag sie um elf Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die Gewinnlage der Mehrheit aller Unternehmen ist gut, bis zum Ende des laufenden Fiskaljahres (März 1985) erwartet sogar ein Drittel aller Firmen Rekordgewinne. Mit besonders günstigen Abschlüssen rechnen die Hersteller elektronischer Produkte *und die Autounternehmen.*

Die öffentliche Bautätigkeit war in den Sommer- und Herbstmonaten et*was geringer als im Vorjahr,* während die privaten Bauprojekte um etwa fünf Prozent höher lagen. Einige *Kreise in der Liberaldemokratischen* Partei setzen sich für größere öffentliche Ausgaben zur Stimulierung der Konjunktur ein, doch hält die Regierung bislang an den Sparmaßnahmen zum Abbau der Staatsverschuldung fest. Die Preise blieben weiterhin verhältnismäßig stabil. Der Großhandelspreisindex lag im August um nur 0,2 Prozent über dem Vorjahresstand, die Verbraucherpreise waren im September 2,8 Prozent höher als vor einem Jahr.

Die japanischen Exporte stiegen in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 17,5 Prozent auf 309,7 Mrd. DM. Die Importe erhöhten sich gleichzeitig um 14,1 Prozent auf 259,6 Mrd. DM, so daß ein Ausfuhrüberschuß von 50,1 Mrd. DM verblieb. Die Lieferungen in die USA nahmen in dieser Periode um nahezu 50 Prozent zu. So kam der Exportüberschuß mit den Vereinigten Staaten allein auf 57,4 Mrd. DM.

Die Leistungsbilanz schloß in den ersten acht Monaten 1984 mit einem *Aktivsaldo* von 53 Mrd. DM ab, während die Zahlungsbilanz infolge großer Kapitalabflüsse in dieser Zeitspanne mit 40,3 Mrd. Mark in die roten Zahlen geriet.

Laut einer kurzfristigen Prognose der Bank von Japan ist in der zweiten Hälfte des laufenden Fiskaljahres (Oktober '84 bis März '85) eine leichte Abschwächung der in- und ausländischen Nachfrage zu erwarten. Der große Exportüberschuß in diesem Jahr, der nach den Voraussagen des Wirtschaftsplanungsamts einen Wert von 108 Mrd. DM erreichen dürfte, ist gegenwärtig die Hauptsorge der Wirtschaftspolitiker in Tokio. (SAD)

FRANKREICH

Harter Kurs in der Lohnpolitik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Beamtengehälter werden am 1. November um zwei Prozent *und um keinen Centime* mehr erhöht, verkündete der zuständige Staatssekretär Jean Le Garrec zu Beginn der Lohnverhandlungen für 1985. Diese Entscheidung ist auf außerordentlich scharfe Proteste aller Gewerkschaften gestoßen. Dagegen lobte Patronatspräsident Yvon Gattez die Standfestigkeit der Regierung.

Die Franzosen müßten sich in diesem und im nächsten Jahr mit Kaufkraftverlusten abfinden. Die Gewerkschaften dagegen verlangen vollen Inflationsausgleich. Nach ihren Berechnungen blieben für 1984 immer noch viereinhalb Prozent abzudekken. *Denn die Inflationsrate würde* dieses Jahr siebeneinhalb Prozent erreichen, während die Beamtengehälter nur um drei Prozent aufgebessert worden sind, zuletzt um ein Prozent am 1. April.

Die am 1. Januar in Kraft getretene zweiprozentige Erhöhung sei eine Nachzahlung für das letzte Jahr gewesen und dürfe deshalb nicht für 1985 angerechnet werden.

Das ist aber keineswegs die Ansicht der Regierung, die ihre Vertragsverpflichtungen – fünf Prozent Lohnerhöhung entsprechend der ursprünglich geplanten Inflationsrate – für erfüllt hält. Die Masse der Bezüge unter Einschluß der Nebenleistungen würde einschließlich der neuen Gehaltserhöhung sogar um 7,6 Prozent steigen, erklärte Le Garrec. Er legt dabei allerdings ein günstigeres Berechnungsverfahren als bei den Preisen zu Grunde.

In Paris erwartet man, daß sich die Regierung bei den Lohnverhandlungen für 1985 etwas flexibler verhält, um die Beamtenschaft von Streiks *abzuhalten. Le Garrec kündigte* bereits an, sich im nächsten Jahr stärker mit den niedrigen Gehältern, der Berufsausbildung und der Modernisierung des Verwaltungsbetriebs zu beschäftigen. An dem harten Kurs der französischen Einkommenspolitik dürfte sich aber nichts ändern.

GROSSBRITANNIEN / *Die privatisierte British Airways muß Flugrouten abgeben*

Streit um Strecken-Neuverteilung beigelegt

WILHELM FURLER, London

Die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der staatlichen Fluggesellschaft British Airways und konkurrierenden privaten Airlines unter Führung von British Caledonian um die Neuverteilung von Streckenrechten vor der Anfang nächsten Jahres anstehenden Privatisierung von British Airways sind beigelegt worden. Großer Verlierer bei dem Streit ist die britische Zivil-Luftfahrtbehörde CAA, die mit Nachdruck die Aufteilung etlicher Streckenrechte von British Airways unter der privaten Konkurrenz gefordert hatte.

Die Luftfahrt-Behörde argumentierte, daß British Airways nach der Privatisierung ohne die Hergabe bestimmter Routen einen „monpolistischen Koloß" darstelle, gegen den zu konkurrieren für die Wettbewerber des Landes unmöglich werde. Doch Verkehrsminister Ridley hat offensichtlich dem Druck der British Airways-Verantwortlichen nachgegeben. Chairman Lord King hatte den öffentlichen Boykott seines Teams gegen jede Anweisung der Regierung zur Hergabe von Streckenrechten angekündigt.

Der Verkehrsminister hat jetzt durchgesetzt, daß British Airways ihre Saudi-Arabien-Routen an British *Caledonian abtritt, während British* Caledonian sein gesamtes Südamerika-Netz British Airways überläßt. Darüber hinaus wird British Airways kleineren, unabhängigen Fluggesellschaften Finanzhilfe erteilen, die von Regionalflughäfen aus ein Netz von Europa-Strecken ausbauen wollen, die für British Airways nicht interessant sind.

Der Netto-Effekt der Strecken-Umverteilung zwischen British Airways und British Caledonian wird auf eine Reduzierung des Vorsteuergewinns der Staatsgesellschaft (1983/84 185 Millionen Pfund oder knapp 700 Millionen Mark) um rund 18 Millionen Pfund pro Jahr und um einen entsprechenden Anstieg bei British Caledonian hinauslaufen. Im übrigen muß *British Airways auf etlichen Routen* die sogenannte „doppelte Benennung" akzeptieren – also das Recht einer unabhängigen Gesellschaft, auf einer Strecke in direkter Konkurrenz von British Airways zu fliegen.

DAIMLER-BENZ / Erstmals über eine Millarde Mark Umsatz im Mannheimer Werk

Mehr Tempo im Omnibusbau erwartet

WERNER NEITZEL, Mannheim

Die Hersteller von Omnibussen, seit geraumer Zeit von einer schwierigen Absatzlage durchgeschüttelt, rechnen mittelfristig mit einem wachsenden Marktpotential. Sie setzen *darauf, daß der Omnibus als die dem* Individualverkehr am nächsten kommende Beförderungsart zu einem nicht mehr wegzudenkenden Element des öffentlichen und privaten Verkehrsangebots geworden ist.

Horst Zimmer, Leiter des Unternehmensbereichs Omnibus der Daimler-Benz AG, geht davon aus, daß die Inlandszulassungen bei Omnisbussen (über 8 Tonnen) bis in etwa fünf Jahren wieder auf ein Marktvolumen von 5200 bis 5500 Busse jähr*lich hochgefahren werden können.* Im laufenden Jahr allerdings werden die Neuzulassungen (über 8 Tonnen) auf unter 4000 vielleicht sogar bis auf 3500 Einheiten abfallen.

In 1983 waren durch den Schub der Investitionszulage, der den Abwärtstrend vorüberübergehend stoppte, die Zulassungen gegenüber dem Vorjahr um etwa 10 Prozent auf 4828 Omnibusse in der Gewichtsklasse über 8 Tonnen angestiegen. Diese positive Entwicklung betraf allerdings fast ausschließlich die Lieferungen an *private Omnibusunternehmer. Dage*gen hielten sich die öffentlichen Verkehrsbetriebe mit ihren Omnibuskäufen auf Grund der angespannten Haushaltslage nach wie vor zurück.

In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 1984 schlug das Pendel zurück, denn die Buszulassungen (über 8 Tonnen) sanken um über 30 Prozent auf 2177 Einheiten ab. Allein im Linienbusgeschäft verringerten sich die Neuzulassungen um 40 Prozent auf runde 700 Einheiten. Bei den Reisebussen lagen die Neuzulassungen in diesem Zeitraum bei 1450 Stück (minus 24 Prozent). Die derzeit stattfindende Aufholjagd zum Ausgleich der arbeitskampfbedingten Produktionsausfälle wird die Zahlen bis zum Jahresende ein wenig freundlicher gestalten. Auch von der Exportseite her erlebt die Branche seit 1983 einen Rückgang der Gesamtnachfrage.

Daimler-Benz, weltweit mit 15 753 in 1983 produzierten Omnibussen (über 8 Tonnen) die Nr. 1 (vor General Motors und Icarus mit jeweils rund 12 000 Einheiten), ist guten Mutes, seine gute Marktposition auch in der verschärften Wettbewerbssituation halten und ausbauen zu können. Am *Inlandsmarkt hält Daimler-Benz* einen Marktanteil von 44 Prozent. Aus dem Mannheimer Omnibuswerk (daneben kommen Busse aus Brasilien, Argentinien, Türkei, Iran) wurden im vergangenen Jahr 2840 Komplettbusse, 1512 Fahrgestelle und 3665 Fahrzeugsätze ausgeliefert.

Der Umsatz stieg dort erstmals über eine *Milliarde DM, ein* Zuwachs um über 30 Prozent. Der Exportanteil nahm leicht auf rund 53 Prozent zu. *Über die Ertragslage heißt* es freilich, daß sie noch immer nicht befriedigend sei. Mit Investitionen von rund 80 Mill. DM ist das *Mannheimer* Omnisbuswerk mit modernsten Montagetechniken ausgerüstet worden. Überdies verspricht sich Daimler-Benz neue Absatzimpulse durch das ab November auf den Markt rollenden neue Standard-Linienbus-Programm O 405.

Gerhard Kienbaum wird 65 Jahre



Daß in Nordrhein-Westfalen der Verkehr recht reibungslos fließt und der Mittelstand dieser Industrieregion marktorientiert seine Leistung steigerte, das geht auf das Konto eines durchaus nicht immer bequemen Mannes: Staatsminister a. D. Dipl.-Ing. Gerhard Kienbaum, der am 12. *Oktober den 65. Geburtstag feiert.*

Seit 1954 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, trat er 1962 in das Kabinett des Ministerpräsidenten Franz Meyers als Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr ein. Während seiner Amtszeit wurde der heute noch richtungsweisende Generalverkehrsplan für Nordrhein-*Westfalen entwickelt.*

Gerhard Kienbaum war es auch, der die Programme zur Forschungsförderung und zur marktorientierten Leistungssteigerung mittelständischer Unternehmen entwarf. Mit seinem Sinn für Pragmatismus in der Wirtschaft hat er in dieser Zeit als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages zahlreiche wirtschaftspolitische Gesetze beeinflußt.

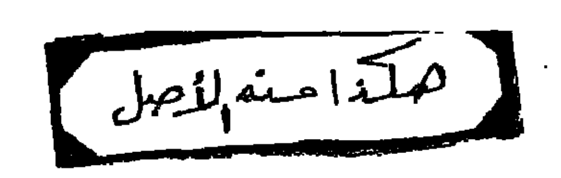
Gerhard Kienbaum ist Vorsitzer der Zentralgeschäftsführung der Kienbaum Unternehmensgruppe, ei*ne Beratungsfirma, die den deutsch*sprachigen Raum längst verlassen hat und erfolgreich auch in Übersee tätig ist. Kienbaum, dieser Name steht für Planung, Beratung und Betriebsführung in allen Bereichen der Wirtschaft, des Verkehrs (einschließlich Touristik), der Agrar-, Forst- und Fischwirtschaft sowie der integrierten Regionalentwicklung.

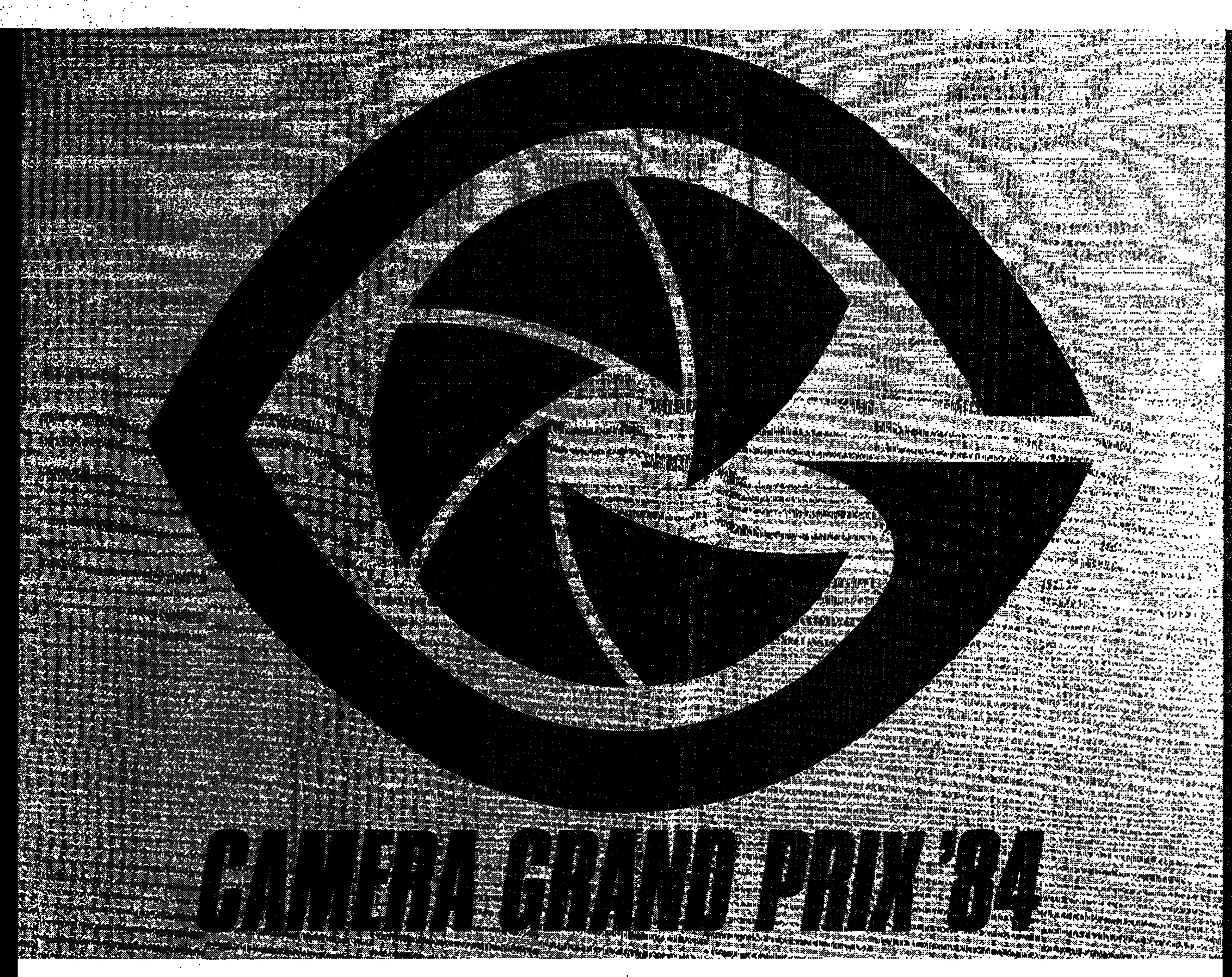
Gegen mächtige Kräfte an der Ruhr versuchte er als Wirtschaftsminister die alten Monostrukturen aufzubrechen und zu neuen technologischen Ufern zu gelangen. „Ein Kien" galt damals scherzhaft als die künftige Untertage-Schichtleistung eines Bergmanns. Ein Kien, das sollten zehn Tonnen sein. Über vier ist man aber im Revier trotz Gerhard Kienbaums Druck nicht hinausgekommen. (DW.)

NAMEN

Hans C. Sittel, persönlich haftender Gesellschafter der Assekuranzfirma Gebr. Krose, Bremen, wird am 11. Oktober 60 Jahre.

Wolfgang Keller, Iveco Magirus AG, und **Gustav A. Bleicher**, Mahle GmbH, wurden in den Vorstand des *Verbandes der Automobilindustrie* (VDA), Frankfurt, gewählt. Sie sind Nachfolger von **Bernd Kosegarten**, der bei Iveco Magirus ausgeschieden ist, und **Albert Keck**.





Die höchste Auszeichnung für die Nikon FA.

In den vergangenen Jahren haben wir für unsere Kameras schon viele Auszeichnungen und Preise bekommen. Von den unterschiedlichsten Jurys. Darüber freuen wir uns.

Den „Camera Grand Prix" jedoch zu gewinnen, ist uns eine ganz besondere Ehre.

Denn dieser Grand Prix, der alljährlich verliehen wird, gilt in Japan als die höchste Auszeichnung für Kameras.

Eine 45-köpfige Experten-Jury entscheidet anhand unterschiedlichster Kriterien, welche Kamera ihrer Meinung nach die Beste der Besten ist.

Dabei kommt es zum Beispiel darauf an, ob die Kamera ein neues Produktkonzept repräsentiert, wie ihre Handhabung ist, ihre Zuverlässigkeit, ob ihr Design gefällt und vieles mehr.



Die Nikon FA hat die schönsten Bilder im Kopf: Die Mehrfeld-Belichtungsmessung sorgt auch unter sehr schwierigen Bedingungen für optimale Belichtungen.

Was waren nun die Gründe der Jury, die Nikon FA zu ihrem Favoriten zu wählen?

Vieles war da ausschlaggebend.

Vor allem die neue, revolutionäre Mehrfeld-Belichtungsmessung, die auch unter sehr schwierigen Lichtverhältnissen automatisch für die jeweils optimale Belichtung sorgt. Ein Microcomputer vergleicht die verschiedenen Helligkeitswerte mit fest eingegebenen Werten, die auf der Auswertung von circa zehntausend Motiven basieren. So werden selbst Gegenlicht-Aufnahmen richtig belichtet.

Dieses System wurde von den Juroren zu recht als ein neuer Meilenstein im Kamerabau gelobt.

Aber in der Nikon FA stecken natürlich noch eine Reihe anderer Vorteile, die den Spaß am Fotografieren erhöhen.

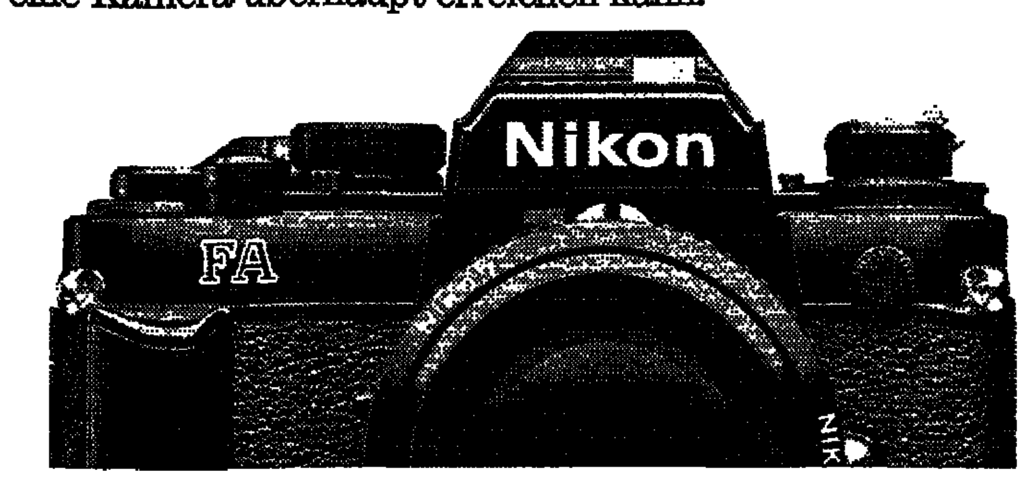
Die doppelte Programmautomatik zum Beispiel. Die Blendenautomatik. Die Zeitautomatik. Oder die manuelle Belichtungsregelung.

Darüber hinaus bietet die Nikon FA eine TTL-Blitzautomatik. Und sie ermöglicht durch ihren Titanverschluß eine 1/4000 s kurze Belichtungszeit und eine 1/250 s Blitzsynchronzeit.

Bei alledem ist sie so überraschend unkompliziert, daß sie vom Profi wie vom Amateur gleichermaßen leicht zu bedienen ist.

Deshalb wurde die Nikon FA von der Jury auch in den Punkten Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit höher eingestuft als die gesamte Konkurrenz.

Wir freuen uns deshalb so sehr über dieses Ergebnis, weil wir meinen, daß der „Grand Prix '84" aus Japan, dem Land der Fotografie, das Größte und Beste ist, was eine Kamera überhaupt erreichen kann.



Nikon GmbH, Tiefenbroicher Weg 25, 4 Düsseldorf 30, Telefon 0211/41570

Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren lieben, verehrten Vater, meinen Bruder und meinen Schwiegersohn

Hubertus Waldrich

* 30. 4. 1926 † 3. 10. 1984

Er kehrte von seiner letzten großen Flugreise nicht mehr zurück.

In Liebe und Dankbarkeit

Ursula Waldrich geb. Herrmann
Asta-Friederike
Hans-Joachim
Jan-Christoph
Christiane Klein geb. Waldrich
Maria Herrmann geb. Köhler

2107 Rosengarten-Tötensen
Haus in den Tannen

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 13. Oktober 1984, um 12.00 Uhr in der Kreuzkirche zu Rosengarten-Nenndorf statt. Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kränzen oder Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Ostpreußenhilfe e. V. (Sonderkonto Nr. 1 967 848 01, Dresdner Bank AG, Filiale Harburg, BLZ 200 800 00).

Wir trauern um

Dipl.-Ing.

Hubertus Waldrich

* 30. 4. 1926 † 3. 10. 1984

Als Gesellschafter war er dem Unternehmen mehr als 20 Jahre verbunden. Mit Ideenreichtum, Gespür für geschäftliche Entwicklung und der Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, stellte er sich in den Dienst des Unternehmens. Seine menschliche Wärme hat ihm die Hochachtung und das Vertrauen aller Mitarbeiter eingetragen.

NEULAND BETON H. Burgis KG
(GmbH & Co.)
Gesellschafter, Geschäftsleitung, Betriebsrat, Belegschaft

Fünfhausener Landweg, 2100 Hamburg 90

Am 6. Oktober 1984 verstarb im 63. Lebensjahr plötzlich und unerwartet unser Geschäftsführer, Herr

Dr. rer. nat.

Karl Marzusch

Seine Tatkraft und Energie, sein umfassendes Wissen und seine reiche Erfahrung haben die Entwicklung unserer Gesellschaft in hohem Maße mitgeprägt.
Sein Rat war uns wertvoll, seine Freundschaft wird uns fehlen.

Pflanzenschutz Urania GmbH
Hamburg

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Völlig unerwartet verloren wir am 5. Oktober 1984 unseren Prokuristen, Herrn

Gerd Finn

im 47. Lebensjahr.

Herr Finn gehörte seit 1955 zu unserem Hause. Seine Kenntnisse, besonders in der Westafrikafahrt, waren hervorragend. Sein Tod ist für seine Familie und für uns unfaßbar.

Wir trauern um einen hochangesehenen und liebenswerten Menschen, der unser aller Achtung und Vertrauen besaß.

DEUTSCHE AFRIKA-LINIEN
WOERMANN-LINIEN

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 16. Oktober 1984, um 11.00 Uhr in der Elisabeth-Kirche in Hamburg-Eidelstedt, Eidelstedter Dorfstraße.

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

KRUPP-KONZERN / Wehrtechnik stärkt Zivilgeschäft

Viel Aufwand für Neues

JOACHIM GEHLHOFF, Kiel

Tolerable 7 Prozent seines Fremdumsatzes von 17,3 Mrd. DM (1983) macht der von der Essener Fried. Krupp GmbH geführte Konzern auf dem in der öffentlichen Auftragsvergabe wie in „der Parteien Gunst und Haß" schwankungsreichen Feld der Wehrtechnik. Mindestens die Hälfte vom Umsatz ist es bei den vor zwei Jahrzehnten aus Hugo Stinnes' Zusammenbruch erworbenen Konzerntöchtern Krupp Atlas Elektronik GmbH, Bremen, und Krupp MaK Maschinenbau GmbH, Kiel, deren Aktivitäten der Presse nun mit einem Doppel-Aspekt präsentiert wurden. Einerseits Expansions- und Ertragskraft, andererseits hoher Aufwand für Produktinnovation nicht nur im militärischen Bereich.

Glanzstück ist dabei Atlas Elektronik. In den letzten sieben Jahren hat das Unternehmen die Zahl seiner zu fast der Hälfte von Ingenieuren und Technikern besetzten Arbeitsplätze auf 2600 (1500) gesteigert und den Umsatz mit den für 1984 erwarteten gut 420 Mill. DM (davon die Hälfte Wehrtechnik) nahezu vervierfacht. *Nachhaltig stimme auch die verschwiegene Rendite*, die Geschäftsführungs-Vorsitzender Karl Friedrich Triebold vor Steuern mit etwa 5 Prozent vom Umsatz andeutet. Noch ein Stück größer ist mit einer Jahresrate von 25 Mill. DM der aus eigener Kasse bestrittene Aufwand für Forschung und Entwicklung.

Der geht, mit klarem Elektronik-Schwerpunkt, in den Aufbau einer (zum Teil „in der Welt führenden") Palette intelligenter Produkte in den drei Hauptbereichen der Firma: „Wehrtechnik" von Solaranlagen für Kriegsschiffe bis zu Feuerleitsystemen zumal für den Kampfpanzer *Leopard 2*; „Prozeßdatensysteme" zum Einsatz von Industrie bis Medizin; „Schiffselektronik" von Radarausrüstung der Handelsschiffahrt bis zu Fischortungssystemen für die Hochseefischer.

Gedämpfter als in Bremen klingen die sehr positiven Wachstumsprognosen für Umsatz und Ertrag in Kiel. Verzagtheit freilich läßt auch da der Geschäftsführungs-Vorsitzende, Hugo Hartung, nicht erkennen. Die heutige MaK, einst Torpedowerkstatt der kaiserlichen Marine und mit ihren derzeit 3400 Leuten schon drittgrößter Industrie-Arbeitgeber im industriearmen Schleswig-Holstein (nach Salzgitters HDW-Werft und Drägerwerke/Lübeck), lebt mit ihrem 1984er Umsatz von 1,2 (1,4) Mrd. DM vor allem aus drei Bereichen.

Voran die Wehrtechnik mit knapp 0,8 (1) Mrd. DM, derzeit konzentriert auf den Zusammenbau von Leo 2 (mit höchstens einem Viertel eigener Wertschöpfung am 4 Mill. DM teuren „Endprodukt"), wo MaK knapp hinter Flicks Münchner Krauss-Maffei der zweite Generalunternehmer ist. Danach der Dieselmotorenbau für *Seeschiffe und Land-Kraftstationen*, der trotz Schiffbaukrise insgesamt noch passabel arbeitet und für die nächsten Jahre moderates Wachstum verspricht. Als Schlußlicht der Schienenfahrzeugbau, bei dem zumal das Lokomotivgeschäft ein offenbar dauerhaft hartes Brot ist.

Resumée des MaK-Chefs: Magerer als aus Bremen, aber noch nie mit Verlust sei die Essener Konzernmutter bedient worden, zumindest Stabilität im Umsatz auf Jahre hinaus auch dank Ausbau der großen eigenen Weltmarktposition bei Motoren zu erwarten sei.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Friedel Rathmann Schalungsbau GmbH, Herne 1; **Düren:** Josef Berg, Bauunternehmung, *Aldenhoven*; **Düsseldorf:** Schütte GmbH; Bunde GmbH; Helmut Winter sen., Kaufm., Ratingen; **Gummersbach:** Nachl. d. Doris Margareta Acker, Wiehl 1; **Itzehoe:** Glückstädter Bauges. mbH, Glückstadt; **Köln:** Nachl. d. Heinrich Osterhues; **Lübeck:** Nachl. d. Ewald Otto Werner Ehmke, Kaufm.; **Rüsselsheim:** Jörg Jendrejewski, Raunheim; **Straubing:** Edmund Schäfer, Fuhruntern., Straßkirchen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Winter Büroeinrichtungen und Bürobedarf GmbH.

Vergleich beantragt: Winsen: Lube-Funk-Technik Vertriebsges. mbH.

MARTIN BRINKMANN / „Böse Politik der Gießkanne" brachte Einbußen – Besserung frühestens 1985/86

Hohe Verluste auch im laufenden Jahr

DOMINIK SCHMIDT, Bremen

Die sichtbare Erholung des deutschen Zigarettenmarktes findet bei der Martin Brinkmann AG, Bremen, zumindest im Rechnungswerk keinen Niederschlag. Das mehrheitlich zu Rothmans International, London, gehörende Unternehmen mußte im Geschäftsjahr 1983/84 (31.3.) bei einem Umsatz von 2,62 (2,71) Mrd. DM einen Verlust von 58,5 Mill. DM hinnehmen, nachdem im Vorjahr noch ein geringer Überschuß von 0,87 Mill. DM erwirtschaftet wurde.

Theo M. van Gorkom, der im März 1984 Henry Giudice als Vorstandsvorsitzenden abgelöst hatte, läßt keinen Zweifel daran, daß auch im laufenden Geschäftsjahr mit ähnlich hohen Verlusten gerechnet werden muß. Erst 1985/86 dürften die Umstrukturierungsmaßnahmen wirksam werden und auch ertragsmäßig Erfolg bringen. Der Verlust wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Brinkmann Holding GmbH, Berlin, übernommen.

Die Verlagerung der Zigarettenproduktion von Bremen nach Berlin, die einhergeht mit einem drastischen Abbau der Belegschaft, bezeichnete van Gorkom als „reine Kostenüberlegung". Beide Maßnahmen seien aber unabhängig voneinander entschieden worden; das zeitliche Zusammentreffen sei rein zufällig. Wenn es nach den Vorstellungen des Managements gegangen wäre, hätte Brinkmann den Standort Bremen ganz aufgegeben. Der Verzicht der Brinkmann-Belegschaft auf das 14. Monatsgehalt bis 1987 (jährlich 2 Mill. DM) habe letztlich dazu geführt, daß vorerst 450 gewerbliche Arbeitsplätze in Bremen erhalten bleiben.

Bis Ende 1985 wird Brinkmann die Mitarbeiterzahl – im Jahresdurchschnitt 1983/84 wurden noch 3458 Personen beschäftigt – auf 2100 reduziert haben. Davon entfallen auf Berlin 750 Beschäftigte. Die Aufwendungen für die Sozialpläne beziffert van Gorkom auf rund 50 Mill. DM im laufenden Geschäftsjahr, nachdem dafür bereits 1983/84 etwa 15 Mill. DM zur Verfügung gestellt wurden.

Kritisch äußert sich der neue Vorstandschef zur Arbeit des bisherigen Managements. Der Rückgang des Marktanteils in der Bundesrepublik auf 13,5 (14,1) Prozent bei Zigaretten und auf 25,2 (28,8) Prozent bei Tabak-Feinschnitt sei nicht zuletzt auf eine falsche Marketing-Strategie zurückzuführen. Brinkmann habe zuwenig Rücksicht auf die starken Marken des Hauses genommen und eine „böse Politik der Gießkanne" praktiziert. Dies werde sich jetzt ändern.

Vor diesem Hintergrund verdienen die Änderungen im Brinkmann-Vorstand Beachtung. Die bisherigen stellvertretenden Vorstandsmitglieder Werner E. Klatten (Marketing und Vertrieb) und Carlos Landmark (Finanzen) wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern berufen. Aus Altersgründen ausscheiden werden 1985 Heinz Bahle (Personal) und Wilfried Bückmann (Tabak-Einkauf). Beide werden nicht ersetzt.

Im Geschäftsjahr 1983/84 hat Brinkmann im Inland 15,5 (15,3) Mrd. Zigaretten verkauft. Die im Vergleich zum Gesamtmarkt (plus 5,4 Prozent auf 114,7 Mrd. Stück) geringe Zunahme führte zu den erneuten Anteilseinbußen. Die wichtigste Marke, die „Lord Extra", verzeichnete noch Marktanteile von 6,59 (7,93) Prozent, „Lux Filter" rutschte auf 2,08 (3,16) Prozent ab. Nach Klattens Worten hat sich die Situation für Brinkmann inzwischen gebessert. Im Segment der leichten Zigaretten halte Brinkmann einen Marktanteil von 45 Prozent. „Lord" und „Peer-Export" zeigten eine stabile Tendenz, während „Lux" wieder hinzugewinne. Die neu ins Sortiment genommene „Dunhill" soll vor allem das Image aufbessern.

Für das Kalenderjahr 1984 rechnet Klatten mit einem Anstieg der Zigarettenproduktion in der Bundesrepublik auf 118 Mrd. Stück. Weitgehend *normalisiert* habe sich das Preisgefüge. Die Niedrigpreis-Angebote hätten ihren Anteil, der noch im Mai bei 30 Prozent lag, auf 10 Prozent reduziert; „No-names"-Zigaretten schlagen nur noch mit 4 Prozent Anteil zu Buche.

Unbefriedigend ist nach wie vor die Situation bei Feinschnitt-Tabak. Davon setzte Brinkmann im Berichtsjahr 4028 (5785) Tonnen ab. Die neu ausgebrochenen Preiskämpfe erschwerten den Wettbewerb. Brinkmann investierte 1983/84 bei Abschreibungen von 32,3 (43) Mill. DM gut 30 (31) Mill. DM in Sachanlagen.

Grundig: Größeres Programm in China

dpa/VWD, Fürth

Die Grundig AG, Fürth, will ihre Beziehungen zu China ausbauen. Nach Angaben der Unternehmensleitung ist der 1983 geschlossene Vertrag zwischen Grundig und der Foshan Radiofabrik über die Lizenzproduktion von Fernsehgeräten in China in diesem Jahr auf die Lieferung von 70 000 Bausätzen erweitert worden.

Der Verkauf der Geräte erfolgt unter dem Namen Grundig in der Provinz Kanton. Um auch in Mittel- und Nordchina präsent zu sein, werden zur Zeit Verhandlungen mit Partnern in Shanghai und Peking geführt. Ferner sollen noch im Herbst intensive Verhandlungen über die Fertigung von Grundig-Videorecordern geführt werden. Mit der Lieferung entsprechender Bausätze und der Aufnahme der Lizenzfertigung in China wird Anfang 1985 gerechnet.

Sanierungskonzept ausgearbeitet

dpa/VWD, Wien

Mit Investitionen in Höhe von 1,6 Mrd. Schilling (229 Mill. DM) und einer Personalverminderung von zehn Prozent soll der österreichische Industriemulti Steyr-Daimler-Puch, Wien, saniert werden, dessen Produktpalette vom Fahrrad über Traktoren bis zu Panzern reicht. Das Konzept hat ein Konsortium internationaler Firmenberater angefertigt.

Steyr-Generaldirektor Michael Malzacher erklärte dazu, früher habe der Militärbereich die Verluste der zivilen Produktion ausgeglichen. Im Jahre 1982 seien aber Verluste in Höhe von 614 Mill. (87,7 Mill. DM) und 1983 von 289 Mill. Schilling eingetreten. Im laufenden Jahr könne eine Milliarde erreicht werden. Damit wären bei einem Verlustvortrag von 900 Mill. Schilling die Reserven des Unternehmens aufgebraucht.

BERLINER VEREIN / Ergebnis wesentlich verbessert

Beiträge bleiben stabil

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Berliner Verein Krankenversicherung aG, Berlin und Köln, hat 1983 sein wirtschaftliches Ergebnis wesentlich verbessert. Das Geschäftsergebnis von 32,7 Mill. DM lag um 9,5 Mill. DM über dem Vorjahr und wurde durch die günstige Entwicklung der Leistungsausgaben geprägt.

Beitragseinnahmen von 254 Mill. DM (plus 11,8 Prozent) standen Aufwendungen von 191 Mill. DM (plus 2,9 Prozent) gegenüber. Damit wurde eine Leistungsquote von 94,2 (98,2) Prozent erzielt. Bis zum 4. Quartal nächsten Jahres will der Berliner Verein die Beiträge stabil halten, schon bis jetzt hat die Gesellschaft die Tarife unverändert gehalten. Mittel der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden genutzt, um erforderliche Mehrbeiträge für längere Zeit zu finanzieren. Dieser Rückstellung sind aus dem Geschäftsergebnis 1983 rund 30,2 (21,7) Mill. DM zugeflossen, rund 2,5 (1,5) Mill. DM wurden den Rücklagen zugewiesen.

Die zum Konzern gehörende Lebensversicherung aG erzielte 1983 einen Zugang von 116 (111) Mill. DM Versicherungssumme, deren Bestand rund 639 (539) Mill. DM erreichte. Die Kapitalanlagen erhöhten sich um 12 Prozent auf 169 Mill. DM. Bei einer Durchschnittsverzinsung von 8,1 Prozent wurden 13,4 Mill. DM an Kapitalerträgen erwirtschaftet. Von den Rohüberschüssen von 8,9 (10,2) Mill. DM wurden 8,7 (10,0) Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, der Gewinnreserve der Versicherten, zugeführt.

NIXDORF

Vorstoß in die Nachrichtentechnik

H. HILDEBRANDT, Frankfurt

Bei der Nixdorf Computer AG, Paderborn, hält das stürmische Wachstum an. Insgesamt rechnet Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, für 1984 mit einem Ergebnis, das um 20 Prozent über dem *2,71-Mrd.-DM-Umsatz des Vorjahres* liegen wird. Gleichzeitig steigt die Mitarbeiterzahl um rund 2700 auf fast 20 000. Erhöht wurden auch die Sachinvestitionen. Schwerpunkte sind hier Forschung und Entwicklung sowie die Vertriebsorganisation, aber auch der Ausbau der Fertigung. Deren Kapazität ist in Teilbereichen inzwischen zu mehr als 100 Prozent ausgelastet, nicht zuletzt durch „eine hervorragende Entwicklung von Auftragseingang und -bestand", wie Luft in Frankfurt herausstellte.

Besonders positiv entwickelt sich zur Zeit der Bankenbereich. Durch den Auftrag einer Großbank aus Malaysia konnte hier erstmals im südostasiatischen Bereich Fuß gefaßt werden. Beachtlich ist auch das Wachstum im Handelssektor. Auch am geplanten Banking-POS-Test in Berlin wird Nixdorf teilnehmen. Insgesamt erfreulich wird die Investitionsbereitschaft des Mittelstandes bezeichnet.

Beachtliche Anstrengungen werden im Bereich der Nachrichtentechnik unternommen. Im laufenden Jahr liegt der wertmäßige Anteil der neuinstallierten Telefonnebenstellen auf digitaler Basis bereits bei fünf Prozent, eine Verdoppelung ist als Nahziel vorgesehen. Auch bei der sich abzeichnenden Integration von Sprech-, Text-, Bild- und Datenkommunikationen werden verstärkte Aktivitäten entwickelt.

So erteilte die Deutsche Bundespost bereits einen Auftrag zum Aufbau einer Breitband-Vermittlung in Hannover, die bis April 1985 eingerichtet wird. Die Zukunftsaspekte in der Nachrichtentechnik umreißt Horst Nasko, für diesen Bereich zuständiges Vorstandsmitglied: „Unser strategisches Ziel ist hier ein genauso breites Standbein wie im Computerbereich, wobei es allerdings fraglich ist, ob man diese in weiter Zukunft überhaupt noch von der Nachrichtenpolitik trennen kann."

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Becker/Böhme: Kraftverkehrshaftpflichtschäden, C. F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg 1983, 692 S., (geb.), 98 Mark.

Böhme, ein angesehener Sachverständiger auf dem Gebiet des Kfz-Schadenrechts, führt das von Becker begründete und in über drei Jahrzehnten bewährte Werk weiter fort. Das Grundschema wurde überwiegend beibehalten, doch sind in Aufbau und Gliederung wesentliche Überarbeitungen erfolgt, die das Buch noch handlicher und übersichtlicher gestalten. Neu aufgenommen wurden u. a. die Kapitel „Steuern", „Kosten" und „Regulierung von Verkehrsunfällen mit Ausländern im In- und Ausland". Überflüssig zu erwähnen, daß die neueste Rechtsprechung und Literatur eingearbeitet ist und das Werk so eine aktuelle Informationsquelle für die tägliche Regulierungspraxis darstellt.

Wolfgang Theobald: Vor-GmbH und Gründerhaftung, Carl Heymanns Verlag KG, 1984, 164 S., 84 Mark.

Unter den mannigfaltigen Problemstellungen der Vorgesellschaft fristete die Frage nach der Gründerhaftung in der Vor-GmbH eine geraume Zeit ein Schattendasein. Die Handelndenhaftung des Paragraphen 11 Abs. 2 GmbHG stand mehr im Mittelpunkt des Interesses, eingebettet in die Fragen nach der Rechtsnatur der Vorgesellschaft, ihrem Verhältnis zur fertigen GmbH und dem Vorbelastungsverbot. Ihrem systematischen Standpunkt nach betrifft auch die Gründerhaftung die Haftungsverhältnisse zwischen Errichtung und Eintragung der GmbH ins Handelsregister. Die Einordnung und rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der Gründerhaftung erfolgt im Vergleich zur Handelndenhaftung. Daraus entwickelt der Erfasser Haftungssystem, rechtliche Grundlagen und Ausgestaltung der Gründerhaftung.

Roth, GmbH-Gesetz mit Erläuterungen, Beck Verlag München 1983, 604 Seiten, 58 Mark.

Im Rahmen „Gelbe Reihe" stellt der vorliegende Band einen Kurzkommentar mit der charakteristischen Zielsetzung dar, sowohl eine umfassende und zuverlässige systematisch geordnete Darstellung des geltenden Rechts zu liefern als auch die neuere Rechtsprechung und die wichtigere wissenschaftliche Diskussion wiederzugeben. Das GmbH-Gesetz, zuletzt durch die Novelle vom 4. Juli 1980 grundlegend geändert, wird in einer übersichtlichen Weise kommentiert, die sich vor allem an den Praktiker wendet. Zahlreiche Nachweise aus dem umfangreichen Schrifttum zu den Neuregelungen sind ebenso eingearbeitet wie erste grundlegende Entscheidungen. Das Bilanzrichtlinie-G ist als Bundestagsdrucksache berücksichtigt. Zuverlässig und informativ ist der kleine Kommentar ebenso aber prägnant, handlich und nicht zuletzt preiswert.

Thomas Kaligin: Die Betriebsaufspaltung, Erich Schmidt Verlag, 1984, 168 S., 46 Mark.

Die Betriebsaufspaltung hat sich in den letzten Jahren zu einer betriebswirtschaftlich attraktiven Unternehmensform entwickelt. Die Sicherung der Unternehmenskontinuität durch angestellte Geschäftsführer, die Einschränkung der Mitspracherechte Dritter und die Haftungsbeschränkung auf das normalerweise nicht so beträchtliche Betriebsvermögen der Betriebskapitalgesellschaft sind die herausragenden Vorteile der Betriebsaufspaltung. Die vorliegende aktuelle Neuerscheinung behandelt in konzentrierter Form die bei der Konzipierung einer Betriebsaufspaltung auftretenden schwierigen Rechtsfragen und gibt eine zufriedenstellende Hilfeleistung für eine individuelle unternehmensgerechte Entscheidung.

Von Hartlieb, Handbuch des Film-, Fernseh- und Videorechts, 2. völlig neubearbeitete Auflage des Filmrechtshandbuchs, Beck Verlag München 1984, 494 Seiten, 148 Mark.

Das Handbuch des Filmrechts erschien in erster Auflage vor 27 Jahren, als die Auswertung des Filmwerks im Filmtheater dominierte. Inzwischen ist gleichrangig seine Auswertung im Fernsehen und durch Videokassetten getreten. 1966 wurde ein neues Urhebergesetz mit eigenen filmrechtlichen Normen erlassen. Seit 1967 gibt es eine gesetzlich geregelte Filmförderung in Deutschland. Neue oder geänderte Strafvorschriften haben die Grenzen der Filmfreiheit teilweise erweitert, teilweise eingeengt. Eine umfangreiche Rechtsprechung hat weitgehend neue rechtliche, für die Praxis wichtige Maßstäbe gesetzt. Das filmrechtliche Vertragswerk wurde auf vielen Gebieten erneuert, erweitert oder wesentlich geändert. Der Autor hat daher das Handbuch nach Gesamtkonzept und in den einzelnen Abschnitten und Kapiteln völlig neu geschrieben. Der Charakter eines Handbuchs für die Praxis wird dadurch unterstrichen, daß immer zunächst eine geschlossene Darstellung der behandelten Materie gegeben wird. Am Ende des Kapitels finden sich Rechtsprechung und Rechtslehre, mit Ausrichtung auf die Praxis. Das Handbuch („aus der Praxis für die Praxis") soll sowohl dem filmwirtschaftlich und dem filmrechtlich nicht Vorgebildeten verständlich sein. Auch die Medien der nahen *Zukunft*, *Satelliten-Fernsehen*, Pay-Television, Kabelfernsehen, sind schon mit angesprochen. Daher behalten die behandelten grundsätzlichen Rechtsfragen für lange Zeit ihre Bedeutung. Insgesamt legt der Autor mit der zweiten Auflage ein Grundlagenwerk vor, daß alle mit dieser Spezialmaterie Beschäftigten zur Orientierung und bei Zweifelsfragen immer gern hinzuziehen werden.

Arnim Bechmann: Leben wollen, Verlag Kiepenheuer & Witsch 1984, 346 S., 19,80 Mark.

Professor Dr. A. Bechmann, Direktor des Instituts für Landwirtschaftsökonomie der TU Berlin, zieht eine bedrückende Bilanz der Umweltveränderungen und der Umweltpolitik der letzten 15 Jahre. Er zeigt auf, daß zwar eine rege Umweltpolitik betrieben und daß in der Bundesrepublik ein modernes Umweltrecht geschaffen wurde, was aber nicht verhindern konnte, daß die Umweltsituation sich entscheidend verschlechtert hat. Sein Konzept für eine evolutionäre Umweltpolitik verlangt eine Abkehr von den alten Vorstellungen, eine Zusammenarbeit von Regierung, Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft unter Infragestellung unserer heutigen Wertbegriffe und *unseres Gesellschaftssystems*.

Hans Schulz: Erfolgreicher Terminhandel, Gabler-Verlag 1984, 237 S., 48 Mark.

In den USA haben die technische und auch die Fundamentalanalyse im Terminhandel längst die verdiente *Anerkennung gefunden. Die* in der Bundesrepublik stiefmütterliche Behandlung dieses Komplexes muß sich schleunigst ändern, denn die Terminmärkte in London, New York und Chicago zeigen vielfältige Wege, Gewinne zu erwirtschaften. Der Autor hat ein systematisches Arbeitsbuch vorgelegt, das den Leser bei gründlicher Mitarbeit mit einem Geschäftszweig vertraut macht, der ohne Übertreibung als einer der interessantesten, außergewöhnlichsten und profitabelsten bezeichnet werden kann. Dem Buch gelingt es, das vielseitige Gebiet des Terminhandels in seiner Gesamtheit darzustellen und die immanenten Risiken einzukreisen.

Walter L. Zimmermann: Datenverarbeitung – 2. Auflage, Gabler-Verlag 1984, 308 S., 48 Mark.

Das in der Neuauflage insgesamt fünf Bände umfassende Lehrbuch der elektronischen Datenverarbeitung berücksichtigt eine Reihe technisch-organisatorischer Neuerungen: Bildschirm, Terminal, Datenfernverarbeitung, dialogorientierte Programmiersprachen, Personalcomputer-Systeme und dem Erlernen einer Programmiersprache. Der vorliegende erste Band will folgende Ziele ereichen: Stoffvermittlung ohne Vorkenntnisse, Darstellung der gesamten Datenverarbeitungsproblematik, Praxisnähe und Ausrichtung an den Interessen der Anwender; dazu ist es erforderlich, die Darstellung herstellerneutral zu halten und Spezifika der kommerziell-administrativen Datenverarbeitung und der Informatik zu berücksichtigen.

Warenpreise – Termine

Kleine Gewinne verbuchten am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Leicht verbessern konnten sich auch Kaffee und Kakao. (SF)

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	8. 10.	5. 10.
Dez.	348,75	348,50
März	356,25	356,50
Mai	355,00	353,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	8. 10.	5. 10.
St. Lawrence 1 CW	239,60	240,25
Amber Durum	250,25	249,80

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	geschl.	141,40
Dez.	geschl.	144,90
März	geschl.	151,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	geschl.	119,10
Dez.	geschl.	120,30
März	geschl.	123,70

Hafer Chicago (c/bush)	8. 10.	5. 10.
Dez.	176,50	165,75
März	177,50	177,00
Mai	175,75	175,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	278,75	280,50
März	284,00	285,50
Mai	288,00	289,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 10.	5. 10.
Okt.	geschl.	130,50
Dez.	geschl.	128,20
März	geschl.	131,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	8. 10.	4. 10.
Terminkontr. Dez.	134,30	134,85
März	133,60	133,75
Mai	132,85	132,75

Kakao New York ($/t)	8. 10.	5. 10.
Terminkontr. Dez.	2215	2185
März	2182	2160
Mai	2200	2165
Umsatz	2908	2584

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,36	5,40
März	5,92	6,03
Mai	6,26	6,39
Juli	6,54	6,67
Sept.	6,80	6,95
Umsatz	14 530	13 875

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8. 10.	5. 10.
	4,66	4,62

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	8. 10.	5. 10.
Nov.	2320-2321	2345-2348
Jan.	2270-2271	2277-2278
März	2202-2203	2204-2207
Umsatz	1511	2176

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1890-1892	1859-1860
März	1858-1859	1825-1827
Mai	1861-1866	1824-1826
Umsatz	3701	2398

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	146,60-147,00	143,00-143,40
März	163,20-163,40	159,00-159,20
Mai	170,20-170,40	165,80-166,00
Umsatz	2895	2026

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 10.	5. 10.
schw. Sarawak spez.	445,00	445,00
weißer Sarawak	690,00	690,00
weißer Muntok	697,50	697,00

Orangensaft New York (c/lb)	8. 10.	5. 10.
Nov.	179,00	179,00
Jan.	181,40	181,30
März	181,50	181,50
Mai	180,95	181,00
Juli	181,00	180,75
Umsatz	700	750

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	8. 10.	5. 10.
Südstaaten fob Werk.	35,50	35,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,50	29,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	27,25	27,25
Dez.	25,23	25,15
Jan.	24,75	24,70
März	24,45	24,50
Mai	24,25	24,25
Juli	24,00	24,00
Aug.	23,80	23,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,00	27,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	30,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	21,25	21,00

Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,75
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	44,15	44,25
Dez.	46,55	46,17
Febr.	48,72	48,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,40	64,70
März	65,00	64,20
Mai	65,80	65,20

Häute Chicago (c/lb)	8. 10.	5. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	87,00	88,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	53,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	595,50	588,50
Jan.	606,00	602,00
März	620,00	614,50
Mai	633,00	626,50
Juli	638,00	634,80
Aug.	638,00	634,00
Sept.	631,00	625,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	143,50	141,50
Dez.	150,00	147,80
Jan.	152,90	151,00
März	158,20	156,50
Mai	162,60	161,50
Juli	165,00	166,50
Aug.	165,50	165,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	8. 10.	5. 10.
Okt.	geschl.	348,00
Dez.	geschl.	354,00
März	geschl.	367,30

Kokosöl New York (c/lb)	8. 10.	5. 10.
Westküste fob Werk	61,50	56,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	9. 10.	8. 10.
jegl. Herk. cif	845,00	845,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	625,00	625,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	650,00	680,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	243,00	243,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1380,00	1295,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	290,50	290,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	8. 10.	5. 10.
Okt.	64,80	63,35
Dez.	65,00	64,18
März	66,80	66,18
Mai	68,00	67,41
Juli	69,05	68,64
Okt.	69,00	69,01

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	44,25	44,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	8. 10.	5. 10.
Okt.	500-502	501
Dez.	505-508	505-508
Jan.	506-509	506-510
Umsatz	71	62

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	8. 10.	5. 10.
Okt.	unerhältl.	unerhältl.
Dez.	unerhältl.	unerhältl.
März	unerhältl.	unerhältl.
Mai	unerhältl.	unerhältl.
Umsatz	0	0
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	8. 10.	5. 10.
Okt.	580,0-565,0	559,0-560,0
Dez.	586,1-587,0	566,5-568,0
März	–	578,5-579,5
Umsatz	20	28

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	8. 10.	5. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	8. 10.	5. 10.
Okt.	13 230	13 271
Nov.	13 140	13 150

Kautschuk London (p/kg)	8. 10.	5. 10.
Nr. 1 RSS loco	62,00-65,00	62,00-65,00
Nov.	60,00-61,00	60,00-62,50
Dez.	61,00-62,50	61,00-63,50
Jan.	62,00-64,00	61,00-64,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	8. 10.	5. 10.
Okt.	206,50-207,50	209,00-210,00
Nov.	209,00-209,50	210,50-211,00
Nr. 2 RSS Okt.	195,50-196,50	197,50-198,50
Nr. 3 RSS Okt.	192,00-193,00	194,00-195,00
Nr. 4 RSS Okt.	185,00-186,00	187,00-188,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	8. 10.	5. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

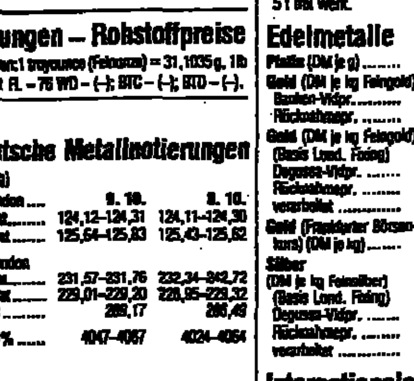


Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 10.	8. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	124,12-124,31	124,11-124,30
drittfolg. Monat	125,64-125,83	125,43-125,62
Zink: Basis London		
laufend. Monat	231,57-231,76	232,34-242,72
drittfolg. Monat	229,01-229,20	228,95-229,32
Produz.-Preis	289,17	286,49
Reinzinn 99,9%	4047-4087	4024-4064



NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 10.	8. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	394,54-398,43	390,45-392,34
Blei in Kabeln	131,75-132,75	131,75-132,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchste und niedrigste Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	9. 10.	8. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382-383	380
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426-430	424-427
MS 63	412-416	409-414

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	8. 10.	5. 10.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 10.	8. 10.
Leg. 225	345-363	345-363
Leg. 226	347-365	347-365
Leg. 231	377-395	377-395
Leg. 233	387-405	387-405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

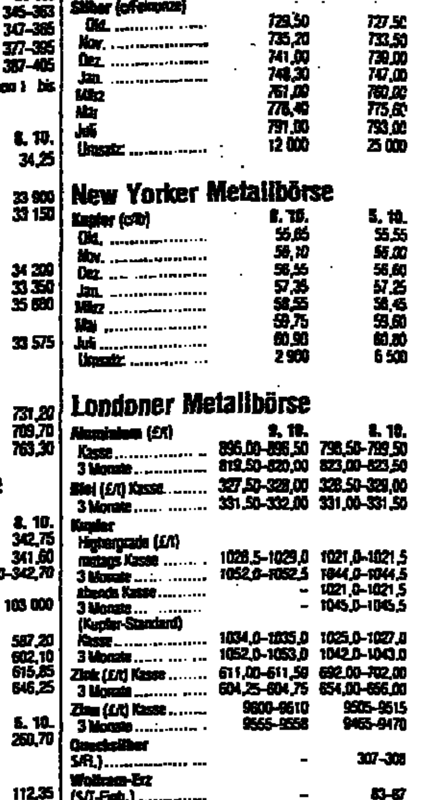
	9. 10.	8. 10.
Platin (DM je g)	34,05	34,25
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 100	33 900
Rücknahmepr.	33 350	33 150
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 370	34 200
Rücknahmepr.	33 520	33 350
verarbeitet	36 060	35 880
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 750	33 575
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	734,00	731,20
Rücknahmepr.	712,40	709,70
verarbeitet	766,20	763,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	9. 10.	8. 10.
London 10.30	341,25	342,75
15.00	341,00	341,60
Zürich mittags	340,70-341,20	342,20-342,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 550	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	587,20	587,20
3 Monate	602,05	602,10
6 Monate	616,35	615,85
12 Monate	646,85	646,25

Platin (£-Feinunze) London	8. 10.	5. 10.
fr. Markt	261,15	260,70
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	112,35	112,35

New Yorker Preise	8. 10.	5. 10.
Gold H & H Ankauf	geschl.	343,60
Silber H & H Ankauf	geschl.	735,50
Platin fr. Händlerpr.	326,00-328,00	326,00-328,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,50-139,50	139,00-140,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	729,50	727,50
Nov.	735,20	733,50
Dez.	741,00	739,00
Jan.	748,30	747,00
März	761,00	760,00
Mai	776,40	775,60
Juli	791,00	793,00
Umsatz	12 000	25 000



New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 10.	5. 10.
Okt.	55,65	55,55
Nov.	56,10	56,00
Dez.	56,55	56,60
Jan.	57,35	57,25
März	58,55	58,45
Mai	59,75	59,60
Juli	60,90	60,80
Umsatz	2 900	6 500

Londoner Metallbörse

	9. 10.	8. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	896,00-896,50	798,50-799,50
3 Monate	819,50-820,00	823,00-823,50
Blei (£/t) Kasse	327,50-328,00	328,50-329,00
3 Monate	331,50-332,00	331,00-331,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1028,5-1029,0	1021,0-1021,5
3 Monate	1052,0-1052,5	1044,0-1044,5
abends Kasse	–	1021,0-1021,5
3 Monate	–	1045,0-1045,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1034,0-1035,0	1025,0-1027,0
3 Monate	1052,0-1053,0	1042,0-1043,0
Zink (£/t) Kasse	611,00-611,50	692,00-702,00
3 Monate	604,25-604,75	654,00-656,00
Zinn (£/t) Kasse	9600-9610	9505-9515
3 Monate	9555-9558	9465-9470
Quecksilber ($/Fl.)	–	307-308
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83-87



Renten jetzt nachgebend

Verunsichert durch den wieder anziehenden Dollar, kam es am Rentenmarkt zu Gewinnmitnahmen. Dadurch fielen die Kurse einiger öffentlicher Anleihen bis zu einem halben Punkt zurück. Die kurspflegenden Stellen sahen keinen Anlaß stützend einzugreifen, sondern beschränkten sich auf vorsichtige Marktregulierungen. Die neuerliche Herabsetzung der Renditen für Bundesobligationen hat diesen Sektor *nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern den Hang zu Tauschoperationen gefördert.* Pfandbriefkurse bröckelten ebenfalls ab.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

Ausländische Aktien in DM

Auslandskäufe bei den Aktien

Gefragt waren Siemens und Deutsche Bank

DW. – Auch an der Dienstagbörse blieb der Aktienhandel über weite Strecken schleppend. Er wurde durch den wieder anziehenden Dollar verunsichert. Wenn es in einigen Spitzenpapieren zu neuen Kurssteigerungen kam, so lag dies ausschließlich an Kaufaufträgen aus dem Ausland. Für die Ausländer scheint der festere Dollarkurs Anreiz zum Aufstocken ihrer deutschen Aktienbestände gewesen zu sein. Inländische Anleger hielten sich weitgehend zurück. Allenfalls interessierten sie sich für Titel der Großchemie.

Bei Siemens führten die Kaufaufträge aus dem Ausland zu einem neuen Höchstkurs. Das regte zu Käufen auch bei einigen anderen Elektrowerten an; dadurch konnten PKI den Kursrückschlag vom Vortag wieder voll aufholen. Gezielt waren die Ausländer bei Schering tätig. Ein Papier, daß auf den diesjährigen Höchststand zurückgekehrt ist. Der Anstieg bei den Titeln der Großchemie, von denen einige ebenfalls nahe ihrem bisherigen Jahreshöchstkurs notieren, vollzieht sich wegen der hier herrschenden Marktbreite langsamer. Am Bankenmarkt profitierten die Aktien der Deutschen Bank von dem Auslandsinteresse. Autoaktien blieben wegen der Diskussion über die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen verunsichert.

Düsseldorf: Aseag verloren 5 DM und AEG Kabel Rheydt 10 DM. Küppersbusch verminderten um 5 DM. Dyckerhoff St. stockten um 3 DM und Stahlwerke Bochum um 7 DM auf. Bei den Versicherungen gaben Allianz Vers. um 3 DM und Nordstern um 5 DM nach.

Frankfurt: BHF Bank erhöhten um 5 DM und Binding um 7,50 DM. Brau AG gaben 4 DM ab und St. Steinzeug 5 DM. Chem. Verwaltung verbesserten sich um 11 DM, Flachglas um 5 DM und Frankf. Hypo um 50 DM. MAB St. schlossen um 10 DM und MAN St. um 6 DM fester. MAN Vz. stockten um 8,50 DM auf. Thuringia Versicherungen verloren 40 DM.

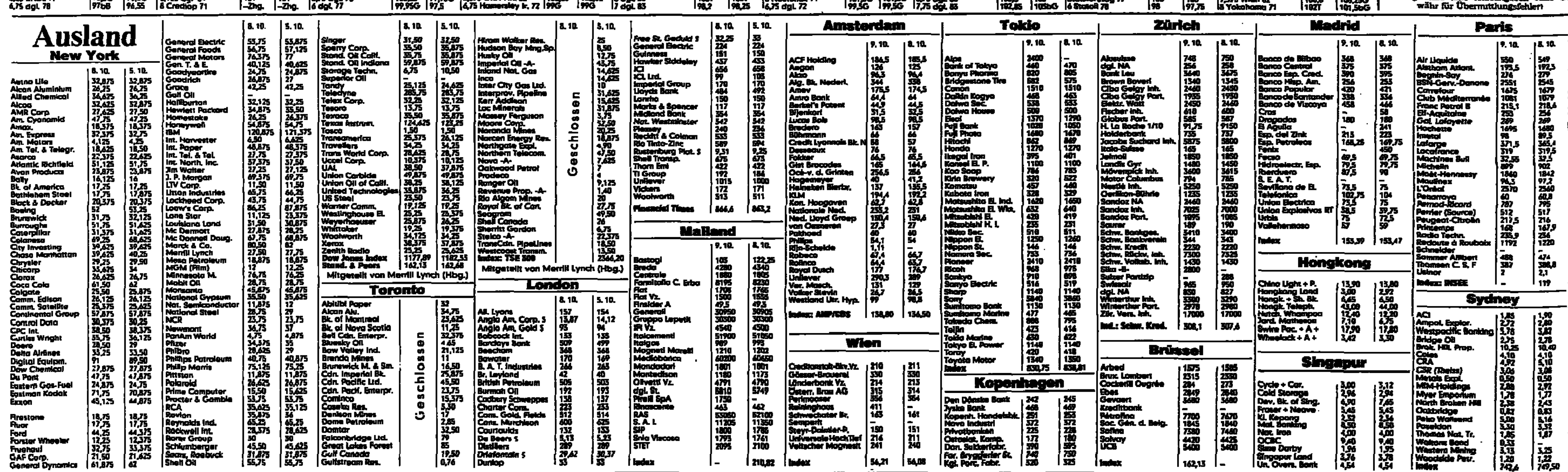
Hamburg: Beiersdorf wurden mit 372 DM, Phoenix Gummi mit 124 DM und Triton mit 107 DM gehandelt. HEW gingen zu 80,10 DM und NWK-Vz. zu 166,80 DM aus dem Markt. Auf der Plusseite standen Markt und Kühlhallen bei 325 DM. Vereins- und Westbank wechselten auf letzter Basis zu 296 DM den Besitzer.

München: Etienne Aigner gaben um 2 DM und AKS um 4 DM nach. Deckel AG verloren 0,80 DM auf 148 DM und Dywidah 1 DM auf 156 DM. Electro 2000 erhöhten um 10 DM und Flachglas um 3 DM. Grünzweig verbesserten sich um 2,50 DM und Patrizier um 1,50 DM Zahnrad Renk verloren 4 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld zogen um 30 DM und Kempinski um 16 DM an. Schering lagen um 4,50 DM und Orenstein um 1 DM freundlicher. Herlitz Vz. büßten 5 DM, Bethold und Lehmann je 3,50 DM, DeTeWe und DUB-Schultheiss je 2 DM und Berliner Bank 1 DM ein.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 156,4 (156,1)
WELT-Umsatzindex: 3450 (3680)



Optionshandel

Frankfurt: 9. 10. 84: 852 Optionen = 45 650 (48 800) Aktien, davon 106 Verkaufsoptionen = 5700 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-110/12, 1-100/5, 1-120/3,6, 4-95/21,5, 4-130/3,5, BASF 1-160/6,5, 1-170/3,6, 1-180/2,9, 4-160/12,9-13,6, 4-170/6,9, 4-180/4,1, 7-160/17, 7-170/11,6, 7-180/7, Bayer 1-170/12, 1-180/6,7, 1-190/3,6, 4-170/16,55, 4-180/9,6, 4-190/5,4, 7-200/6,1, Bay. Hypo 4-300/13, Bekula 1-100/5, BMW 1-400/10, 1-410/5, Commerzbank 1-160/11, 1-170/5,45, 1-180/2,3, 4-150/20, 4-160/15, 4-170/9,9, 4-180/5,2, Conti 1-120/9, 1-130/5, 1-140/2,9, 4-120/14, 4-130/9, 4-140/4,35, Dt. Babcock St. 4-180/5, Deutsche Bank 1-390/11,9, 1-400/6, 1-410/5,9, 4-350/30, 4-410/11,6, Degussa 1-380/9,6, Dresdner Bank 1-160/14,5, 1-180/4,5, 4-160/15,9, 7-180/9, GHH St. 4-170/6,6, Hoechst 1-170/13,3, 1-180/7,4, 1-190/4, 4-160/27, 4-180/10, 4-190/6, 4-200/3,7, 7-180/15, 7-200/6, Hoesch 1-110/5-4,9, 4-110/8, 4-120/4,4, 7-110/11, 7-120/8, Kaufhof 1-230/6,8, Kloeckner 1-60/9, 1-65/5,95, 1-70/3,9, 4-55/16,2, 4-65/7,9, 4-70/5,5, 7-70/9,4, 7-75/8, Mannesmann 1-140/18, 1-160/5,7, 1-170/3,5, 4-160/9,5, 4-170/5,9, 7-170/8, RWE St. 4-160/16, Kali + Salz 1-240/11,35, Siemens 1-370/76, 1-380/67, 1-390/58, 1-400/48, 1-410/38, 1-420/30,2, 1-430/23,9, 1-440/17,6, 1-450/13,4, 1-470/6,5, 1-480/4,4, 4-400/50,1, 4-440/30, 4-450/23, 4-460/19, 4-470/13,5, 4-480/10, 7-500/9,2, Thyssen 1-80/3,9, 1-85/2,7, 4-85/3,9, Veba 1-170/7, 1-180/3,6, 4-170/10, 4-180/4,9, 7-180/9, VEW 7-130/11, VW 1-170/18, 1-180/11,4, 1-190/5,2, 1-200/3,6, 4-200/7, 4-210/5, Alcan 7-85/9, Chrysler 1-95/5, Elf 4-70/15, IBM 1-390/9, Litton 4-210/12, Philips 1-40/8,5, 1-50/2, 4-50/4, Sony 1-50/5,9, 4-60/2,5, Sperry 1-110/8,3, 4-130/3, Xerox 1-110/10. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-100/1,9, 1-110/4,5, 4-100/3,5, 4-110/7,4, BASF 1-160/2, Bayer 1-180/1,4, 4-170/2,4, 7-170/4, Bay. Hypo 4-290/8, Commerzbank 1-160/1,7, 4-160/3,2, 4-170/7, 7-160/3,9, 7-170/9,8, Conti 1-127/2,4, 4-120/2, Daimler 4-580/11, Deutsche Bank 1-340/2,5, Degussa 4-370/10, Dresdner Bank 1-160/1,4, 1-170/3,8, 4-160/2,6, Hoechst 4-170/2,5, 1-170/3,9, Kloeckner 1-60/1, 1-70/3,5, 4-65/3, Lufthansa St. 4-150/2,8, Mannesmann 1-160/4,8, 4-160/8, RWE St. 4-160/2,3, Schering 1-380/3, 4-380/6, Siemens 1-10/1,95, 1-420/3,2, 1-430/7, 4-40/3,2, 7-420/8,2, VW 1-180/5, Alcan 7-90/5,2, Chrysler 1-90/5, 4-80/2, 4-95/9,6, IBM 4-380/20, Philips 4-45/1,4, Royal Dutch 4-150/5, 4-160/7,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¾–11	5½–5¾	4½–4¾
3 Monate	11⅛–11⅜	5¾–6	5⅛–5⅜
6 Monate	11¼–11⅜	5⅞–6⅛	5 –5¼
12 Monate	11¾–12	5⅞–6⅛	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

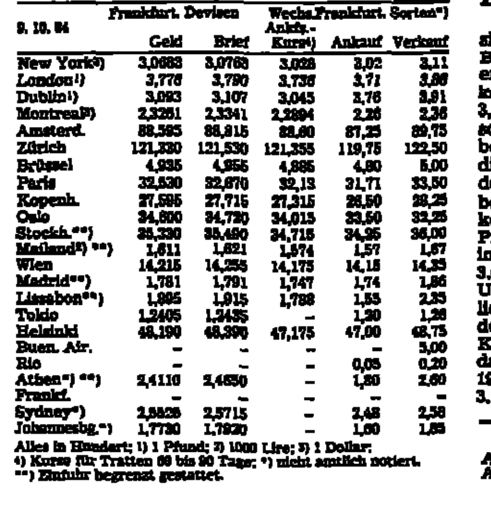


Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1485,00	1841,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	249,00	310,08
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1065,00	1254,00
Maple Leaf	1065,00	1254,00
Platin Noble Man	1010,00	1191,30
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	188,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	509,62
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer



Devisen und Sorten

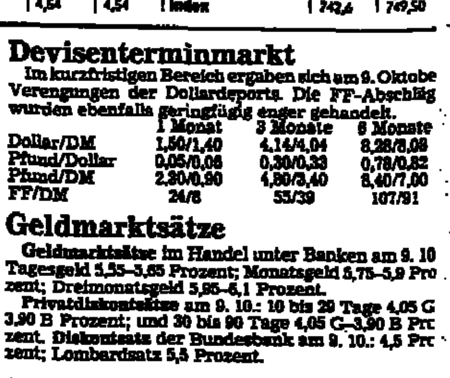
9. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,0683	3,0763	3,028	3,02	3,11
London¹)	3,776	3,790	3,736	3,71	3,86
Dublin¹)	3,093	3,107	3,045	2,76	3,01
Montreal³)	2,3261	2,3341	2,2894	2,26	2,36
Amsterd.	88,595	88,815	88,60	87,25	89,75
Zürich	121,330	121,530	121,355	119,75	122,50
Brüssel	4,935	4,955	4,895	4,80	5,00
Paris	32,530	32,670	32,13	31,71	33,50
Kopenh.	27,595	27,715	27,315	26,50	28,25
Oslo	34,600	34,720	34,015	33,50	35,25
Stockh.**)	35,330	35,490	34,715	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,611	1,621	1,574	1,57	1,67
Wien	14,215	14,255	14,175	14,15	14,35
Madrid**)	1,781	1,791	1,747	1,74	1,86
Lissabon**)	1,895	1,915	1,788	1,55	2,35
Tokio	1,2405	1,2455	–	1,20	1,28
Helsinki	48,190	48,390	47,175	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	3,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4110	2,4650	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5525	2,5715	–	2,48	2,58
Johannesbg.*)	1,7730	1,7920	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar.
4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Aufwärtsbewegung des Vortages setzte sich am 9. 10. fort als Befürchtungen, daß die Bundesbank einer weiteren Dollarbefestigung entgegentreten könnte, sich nicht bewahrheiten konnten. Die Tagesspitze für den Dollar lag bei 3,0760. Nachbörslich ergab sich eine leichte Abschwächung auf 3,07. Wodurch die Kaufneigung begünstigt wurde bleibt unklar. Lediglich das für diese Woche anstehende Refinanzierungspaket des amerikanischen Schatzamtes könnte maßgebend gewesen sein. Das Tagesgeld am New Yorker Markt wurde bei Geschäftsbeginn mit 10⅝ Prozent genannt. Die Bundesbank zeigte weder im Freiverkehr noch zur amtlichen Notiz von 3,0723 Aktivität. Der kräftige Kursanstieg des US-Dollars wirkte sich auch auf die übrigen amtlich notierten Währungen aus, die mit Ausnahme des österreichischen Schilling zum Teil deutliche Kursgewinne verbuchten. US-Dollar in: Amsterdam 3,4670; Brüssel 62,28; Paris 9,4275; Mailand 1902,25; Wien 21,5750; Zürich 2,5301; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,2313; Pfund/DM 3,783.

Ostmarkkurs am 9. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.



Devisenterminmarkt

Im kurzfristigen Bereich ergaben sich am 9. Oktober Verengungen der Dollardeports. Die FF-Abschläge wurden ebenfalls geringfügig enger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,50/1,40	4,14/4,04	8,28/8,08
Pfund/Dollar	0,05/0,08	0,30/0,33	0,78/0,82
Pfund/DM	2,30/0,90	4,80/3,40	8,40/7,00
FF/DM	24/8	53/39	107/91

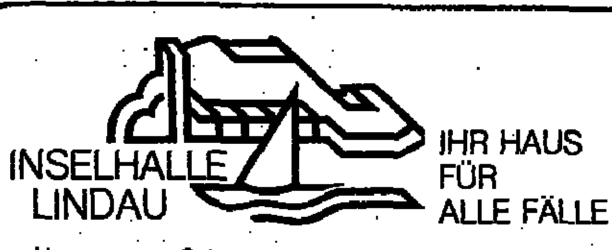
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,50) – 7,00 (7,50) – 7,25 (7,75) – 7,75 (8,00) – 8,00 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,50) – 7,97 (6,47) – 6,37 (6,87) – 6,68 (7,12) – 6,68 (7,12) – 6,91 (7,31) – 7,13 (7,48) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,50, 2 Jahre 6,44. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,80, Rendite 7,05.

Kongresse · Tagungen · Konferenzen



Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in 3 Säle teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz
LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern
Auskunft:
Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 08382/4035





Seit 11. Mai 1984 ist Leben drin – in der Halle für Alle(s).
... und Leonberg liegt immer am Weg!
Stadthalle Leonberg
Postfach 17 63 · Römerstr. 110
7250 Leonberg 17 · 07152 / 204490



STADTGARTEN Schwäbisch Gmünd

- modernes Tagungszentrum mit Flair
- vernünftiges Preisniveau
- Räumlichkeiten für 12 bis 1200 Personen
- aktuelle und funktionelle Technik
- umfassender Service



Bitte fragen Sie an: STADTGARTEN Schwäbisch Gmünd
Rektor-Klaus-Str. 9 · 7070 Schwäbisch Gmünd
Telefon 07171/6 90 12 · Telex 7 248 855 stvgd

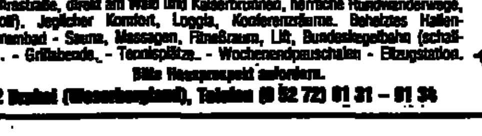
Tagungen-Konferenzen in der alten Herzogs- u. Universitätsstadt



Information: Städtisches Fremdenverkehrsamt in der Kurfürstlichen Reitschule, Hallstraße 5, 8070 Ingolstadt, Telefon (08 41) 305-415/416/417



Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
Ringhotel, 2112 Jesteburg, Tel. 0 41 83 / 20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel.
70 Betten. Lift. Konferenzräume: 10 - 80 Personen.



KUR-HOTEL „AM KAISERBRUNNEN" BRAKEL



Tagen im grünen ♥ des Odenwaldes

Ringhotel Grasellenbach
Es erwartet Sie ein komf. Landhotel m. 68 Zim. (alle m. Du. o. Bad/WC). Gut befahrbare Straßen, ländliche Ruhe, Hallenbad, Sauna, Solarium, Spezialitätenküche leicht u. bekömmlich. Räume f. 10-60 Personen, Leinwand, Rednerpult, Flipchart, Overhead-Projektor. Auf Wunsch besondere Extras und Incentive-Programme.
Fordern Sie unser Tagungsangebot an.

Ferien- und Kurhotel Siegfriedbrunnen
6149 Grasellenbach, Kreis Bergstraße
Odenwald 450 m, Tel. 0 62 07/4 21

Burghotel (am Wildpark) 2843 Dinklage i. O. Tel. 0 44 43/10 25-26 o. 777

Mitten im Burgwald gelegen.



Ideal für Tagungen, Betriebsfeste, Kegelausflüge etc.
Nur 1400 m von der Abfahrt
Lohne-Dinklage der Autobahn Hansalinie (50 km nördl. Osnabrück).

Kongresse · Tagungen Konferenzen

erscheint monatlich.
Informationen über Anzeigen erteilt Ihnen gern:

DIE WELT
Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 37 41 33 oder 0 40 / 3 47 44 83



Glücksburg · Malente · Grömitz · Timmendorfer Strand · Bad Segeberg

Tagungen im Intermar-Stil

Tagungen, Konferenzen, Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit. Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung,
Strandstr. 94,
2408 Timmendorfer Strand,
Tel. 04503-6426, Tx. 261440

Köhlerhof heißt die Innovation für Ihren Tagungskalender

- modernste Tagungstechnik
- im First Class Hotel
- nur 3 BAB-Abfahrten von Hamburg
- mitten in schönster Natur.

Fordern Sie die neue Tagungsmappe an!
Hotel Köhlerhof gibt jeder Tagung natürliche Impulse.
Hotel Köhlerhof, Am Köhlerhof, 2357 Bad Bramstedt, Tel.: 04192/501, Tx. 2 180 104



Rheinhotel Dreesen in ruhigster Lage
5300 Bonn-Bad Godesberg
Ideal für Erholung, Tagungen, Kongresse, Empfänge und Familienfeiern



Trimm Trab:
Das neue Laufen, ohne zu schnaufen



Das heißt: die Gewißheit haben, neben bester Unterbringung, repräsentativen Tagungsräumen eine ideale Arbeitsatmosphäre und genügend gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen vorzufinden.
Reizvolle Naheziele im Bodenseegebiet machen eine individuelle Rahmenprogrammgestaltung leicht. Theater · Konzerte · Blumeninsel Mainau · Internationale Spielbank · Autofähre Tag und Nacht.
Fordern Sie die Informationsbroschüre „Warum gerade Konstanz" bei der Tourist-Information Abt. III, Postfach 1230, 7750 Konstanz oder Telefon (07531) 284376 unverbindlich an.

Tagungen, Seminare, Verkaufsausstellungen, Landhotel Ummelner Mühle, 4800 Bielefeld-Ummeln, Tel. 0521/ 4 80 12.



Sport-Hotel Vogelsberg

mitten in HESSEN
- 3 km von der BAB Kassel-Frankfurt
- Abfahrt Alsfeld-West
- Tennishalle, Sauna, Hallenbad
- Massagen, Solarien, Kegelbahnen
- Tagungsmöglichkeiten bis 200 Pers.
- komplettes Tagungsequipment

ARRANGEMENTS ab 99,– DM je Person





Ihr Partner:
Verkehrsverein der Freien Hansestadt Bremen
Mitglied GCB, ICCA
0421-32 7300, Tx. 244854



Hotel Schloß Gevelinghausen



Das gute und preiswerte Haus für kleine Tagungen und Seminare. Tagungsräume für 10 bis 50 Personen. 58 Betten, sämtliche Zimmer mit Bad/Dusche, WC, Radio, Telefon und Fernsehen. Schwimmbad, Sauna, Solarium und eigene Tennishalle. In unmittelbarer Nähe das bekannte Freizeitzentrum FORT FUN mit den vielen Möglichkeiten aktiver Entspannung. Überzeugen Sie sich, fordern Sie unsere Tagungsmappe mit Spezialangeboten an.
Hotel Schloß Gevelinghausen
5787 Olsberg 8 · Gevelinghausen — Telefon (02904) 2074



Ob Sie eine Geschäftsbesprechung für 6 Personen oder eine Veranstaltung für 600 Teilnehmer ausrichten müssen, im revita-Hotel kein Problem.
15 Veranstaltungsräume mit modernster Ausrüstung, 800 Betten, mehrere Restaurants, Cafés, Bars, aufmerksamer Service, vernünftige Preise.
Alles unter einem Dach
revita
Hotel – Kongreßzentrum
3422 Bad Lauterberg/Harz
Tel.: (0 55 24) 8 31 Telex: 9 6 245

Hotel Landhaus Höpen
Das exclusive Heide-Hotel
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9x18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten)
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.
3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924153

Tagen Sie mal auf unsere Kosten



Wenn Sie mit dem Tagungsgeschäft zu tun haben, dann laden wir Sie ein: Tagen Sie mal auf unsere Kosten in einem DORINT Hotel Ihrer Wahl. Damit Sie den DORINT-Tagungsservice an Ort und Stelle testen können. Sie brauchen nur den Coupon auszufüllen – und ein bißchen Glück! Dann gewinnen Sie eines von fünf Weekends für zwei Personen, die DORINT Monat für Monat verlost.
DORINT Hotels in Arolsen · Arnsberg · Bad Brückenau · Bad Kissingen · Bad Neuenahr · Biersdorf/Südeifel · Feldberg/Schwarzwald · Dreieich bei Frankfurt · Goslar · Hameln · Inzell/Obb. · Kaiserslautern · Kassel · Leoni am Starnb. See · Mönchengladbach · Schönhagen/Ostsee · Trier · Winterberg sowie Hotels in Belgien und der Schweiz.

Name, Funktion, Firma, Anschrift:

Dorint
Tagungsbüro, Postf. 641, 4050 Mönchengladbach 2, Tel. 0 21 66-45 88-6

STELLENANGEBOTE



Berufs-Chancen in der Elektronik/EDV-Branche

... unter diesem Titel erschien in der WELT am

6. Oktober

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie daran interessiert – sei es, daß Sie sich beruflich verändern wollen oder sich einfach mal über die Angebote der Elektronik-Branche informieren möchten?
Dann schicken Sie uns den Coupon. Sie erhalten in wenigen Tagen die Ausgabe zugeschickt – selbstverständlich kostenlos.

An: DIE WELT, Stellen-Service, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte schicken Sie mir kostenlos die WELT vom 6.10.84 mit zahlreichen Berufs-Chancen in der Elektronik-Branche

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______

01-138

Die Handwerkskammer Osnabrück-Emsland – Körperschaft öffentlichen Rechts – sucht zum 1. 1. 1985 einen

Wirtschaftsingenieur (grad.)

für Fragen der Innovationsberatung.

Erste berufliche Erfahrungen oder eine abgeschlossene Lehre sind erwünscht. Eine Ausrichtung auf den Metallbereich ist vorteilhaft.

Die Tätigkeit ist zunächst befristet bis zum 31. 12. 1986.

Die Vergütung richtet sich nach BAT.

Bewerbungen erbitten wir bis zum 20. 10. 84 an die Handwerkskammer Osnabrück-Emsland, Bramscher Str. 134–136, 4500 Osnabrück.

Namhafte Import-Gesellschaft mit Sitz im Ruhrgebiet sucht kurzfristig einen

Diplom-Kaufmann/Betriebswirt

um 35 Jahre mit Wohnsitz im engeren Ruhrgebiet zur

Entlastung der Geschäftsleitung.

Es handelt sich um nachstehende Aufgabenbereiche:
- Personalwesen (Arbeitsrecht/Sozialversicherungsrecht)
- EDV-Organisation
- Aufbau-/Ablauf-Organisation
- Rechnungswesen/Betriebswirtschaft
- Controlling

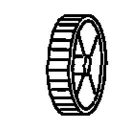
Diese Aufgabenstellung kann in Ihrer Vielseitigkeit sicherlich nur von einem mittelständischen Unternehmen geboten werden.

ENGAGEMENT / analytisches Denken / mehrjährige Berufserfahrung / gute engl. Sprachkenntnisse / PRAXISORIENTIERUNG mit betont ausgeprägter ARBEITSWEISE zum DETAIL inkl. der erforderlichen NACHVERFOLGUNG sowohl von ROUTINE- als auch von PROJEKTVORGÄNGEN sind wesentliche Voraussetzungen für diese Position.

Wenn Sie interessiert sind, bitten wir um Überreichung Ihrer Bewerbungsunterlagen (tabell. Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisse, frühester Eintrittstermin, Gehaltsvorstellung etc.) unter Y 10 177 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.







ZANDERS

Feinpapiere AG · Bergisch Gladbach und Düren

Wir sind ein international führendes Feinpapier-Unternehmen mit ca. 3800 Mitarbeitern und einem umfassenden Programm an Feinpapieren für Werbung, Verpackung, Verlagswesen, Büro- und Informationstechnik.

In unserem Haus hat das Thema „Werbung" seit langem eine anerkannte zentrale Bedeutung. Neue Aufgaben, neue Konzeptionen müssen realisiert werden. Wir suchen daher zum baldmöglichen Eintritt einen

Werbefachmann

als Gruppenleiter für unser bekanntes und anspruchsvolles Produkt – CHROMOLUX –.

Sie sind dem Werbeleiter im Rahmen des gegebenen Budgets verantwortlich für das genannte Produkt. Die Planung und Durchführung von Werbemaßnahmen in Zusammenarbeit mit freien Gestaltern, Textern, Fotografen setzt sicheres Urteilsvermögen für anspruchsvolles Design voraus. Werbepraxis in Wirtschaft oder Agentur sind daher unentbehrlich.

Aufstiegschancen sind gegeben, so z. B. Übernahme von Stellvertretungsaufgaben für den Werbeleiter.

Wenn Sie glauben, der richtige Mann für uns zu sein, bitten wir um Ihre aussagefähigen Unterlagen.

ZANDERS Feinpapiere AG
An der Gohrsmühle, D-5060 Bergisch Gladbach 2
Personalabteilung
Telefon 0 22 02 / 1 53 61

Tapferer Soldat – aber ein Feind der Republik

Wege eines Deutschen

Im Oktober 1913 wurde der 43jährige Oberstleutnant Paul von Lettow-Vorbeck, Kommandeur des II. See-Bataillons in Wilhelmshaven, zum Befehlshaber der kaiserlichen Schutztruppe in Kamerun ernannt. Bevor er diesen Posten antrat, disponierte man um: Im April 1914 wurde er *Kommandeur der Schutztruppe* in Deutsch-Ostafrika, einer schwachen Einheit, der 200 weiße und 2400 schwarze Soldaten (Askaris) angehörten.

Paul von Lettow-Vorbeck, geboren 1870, Generalssohn aus pommerschem Adel, war einer der wenigen Offiziere mit Auslandserfahrung in der Königlich-Preußischen Armee. Er gehörte dem Ostasiatischen Expeditionskorps 1900/01 in China an und wurde während des Herero- und Hottentotten-Aufstandes 1905/06 schwer verwundet.

Im kaiserlichen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika fand er ihm ungewohnte Verhältnisse vor: In militärischer Hinsicht unterstand er dem

Lettow-Vorbeck - ZDF, 23.05 Uhr

Kommando der Kaiserlichen Schutztruppen in Berlin. In *Daressalam* aber, der Hauptstadt Deutsch-Ostafrikas, war sein oberster Befehlshaber der Gouverneur Dr. Schnee, der dem Reichskolonialamt unterstand. Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wollte der Gouverneur im Fall eines englischen Angriffs das gesamte Schutzgebiet (mehr als doppelt so groß wie das Deutsche Reich) sofort den Engländern übergeben. Aber Lettow-Vorbeck machte dem Gouverneur klar, daß er in solchem Fall nicht mit seinem Gehorsam rechnen könne.

Der erste Angriff der bei Tanga an der Ostküste gelandeten Engländer wurde 1914 blutig abgewiesen. Lettow-Vorbeck brachte unter Aufbietung aller Reserven seine kleine Streitmacht zeitweilig auf 3000 Weiße und 11 000 Askaris. Im Kleinkrieg behauptete er bis 1917 Teile des Schutzgebietes. Schließlich waren auf dem Höhepunkt dieses ostafrikanischen Krieges rund 300 000 Mann britische und andere Truppen gegen Lettow-Vorbeck und seine Leute im Einsatz.

Nachdem es aussichtslos wurde, sich im Schutzgebiet zu behaupten, trug er den Krieg in die portugiesische Kolonie Moçambique und dann nach Britisch-Rhodesien. Munition, Verpflegung, die dringend benötigten *Medikamente* lieferten die von ihm eingenommenen feindlichen Vorratslager. Als der Krieg 1918 in Europa zu Ende ging, kapitulierte er auf Weisung aus Berlin am 25. November 1918 in Abercron. Er verfügte noch über 155 Weiße und rund 1700



Paul von Lettow-Vorbeck
FOTO: DIE WELT

Askaris. Die britischen und südafrikanischen Generale fanden seine militärische Leistung bewunderungswürdig. Die Heimat feierte ihn als Helden eines verlorenen Krieges.

Wieder in Deutschland, stellte er ein Freikorps auf, mit dem er in Hamburg in revolutionäre Kämpfe eingriff. Als Kommandeur der Reichswehr-Brigade 9 nahm er 1920 am Kapp-Putsch demokratiefeindlicher Militärs gegen die neue Republik teil. Das war das Ende seiner Soldatenlaufbahn. Seinem Ruhm tat dies freilich keinen Abbruch. Im Dritten Reich begrüßte er zwar den Neuaufbau einer starken Armee, hielt aber sonst Distanz zur NSDAP. 1964 *starb er, 94jährig, in Hamburg.*

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Gelungene Spurensuche

Gewöhnlich wird man im Abspann oder Nachspann *mit* den Namen der Schminkkünstler, Beleuchter und Toningenieure geplagt. Am Ende des hervorragenden Beitrags **„Die Welt des James Joyce"** *von* Sean O'Mordha und Colbert Kearny erfuhr man weder, wem die deutsche Fassung (und leichte Kürzung) des Originals zu verdanken war (Peter Leippe), noch wer die vortrefflichen deutschen Sprecher waren. Auch diese seien hier nachgetragen: Christian Brückner, Volkert Kräft, Wolf Rathjen und Barbara Vocke.

Den *irischen Autoren dieser* Dokumentation ist es wahrhaftig gelungen, ein ganzes bewegtes Dichterleben in den Zeitraum von achtzig Minuten hineinzustellen, hauptsächlich mit *dem Mittel zeitgenössischer Fotografien*, aber auch mit stimmungsreichen Farbfilmstreifen von den Schauplätzen Dublin, Triest, Zürich und Paris in ihrer gegenwärtigen Gestalt. *Mündliche Zeugnisse über das von* vielen Härten des Schicksals getroffene Leben des James Joyce hatte man sich u. a. von Nichten und Neffen, von Pariser Literaturkundigen und *Freunden aus dem langen Triester* Exil zusammengeholt.

Das Werk, so schwierig es ist, von dem zeitkritischen Novellenband „Dubliners" über den ebenso undurchdringlichen wie Anstoß erregenden „Ulysses" bis zu dem kaum noch entzifferbaren „Finnegan's Wake", kam über den zahlreichen biographischen Einzelheiten nicht zu kurz.

Unter diesen waren viele, wie das Verhältnis zum Vater, die Schulzeit an einer teuren wie an einer billigen Jesuitenschule, der vergebliche Versuch, in Dublin ein Kino zu betreiben – alles aus dem reichen Fundus der Joyce-Biographie von Richard Ellmann geschöpft –, selbst für manche treuen Joyce-Leser eine Überraschung.

Ein beglückender später Fernsehabend, an den man noch lange zu*rückdenken wird.*

HELLMUT JAESRICH

Eingetrübte Objektive

Dokumentarische Erzählweisen sollten sie belegen, die vier Episoden des Films **„Heimatkunde"**, einer Gemeinschaftsarbeit von Nachwuchsautoren. Die vier „Filmchen" kommen weitgehend ohne Dialoge *aus, jedoch nicht gänzlich ohne das* gesprochene Wort. Da hört man die Stimme aus dem „off" mit Weisheiten wie: „Der Mensch. Den Ort, an dem er wohnt, nennt er Heimat, sein Leben Geschichte." Bodenständiger *klingt* da schon der Spruch eines friesischen Bauern, nach dem dort, wo Häuser stehen, keine Kartoffeln mehr wachsen können.

Ein weiteres Heimat-Bild zeigt Eindrücke von einem Kongreß, auf dem Vertreter der politischen Linken nach neuen Perspektiven für sich und die Gesellschaft suchen. Was optisch und akustisch bleibt, sind jedoch nur: Pfiffe und Gejohle, die jede Diskussion verhindern.

Das zweite Bild – Titel „Lewer duad üs slav" – beschäftigt sich mit den Problemen eines alten Bauern auf Sylt. An ihm sind Wohlstand und technischer Fortschritt spurlos vorübergegangen. Noch immer pflügt er mit dem Pferd. Der Landmann grübelt über die Auswirkungen des Tourismus auf seiner Insel, und wie zum Hohn fahren Züge voller Autos über den Damm nach Sylt. Dazu Bilder *von Dünen und* Deichen.

Die beiden letzten Episoden zeigen eine Stadtrundfahrt durch das Frankfurter Bankenviertel und die Eindrücke eines jungen Griechen, der *mit der Bahn nach Deutschland reist.* Für Anna, die Reiseleiterin aus der Main-Metropole, scheint die Welt, die sie zeigen muß, ausschließlich aus Banken zu bestehen. Der junge Grieche hingegen sieht immer dann, wenn er aus seinem Zug schaut, Atomkraftwerke und Industrieanlagen. Eine merkwürdige Streckenführung der Bundesbahn ...

„Denk' ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht." Dieser Film dürfte eher das Gegenteil bewirkt und eine der höchsten Ausschaltquoten der letzten Zeit erzielt haben.

DIETER SALZMANN

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Die wunderbaren Männer mit der Kurbel
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau

16.10 Mode, Mädchen, Manager
Neues von deutschen und internationalen Laufstegen
Wer auch diesen Herbst und Winter modisch gekleidet überstehen will, sollte diese Sendung nicht verpassen. Denn außer Make-up-Tips präsentiert dieser Messebericht von der 50. Modewoche in München modische Kleidung, die auch an naßkalten Herbsttagen und frostigen Winterabenden keine schlechte Laune aufkommen läßt.

16.55 Stadtrallye (1)
Siebenteilige Reihe
Heute in Saarbrücken
Eine Schnitzeljagd für Fixe
Ein Nachmittagsspaß für schnelle Denker mit flinken Beinen! Es gilt, in 20 Minuten vier Aufgaben zu lösen. Zwei Kindergruppen sollen versuchen, Buchstaben aufzuspüren, die ein bestimmtes Lösungswort ergeben. Hierbei können sich auch die Kinder zu Hause beteiligen. Wer die richtige Antwort weiß, soll im Studio anrufen.

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Heimat
8. Kapitel: Der Amerikaner – 1945–1947
Der Hunsrück hat sich schnell an die Sieger aus Amerika gewöhnt, und Lotti, das inzwischen herangewachsene Töchterchen von Katharinas Bruder, hat herausgefunden, daß bei den GIs oft bereits ein bloßes Lächeln genügt, um Kaugummi, Schokolade und Kaffee zu bekommen. Überhaupt die Amis: *Alles, was sie haben, riecht für die Leute förmlich nach Reichtum.*

22.00 Brennpunkt
Aktuelle Sendung

22.30 Tagesthemen

23.00 Quincy
Ring frei für den Tod
Luke Stoke, ein titelverdächtiger Boxer, fällt beim Kampf gegen einen jungen Gegner plötzlich derart ab, daß der Ringrichter auf technischen K. o. erkennen muß. Wenig später stirbt Stoke in seiner Garderobe. In Quincys Augen hat der Tod des Boxers keine natürliche Ursache. Eine Annahme, die sich immer mehr bewahrheitet ...

23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Neues aus Uhlenbusch
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Tao Tao
Der kleine Hund und der große Knochen

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Tommy Steiner, Orche*stral Manoeuvres in the Dark*

17.50 Robin Hood
Der Wettkampf
Dazw. heute-Schlagzeilen

18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77

19.00 heute

19.30 Direkt
Jugendmagazin

20.15 Kennzeichen D
Folgende Themen sind vorgesehen:
Prag und die Folgen: Drama hinter den Botschaftskulissen?
Notizen aus der DDR-Provinz: Greifswald mit 35 Jahren DDR-Erfahrung
Kinder, Küche, Kombinat – Frauen*alltag in der DDR*
Die geringste Chance: Mädchen und Sonderschüler auf dem Lehrstellenmarkt

21.00 Die 2
Adel vernichtet
Roger Moore mal vier: Der smarte Mime spielt heute nicht nur den Lord Brett Sinclair, sondern auch noch drei weitere Rollen. Im Kreis der hochwohlgeborenen Familie geht es nämlich beängstigend zu. Ein Unhold lichtet auf unheimliche Weise die Reihen der Sinclairs. Und deshalb hält Mr. Moore, der Schöne, für die ganze Sippschaft sein Näschen ins Kameralicht.

21.45 heute-journal

22.05 Sport aktuell
Berichte von der Fußball-Bundesliga

22.35 Guck mal, die Penner
Zwei Wochen unter Stadtstreichern
Zerrissene, schmuddelige Kleidung ist ihr äußeres Kennzeichen, Alkohol ihr ständiger Begleiter, beliebt sind die „Penner" bei keinem. Uta Claus lebte 14 Tage in der Düsseldorfer Altstadt unter ihnen, um auf die Problematik dieser Minderheit aufmerksam zu machen.

23.05 Lettow-Vorbeck
Der deutsch-ostafrikanische Imperativ
Buch und Regie: Christian Doermer

0.40 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Köln
Informationen und Unterhaltung
Musik: Maryland Jazzband
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
Moderation: Lothar Scheller
22.15 Yorktown: Der Geist eines Sieges
Französischer Dokumentarfilm (1982)
Regie: Marcel Ophüls
23.40 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Vogelschwärme im Wattenmeer
19.15 Antiquitäten in Serie
19.30 Milch und Fleisch aus Abfall
Landwirtschaft 2000
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Bandonion (2)
21.45 Voyage-Surprise
Französischer Spielfilm (1947)
23.30 Thirty minutes
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.30 Filmbriefe (3)
19.00 Natur und Freizeit
19.45 Herrchen gesucht
Herrenlose Tiere suchen ein Zuhause
20.15 *Parlament, Parteien, Perspektiven*
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Gloria
Ungarischer Film von Eva Zsurzs

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Mit Billy Joel
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Wollen Sie mit mir tanzen?
Französischer Spielfilm (1959)
Mit Brigitte Bardot, Henri Vidal, Dawn Addams u. a.
22.25 Theater-Talk
Mit Maria Wimmer
22.58 Nachrichten

BAYERN

19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Christians Wanderbrettl
20.15 „Sketchup"
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Die Schrecken des Krieges
4. Folge: General Graf Hugo
22.40 Z. E. N.
Begegnungen mit Bäumen
22.45 Und was geschieht mit den Menschen?
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Tragische Pastorale

gas – Heute vor dreihundert Jahren wurde Antoine Watteau geboren, der „Meister der galanten Feste", wie er sich dank einer Akademieauszeichnung nennen durfte. Die Titel seiner Bilder lauten alle ähnlich: „Le Plaisir pastoral", „La Réunion champêtre", „L'Assemblée galante dans un Parc". Und wir begegnen auf ihnen stets der gleichen Szenerie: tändelnden Pärchen, hingelagert in freier Natur, Lautenspielern, putzigen Hündchen, halb verborgenen Gewässern, olivfarbenen oder goldleuchtenden Baummassen, die sich mit den silbernen Horizonten zu vermischen scheinen …

Eine Welt des ewigen Feiertags breitet sich da aus, aber auch eine Welt, die den Stachel der Sehnsucht in sich trägt, in deren weichen Schatten Melancholie nistet, deren Schlüsselwort nicht „Ankunft" lautet, sondern „Abfahrt", „Einschiffung", „L'Embarquement". Hin und wieder taucht ein Bajazzo aus der Nacht in den Fackelschein der Festgesellschaft, und es ist ein trauriger Bajazzo, wie auch Watteau selbst ein tragischer, früh von tödlicher Krankheit gezeichneter Künstler war, der gern in Italien gewesen wäre und doch nie hinkam.

Es war die Grundierung der Galanterien mit dunklem Schicksalston auf seinen Bildern, die Watteau über alle seine Nachfolger und Nachahmer weit hinaushob. Und es war die unvergleichliche Beherrschung der „venezianischen Technik", des flimmernden Lichts auf Gewändern und Bäumen, die Watteau zum Meister der Epoche machte und in vieler Hinsicht zum Vorläufer der modernen Kunst.

Leider hat Watteaus impressionistische Malweise auch bewirkt, daß seine Gemälde erschreckend schnell alterten und heute kaum noch einen adäquaten Eindruck des ursprünglichen Zustands vermitteln. Fast könnte man glauben, die Materie habe sich mit dem tragischen Meister gegen die Nachwelt verschworen, um ihr den direkten Blick auf das zu verwehren, was die erträumten Kavaliere und Damen Arkadiens und der Aphrodite rein und unverstellt genießen.

Eröffnung an der Met

Domingos Triumph mit Wagner

Aus dem Foyer der Met ertönen die Lohengrin-Fanfaren, gespielt von den Bühnen-Bläsern, schon im Kostüm. Wie immer man zum „Lohengrin" steht – es sind großartige Fanfaren.

Placido Domingo singt den Lohengrin. Jeder wartet auf „Nun sei bedankt". Wie wird das ausfallen? Wird der ideale Sänger des italienisch-französischen Repertoires Wagner singen können? *Er hat es schon einmal* versucht, 1968 in Hamburg. Wir wissen, daß es ihm schlecht bekam. Er brauchte Monate, um sich davon zu erholen. „Obwohl Lohengrins Part vorwiegend lyrisch ist, so ist doch das Heldentenor-Element darin enthalten", sagte er zu einem Interviewer. „Man singt immer und immer in der gleichen Stimmlage – der Lage, die wir 'passagio' nennen. Das ist sehr ermüdend. Wenn man mal nach unten könnte und dann meinetwegen hinauf zum hohen H wie in den italienischen Partien – alles wäre leichter."

Er ist überzeugt, daß sich seine Stimme ein solides Fundament erobert hat – er muß sich nun vor Wagner nicht mehr fürchten. Lohengrin *ist die einzige Rolle, die Domingo* deutsch auf der Bühne gesungen hat. Selten bekommt man derartig ins Mini-Detail gehendes durchprobiertes Orchester-Musizieren zu hören, wie jetzt unter James Levine.

Langsam, sehr langsam, und doch nicht schleppend, beginnt das Lohengrin-Vorspiel. Der Vorhang hebt sich über der acht Jahre alten Everding-Ming-Cho-Lee-Inszenierung. Eindrucksvoll, historisch verworren – prähistorisch im ersten Akt, romanisch und märchenhaft-phantastisch im zweiten – das entspricht dem Stück, in dem sich Geschichte und Märchen mischen. Chor, Herold (Brent Ellis), König (Aage Haugland) – alles vorzüglich. Lohengrin erscheint hoch oben auf der Bühne, bedankt sich beim Schwan (den man nicht sieht), nach hinten singend, so daß man zunächst nicht genau weiß, wie es war. Schwarzhaarig, nicht blond, ein weiß-schimmerndes Samt- oder Seidengewand statt der Rüstung – mehr Engel als Held. Als Tenor bestand Domingo die Probe mit Glanz.

Elsa war Anna Tomova-Sintow – enttäuschend am Anfang, aber sie gewann an Kraft und Glanz im zweiten und dritten Akt. Eva Martons Ortrud war großartig, dramatisch, kraftvoll – lang anhaltender Applaus nach ihrer Anrufung der alten Götter im zweiten Akt, bei der, ganz am Ende, ihre Stimme einen halben Ton absackte, was den Beifall besonders anzufeuern schien. KURT OPPENS

„Zeitung in der Schule": Ein Projekt mit Zukunft

Wortcollagen für die Abc-Schützen

Mehr und mehr Menschen schenken sich die Mühe, Zeitung zu lesen. Die Statistiken sprechen von einer zunehmenden „Abwanderung der *Leseinteressen* in den elektronischen Bereich", die in den USA schon seit langem zu beobachten ist und sich auch in der Bundesrepublik ankündigt. Die Zeitungen müssen aufpassen, daß sie vor allem *junge Menschen nicht frühzeitig und* damit für immer an die elektronischen Medien verlieren.

Diese Gefahr ist erkannt, und seit einigen Jahren läßt der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger vielfältige Projekte zur Förderung des Zeitungslesens durchführen, von denen das vom Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren (IZOP) entwickelte Experiment „Zeitung in der Schule" gewiß zu den wichtigsten zählt. Es wurde bereits mit gutem Erfolg in zahlreichen Haupt- und Realschulen „auf Zeit" verwirklicht, nämlich jeweils fünf Monate lang, in deren Verlauf dort Zeitungslesen als Schulfach betrieben wurde. Das Unternehmen – das fortgesetzt wird – zielt darauf ab, den Jugendlichen klarzumachen, daß Zeitungslesen nicht nur unterhaltsam, sondern auch gewinnbringend sein kann. Deshalb sollen sie u. a. mit Aufbau und Gliederung der Zeitung bekanntgemacht werden, aktuelle Informationen aufzunehmen und zu nutzen verstehen und nicht zuletzt gedruckte Zeitungsinformationen von der auditiven und audiovisuellen Information unterscheiden lernen.

Damit wurde gleich mehrerlei erreicht. Zum einen wurde bei der überwiegenden Mehrheit (78 Prozent) der Schüler das Interesse an der Zeitung als Informationsquelle und Lebenshilfe geweckt und dauerhaft gefördert, zum anderen bei den meisten (74 Prozent) das Interesse an bestimmten Themen – vom Sport über die Anzeigen und Lokalnachrichten bis zu Politik, Wirtschaft und Kultur, in dieser Reihenfolge – gesteigert. Und schließlich kamen auch die pädagogischen Ansprüche nicht zu kurz; denn „*aktueller als mit der Zeitung* kann man eigentlich nicht unterrichten", bekannte ein an dem Experiment beteiligter Rektor.

Es hat sich herausgestellt, daß die Zeitung das Zeug dazu hat, in allen Schulfächern den Unterricht zu bereichern. Das hatte im übrigen schon der „Vater der modernen Pädagogik", Johann Amos Comenius, um die Mitte des 17. Jahrhunderts erkannt und darum die Zeitungslektüre mit obligater Diskussion darüber in den Lehrplan seiner Musterschule eingeführt. Das machte Schule, und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieb die Zeitung als universelles Bildungsmittel in den Schulen und Lehranstalten gebräuchlich.

Natürlich kann mit der Zeitung nur etwas anfangen und aus ihr lernen, wer schon lesen kann. Was aber ist mit den jüngsten Schülern, die noch das Abc mit Mühe buchstabieren, mit denen das Fernsehen jedoch keinerlei Mühe hat, weil es sich längst im Kinderzimmer eingenistet hat? Auch für die Kleinen hat sich der Bundesverband der Zeitungsverleger etwas einfallen lassen; er gab ihnen Zeitungen in die Hand, nicht zum Lesen, sondern zum Zerschneiden und Kleben, zum spielerischen Umgang mit Gedrucktem, zum Basteln und Gestalten. Auch dies im Rahmen des Projekts „Zeitung in der Schule". *Professionelle Collage-Künstlerinnen* wie Ursula Spinner-Cerutti und Christine Willms haben sich dafür zur Verfügung gestellt und mit Schulkindern in mehreren Städten „Kunst aus Zeitungspapier" produziert.

Natürlich ist dieser Ausdruck verfehlt und anmaßend; gerade Zeitungsleute, denen es darauf ankommt, ihre Seriosität im Umgang mit Worten und Begriffen jungen Menschen zu beweisen, sollten ihn vermeiden. Von Kunst kann selbstverständlich keine Rede sein, wozu auch? Es handelt sich um kindliche Klebebilder, Ergebnisse des elementaren Basteltriebs, den jeder aus Kindertagen kennt. Das ist die naive Stufe schöpferischen Tuns, ein urtümlicher Vorgang des Bildens in spielerischer Freiheit. Insofern müßte diese Aktion bei den Kindern ganz natürliche Erfolgsaussichten gegenüber der elektronischen Konkurrenz haben. Und in der Tat waren die Kinder *ganz offensichtlich mit viel Begeisterung* und Talent bei der Sache.

Auf seiner Jahrestagung in Trier stellte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger die ersten Ergebnisse dieser Aktion in einer erstaunlich umfangreichen und rundum erfreulichen Ausstellung vor. Höchst wundersame, phantasievolle und überraschend kunstfertige Bilder gab es da zu sehen; für Erwachsene eine Fundgrube kindlicher Einfälle und Vorstellungen. An diesen meist bunt bemalten Collagen aus Zeitungsschnipseln schienen waschechte Surrealisten und naive Pop-Künstler abwechselnd gebastelt, geklebt und gepinselt zu haben. Aber ihre Naivität ist weit entfernt von der künstlichen Naivität *der Berufs-Naiven, und auch ebenso* weit von der Formkraft der mitausstellenden „Profis" Jutta Keil und Ursula Spinner-Cerutti.

Natürlich lernen sie dadurch nicht, „kritisch mit der Zeitung umzugehen" (Spinner-Cerutti); das ist Unsinn. Aber sie lernen beiläufig etwas von dem Ding „Zeitung" kennen, wenn sie Fettgedrucktes den Schlagzeilen entnehmen oder in den Anzeigenspalten sich zusammensuchen, was sie zum Einkleben gerade gebrauchen können: Möbelstücke für die Inneneinrichtung eines „Traumhauses", Männlein und Weiblein für ein Wetterhäuschen, Tonbandspulen für Kopf und Augen eines monströsen Zeitgenossen (Man Ray könnte *darüber neidisch werden), oder* was immer sich findet, auch im redaktionellen Teil und in Beilagen, Bilder aus der Antike, aus Mode und Science-fiction, vom Sport natürlich und aus der Kinder-Beilage. Im übrigen ist ihnen der Text gleichgültig; er liefert ihnen strukturierte Flächen, kräftige Konturen, Mosaiksteinchen. Denn sie arbeiten ja nicht mit der Zeitung, sondern mit Zeitungspapier.

Immerhin, sie lernen dabei auf unkonventionelle Weise die Zeitung zu schätzen, und sie wissen von nun an, was das ist, eine Zeitung. Die Ausstellung war nach Trier schon in Frankfurt und Lüdenscheid zu sehen, die weiteren Stationen stehen noch nicht fest. EO PLUNIEN

Kassel: Dario Fos Stück „Offene Zweierbeziehung"

Bettgeflüster der Untreue

„Die Ehe ist erfunden worden, um das Patriarchat zu retten." Achtung: Hier handelt es sich keineswegs um das Zitat aus einem neuen Emanzenstück, es ist Originalton aus „Offene Zweierbeziehung" von Franca Rame und Dario Fo, das gerade am Staatstheater Kassel, im Stadttheater Gießen und am Jungen Theater in Göttingen seine deutschsprachige Erstaufführung erlebte. Die bemerkenswerteste Inszenierung ist die Kasseler unter Carlos Trafic. Sie sprüht von Witz und Charme, man kann sich den Bauch vor Lachen kaum halten. Dabei ist es ein ernstes, eigentlich todtrauriges Thema: die völlig gestörte Beziehung eines älter werdenden Ehepaares, seiner lächerlich-verrückten Ausbruchs- und Selbsttherapieversuche.

Mit dem Mittel der Satire wird hier eine höchst moderne Verrücktheit der Menschheit aufs Korn genommen: *die institutionalisierte Untreue.* Trafic zieht dabei alle Register des komödiantischen Theaters. Er hat zwei glänzende Protagonisten zur Verfügung: Sabine Wackernagel und Elmar Roloff. Sie sind so gut, daß sie auch aus dem Telefonbuch zitieren könnten, man würde ihnen mit Wonne dabei zusehen.

Apropos Wonne: Um deren rasche und möglichst vollständige Erlangung für Mann und Frau geht es ja hauptsächlich im Stück. Man will sich „selbstverwirklichen". Zuerst fängt der Mann damit an als Don Juan im Westentaschenformat, ein nur auf das Geschlechtliche fixierter „Mäuschensammler": er erklärt seiner Frau grob und *völlig unsentimental* die Vorteile der offenen Zweierbeziehung. Ihrer häufigen wie lästigen Selbstmordversuche (28 Optalidonzäpfchen kleingehackt, angereichert mit 50 weiteren Tabletten zu einem finalen Schlafcocktail) überdrüssig, möchte er sozusagen ein Heimbordell für den Eigenbedarf in der gemeinsamen Wohnung des Ehepaares einrichten, während sie aus Rache einen Puff gegenüber der Firma ihres Mannes aufmachen will. Jeder diskutiert seine Bettgeschichten mit dem anderen ausgiebig und zur Freude des voyeuristischen Publikums.

Schließlich besinnt sich die Frau, macht eine Abmagerungskur, „entspannt sich", und als sie vom „Erectococcus", einem neuen Virus, befallen wird, findet sie einen Gitarre spielenden, Gedichte schreibenden, grünen Privatdozenten für Nuklearenergie. Damit hat der Ehemann nicht gerechnet. Plötzlich funktioniert die offene Zweierbeziehung nicht mehr. Der zunächst fiktive, *dann tatsächlich vorhandene, antiklerikale,* nukleare Daniel-Düsentrieb-Privatdozent führt zur Umkehrung aller bisherigen Verhältnisse – und das Stück endet mit dem Selbstmord des Ehemannes.

Er, der seinerseits einer viele Jahre jüngeren Intellektuellen („mit enormem Gesäß und auch sonst keine ausgesprochene Schönheit") zu nahe getreten war, die ihrerseits mit einem verheirateten Mann ein Techtelmechtel hatte, der wiederum seinerseits mit einer anderen Frau mit Kindern … Kurz: Am Ende des Stückes wird bei allem Gelächter klar, so geht's nicht. Für eine solche totale Freiheit ist der Mensch seelisch nicht *eingerichtet*, aber lachen kann er darüber. Und das hilft manchmal.

CHRISTIAN ANDREE



Der Schrecken aus dem Kinderzimmer FOTO: WARNER-COLUMBIA

Film: „Familien-Bande" des holländischen Regisseurs Ruud van Hemert

Die Höllenbrut am heimischen Herd

Der holländische Regisseur Ruud van Hemert begründete seinen ersten Spielfilm „Familien-Bande" damit, daß „in den meisten Familien sich Eltern und Kinder gegenseitig die Hölle heiß machen". Und er setzte hinzu: „Ich weiß es, ich habe selbst vier Kinder." Wir wissen nicht, wie es bei Hemerts daheim zugeht, können nur hoffen, nicht so brutal und lieblos wie in seinem Erstlingswerk.

Daß keine Idylle zu erwarten ist, spürt man bereits zu Beginn: Langsam schwenkt die Kamera auf einen Hubschrauber-Landeplatz. Dröh*nend erheben sich die Maschinen,* kreisen drohend über einer sonnenbeschienenen Wiesen- und Waldlandschaft, aus der sich die einzelnen weißen Villen herausheben. Denn Schauplatz des Familien-Dramas ist eines dieser hübschen Häuser.

Hier lebt ein gutsituiertes Ehepaar mit seinen vier Kindern. Sie, eine blonde, adrette Hausfrau, die tennisspielend und flirtend ihren Tag verbringt. Er, ein NATO-Offizier, der der Hubschrauberstaffel angehört. Bei den Kindern handelt es sich um einen muffigen 17jährigen, einen schmollenden Teenager und zwei vier- und dreijährige Jungen. Die beiden sind nett anzusehen, mit wachen Gesichtern. Besonders Akkemay, die 15jährige Schülerin aus Amsterdam, schlägt nicht nur die Jungen in Bann.

Doch dieser freundliche Eindruck täuscht. Es handelt sich schlicht um eine „Höllenbrut", denn anders lassen sich ihre Taten nicht erklären: Beim Weckerrasseln geht neben dem Ehebett eine Bombe hoch, die Villa wird unter Wasser gesetzt, die Eltern werden nachts mit Gas betäubt, es werden Autos zerstört, Gärten verwüstet. Und selbst die Kleinsten reiben noch genüßlich Zwiebackkrümel ins Ehebett.

Da der Regisseur vorgibt, wie es so schön heißt, problembewußt zu sein, darf man vermuten, daß sein „anarchischer" Comic auf seelische Grausamkeit zielt. Klar wird nämlich nicht, warum die hübsch gekleideten und gut genährten Kinder zum gemeinen Krieg gegen die Eltern aufbrechen. So fängt denn auch die Kamera vorzugsweise die Perspektive der Kinder ein, zeigt die Großen in jener Untersicht, die bedrohlich und angsteinflößend macht.

Um schließlich dem drohenden Erziehungsheim zu entgehen, verschanzen sich die Kinder im Haus hinter Stacheldrahtwällen und verrammelten Türen, nachdem die Eltern ausgesperrt wurden. Nun geht es so wüst zu wie in den ersten Berliner Kinderläden: die Wände werden beschmiert, der Müll türmt sich, die Kinder verspritzen Ketchup und werfen mit Pfannkuchen um sich.

Der Schluß ist besonders lustvoll-makaber inszeniert. Auf der Hatz *nach ihren Kindern, die mit dem* Auto flüchten, sausen die Eltern in eine Baugrube, die gerade zugeschüttet wird. Niemand bemerkt den Unglücksfall. Höhepunkt der geschmacklichen und filmischen Entgleisungen: Nur ein schlichter Antennen-Wimpel vom Auto ragt noch aus der frisch geteerten Straßendecke und zittert im Wind.

Angeblich hat diese degoutante Posse einen Bombenerfolg in Holland: Es wurden mehr Besucher als bei „E. T." gezählt!

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Die 13. Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik in Metz

Auf den Spuren der seligen Sappho

Pierre Boulez, der mit Abstand renommierteste aller französischen zeitgenössischen Komponisten, machte es möglich: Um sich die französische Erstaufführung des neuen Boulez-Werkes „Répons" zu sichern, nahmen die „13. Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik" in Metz sogar eine Terminverschiebung in Kauf – statt wie sonst Mitte November fanden sie bereits jetzt statt.

„Répons" war den Aufwand wert. Das Stück, dessen erste Fassung bereits 1981 in Donaueschingen zu hören war und das jetzt in der verlängerten, aber immer noch nicht vollständigen Version vorliegt, zählt zu den virtuosesten, zu den klanglich perfektesten Kompositionen der letzten Jahre. Über den flirrend-bewegten Klangkaskaden des Orchesters kann *sich die Brillanz der sechs Solisten* aufs eindrucksvollste entfalten. Es dominieren wirbelnde Perkussionsklänge; Raumklangeffekte und gelegentliche elektronische Verfremdungen sorgen zusätzlich für Klangreize.

Daß mit dieser Perfektionierung von Boulez' Musiksprache, mit seiner zunehmenden Souveränität im Umgang mit den orchestralen Möglichkeiten auch manchmal eine gewisse technokratische Kälte einhergeht, war einem Konzert mit älteren Kompositionen des Franzosen zu entnehmen: damals klang's zwar weniger elegant, aber eben auch ungestümer und explosiver.

Was sich sonst noch eingeprägt hat im Laufe von neun Konzerten mit Neuer Musik? Am wenigsten vielleicht von den ur- und erstaufgeführten Stücken jüngerer Komponisten. Das reichte von mangelhafter Beherrschung des Kompositionshandwerks über eine hoffnungslos anachronistische Tonsprache bis hin zur platten Albernheit. Natürlich gab es auch Ausnahmen: Zu den erfreulicheren Produktionen zählten etwa Hans-Jürgen von Boses sensible, expressive „Sappho-Gesänge" oder auch Paul Méfanos „Scène III", eine geschickte, subtile und durchaus witzige Auseinandersetzung mit dem Phänomen Oper. Die Koreanerin Younghi Pagh-Paan steuerte mit „No-Ul" ein brüskes, unverbindliches, geräuschhaftes Streichtrio bei, vom „Trio basso" übrigens mit großem Engagement wiedergegeben – wie überhaupt die Interpreten eher Bewunderung verdienen als manche der aufgeführten Werke.

Den wohl nachhaltigsten Eindruck hinterließ das Konzert, mit dem das Festival eröffnet wurde. Hier waren zwar keine musikalischen Novitäten, dafür aber mit der Jungen Deutschen Philharmonie ein hervorragendes Orchester und ebenso hervorragende Werke zu hören. Witold Lutoslawski dirigierte z. B. seine „Novelette pour Orchestre" von 1979: die formale Anlage der fünf kurzen Charakterstücke ist überschaubar, jede Steigerung, jeder instrumentale Effekt sitzt, die Klang-Disposition ist perfekt. Ähnlich auch der zweite Teil, in dem Heinz Holliger ein eigenes Werk („Atembogen") und Bernd Alois Zimmermanns grandiose und verblüffend moderne „Sinfonie in einem Satz" von 1951 dirigierte. Neue Musik kann nämlich manchmal auch regelrecht Spaß machen – wenn handwerkliches Können, Ausdruckskraft und Originalität zusammenkommen.

STEPHAN HOFFMANN

JOURNAL

Ausstellungen zum Gedenken an Diderot

AFP/dpa, Paris/Düsseldorf

Eine Ausstellung aus Anlaß des 200. Todestages des französischen Schriftstellers und Enzyklopädisten Denis Diderot (1713-84) ist in der alten Pariser Münze, dem „Hôtel de la Monnaie", eröffnet worden. Die Ausstellung ist Diderot als „erstem Kunstkritiker" Frankreichs gewidmet. Diderot hatte damals für die von Friedrich Melchior Grimm herausgegebene „Correspondance Littéraire" Beiträge über die Kunstausstellungen des „Salon" (im Louvre) geschrieben. Eine allgemeine Ausstellung über Werk und Wirkung des Gelehrten zeigt das Düsseldorfer Heinrich-Heine-Institut vom 21. Oktober bis zum 2. Dezember.

Mannheimer Filmwoche hat begonnen

dpa, Mannheim

In Mannheim hat die 33. Internationale Filmwoche begonnen. Bis *zum Samstag konkurrieren* 34 Filme um den mit 10 000 Mark dotierten Großen Preis. Darunter sind zehn Erstlingsfilme. Die Filmwoche setzt nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr ihren Wettbewerb „Filme der Dritten Welt" fort. Dafür hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 10 000 Mark als Hauptpreis zur Verfügung gestellt. Neben den beiden Hauptpreisen vergibt die Filmwoche einen Preis für einen in be*sonderem Maße sozialpolitisch en*gagierten Film, den Josef-von-Sternberg-Preis.

Museumsneubau für Wikingersammlung

dpa, Schleswig

Der rund zwölf Millionen Mark teure Museumsneubau für die „Wikingersammlung Haithabu" am Haddebyer Moor bei Schleswig ist fertiggestellt. Somit kann in den *kommenden Monaten* der letzte Schritt, nämlich die fachgerechte Ausstellung der Grabungsergebnisse, folgen. Kernstück der Ausstellung wird ein 16 Meter langes, 1979/80 aus der Schlei geborgenes Wikingerschiff sein. Die Eröffnung des neuen Museums ist für Herbst 1985 geplant.

Mensch und Arbeit auf dem Forschungsprüfstand

dpa, Aachen

Das Institut für Psychologie der Technischen Hochschule Aachen hat seine Arbeit in Forschung und Lehre ganz auf das Thema „Mensch und Arbeit" mit Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie ausgerichtet. „Eine solche Ausbildung im Bereich der Ergonomie (Arbeitswissenschaft) beim Hauptstudium und der postgradualen Ausbildung gibt es bisher nirgendwo in der Bundesrepublik", versicherte der neue *Direktor* des Instituts, *Prof.* Andries Frans Sanders.

„Noema": eine neue Kulturzeitschrift

DW. Salzburg

Dem Übel, daß sich die meisten Kunstzeitschriften angeblich nur mit der Kunst der Vergangenheit, nicht aber mit der zeitgenössischen Kunst auseinandersetzen, will die neue Kunstzeitschrift „Noema - Kunst + Kritik" abhelfen. Herausgeber sind der Salzburger Musikwissenschaftler Alexander Pühringer und der Wiener Theaterwissenschaftler Nikolaus Hellmayr. Das erste Heft, das sich mit dem steirischen herbst 1984 beschäftigt, bringt u. a. Beiträge von Vinko Globokar, Mauricio Kagel sowie den Text des Zweipersonenstückes „Blasius" von G. M. Hofmann. Die Vierteljahresschrift erscheint in Salzburg (Postfach 37) und kostet 9 Mark, im Jahresabo 32 Mark.

Der Schwabe mit der Liebe zu Ostdeutschland: Theodor Schieder (1908-1984) FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Biograph Friedrichs, Chronist der Vertreibung: Zum Tode Theodor Schieders

Präzises Erzählen als höchstes Gebot

Mit Theodor Schieder ist einer der Großen der Geschichtswissenschaft von der Bühne des Lebens abgetreten, der den Ruf der deutschen Historikerschaft über schwerste Zeiten hinweg bewahren half.

Er wurde am 11. April 1908 als Sohn eines Notars im schwäbischen Öttingen geboren. Seine wissenschaftlichen Anfänge liegen im Übergang von der Weimarer Republik zur Herrschaft Hitlers. Schon in seiner 1936 erschienenen Dissertation über „Die kleindeutsche Partei in Bayern, in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863–1871" bewies er ein erstaunliches Maß an wissenschaftlicher und politischer Eigenwilligkeit. Die unbefangene Anerkennung der politisch-geistigen Leistungen des deutschen Liberalismus im Vorfeld der Reichsgründung war damals keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Zu den Jahren, die den Menschen und den Wissenschaftler Schieder in nachhaltiger Weise prägten, gehört seine Zeit an der Königsberger Universität, wo er sich bei dem Historiker Kurt von Raumer habilitierte und 1942 auf den Lehrstuhl berufen wurde, den Hans Rothfels bis zu seiner erzwungenen Emigration innehatte. In dieser Zeit entstanden Arbeiten über die politische Ideenwelt der deutschen Ordensritter und über die preußische Königskrönung 1701.

Seiner Verwurzelung in der Geschichte und der Lebenswelt der ehemaligen deutschen Ostgebiete ist es zu verdanken, daß unter seiner Federführung in den Jahren 1954–1961 die große fünfbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" herausgegeben wurde, eine Meisterleistung sine ira et studio, für die allein schon der Name Schieders ins Pantheon der deutschen Wissenschaft gehört.

Schieder verzichtete niemals darauf, Geschichte *erzählend* zu schreiben. Den modischen Trend der „Strukturgeschichte" machte er nicht mit. Die geistige Nähe Schieders zu den Großen der Historikerzunft, zu Jacob Burckhardt, Max Weber und Otto Hintze, ist in allem, was er schrieb, unübersehbar.

Schieder verlor nie den Blick für das Einmalige des geschichtlichen Vorganges. Diesem Phänomen war auch eine seiner letzten großen wissenschaftlichen Arbeiten gewidmet: In einer reizvollen Untersuchung des Problems, wen die Weltgeschichte als „Großen" bezeichnet, kam er zu dem Ergebnis, daß der Preußenkönig Friedrich II. der letzte war, dem die Geschichte diesen Beinamen gab. Möglicherweise war es diese Einsicht, die ihn zu seinem eigenen letzten Buch führte, dem Werk „Friedrich der Große" von 1983, einem großen Wurf, der Schieders Lebensarbeit eindrucksvoll krönte.

In einem Geleitwort zum 100jährigen Bestehen der Historischen Zeitschrift, deren Herausgeber Schieder viele Jahre nach dem Kriege war, hat er 1959 wohl die treffendste Formulierung seines geschichtlichen Selbstverständnisses gefunden. Er halte es mit den Worten Jacob Burckhardts, sagte er da, rückwärts gewandt zur Rettung der Bildung früherer Zeiten, vorwärts gewandt zur heiteren und unverdrossenen Vertretung des Geistes in einer Zeit beizusteuern, die sonst gänzlich dem Stoff anheimfallen könnte. AXEL SCHÜTZSACK

Bringt Winter Frankreich das große Elend?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Bürgermeister der 51 Städte Frankreichs mit mehr als 100 000 Einwohnern läuten Sturm: Wenn nicht sofort etwas geschieht, wird es im kommenden Winter in Frankreichs Großstädten zu einem menschlichen Drama bisher ungekannten Ausmaßes kommen. Hunderte, vielleicht Tausende von Menschen werden den Kälte- oder Hungertod sterben, da sie unter dem Existenzminimum leben, keinerlei Ressourcen mehr haben und schutzlos der Unbill der Natur preisgegeben sind. „Wir stehen vor dem ganz und gar unbekannten Problem einer ‚neuen Armut' und müssen sofort handeln, denn der Winter steht vor der Tür", sagte Jacques Chirac, Bürgermeister der Hauptstadt Paris, auf einer Pressekonferenz inmitten seiner Kollegen aus Metz, Besançon, Toulouse und Le Mans. Chirac hatte die Öffentlichkeit als erster schon im Juli auf die heraufziehenden Gefahren aufmerksam gemacht.

Die seit Jahren stabile, in einigen Gebieten sogar zurückgehende „endemische" Armut ist bei der anhaltenden Wirtschaftskrise in Frankreich plötzlich durch das Heer der Arbeitslosen angeschwollen, die nach Ablauf ihrer meist dreijährigen Unterstützungsfrist über keinerlei Mittel mehr verfügen und ihre letzten privaten Reserven (Ersparnisse, Auto, Wohnung) verbraucht haben. Ihre Zahl wird von der Arbeitslosenunterstützung auf zur Zeit 600 000 geschätzt, aber sie soll sich pro Semester um 100 000, vor allem Jugendliche, vermehren. Diese verfügen in einigen Städten nur noch über einen Notgroschen von 40 Franc (13,50 Mark) pro Tag.

Hand in Hand damit geht eine rasante Zunahme der Kriminalität, vor allem der Kaufhausdiebstähle, der Ehescheidungen und der Selbstmorde. Das brachte den populären Billigladen-König Frankreichs, Edouard Leclerc, dazu, öffentliche Speisungen für die Ärmsten einzurichten. „Besser sie essen meine Suppe, als daß sie meine Regale ausrauben", sagte er.

Die Großstadtbürgermeister sind besonders deshalb beunruhigt, weil die Menschen nach einem „uralten Reflex" (Monsieur Longequeue, Bürgermeister von Limoges) in die Stadt fliehen, wenn es ihnen schlechtgeht. So schwillt die Stadtbevölkerung seit drei Jahren in Frankreich wieder an, ohne daß die Einnahmen der betroffenen Städte dadurch wachsen. Im Gegenteil: Sie sind dem Phänomen allein nicht mehr gewachsen und wenden sich immer lauter um Hilfe an den Staat. Die Stadt Besançon bildet eine Ausnahme: Sie führte aus eigenen Mitteln ein „garantiertes soziales Minimum" ein, von dem bereits 12 000 Menschen leben können.

„Josephine" erschwert Landung des Shuttle

Pannen im US-Raumflugzeug sind weitgehend behoben

A. BÄRWOLF, Hamburg

Der 13. Flug eines amerikanischen Raumflugzeugs Space Shuttle war auch gestern von technischen Problemen gezeichnet. In der Kabine des mit fünf Männern und zwei Frauen besetzten geflügelten Satelliten herrschte weiterhin eine zu hohe Temperatur. Wie das Kontrollzentrum in Houston am fünften Tag der ersten Raumreise einer siebenköpfigen Besatzung bekanntgab, lag die Temperatur der künstlichen Atmosphäre von „Challenger" bei 29,4 Grad, nachdem die Sensoren an den Vortagen schon 32,7 Grad Celsius angezeigt hatten. Die erwünschte normale Temperatur liegt bei 23,8 Grad.

Auch bekommen die Astronauten langsam die Vereisungsprobleme mit Abwässern in den Griff. Sie achten streng darauf, daß sich nicht erst wieder wie beim letzten Flug eines Shuttle große Eiszapfen an den Austrittsöffnungen der Abwässerventile bilden können. Diese großen Eisbrocken könnten beim Wiedereintauchen in die Erdatmosphäre die spröden Hitzeschutzplatten über empfindlichen Elementen des Raumflugzeugs beschädigen und eine Katastrophe herbeiführen. Beim letzten Flug mußten die Eiszapfen in einem riskanten Manöver mit dem großen Kran an Bord des Shuttle abgeschlagen werden. Die Astronauten achten jetzt streng darauf, daß die Temperatur der Abwässer vor dem Ablassen nicht zu niedrig liegt. Andernfalls wird kein „Dump" vorgenommen.

Unterdessen ist der in geostationärer Höhe von 36 000 Kilometer Höhe geparkte Datenübertragungs-Satellit TDRS wieder aktiviert worden, nachdem der Datenspeicher vorübergehend durch einen „kosmischen Blitz" außer Gefecht gesetzt worden war. Durch verschiedene Schaltmanipulationen gelang es den Bodenstellen, den Datenfluß über die kosmische Relaisstation, die scheinbar über einem Punkt der Erde stillsteht, wieder herzustellen. Wie das Kontrollzentrum der WELT mitteilte, ist die Ursache der Störung noch unbekannt.

Möglicherweise hat eine Sonneneruption mit ihren Schauern von Protonen die Störung verursacht. Bei Ausfall des Datenübertragungs-Satelliten könnnen die Informationen des großen Radars an Bord von „Challenger" nur teilweise zur Erde übermittelt werden. Das mehr als zehn Meter lange Radar ist in der Lage, auch unter die Erdoberfläche zu „sehen". Beispielsweise lassen sich geologische Merkmale unter dem Sand der Sahara erkennen. Mit den ersten Versuchsgeräten waren schon vor einigen Jahren von Flugzeugen aus in Mittelamerika die Reste von Bauwerken alter Kulturen entdeckt worden.

Wie das Kontrollzentrum gestern weiter mitteilte, wird der tropische Sturm „Josephine" höchstwahrscheinlich lange vor der für Samstag in Florida vorgesehenen Landung das Gebiet von Cape Canaveral passieren. Dennoch ist eine Landung des Shuttle auf der Betonpiste an der Startstelle fraglich. Das Astronautencorps hat sich bei der Nasa-Führung dafür stark gemacht, daß bei zweifelhaften Wetterbedingungen am Cape die Order zur Landung in der kalifornischen Wüste nicht erst im letzten Augenblick gegeben werden.

Der Kommandant des 13. Shuttle-Unternehmens, Kapitän zur See Bob Crippen, wird „Challenger" wahrscheinlich auch nicht auf einer nassen Piste landen wollen, falls der tropische Sturm vor Samstag das Gebiet von Cape Canaveral durchzieht. Auch ist noch nie zuvor eine vollautomatische Landung geübt worden. Die zur vollautomatischen Landung des mit rund 340 Stundenkilometer aufsetzenden Raumflugzeugs notwendige Mikrowellen-Anlage hat sich noch nicht zuverlässig genug erwiesen.

Das mit Spannung erwartete Außenbordmanöver des Astronauten Leestma und der Astronautin Sullivan, die die Betankung eines Satelliten mit hochgiftigem Treibstoff simulieren sollen, ist unterdessen wegen der Antennenprobleme auf morgen verschoben worden.

LEUTE HEUTE

Carolines Ehen

Es ist schon eine verzwickte Sache. **Caroline von Monaco**, verehelichte Casiraghi, früher verehelichte Junot, hat alles, was sich manche Frau wünscht. Und doch bleibt ihr eines wohl für immer versagt: die Annullierung ihrer Ehe mit **Philippe Junot**, von dem sie sich 1980 scheiden ließ. Für die Kirche besteht nämlich diese Ehe noch fort, was für die Prinzessin aus Monaco die fatale Folge hat, daß sie kirchlich mit Junot und bürgerlich mit **Stefano Casiraghi** verheiratet ist. Und daher auch ihr Kind nicht taufen lassen kann. Einziger Ausweg: ein Dispens der Kirche. Caroline setzte alle Hebel in Bewegung, doch Rom blieb hart. Der Hintergrund: Im Vatikan liegen inzwischen 170 000 Protestbriefe gegen einen Dispens vor. Motto: Was dem einfachen Volk nicht verziehen wird, soll auch dem Fürstenkind nicht verziehen werden.

Julio Iglesias bei seinem Konzert in München. Eine Stimme von bezauberndem Schmelz, gepreßt in hundert Millionen Schallplatten. Geschäftsinteressen überspielt er mit Charme. Das Geheimnis seines Erfolges: Lieder voller Nostalgie, Träumereien für Verliebte. Er singt von Sonne und Wind und Menschen, die nichts als Liebe brauchen. Und die wird zum Kleister.
FOTO: GÜNTHER REISP



Schmelz und Schmalz – eiskalt serviert

Von ROSE-M. BORNGÄSSER

Wild zucken die likörfarbenen Spotlights auf, die Leinwand verfärbt sich glühend rot, als er in der Erfolgspose des ewig Siegreichen zehn Minuten nach acht Uhr die Bühne betritt. Ein ohrenbetäubendes Klatschen hebt vom Boden des vollbesetzten Olympiastadions ab, widerhallt von Wänden und Decken: Im gleißenden Scheinwerferlicht Julio Iglesias in persona. Die Szene versinkt im Dunkeln, als der Sänger zum Mikrophon greift. „Begin of the Beguine", tröpfelt's langsam wie bitterer Honig von der Bühne, ein Hauch von Wärme umfängt die Zuschauer. Die Stimme des Mannes schmeichelt, kost, schwillt an – und schlägt alle in Bann. Schon saust eine füllige Blonde mit einem Rosenstrauß an die Rampe. Von ganz oben läßt sich der Star hernieder, kniend nimmt er die Rosen entgegen, haucht einen Kuß auf die Fingerspitzen seiner Verehrerin.

Julio Iglesias, der 40jährige spanische Schlagersänger, der nach Meinung der konservativen Zeitung „ABC" mehr für Spanien getan hat, als alle Politiker zusammen, machte in München Station auf seiner Welttournee. Und alle, alle strömten sie herbei: in Jeans und Abendkleidern, im Nerz und im Selbstgestrickten, um diese „musikalische Legende" hautnah zu erleben. Dieser Julio Iglesias, äußerlich eine Symbiose zwischen pünktlichem Bankangestellten und schmalzigem Vorstadt-Casanova, wie er da steht im korrekten dunklen Anzug mit Weste. Seine Lieder, Liebeslieder voller Nostalgie, Traumgesänge für Verliebte. Er singt unermüdlich von Sonne und Wind, von Menschen, die nichts als Liebe brauchen. Liebe als permanenter Kleister für alle Risse der Welt. Mehr als 100 Millionen Schallplatten hat er verkauft. Alle 25 Sekunden wird irgendwo auf der Welt eines seiner Lieder gespielt.

Immer mehr Fans drängen sich an die Rampe, längst häufen sich die Blumensträuße hinter ihm. Iglesias lächelt, sagt „dankeschön", haucht Küsse und singt ohne Pause: „Vivir a dos", „Momenta", „Noches de Ypacarai". Die Schlagersahne quillt auf, wird dick und dicker, die musikalische Verlockung lullt längst alle ein. Manchmal treibt er seine Stimme ins Fortissimo. Und noch ein bißchen höher. Sein „Cucurrucucu Paloma", macht atemlos, die Magengegend vibriert, die Stimme ist saalfüllend. Es ist nicht einzusehen, warum die Jungs noch am Verstärker regeln. „Julio for ever" prangt auf einem Transparent.

Worin gründet sich eigentlich Iglesias enorme Karriere? In der schmelzenden Stimme, ist sie allein schon Warenzeichen? Oder sind es die Melodien? Dabei sind seine schmeichelnden Lippenbekenntnisse perfekt gestylt, sind ein ausgeklügeltes Kalkül aus Geschäftsinteresse und Latin-lover-Charme. Denn der, der oben singt, der vergeudet keine Gefühle.

Alles bei ihm ist Pose, ist einstudiert, kein noch so winziger Raum für Zufälle. Zwei Schritte rechts, dann links. Daumen in die Weste geschoben, schneeweißes Zähneblitzen, Kopf nach hinten schütteln umd am Schluß die Hände nach Art der Buddhisten falten. Zu seiner Show gehört auch das Geplänkel über seinen Sex, ja, er ist sogar gern indiskret, verkündet zwischen den Liedern die zugesteckten Telefon-Nummern seiner Verehrerinnen. Vielleicht macht ja gerade diese provinzielle Erotik, diese Masche des Kleinmädchen-Verführers seine Stärke aus. Vielleicht ist das Iglesias Potential für Popularität bei den ganz Jungen wie bei den Schwiegermüttern. Der Traummann, der aber auch nur ein Mann, ein Mensch ist, auch wenn er im Bannkreis des Unerreichbaren steht. Am überzeugendsten ist Iglesias, wenn er seine patriotischen Lieder losschmettert.

Iglesias scheut sich nicht, alte Ohrwürmer neu aufzulegen: Von „la mer" bis „true love" reicht sein Repertoire, nur ein deutscher Schlager fehlt. Seine deutschen Vokabeln erschöpfen sich in „dankeschön", „guten Tag" und „Kartoffel". Zwei Stunden schmelzt dieser Spanier ohne Pause. Als er zum Schluß noch mit Mireille Mathieu und Roberto Blanco, die unter den Zuschauern waren, jeweils ein Duett abzieht, ist das Olympiastadion nur noch eine einzige Soundsuppe, die alles vereinend überschwappt...

Ein Mann, der mit seinem Kürbis lebte

AP, Collin[...]

Der Amerikaner Harry Hurley war sich seiner Sache sicher. Mit seinem 254 Kilo schweren Kürbismonster würde er in diesem Jahr den Preis der Weltkürbisvereinigung für den schwersten Kürbis der Welt gewinnen. Doch groß war die Enttäuschung, als er zum Schluß mit seiner Monsterfrucht nur den dritten Rang belegte. Den ersten Preis gewann sein Landsmann Norman Gallagher. Seine Frucht brachte 278 Kilo auf die Waage. Für Gallaghers Frau war das allerdings keine Überraschung. „Er lebte im Kürbisbeet, er sprach mit dem Kürbis, er düngte ihn und er küßte ihn", berichtete Frau Gallagher über die Vorbereitungen ihres Mannes auf den Erfolg. Die „Ehre", den dicksten Kürbis gezüchtet zu haben, wird Herrn Gallagher mit 10 000 Dollar (rund 30 000 Mark) versüßt.

Kreuzfahrt auf der Rhône

AFP, Lyon

Kreuzfahrten werden im kommenden Frühjahr an Bord eines Passagierdampfers auf der Rhône zwischen Lyon und Avignon organisiert. Das Schiff gehört der holländischen Gesellschaft Stichting Watertransport, die seit Jahrzehnten für Kreuzfahrten auf dem Rhein zuständig ist. Die Fahrt von Lyon nach Avignon soll in fünf Etappen stattfinden.

Vier Dänen ausgepeitscht

dpa, Kopenhagen

Vier Dänen sind am Montag in einem Gefängnis in Saudi-Arabien mit je 75 Peitschenhieben dafür bestraft worden, daß sie in einem Gerichtsverfahren wegen eines Autounfalls angeblich gelogen haben. Dies gab das dänische Außenministerium in Kopenhagen bekannt. Soweit bekannt, hätten die vier Männer die Peitschenhiebe, die ihnen im Gefängnis der Stadt Najran verabreicht wurden, relativ gut überstanden. Die Dänen sind seit Mai in Haft, nachdem bei einem angeblich von ihnen verursachten Autounfall ein jemenitischer Koch gestorben war.

Hungerkatastrophe droht

dpa, Addis Abeba

In den nördlichen Landesteilen Äthiopiens verhungern täglich etwa 250 Menschen. Dies erklärte der Vertreter des katholischen Hilfswerks „Catholic Relief Service" während einer Krisensitzung der äthiopischen Behörden mit 16 westlichen Geberländern gestern in Addis Abeba. Wegen der anhaltenden Dürre sind in weiten Teilen des Landes derzeit rund sieben Millionen Menschen vom Hunger bedroht. 1974 starben während der Hungerkatastrophe 200 000 Äthiopier.

Politiker verbannt

AP, Palermo

Der frühere Bürgermeister der sizilianischen Hauptstadt Palermo, Vito Ciancimino, ist in ein einsames sizilianisches Dorf verbannt worden. Er soll dort den Ausgang der Ermittlungen abwarten, die gegen ihn wegen des Verdachts der Verbindungen zur Verbrecherorganisation Mafia geführt werden. Der geständige Mafia-Boß Tommaso Buscetta hatte eine Verbindung des Bürgermeisters mit der Verbrecherorganisation behauptet.

WETTER: Wolkig und Regen

Wetterlage: Tiefausläufer überqueren die Nordhälfte Deutschlands mit milder Meeresluft. Im Süden macht sich der Einfluß einer Hochdruckzone über den Alpen bemerkbar.

Vorhersage für Mittwoch:
Im Norden stark bewölkt bis bedeckt, zeitweise Regen oder Sprühregen. Temperaturen 14 bis 17 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 12 Grad. Im Süden wolkig, in Alpennähe auch Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Tagestemperaturen 15 bis 20 Grad. Nachts Abkühlung auf 11 bis 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Auch im Norden freundlicher und kaum noch Niederschläge.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	33°
Bonn	17°	Kopenh.	14°
Dresden	18°	Las Palmas	25°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	16°	Madrid	20°
Hamburg	14°	Mailand	17°
List/Sylt	14°	Mallorca	20°
München	16°	Moskau	11°
Stuttgart	15°	Nizza	20°
Algier	19°	Oslo	12°
Amsterdam	15°	Paris	16°
Athen	28°	Prag	15°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	15°	Stockholm	12°
Budapest	15°	Tel Aviv	29°
Bukarest	18°	Tunis	18°
Helsinki	8°	Wien	17°
Istanbul	23°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.39 Uhr, Untergang: 17.38 Uhr; **Mondaufgang:** 18.20 Uhr, Untergang: 7.56 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Selbst der Ahnherr des Königshauses war illegitim

HELMUT VOSS, London

„Ich wollte, ich hätte diesen Einfall nie gehabt!" Diesen Stoßseufzer läßt Harold Brooks-Baker, der Herausgeber des dem deutschen Gotha vergleichbaren englischen Adelshandbuches „Burke's Peerage", hören, wenn er heute auf ein in seinen Augen immer noch lobenswertes Unterfangen angesprochen wird. Brooks-Baker möchte in der neuen Ausgabe von „Burke's" für 1985 außer den rund 40 000 „legitimen" Adelsangehörigen auch erstmals die unehelichen Sprößlinge von Blaublütigen und die Nachkommen von Söhnen und Töchtern auflisten, die – wie es eine englische Redensart formuliert – auf der falschen Seite der Zudecke gezeugt wurden.

Doch Probleme mit einem Computer und vor allem Probleme bei der Katalogisierung der „Bastards" haben den Erscheinungstermin der seit 1970 ersten Neubearbeitung von „Burke's Peerage" bereits von April auf Juni und möglicherweise sogar auf den Herbst nächsten Jahres hinausgezögert. „Ich weiß bisher noch nicht einmal, ob ich 200 oder 2000 uneheliche Nachkommen aufnehmen muß, von den Nachkommen unehelicher Kinder ganz zu schweigen", klagt der Adels-Archivar, „soweit ich feststellen konnte, gibt es in England nicht eine einzige adelige Familie ohne uneheliche Sprößlinge. Selbst bei der königlichen Familie gibt es buchstäblich Dutzende von unehelichen Abkommen."

Brooks-Bakers Plan ist bei weitem nicht so „shocking", wie er angesichts der Aufregung, die in England selbst die harmloseste Eskapade von Prinz Andrew nach sich zieht, wirken muß. Kenner der englischen Geschichte wissen, daß es kaum einen Hochadelsstammbaum ohne Verästelungen gibt, die ohne kirchlichen Segen zustande gekommen sind, und daß häufig sogar die Stämme selbst die Folge heimlicher Bettfreuden sind. Dazu gehört der „Ahnherr" der königlichen Familie, Wilhelm der Eroberer, und dazu gehören die Stammväter von nicht weniger als fünf der insgesamt 25 königlichen Herzöge: Es waren samt und sonders uneheliche Söhne von König Karl II., einem der potentesten – 80 Kinder – Monarchen der englischen Geschichte.

„Man darf nicht vergessen", erläutert Brooks-Baker, „daß um uneheliche Abkömmlinge vor der Regierungszeit von Königin Viktoria kaum Aufhebens gemacht wurde. Ihr sozialer Status war in erster Linie von der Position der Mutter abhängig. Wenn sie aus den richtigen Kreisen kam, erhielt der 'Bastard' nicht selten selbst einen Titel. Erst Königin Viktoria sorgte dafür, daß Techtelmechtel, die Folgen hatten, vertuscht werden mußten. Trotzdem hörten sie natürlich nicht auf. König Eduard VII. hatte beispielsweise so viele uneheliche Kinder, daß es schwer ist, ihre genaue Zahl zu dokumentieren. Das gleiche trifft für König Georg IV. zu. Auch König Georg V. hinterließ mehr Kinder, als die meisten ahnen. König Georg VI. führte demgegenüber ein geradezu braves Leben: Von ihm ist nicht bekannt, daß er irgendwelche außerehelichen Kinder zeugte."

Weil Unehelichkeit heute wieder „nicht automatisch als Makel angesehen" wird, glaubt der „Burke's-Peerage"-Herausgeber, in der geplanten Neuauflage des 158 Jahre alten Adelshandbuches ungestraft auch die illegitimen Abkömmlinge der im Buch Registrierten nennen zu können. „Das Problem dabei ist nur, daß das nur mit Einverständnis der Betroffenen geschehen kann und daß sie und ich häufig geteilter Meinung darüber sind, welche Kinder erwähnt werden sollen und welche nicht. Wenn beispielsweise ein Herzog, der sechs uneheliche Kinder hat, zu mir sagt, daß er nur zwei von ihnen erwähnt haben möchte: Was macht man da? Auf der anderen Seite gibt es Leute wie jenen europäischen Exilkönig, der mich seit Jahren geradezu beschwört, in die nächste Ausgabe von 'Burke's Peerage' auch alle seine unehelichen Kinder mit aufzunehmen."

Brooks-Baker und seine Direktion, an deren Spitze eine Kusine von Königin Elizabeth, Lady Elizabeth Anson, steht, hoffen, das neue Handbuch allen Schwierigkeiten zum Trotz doch noch so rechtzeitig auf den Markt bringen zu können, daß genügend Kunden den Kaufpreis von umgerechnet 380 Mark bezahlen, um die um uneheliche Ergänzungen bereicherte „Burke's-Peerage"-Ausgabe für den Verlag zum Geschäft zu machen. Auch uneheliche Nachfahren des Viktoria-Enkels Kaiser Wilhelm II. werden darin erwähnt werden. „Im deutschen Hochadel", sagt Brooks-Baker, „ist das noch viel schlimmer als hier in England." (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Laßt den Fröschen ihre Schenkel." Motto eines Aufrufs des World Wildlife Fund, der weltweiten Bedrohung der Frösche entgegenzutreten.

Gesunde Ernährung oder Die Sehnsucht nach Wohlbefinden

In der Heilkunde vergangener Epochen hatte die Diätetik – die Lehre von der richtigen Ernährung – stets eine herausragende Bedeutung. Erst in diesem Jahrhundert wurde sie durch revolutionierende Entwicklungen im medizinischen und pharmazeutischen Bereich in den Hintergrund gedrängt. Durch das Auftreten ernährungsabhängiger Zivilisationskrankheiten bahnt sich jetzt wieder eine Rückbesinnung auf die Diätetik an.

Was liegt näher, als die Folgen von Ernährungsfehlern durch entsprechende Ernährungsumstellungen zu beseitigen. Das ist einfach, preiswert, frei von unerwünschten Nebenwirkungen und kommt dem gegenwärtigen Trend „Zurück zur Natur" entgegen. Deshalb gewinnt die Diät nicht nur in Klinik und Arztpraxis, sondern auch in der Gastronomie und in der Kantinenverpflegung ständig an Aktualität.

Entscheidend für diese Entwicklung ist, daß die moderne Diätetik im Gegensatz zu den überlieferten Diätregeln, die sich vorwiegend auf Erfahrung und Beobachtung, teils auch auf Glauben stützten, eine wissenschaftlich erforschte und anerkannte Disziplin ist.

Moderne Diätetik ist wissenschaftlich gesichert

Seit es möglich geworden ist, mit modernen Untersuchungsverfahren den physiologischen Nährstoffbedarf des Menschen zu ermitteln und die Wirkung bestimmter Diätmaßnahmen auf den Organismus genau zu kontrollieren, haben die Wissenschaftler das Gebiet der Diätetik von Pseudo- und Wunderdiäten entrümpelt.

Was noch übriggeblieben ist, gilt nach heutigem Erkenntnisstand als „wissenschaftlich hinreichend gesichert".

Ein weiterer Garant der Sicherheit ist die enge Zusammenarbeit der diätetischen Lebensmittelindustrie mit Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, die durch zahlreiche wissenschaftliche Kolloquien dokumentiert wird. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen laufend in die Produkte ein.

Durch das Zusammenwirken all dieser Faktoren wird ein hohes Qualitätsniveau erreicht, wie es bei der Selbstzubereitung von Diätkost oder Kindernahrung am häuslichen Herd praktisch nicht zu verwirklichen ist, zumal den meisten Verbrauchern das dafür erforderliche Ernährungswissen fehlt. Das dürfte auch einer der Gründe sein, warum mitunter gesunde Normalbürger, die noch nicht „diätreif" sind, aber vorbeugend etwas für ihre Gesundheit tun wollen, zu Diätkost greifen.

Auch auf den Convenience-Vorteil, der heute im gesamten Lebensmittelsortiment eine große Rolle spielt, brauchen Diätbedürftige nicht zu verzichten. In diätetischen Lebensmitteln ist das jeweilige Diätprinzip – vermehrte oder verminderte Zufuhr bestimmter Nährstoffe unter kontrollierten Bedingungen – bereits eingebaut.

Diätfehler sind dadurch praktisch ausgeschlossen. Lästiges Wiegen, Abmessen und Rechnen entfällt. Die Zubereitung ist einfach. Das ist wichtig für berufstätige, alte und alleinstehende Personen, aber auch für größere Haushalte, wo nur ein Familienmitglied Diätkost bekommt.

Neben einer gesundheitsfördernden Wirkung, Sicherheit und Convenience erwartet der Diätverbraucher auch Genuß.

Vorbei sind die Zeiten, als Diät gleichgesetzt wurde mit fader Breikost. Eine Diät muß schmecken, wenn sie über längere Zeit eingehalten werden soll. Wäre der Diätbedürftige allein auf das normale Lebensmittelsortiment angewiesen, dann müßte er auf vieles verzichten. Für einen Diabetiker beispielsweise wäre alles Süße tabu, wenn ihm nicht die Süßstoffe und Zuckeraustauschstoffe sowie die damit hergestellten diätetischen Lebensmittel zur Verfügung *stünden*.

Diese Produkte ersparen ihm eine Außenseiterrolle und erweisen sich als echte Problemlöser bei der Durchführung der Diät. Indem sie den Diätbedürftigen ein fast ebenso abwechslungsreiches Lebensmittelangebot erschließen, wie es der gesunde Normalverbraucher hat, und dabei Gesundheit und Genuß miteinander in Einklang bringen, verbessern Diätprodukte entscheidend die Lebensqualität.

Unterschied zu Reform- und Biokost

Von Arzneimitteln unterscheiden Diätprodukte sich dadurch, daß sie Lebensmittel, also für die Ernährung bestimmt sind. Im Unterschied zu der ebenfalls gesundheitsorientierten Reform- und Biokost sind diätetische Lebensmittel gesetzlich definierte Erzeugnisse für bestimmte Verwendungszwecke.

Diätetische Lebensmittel werden in Reformhäusern, Drogerien und Apotheken angeboten und haben zunehmend Eingang in die Fachabteilungen der Lebensmittelgeschäfte, Supermärkte und Warenhäuser gefunden. Beratungsbedürftige Produkte bleiben dem Fachhandel vorbehalten. Ihre Zahl dürfte größer geworden sein, seit durch die 6. Diätverordnung für den Verbraucher verständliche Krankheitsangaben auf dem Etikett stark eingeschränkt worden sind.

Die rund 70 Firmen der diätetischen Lebensmittelindustrie erzielten im Jahre 1983 einen Gesamtumsatz von rund zwei Milliarden Mark. Hiervon entfällt etwa ein Drittel auf Säuglings- und Kleinkindernahrungen, der Rest auf Produkte der Erwachsenendiätetik (Krankenkost, Nährstoffkonzentrate).

Im Kindernahrungsmarkt scheinen bei weiter sinkenden Geburtenziffern und zunehmender Stilltätigkeit kaum noch Steigerungen möglich zu sein, zumal bereits 90 Prozent der Mütter in den ersten beiden Lebensjahren ihres Kindes vom reichhaltigen Angebot der Kindernahrungsindustrie Gebrauch machen.

Bei den Diäterzeugnissen für Erwachsene sieht die Prognose dagegen erheblich günstiger aus. Die weite Verbreitung ernährungsabhängiger Krankheiten hat dazu geführt, daß heute rund zehn Millionen Bundesbürger als diätbedürftig einzustufen sind.

Nach kürzlich vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Zahlen haben im Jahre 1982 jedoch nur drei Millionen regelmäßig und 825 000 Bürger gelegentlich Diätkost zu sich genommen. Daraus errechnet sich ein Marktpotential von weiteren sechs Millionen Diätverbrauchern.

Wie aus neueren Angaben des Bundesgesundheitsministeriums hervorgeht, entstehen durch ernährungsabhängige Krankheiten jährlich mindestens 40 Milliarden Mark an direkten und indirekten Kosten. Im Rahmen notwendiger kostendämpfender Maßnahmen wird die Diät als preiswerte, wirksame und nebenwirkungsfreie Behandlungsform bei diesen Gesundheitsstörungen mehr und mehr Bedeutung erlangen.

Freiheit von künstlichen Farbstoffen und Konservierungsmitteln sowie größtmögliche Schadstoffarmut machen diätetische Lebensmittel für die durch Umweltschäden aufgeschreckten Verbraucher attraktiv.

Nicht zuletzt verspricht das gestiegene Gesundheits- und Ernährungsbewußtsein günstige Aussichten für Diätprodukte.

GERHARD RÜSCHEN

Im Labor haben die Wissenschaftler das Gebiet der Diätetik von Pseudo- und Wunderdiäten entrümpelt FOTO: BASF

Diät kontra Wunderkur

dom. – Der Begriff Diät ist im Zusammenhang mit teilweise unseriösen „Wunderkuren" zum Schlankwerden arg strapaziert worden und hat zu Unrecht einen faden Beigeschmack erhalten. Dabei ist Diät in den achtziger Jahren alles andere als fade, eintönige Kost. Schon gar nicht beschränkt sie sich allein auf das Abmagern. Seit die diätetische Lebensmittelindustrie sich der besonderen Ernährungsbedürfnisse von diätbedürftigen Personen angenommen hat, werden Entsagung und Verzicht klein, Abwechslung und Genuß groß geschrieben.

Für jede wissenschaftlich anerkannte Diätform gibt es maßgeschneiderte Lebensmittel, bei denen das jeweilige Diätprinzip bereits „eingebaut" ist. Sie erleichtern wesentlich die Einhaltung der Diät, indem sie dem Diätbedürftigen ein nahezu ebenso breites Lebensmittelangebot erschließen, wie es der gesunde Normalverbraucher hat. Daß mit dem Begriff „diätetisch" bei Lebensmitteln kein Mißbrauch getrieben wird, dafür bürgen die strengen Bestimmungen der Diätverordnung.

Wichtige Erkenntnisse der *modernen Ernährungswissenschaft* sind in diese Vorschriften eingeflossen. Sie gelten nicht allein für die Krankenkost, sondern auch für Lebensmittel, die für besonders empfindliche gesunde Verbrauchergruppen mit speziellen Ernährungserfordernissen angeboten werden. Dazu zählen zum Beispiel Säuglinge, Kleinkinder, Schwangere, Stillende und Senioren.

Die Zukunftsaussichten werden in der Diätbranche durchaus positiv beurteilt. Denn ernährungsbedingte Zivilisationsschäden sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Der Zwang zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und eine zunehmend kritischere Einstellung gegenüber Arzneimitteln haben die Diät wieder stärker in den Blickpunkt des Interesses gerückt.

Bei der „Diät-Verordnung" kennt der Gesetzgeber kein Pardon

Mit keinem anderen Verbrauchsgut kommt der Mensch sein Leben lang so unmittelbar und direkt in Berührung wie mit seiner Nahrung. Lebensmittel sind unabdingbare Voraussetzung für seine Existenz, sie sind „Mittel zum Leben".

Die berechtigten Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich Qualität und Sicherheit der Lebensmittel sind hoch; entsprechend groß ist seine Sensibilität, wie die öffentliche Diskussion um unsere Ernährung, gerade vor dem Hintergrund der heutigen Umweltsituation, zeigt.

In einer besonderen Situation befinden sich die Verbraucher, die darauf angewiesen sind – oder die sich dafür entschieden haben –, sich ganz oder teilweise anstelle der üblichen Kost mit *diätetischen Lebensmitteln* zu ernähren. Sie sind besonders schutzbedürftig, da diese Lebensmittel nicht nur der Ernährung oder dem Genuß dienen, sondern darüber hinaus ihrem besonderen physiologischen Zustand Rechnung tragen müssen.

Das deutsche Lebensmittelrecht, zum Teil basierend auf EG-Bestimmungen, gehört sicher zu den Rechtsbereichen mit der größten Regelungsdichte. Seine vielfältigen Vorschriften sollen den Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken und Schäden und vor Irreführung und Täuschung – also seinen Geldbeutel – schützen. Entsprechend dem besonderen Schutzbedürfnis der Käufer diätetischer Lebensmittel sind in der sogenannten „Diät-Verordnung" spezielle Regelungen ergangen, die zum Teil weit über die Anforderungen hinausgehen, die an das „normale" Lebensmittelangebot gestellt werden.

Definitionsmäßig sind diätetische Lebensmittel – wie es die Diät-Verordnung sagt – „Lebensmittel, die bestimmt sind, einem besonderen Ernährungszweck dadurch zu dienen, daß sie die Zufuhr bestimmter Nährstoffe oder anderer ernährungsphysiologisch wirkender Stoffe steigern oder vermindern oder die Zufuhr solcher Stoffe in einem bestimmten Mischungsverhältnis oder in bestimmter Beschaffenheit bewirken. Diätetische Lebensmittel müssen sich von anderen Lebensmitteln vergleichbarer Art durch ihre Zusammensetzung oder ihre Eigenschaft maßgeblich unterscheiden."

Diese Unterscheidung kommt in besonderen Vorschriften über die Zusammensetzung, die Kennzeichnung der Produkte ebenso zum Ausdruck wie in detaillierten Werberegelungen. Den besonderen Erfordernissen entsprechen die Bestimmungen über die Zulassung sogenannter Zusatzstoffe: bestimmte Stoffe für Lebensmittel des allgemeinen Verzehrs sind generell ausgeschlossen, oder es sind für sie andere Anwendungsgebiete vorgesehen oder andere Höchstmengen festgelegt worden.

Für Rückstände an Pflanzenschutzmitteln in diätetischen Erzeugnissen für Säuglinge oder Kleinkinder bestehen besondere Grenzwerte, ebenso hinsichtlich des Nitratgehaltes.

Besonders wichtig für den Käufer diätetischer Lebensmittel ist ihre Kennzeichnung, die sie unmißverständlich als solche ausweisen muß (zum Beispiel „diätetische Lebensmittel mit Süßstoff", „Diabetiker-Konfitüre", „glutenfreier Zwieback") und darüber hinaus wichtige Informationen vermitteln soll (zum Beispiel „natriumarm, kochsalzarm"). Über die recht umfängliche Kennzeichnung der „normalen" Lebensmittel hinaus geben die Etiketten diätetischer Erzeugnisse über weitere Eigenschaften und Kriterien Auskunft, zum Beispiel über den durchschnittlichen Gehalt an Kohlenhydraten, Fetten und Eiweißstoffen, über den physiologischen Brennwert – „... kJ (... kcal)" – sie warnen den Verbraucher (zum Beispiel „kann bei übermäßigem Verzehr abführend wirken"), oder sie weisen darauf hin, daß das Lebensmittel bei bestimmten Voraussetzungen „nur für gesunde Säuglinge und Kleinkinder" geeignet ist.

Wie für alle Lebensmittel darf auch die Werbung für diätetische Produkte nicht irreführend sein. Abgesehen davon dürfen – mit wenigen, genau umrissenen Ausnahmen – keine Aussagen gemacht werden, die sich auf die „Beseitigung, Linderung oder Verhütung von Krankheiten beziehen". Dieses sehr restriktive Verbot, das auch Aussagen unmöglich macht, die wahr sind und wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, begründet der Gesetzgeber mit der Notwendigkeit zu verhindern, Krankheiten im Wege der Selbstmedikation mit Lebensmitteln vorzubeugen und zu bekämpfen. In engem Rahmen läßt die Diät-Verordnung bestimmte Aussagen zu, so „geeignet zur Verhütung und Behandlung von Jodmangel", „zur besonderen Ernährung bei Diabetes im Rahmen eines Diätplanes". Die Anbieter diätetischer Lebensmittel sind über diese Restriktionen nicht glücklich; sie sehen sich oftmals daran gehindert, dem Verbraucher wesentliche Informationen über die Funktion der Produkte geben zu können.

Es ist unbestritten, daß gerade der Bereich diätetischer Lebensmittel strengen Regelungen unterworfen sein muß, sofern sie geeignet und notwendig sind, den Verbraucher zu schützen und ihm die in einer speziellen Situation erforderlichen Informationen zu vermitteln. Gesetze und Verordnungen sind so gut und so wirksam wie ihre Durchführung, sei es durch den verantwortungsbewußten Hersteller, sei es durch die Überwachungsbehörden. Beide müssen zusammenwirken, um ein vielfältiges und den Bedürfnissen der Käuferschicht entsprechendes Angebot diätetischer Lebensmittel zu gewährleisten.

Lebensmittelrechtliche Anforderungen, die zum Schutz des Verbrauchers erlassen sind, können aber nur dann in vollem Umfange ihre Wirkung entfalten, wenn der Verbraucher sich seiner eigenen Sorgfalt bewußt ist. Dies gilt insbesondere für die umfangreichen Kennzeichnungsbestimmungen; sie können nur ihre Information vermitteln, wenn der Verbraucher sie auch liest und verstehen kann. MATTHIAS HORST

INHALT

Ballast – der Stoff, aus dem die Müslis sind Seite II
Vorbeugen ist immer noch besser als Heilen Seite III
In Europa ist nicht alle Diät „diätetisch" Seite IV
Astronauten-Diät jetzt für Schwerkranke Seite V
„Die beste Ernährung für den Säugling: Muttermilch" Seite VI
Mit vier Prinzipien gegen den Hochdruck Seite VI

Die Autoren

Dr. Gerhard Rüschen, Frankfurt – 1. Vorsitzender des Bundesverbands der Diätetischen Lebensmittelindustrie

Dipl.-Volksw. Heinz Wenner, Bad Homburg – Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Diätetischen Lebensmittelindustrie

Dr. Heinz Meyer, Frankfurt – Vorsitzender des Ausschusses „Analysenmethoden-Produkthygiene" des Bundesverbandes der Diätetischen Lebensmittelindustrie

Matthias Horst, Bonn – Hauptgeschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde

Professor Dr. Otto Hövels, Frankfurt – Direktor des Zentrums der Kinderheilkunde der Frankfurter Universitätskliniken

Professor Dr. med. Reinhold Kluthe, Freiburg

Professor Dr. med. Heinrich Kasper, Würzburg

Professor Dr. Hellmut Mehnert, München

Privat-Dozent Dr. med. Dietmar Sailer, Erlangen

Die industrielle Bearbeitung von Lebensmitteln nahm in letzter Zeit ständig zu. Als Folge davon taucht die Frage auf, wieweit durch eine derartige „Großproduktion" die Qualität unserer Nahrung erhalten werden kann. Dies gilt besonders für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern.

Qualität der Babykost beginnt schon mit der Aussaat



Hoher Qualitätsstandard auch bei „Großproduktion" von Nahrungsmitteln FOTO: STEEVENS

In der Babynahrung müssen alle lebenswichtigen Stoffe, die ein gesundes Gedeihen garantieren, ausreichend enthalten sein. Gleichzeitig müssen Stoffe, die den noch unreifen Organismus belasten könnten, nach Möglichkeit vermieden werden. An Säuglings- und Kleinkindernahrungen werden deshalb von Kinderärzten und Gesetzgeber besonders hohe Anforderungen gestellt.

Die Qualität eines Produktes wird im wesentlichen bestimmt von der Beschaffenheit der eingesetzten Rohstoffe, den angewandten Verarbeitungsverfahren und der richtigen Verpackung. Die Qualitätssicherung muß daher an diesen Stellen einsetzen. Am wichtigsten ist die genaue Kontrolle der Rohstoffe. Denn wenn sie mit unerwünschten Rückständen von Pestiziden, Schwermetallen oder Nitrat belastet sind, kann das während der Produktion meistens nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Sowohl für pflanzliche als auch für tierische Rohstoffe werden deshalb von der Kindernahrungsindustrie umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So hat zum Beispiel der Nitratgehalt in Lebensmitteln in den letzten zwei Jahrzehnten eine immer größere Bedeutung erlangt. Es begann vor ungefähr 20 Jahren mit der genaueren Untersuchung von Spinat. Fast gleichzeitig wurden auch andere Gemüse auf breiter Ebene geprüft, besonders die, die für die Säuglingsernährung in Frage kommen. Dabei stellte sich heraus, daß auch in Karotten nicht unbeträchtliche Nitratgehalte auftreten können. Kinderärzte, Forschungsinstitute verschiedener Fachrichtungen und die Industrie haben sich gemeinsam dieses Problems angenommen. Der Gesetzgeber hat die Entwicklung durch flankierende Maßnahmen begleitet, indem er in der Diätverordnung einen niedrigen Grenzwert für den Nitratgehalt in Kindernahrung festgelegt hat.

Andererseits ist zu bedenken, daß zum Beispiel für die Züchtung wenig nitratspeichernder Gemüsesorten allgemein mit einer Dauer von zehn Jahren zu rechnen ist. So wird verständlich, daß man hier nur schrittweise vorankommen kann, zumal pflanzenphysiologische Erkenntnisse zum Teil noch erarbeitet werden mußten.

Muster fürs Labor

Wegen der strengen gesetzlichen Auflagen im Hinblick auf Nitrat- und Pestizidrückstände wird das Gemüse für die Herstellung von Babykost schon seit vielen Jahren zum überwiegenden Teil im Vertragsanbau erzeugt. Dabei ist es möglich, die Sorten vorzuschreiben sowie die Kulturanweisungen vorzugeben, zum Beispiel Fruchtfolge, Düngung, Pflanzenschutz und Erntekriterien. Ständige Kontrollen während der Wachstumsperiode und bei der Ernte sorgen für die Einhaltung der gegebenen Auflagen. Zum Erntezeitpunkt geben Ausfallmuster ins Laboratorium. Erst nach dessen Gutbefund wird das Gemüse zum Versand freigegeben. Bei der Ankunft in der Produktionsstätte erfolgt die Wareneingangsprüfung, deren Ergebnisse mit denen der Ausfallmuster und den Beobachtungen der Feldinspektoren übereinstimmen müssen. Das alles vollzieht sich routinemäßig innerhalb kürzester Zeit, damit die Rohware möglichst frisch zur Verarbeitung gelangt. Schonende Garmethoden verhindern Qualitätseinbußen bei den Nährstoffgehalten. Die Endkontrolle des Produktes, bei der neben den Rückstandswerten auch die Einhaltung der Zusammensetzung und die einwandfreie Sterilisation überprüft werden, dient eigentlich nur noch zur Bestätigung, daß das Qualitätsüberwachungssystem funktioniert.

Fleisch, das für Kindernahrungen verwendet wird, unterliegt ähnlich strengen Qualitätssicherungsmaßnahmen. Um die Anwendung von Tierarzneimitteln sicher unter Kontrolle zu haben, wird die Fleischerzeugung in eigener Regie betrieben. Es werden die Kälber kurz nach der Geburt von Landwirten gekauft, die seit Jahren ihre Milch an die Kindernahrungsindustrie liefern und daher vertrauenswürdig sind. In Vertragsmästereien, die unter tierärztlicher Aufsicht stehen, wachsen die Tiere heran. Nach dem Schlachten wird das Fleisch auf Rückstände an Tierarzneimitteln kontrolliert und nur bei einwandfreiem (negativem) Befund zur Weiterverarbeitung freigegeben.

Die hygienische Qualität von Kindernahrungsprodukten ist bis zu einem gewißen Grad durch den Gesetzgeber vorgegeben. In der Regel stellen die Produzenten an ihre Erzeugnisse jedoch noch höhere Anforderungen. Oberstes Gebot ist in jedem Fall eine gute allgemeine Betriebshygiene. Dazu gehören sowohl genaue Reinigungs- und Desinfektionspläne als auch die hygienische Überwachung und laufende Belehrung des Personals.

Hoher Standard

Eine maßgebende Rolle bei der Qualitätssicherung spielt die Analytik. Falsche Analysenergebnisse können zu falschen Entscheidungen führen. Es ist daher grundsätzlich notwendig, die analytischen Meßmethoden ebenso wie die Analytiker zu überwachen.

Das sind nur einige Beispiele von Kontrollen, die für die Qualität eines Produktes ausschlaggebend sind. Tatsächlich sind es noch sehr viel mehr. Der damit verbundene erhebliche materielle Aufwand kann nur durch die Großproduktion gerechtfertigt werden. Die Kindernahrungsindustrie produziert nach der Devise: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser." Das Ergebnis ist ein Qualitätsstandard, der bei der Selbstzubereitung von Kinderkost im Haushalt kaum zu erreichen ist.

HEINZ MEYER

Ballast – der Stoff, aus dem die Müslis sind

Die Ernährung in den Industrieländern hat sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges grundlegend geändert. Lebensmittel wie Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, die früher im wesentlichen den Energiebedarf deckten, werden immer weniger verzehrt, während der Konsum von Fett, Fleisch, Zucker, Eiern, alkoholischen Getränken zum Teil erheblich gestiegen ist.

Um die Jahrhundertwende lag der mittlere Pro-Kopf-Verbrauch an Fett in Deutschland bei rund 90 Gramm und an Kohlenhydraten bei etwa 440 Gramm pro Tag, während derzeit täglich im Mittel 130 Gramm Fett und 340 Gramm Kohlenhydrate pro Kopf der Bevölkerung aufgenommen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Verzehr an Zucker seit Beginn des Jahrhunderts von etwa 19 auf jährlich 37 Kilogramm pro Kopf gestiegen ist.

Eine Folge dieser Änderungen der Ernährungsgewohnheiten ist ein erheblicher Rückgang im Verzehr an unverdaulichen Bestandteilen pflanzlicher Nahrung, den sogenannten Ballaststoffen. Diese Stoffgruppe, die von den Verdauungsenzymen des Magen- und Darmtrakts nicht abgebaut wird, setzt sich aus einer Vielzahl chemisch unterschiedlicher Substanzen zusammen.

Bis Anfang der 60er Jahre wurden sie im wahrsten Sinne des Wortes als „Ballast" angesehen. Man nahm an, daß sie den Verdauungstrakt durchlaufen, ohne wesentliche Wirkungen zu entfalten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen wurden Ballaststoffe von der Medizin und Ernährungswissenschaft kaum beachtet und untersucht.

Das Interesse an dieser Stoffgruppe wurde geweckt, nachdem englische Ärzte aus epidemiologischen Untersuchungen und langjährigen Erfahrungen in Ostafrika den Schluß gezogen hatten, daß ein geringer Ballaststoffverzehr die Entstehung von Erkrankungen insbesondere der Verdauungsorgane, des Stoffwechsels und der Kreislauforgane begünstigt. Bei Bevölkerungsgruppen wie etwa den Bantus in Ostafrika – die mittlere tägliche Ballaststoffaufnahme liegt hier bei etwa 80 Gramm, während sie in den westlichen Industrieländern mit 20 bis 25 Gramm täglich angegeben wird – gibt es viele Erkrankungen nicht beziehungsweise sehr selten, die in den westlichen Industrieländern häufig vorkommen, zum Teil mit weiter steigender Tendenz.

Dies sind im Bereich der Verdauungsorgane Cholesteringallensteine, funktionelle Störungen des Dickdarms, vor allem die Darmträgheit (Obstipation), Dickdarmdivertikel, Dickdarmkrebs, Hämorrhoiden, weiterhin die Fettsucht, der Diabetes mellitus, Erhöhungen der Blutfettkonzentration und die hierdurch begünstigten arteriosklerotischen Gefäßerkrankungen, von denen dem Herzinfarkt die größte Bedeutung zukommt.

Bei der Interpretation solcher epidemiologischer Untersuchungen muß natürlich berücksichtigt werden, daß sich, abgesehen von der Ernährungsweise, die gesamte Lebensweise dieser sich traditionell ernährenden Bevölkerungsgruppen vom Lebensstil in westlichen Industrieländern unterscheidet, was ebenfalls Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat.

Positive Ergebnisse

Die Rolle der Ballaststoffe wird seit Jahren weltweit diskutiert und wissenschaftlich untersucht. Zunehmend werden Ergebnisse bekannt, die belegen, daß ein geringer Verzehr an Ballaststoffen und der hiermit immer verbundene vergleichsweise hohe Verzehr an Zucker, Weißmehl und Fett negative Wirkungen auf den Gesundheitszustand haben.

In einer Reihe von Ernährungsempfehlungen haben diese Erkenntnisse bereits ihren Niederschlag gefunden. So empfiehlt beispielsweise der „Ernährungsbericht 1984" der Deutschen Gesellschaft für Ernährung einen höheren Verzehr an ballaststoffreichen Lebensmitteln. Auch den Amerikanern wird in den Ernährungsrichtlinien der USA eine Verringerung des Verzehrs raffinierter Kohlenhydrate und eine Steigerung des Konsums an ballaststoffreichen Getreideerzeugnissen, Früchten und Gemüsen nahegelegt.

Ausgehend von den oben erwähnten Erkenntnissen hat man versucht, die Erkrankungen, die auf einen geringen Ballaststoffverzehr zurückgeführt werden, mit ballaststoffreichen Kostformen zu beeinflussen.

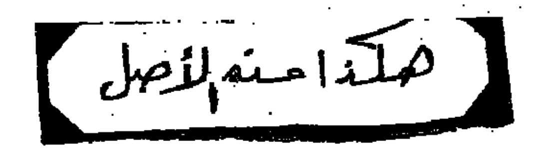
Die meisten in der Regel positiven Behandlungsberichte liegen bei Erkrankungen der Verdauungsorgane, insbesondere der Stuhlverstopfung und deren Folgeerkrankungen, vor. Der günstige Effekt von Ballaststoffen kommt bei diesen Krankheiten im wesentlichen über eine Vermehrung des Stuhlvolumens und die hierdurch bedingte Verringerung des Druckes im Darm beziehungsweise die Beschleunigung der Darmpassage zustande. Folglich haben sich Ballaststoffe mit hoher Quellfähigkeit besonders bewährt.

Reich an solchen Ballaststoffen ist Getreidekleie. Die bei der diätetischen Behandlung am häufigsten eingesetzte Weizenkleie hat einen Ballaststoffgehalt von 44 Prozent und Vollkornbrot von neun bis zehn Prozent. Der Ballaststoffgehalt von Weißmehlerzeugnissen liegt niedrig. Er beträgt für Weißbrot beispielsweise zwei bis drei Prozent und für gegarten polierten Reis nur 0,8 Prozent.

Da viele Patienten nicht bereit sind, die Ernährungsweise umzustellen, wird in der Regel die zur Therapie erforderliche Ballaststoffmenge in Form von Weizenkleie empfohlen. Die Dosierung beträgt meist ein bis drei Eßlöffel pro Tag.

Wegen der hohen Wasseraufnahmefähigkeit muß auf eine ausreichende Trinkmenge geachtet werden. Der gewünschte therapeutische Effekt stellt sich meist erst nach Tagen ein. Eine Bedeutung haben ballaststoffreiche Lebensmittel weiterhin bei der Diabetesbehndlung. Wegen des günstigen Effektes auf die Blutzuckerkonzentration sollten Kohlehydrate bevorzugt in Form ballaststoffreicher Lebensmittel wie Vollkornprodukte, Hülsenfrüchte und grobem Gemüse verzehrt werden.

HEINRICH KASPER



Fragen der Ernährung interessieren

WR. Bonn

Drei Viertel der deutschen Mütter zeigen großes Interesse an Ernährungsfragen, wie sich im Rahmen einer Erhebung für den Ernährungsbericht 1984 herausgestellt hat. Je jünger die Mütter und ihre Kinder sind, desto mehr befassen sie sich mit *diesem* Thema. Insbesondere *möchten* sie mehr wissen über Schadstoffe (68 Prozent), Konservierungs- und Farbstoffe (34 Prozent), Auswahl kindgemäßer (44 Prozent) und gesünder (38 Prozent) Lebensmittel und richtige Zubereitung von Nahrung (30 Prozent).

Ratschläge zum Abnehmen werden von 23 Prozent, zum Zunehmen von 14 Prozent und Tips für Eßprobleme von 18 Prozent der Mütter gewünscht. Auch über die Lagerung von Lebensmitteln möchten viele Bürger mehr Informationen erhalten.

Bei Ernährungsproblemen, *die* nicht allein gelöst werden können, wird hauptsächlich der Arzt zu Rate gezogen, gefolgt von Verwandten, Freunden und Bekannten. Im Falle von Säuglingen und Kleinkindern werden auch häufig andere Informationsquellen zu Hilfe genommen, zum Beispiel Bücher über Babyernährung (28 Prozent), Broschüren von Babykostherstellern (26 Prozent), Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften (23 Prozent).

Ernährungs- und Verbraucherberatungsstellen werden nur selten beansprucht. Eine Ausnahme bilden die Mütterberatungsstellen, die von 32 Prozent der Mütter mit Kleinkindern aufgesucht werden.

Zwei Milliarden Mark für Diätprodukte

WR. Bad Homburg

Der Gesamtumsatz an diätetischen Lebensmitteln betrug im Jahr 1983 zwei Milliarden Mark. Daran waren Diätprodukte für Erwachsene mit 61 Prozent, Säuglings- und Kleinkindernahrung mit 35 Prozent und Nährstoffkonzentrate mit vier Prozent beteiligt. Der Kindernahrungsumsatz in Höhe von rund 700 Millionen Mark teilte sich wie folgt auf: 44 Prozent Babykost in Gläsern, 31 Prozent Säuglingsmilchnahrung, 21 Prozent Getreidebreie, vier sonstige Erzeugnisse.

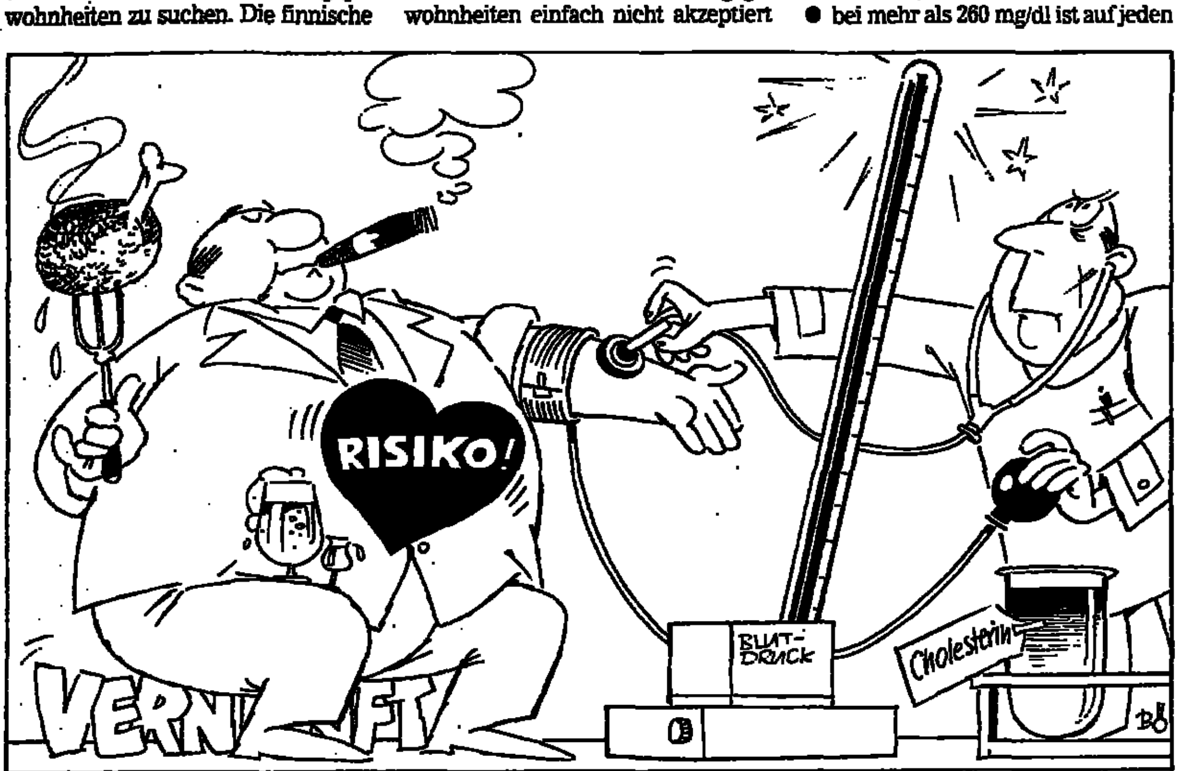
Vorbeugen ist besser als heilen

Vorbeugende Maßnahmen wurden in den 50er Jahren zuerst in den USA durchgesetzt, nachdem dort die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Todesfälle erheblich zugenommen hatten. Um die Ursachen dieser Entwicklung zu erforschen und nach Möglichkeiten ihrer Verhütung zu suchen, stellte sich ein Teil der Bevölkerung in der Kleinstadt Framingham zur Verfügung.

Bei der Fahndung nach Stoffwechselentgleisungen zur Erklärung der hohen Todesrate an Herzinfarkten stießen die Ärzte auf mehrere dafür verantwortlich zu machende Faktoren, vor allem inhalierendes Zigarettenrauchen, Bluthochdruck und erhöhte Blutfettwerte besonders des Cholesterins. Bei Freiwilligen wurde festgestellt, daß viele von ihnen zu dick, manche auch zuckerkrank waren oder eine Gicht hatten. Nach den Befunden wurde das sogenannte „*Risikofaktorenkonzept*" *aufgestellt* und damit die Grundlage für vorbeugende Maßnahmen geschaffen.

Zunächst in Framingham begonnen, ist das „Interventionsprogramm" dann auch auf den „Anticoronary Club" in New York ausgedehnt und von dort auf viele, mit den gleichen Problemen „kämpfende" westliche Industrienationen übertragen worden. Schon 1959 haben die amerikanische kardiologische Gesellschaft (AHA) und mit ihr das nationale Gesundheitsinstitut (NIH) Empfehlungen für besonders gefährdete Personenkreise *aber auch für die* Gesamtbevölkerung ausgearbeitet, denen sich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit zwei Expertenpublikationen von Rom (1979) und Genf (1982) anschlossen. Unter WHO-Schirmherrschaft ist vom Herzinfarktzentrum Heidelberg das Eberbach-Wieslocher Modell für vorbeugende Maßnahmen auf Gemeindeebene entwickelt worden.

Die zunächst in den USA aufgestellten Risikofaktoren für die Entstehung von Herz- und Gefäßleiden als Folge sich über Jahre und Jahrzehnte ausbildender Arteriosklerose stellten die Grundlage für alle zu ergreifenden vorbeugenden Maßnahmen dar. Die Richtigkeit des Risikokonzepts ist inzwischen weltweit durch epidemiologische Untersuchungen, Tierexperimente und an Familien mit angeborenen Hypercholesterinämien bestätigt worden. Länder wie zum Beispiel Finnland mit extrem hohen Durchschnittswerten an Cholesterin im Blut haben auch besonders hohe Sterberaten an Herzinfarkten, während Nationen mit niedrigen Cholesterinspiegeln wie unter anderem in Japan, den Mittelmeer- und Entwicklungsländern nur wenig Herzinfarkttote haben. Die statistisch signifikanten Differenzen sind vor allem in den unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten zu suchen. Die finnische



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kost ist sehr fettreich mit viel tierischem *Eiweiß, die der Japaner dage*gen fettarm, aber reich an Fisch und Ballaststoffen. In Italien und Griechenland wird ausschließlich mit Olivenöl gekocht und gebraten und viel Gemüse verzehrt. Siedeln dagegen japanische Familien in die USA über und übernehmen dort die Ernährungsgewohnheiten ihres Gastlandes, gleicht sich ihre Zahl an Herzinfarkten derjenigen der US-Amerikaner an.

In den USA, in Kanada und Australien wie in Skandinavien haben in den letzten 15 Jahren vorbeugende Großaktionen zu einer Senkung der Sterbefälle an Herzinfarkt um 25 Prozent geführt. In der Bundesrepublik ist zwar die Zahl jugendlicher Koronarinfarkte rückläufig, aber nicht die der gesamten Todesrate an Herz- und Kreislauf-Erkrankungen. Im Unterschied zu vielen Staaten in West und Ost wird im Bundesgebiet nämlich das Arterioskleroseproblem immer noch zum Teil kontrovers diskutiert, weil gesicherte Erkenntnisse über falsche Lebens- und Ernährungsgewohnheiten einfach nicht akzeptiert werden. Davon blieb auch ein Gutachten *nicht verschont, das ein inter*nationales Expertengremium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Auftrag der Bundesregierung angefertigt hat. Dieses Gutachten ist durch die Veröffentlichungen der AHA und WHO und jetzt auch *durch den 1984 publizierten Groß*-Versuch des „Lipid-Research-Clinics-Coronary Primary Prevention Trial" (LRC-CPPT) bestätigt worden. Danach führt eine Senkung des Blutcholesterinwertes um ein Prozent zu einer Reduzierung des koronaren Risikos um zwei Prozent. Dieses Ziel zu erreichen, ist gar nicht so schwer. Erste Voraussetzung ist die Kenntnis über den eigenen Cholesterinspiegel im Blut:

- Beträgt das Gesamtcholesterin weniger als 200 mg/dl, so besteht keine Gefahr für eine koronare Herzkrankheit, wenn der Betreffende nicht raucht und keinen Bluthochdruck hat;
- bis 220 mg/dl ist das Risiko noch gering, steigt jedoch bis 260 mg/dl deutlich an;
- bei mehr als 260 mg/dl ist auf jeden Fall eine diätetische Behandlung *erforderlich, die bei Werten über 300* mg/dl medikamentös ergänzt werden sollte.

Die erfolgreiche Ernährungsumstellung in den USA hat schon jetzt zu einer Abnahme der durchschnittlichen Cholesterinkonzentration von 235 mg/dl auf *210* mg/dl geführt. Bei uns dagegen wird immer noch zu viel, zu fett, zu süß und zu salzig gegessen. Dieses Fehlverhalten macht sich auch in der zunehmenden Zahl übergewichtiger Hochdruckkranker bemerkbar. Denn gerade aus der Gruppe der sogenannten „milden" Hypertoniker rekrutieren sich die meisten Herzinfarkte. Gemäß den in Amerika gemachten Erfahrungen, wo 75 Prozent aller Patienten gut eingestellt sind, empfiehlt es sich, Personen mit diastolischen Blutdruckwerten zwischen 90 und 104 mmHg zunächst einer diätetischen Behandlung zuzuführen, mit der allein sich oftmals die Werte bereits normalisieren lassen. Nur dann, wenn eine Kostumstellung nicht genügt, sollte zusätzlich eine medikamentöse Therapie eingeleitet werden.

Die von allen Expertengremien übereinstimmend vorgeschlagenen Ernährungsweise, sollte im Kalorienverbrauch den tatsächlichen Bedürfnissen zur Erhaltung oder Erreichung eines Normalgewichtes angepaßt werden. Der Fettverbrauch sollte 30 bis 35 Prozent der Nahrungskalorien nicht überschreiten und das *Nahrungscholesterin nicht mehr* als 300 mg pro Tag betragen. Fett ist ein wichtiger Energiespender. Von den drei darin enthaltenen Fettsäuren kann der Organismus die gesättigten und einfach ungesättigten (Ölsäure) selbst synthetisieren, sie sind daher nicht lebenswichtig. Nur die mehrfach ungesättigten Fettsäuren, deren Hauptvertreter die Linolsäure ist, müssen dem Menschen mit der täglichen Nahrung zugeführt werden.

Sie sind essentiell wie einige Aminosäuren, wie Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente. Linolsäure wird gebraucht für den *Aufbau* von Zellmembranen, für eine normale Blutgerinnung, Synthese von Gewebshormonen, zum Beispiel den Prostaglandinen, und für eine Senkung erhöhter Blutcholesterinkonzentrationen. Daraus ergibt sich die Forderung, tierische Fette aus Fleisch- und Milchprodukten zu meiden und durch linolsäurereiche Pflanzenöle und Diätmargarinen zu ersetzen, wobei das Verhältnis der drei Fettsäuregruppen 1:1:1 betragen sollte.

Unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen wird es vielleicht auch im Bundesgebiet möglich sein, ähnlich viele Infarkttote zu verhüten, wie die 335 000 in den USA allein in den Jahren von 1968 bis 1978.

LOTTE LUDWIG

Reinheit auch bei Diätbier

WR. Bonn

Das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Reinheitsgebot für die Bierherstellung gilt uneingeschränkt auch für Diätbier. Um dieses Spezialgetränk für Diabetiker geeignet zu machen, muß allerdings der Kohlenhydratgehalt vermindert werden.

Das geschieht durch eine hohe Vergärung. Durch diese Vergärung steigt die Alkoholkonzentration an, was für Zuckerkranke nicht erwünscht ist. Um die Vorschrift der Diätverordnung zu erfüllen, wonach Diätbier nicht mehr Alkohol enthalten darf als ein vergleichbares Normalbier, muß mit Hilfe aufwendiger Verfahren ein Teil des Alkohols wieder entfernt werden.

Damit kommt es auch zu einer für Diabetiker günstigen Kalorienverminderung. Normalbier hat einen Brennwert von etwa 43 kcal/100 ml. Bei Diätbier sind es nur etwa 31 kcal/100 ml. Die übrigen Inhaltsstoffe – wie Mineralsalze, Vitamine und Eiweißstoffe – sind bei beiden Biersorten gleich. Der Anteil des Diätbiers am gesamten Bierausstoß in der Bundesrepublik ist gering.

Dennoch gibt es eine Reihe von Brauereien, die das komplizierte Herstellungsverfahren beherrschen und damit dem Diabetiker den Biergenuß im Rahmen seines Diätplans ermöglichen.

Tagesrationen für „Schwergewichtler"

WR. Bad Homburg

Diätetische Lebensmittel, die zur Verwendung als Mahlzeit oder als Tagesration für Übergewichtige bestimmt sind, enthalten pro Mahlzeit nicht mehr als 1675 kj, bei Tagesrationen nicht mehr als 5025 kj.

Weitere Bestimmungen der Diätverordnung sorgen dafür, daß trotz Kalorienbeschränkung der Mindestbedarf an hochwertigem Eiweiß, Kohlenhydraten, essentiellen Fettsäuren, Vitaminen und Mineralstoffen durch diese Produkte gedeckt wird. Sie eignen sich für eine kurmäßige Anwendung, ohne daß Mangelerscheinungen zu befürchten sind.

Bier, Wein und Sekt für Diabetiker

WR. Bonn

Für Diabetiker gibt es kohlenhydratarme Bier-, Wein- und Sektsorten. Leberkranke und Promillebewußte können ihren Durst mit alkoholfreiem Bier stillen. Bestimmte Fruchtsäfte mit hohen Gehalten an Vitaminen und Mineralstoffen dienen zur Bekämpfung entsprechender Mangelerscheinungen. Auch verschiedene Kaffee- und Teesorten sowie Heilwässer *sind diätgeeignet* bei Beschwerden im Verdauungstrakt oder Bluthochdruck. Nicht zu vergessen sind die besonders nährstoffreichen Trinknahrungen, wie sie zum Beispiel im Hochleistungssport oder in der Intensivmedizin zum Einsatz kommen. Der weitaus größte Anteil entfällt auf die kalorienarmen Erfrischungsgetränke für Gewichtsbewußte und Diabetiker. 1983 sind davon 270 Millionen Liter getrunken worden. Das sind etwa sechs Prozent der Gesamtmenge an süßen alkoholfreien Erfrischungsgetränken. Bei den Amerikanern ist bereits jede vierte Limonade kalorienarm.

Diätverordnung als gesetzliche Grundlage

WR. Bonn

Im Unterschied zu anderen gesundheitsorientierten Produkten sind diätetische Lebensmittel gesetzlich definierte Erzeugnisse für bestimmte Verwendungszwecke. Die gegenüber normalen Lebensmitteln strengeren Anforderungen an Diäterzeugnisse sind in der Diätverordnung festgelegt.

Es könnten mehr sein . . .

WR. Bad Homburg

Etwa drei Millionen Bundesbürger nehmen der Statistik zufolge regelmäßig, rund 825 000 gelegentlich Diätkost zu sich. Die Zahl der diätbedürftigen Personen wird dagegen auf zehn Millionen geschätzt. Besorgniserregend ist, daß nur knapp die Hälfte der 2,25 Millionen Zuckerkranken eine Diät befolgen. Ernüchternd klingt auch die Zahl von rund 600 000 Deutschen, die laut Erhebung des Statistichen Bundesamtes mit Hilfe einer Diät abnehmen wollen.



Salat und Müsli machten es möglich: Strahlend zeigt Kugelstoßerin Claudia Losch ihre Goldmedaille, die sie bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles gewann FOTO: AP

Mit „Hochleistungskost" zu olympischen Ehren

Schon seit den Olympischen Spielen der Antike ist bekannt, daß Erfolg im Sport auch von einer gezielten, leistungsfördernden Ernährung abhängt. Mit modernen Untersuchungen konnte dieser Zusammenhang bestätigt werden.

Im Gegensatz zum „Normalbürger" wird der Leistungssportler immer wieder bis an die Erschöpfungsgrenze gefordert. Wenn die Ernährung nicht darauf eingestellt wird, kommt es bald zu Mangelerscheinungen, Leistungsabfall, erhöhter Verletzungsgefahr bis hin zum Zusammenbruch.

Eine *einheitliche* „Hochleistungskost" gibt es allerdings nicht. Die Nahrungszusammensetzung variiert je nach Art, Dauer und Intensität der sportlichen Belastung.

Deshalb muß der Speisezettel eines Sprinters anders aussehen als der eines Marathonläufers oder Gewichthebers. Bei Kraftsportarten ist Eiweiß besonders wichtig. Es sorgt für den Aufbau und die Erhaltung der Muskelsubstanz.

Kommt es auf eine schnelle Energiebereitstellung an, dann stehen Kohlenhydrate im Vordergrund. Fett liefert die für Dauerbelastungen nötige Energie. Allen Sportler-Kostformen gemeinsam ist eine erhebliche Steigerung der Kalorienzufuhr. 5000 und mehr Kalorien täglich sind keine Seltenheit.

Hinzu komt ein erhöhter Bedarf an Wasser und Mineralstoffen, um die Schwitzverluste auszugleichen und damit vorzeitiger Ermüdung, Muskelverhärtung und Muskelkrämpfen vorzubeugen. Vitamine sind für einen reibungslos funktionierenden Stoffwechsel *unerläßlich*, ohne den sportliche Höchstleistungen nicht möglich sind.

Mit „normaler" Nahrung sind all diese Anforderungen kaum zu erfüllen; allein die Bewältigung der erforderlichen Mengen bereitet vielen Sportlern Schwierigkeiten. Sie greifen deshalb gern zu den Nährstoff-Konzentraten der diätetischen Lebensmittelindustrie als Zusatz zur normalen Kost. G. D.

Krank durch falsche Ernährung

WR. Bad Homburg

Auf 40 Milliarden Mark werden seit *neuestem die jährlichen* Kosten durch ernährungsabhängige Krankheiten beziffert. Das ist Grund genug, von der kostendämpfenden, wirksamen und nebenwirkungsfreien Diätbehandlung mehr Gebrauch zu machen. Wer durch Ernährungsfehler krank geworden ist, sollte, bevor er zu anderen Mitteln greift, zunächst versuchen, durch entsprechende Ernährungsumstellung wieder gesund zu werden.

Was bedroht unsere Gesundheit?

WR. Frankfurt

Nicht die streng geprüften Zusatzstoffe und auch nicht die Schadstoffrückstände in Lebensmitteln bedrohen unsere Gesundheit, sondern die Tatsache, daß nach wie vor im Übermaß gegessen und getrunken wird. Die Folge ist eine Vielzahl ernährungsabhängiger Wohlstandskrankheiten, während Krankheitsfälle durch Schadstoffspuren in der Nahrung in der Bundesrepublik nicht bekannt geworden sind. Durch mangelnde hygienische Sorgfalt beim Umgang mit Lebensmitteln erkranken indessen alljährlich Zehntausende, und es kommen sogar Todesfälle vor.

„Grüne Liste" als Nachschlagewerk

WR. Bad Homburg

Diät von A bis Z – von Aufbaukonzentrat bis Zuckeraustauschstoff reicht die Palette diätetischer und diätgeeigneter Lebensmittel. Sie sind enthalten in dem Produktverzeichnis des Bundesverbandes der diätetischen Lebensmittelindustrie, der „Grünen Liste". Eine Vielzahl von Erzeugnissen von rund 80 Herstellern ist darin mit genauen Angaben über Zusammensetzung und Verwendungszweck aufgeführt. Daneben enthält die „Grüne Liste" weitere wichtige Informationen für die Praxis der Diätberatung. In einer Auflage von 90 000 Exemplaren wird dieses nützliche Nachschlagewerk Ärzten und Ernährungsfachkräften kostenlos zur Verfügung gestellt.

In Europa ist nicht alle Diät „diätetisch"

In Europa wird zuwenig gesundheitsbewußt gegessen, meint Johan Ganzevoort, Generalsekretär des *EG-Verbands der diätetischen* Lebensmittelindustrie (IDACE) mit Sitz in Paris. Der gertenschlanke Niederländer beurteilt die diätetischen Anstrengungen der Europäer skeptisch; gewisse Fortschritte seien in den letzten Jahren doch erzielt worden, räumt er in einem WELT-Gespräch ein.

Nun hat die IDACE weniger die Aufgabe, Verbraucher vom Nutzen diätetischer Ernährungsweise zu überzeugen. Der Verband wurde 1959 vor allem mit dem Zweck gegründet, eine Harmonisierung der Lebensmittelgesetzgebung der EG-Staaten im Diätetik-Bereich zu bewirken. Nach zäher Kleinarbeit erließ schließlich Ende 1979 der Rat der Gemeinschaft eine entsprechende Richtlinie; sie zielt speziell auf die Beseitigung indirekter Handelshemmnisse ab.

Tatsächlich hat die Bezeichnung „diätetisch" nicht in allen EG-Staaten die gleiche Bedeutung. Keinesfalls fällt darunter etwa all das, was in einem Reformhaus gekauft werden kann. Auch ist Diätetik nicht mit Diät zu verwechseln. Vielmehr handelt es sich um die Produktengruppe, die zwischen „normalen" Lebensmitteln und Medikamenten liegt. So einigte man sich auf die EG-Definition der „Lebensmittel für eine besondere Ernährung".

Der EG-Richtlinie zufolge muß es sich dabei um Lebensmittel handeln, die sich 1. aufgrund ihrer besonderen *Zusammensetzung oder des besonderen* Herstellungsverfahrens deutlich von den Lebensmitteln des allgemeinen Verzehrs unterscheiden, 2. für den angegebenen Ernährungszweck eignen und 3. mit dem Hinweis darauf in den Verkehr gebracht werden, daß sie für diesen Zweck geeignet sind.

Diese von der Herstellerseite verhältnismäßig weit gefaßte Definition wird für die Verbraucherseite stark eingeengt. Danach muß es sich um Personen handeln, deren Verdauungsprozeß oder der Stoffwechsel gestört ist oder die sich in besonderen psychischen Umständen befinden und deshalb einen besonderen Nutzen aus der kontrollierten Aufnahme bestimmter, in der Nahrung enthaltener Stoffe ziehen können. Klar definiert ist nur, daß alle Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder (bis zu drei Jahren) als diätetische anzusehen sind.

Den Umsatzwert dieses Sektors der Lebensmittelindustrie beziffert Ganzevoort auf jährlich zwei bis drei Milliarden europäischer Währungseinheit (ECU). Wieviel davon auf die einzelnen Mitgliedstaaten und auf die verschiedenen Diätetik-Gruppen entfallen, ließe sich nicht sagen, da die Zollstatistik keine genaue Abgrenzung *gibt*. Auch würden, so Ganzevoort, einige Produzenten ihre statistischen Geheimnisse nicht preisgeben.

Immerhin hat der Verkaufszuwachs bei diätetischen Lebensmitteln in fast allen EG-Ländern während der letzten Jahre den der normalen Lebensmittel übertroffen, erklärte Gnazevoort. Dies gelte vor allem für die Bundesrepublik Deutschland. Das sei weniger eine Gegenreaktion zur deutschen „Freßwelle", als vielmehr der Erfolg systematischer Aufklärungskampagnen.

Sehr besorgt stellt Ganzevoort fest, daß die meisten Ärzte ernährungswissenschaftlich schlecht ausgebildet seien. Was die Mediziner von Diätetik an den Universitäten *mitbekämen*, sei „vollkommen ungenügend". Viele Ärzte seien deshalb unfähig, ihren Patienten richtige Ratschläge für eine angemessene Ernährung zu geben.

Die Aufklärungsarbeit müßte nach Ganzevoort schon in der Grundschule beginnen; bis man hier ein befriedigendes Niveau erreicht, würde noch einige Zeit vergehen. Viel wäre schon gewonnen, wenn man weniger esse und sein Gewicht in Grenzen halte. Diätetische Lebensmittel sind vielfach teurer als „normale" Lebensmittel, aber dennoch „zwei- bis dreimal billiger als eine medizinische Behandlung, die durch sie verhindert werden könnte".

Der Preisunterschied erklärt sich *nicht zuletzt daraus, daß die diätetischen* Lebensmittel besonders strengen Kontrollen unterworfen sind. Auch die Herstellung selbst verursacht zusätzliche Kosten. Die EG-Kommission hat die Reinheitskriterien der Stoffe mit besonderem Ernährungszweck und der Zusatzstoffe genau festgelegt. Andererseits wird der Begriff „diätetisch" besonders vor Mißbrauch geschützt.

JOACHIM SCHAUFUSS

Restriktionen behindern das Angebot

H.W. Bad Homburg

Europa ist noch weit von einem einheitlichen Lebensmittelrecht entfernt. Das zeigte sich deutlich beim V. Internationalen Lebensmittelrechtskongreß, der im September unter dem Thema „Lebensmittelrecht und Ernährung" in München stattfand.

Mehr als 200 Teilnehmer der vor 20 Jahren gegründeten Vereinigung für Lebensmittelrecht (EFLA) aus Groß*britannien*, Frankreich, Spanien, Italien, der Schweiz, Österreich, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik Deutschland befaßten sich vorwiegend mit Fragen aus dem Bereich der diätetischen Lebensmittel oder – wie es im europäischen Sprachgebrauch heißt – Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke. Hier herrschen zum Teil krasse Rechtsunterschiede in den einzelnen Ländern.

Das behindert den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Für diätbedürftige Verbraucher in Ländern mit restriktiver Handhabung des Lebensmittelrechts wird das Angebot an Diätprodukten beträchtlich geschmälert. Damit wird der Einsatz der Diätetik als erfolgreiche Behand*lungsmaßnahme* bei ernährungsabhängigen Zivilisationskrankheiten erschwert.

Bevor nach neuen Gesetzen und Verordnungen gerufen wird – darüber waren sich die Juristen, Chemiker, Lebensmitteltechnologen und Ernährungswissenschaftler einig –, sollte stets die Alternative freiwilliger Vereinbarungen der Wirtschaft erwogen werden. Hierfür gibt es bereits einige Beispiele, und man hat gute Erfahrungen damit gemacht.

Daß Diätetik heute eine wissenschaftliche Disziplin ist, steht außer Zweifel. Auch ist die diätetische Lebensmittelindustrie durch die EG-Richtlinie für Diäterzeugnisse als eigenständige Industriegruppe sozusagen *offiziell anerkannt* worden.

Dennoch bestehende unterschiedliche Auffassungen oder irrige Vorstellungen über den Nutzen der Diätetik sind nicht zuletzt durch einen unzureichenden Wissensstand in weiten Teilen der Bevölkerung zu erklären. Mehr Information ist also erforderlich. Es wäre jedoch der falsche Weg, sie durch eine „Superkennzeichnung" von Lebensmitteln erreichen zu wollen.





Noch kein Mittel gegen Krebs

WR. Bonn

Neben 19 wissenschaftlich anerkannten Diätformen gibt es zahllose „Pseudodiäten" und „Wunderkuren", deren Wirkung nicht nachweisbar, zumindest aber umstritten ist. Im Ernährungsbericht 1984 ist eine kritische Bewertung der häufigsten als Diät propagierten Kostformen vorgenommen worden. Demnach gibt es bis jetzt keine Diät, die gegen Krebs, Rheuma, Multiple Sklerose oder Hautkrankheiten hilft, wenn die Krankheit bereits besteht. Folglich wird man auch diätetische Lebensmittel für diese Anwendungsbereiche vergeblich suchen.

Mehr Mütter stillen länger

WR. Bad Homburg

Seit 1976, dem Jahr mit der niedrigsten Stillquote hat die Muttermilchernährung von 52 auf 68 Prozent zugenommen mit weiter steigender Tendenz. Die durchschnittliche Stilldauer hat sich im gleichen Zeitraum von fünf auf fast acht Wochen verlängert. Regionale Untersuchungen zeigen Stillquoten von 85 Prozent.

Ein Drittel aller Kinder mit Untergewicht

WR. Bad Homburg

Überraschend ist die Feststellung des Ernährungsberichts 1984, daß bei Kindern nicht Übergewicht vorherrscht, sondern daß etwa ein Drittel der Kinder, vor allem Mädchen, deutliches Untergewicht aufweisen.

Es schmeckt zu gut

WR. Bonn

Die Bundesbürger, vor allem die Altersgruppen über 30 Jahre, essen immer noch mehr als sie brauchen. Zu viel Fett, zu viel Zucker und zu viel Alkohol sind laut Ernährungsbericht 1983 die Hauptursachen für häufiges Übergewicht. Dadurch werden Herzkranzgefäßkrankheiten, Bluthochdruck, arteriosklerotische Erkrankungen der Gehirngefäße, Zukkerkrankheit und Gicht begünstigt. Bei vernünftiger Ernährungs- und Lebensweise wären diese Erkrankungen weitgehend zu vermeiden.

Astronauten-Diät hilft den Schwerkranken

Die in der Küche selbst hergestellten flüssigen Diäten sind passé, weil sie bezüglich ihrer Energie-, Eiweiß-, Vitamin-, Mineralien- und Spurenelemente-Zusammensetzung nicht bedarfsdeckend sind. Will man eine solche Diät ernährungsphysiologisch wertvoll gestalten, bedarf es eines großen küchentechnischen und personellen Aufwandes, der diese Kost sehr teuer macht. Daneben ist auch das Risiko der Verunreinigung mit Bakterien durch viele Arbeitsgänge sehr hoch. Beim abwehrgeschwächten Patienten können dadurch sogar Infektionen hervorgerufen werden.

Moderne industriell hergestellte Diäten vermindern dieses Risiko. Grundsätzlich werden dabei zwei Gruppen unterschieden, nämlich die nährstoffdefinierten und die chemisch definierten Diäten. Unter nährstoffdefinierten Produkten versteht man standardisierte, genau definierte Nährgemische natürlichen Ursprungs, die als Fertigprodukte angeboten, nicht mehr aufbereitet werden müssen. Die Verwendung einer solchen Diät setzt eine ungestörte Resorptionsfähigkeit des Darmes und normales Stoffwechselverhalten beim Patienten voraus. Sie ist trinkbar oder wird über eine Sonde in den Magen oder Dünndarm transportiert.

Eine nährstoffdefinierte Diät ist bedarfsdeckend, das heißt bei alleiniger Zufuhr gewährleistet sie über praktisch unbegrenzte Zeit einen normalen Stoffwechsel. Sie ist zudem in der Lage, bereits eingetretene Verluste wieder auszugleichen. Sie stellt gewissermaßen die Standarddiät für alle diejenigen Patienten dar, die aus irgendwelchen Gründen nicht essen können oder dürfen, aber bei denen der Magen-Darm-Trakt intakt ist. Diese Diäten haben sich bei der Kurz- und Langzeiternährung Schwerstkranker bestens bewährt.

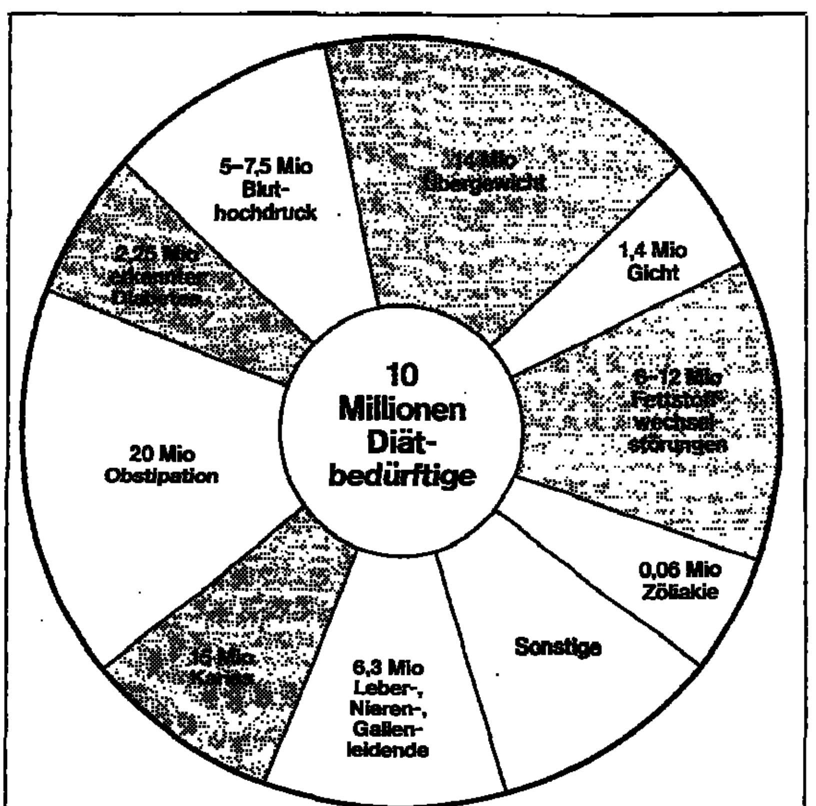
Unter chemisch definierten Diäten versteht man eine ebenfalls industriell vorgefertigte Nahrung, bei der die einzelnen Bausteine aus bestimmten synthetischen oder durch Abbau natürlicher Produkte gewonnenen Einzelkomponenten bestehen. Sie werden ebenfalls in standardisierter und bilanzierter Form angeboten. Chemisch definierte Diäten enthalten keine Ballaststoffe und sind fettarm. Sie sind frei von Cholesterinen und Purinkörpern. Die Resorption dieser Diäten erfolgt im Magen-Darm-Kanal, ohne daß dazu eine Verdauungsleitung des Darmes erforderlich ist. Sie können somit Patienten verabreicht werden, die nicht mehr in der Lage sind, normale Nahrungsbestandteile zu verdauen.

Die chemisch definierten Diäten wurden ursprünglich entwickelt, um Ernährungsprobleme bei Weltraumflügen zu lösen (Astronauten-Diät). Sie kamen aber zu diesem Zweck nicht zum Einsatz und wurden dann in der Medizin zur Ruhigstellung des Darmes bei entzündlichen Darmerkrankungen, beim Kurzdarmsyndrom, bei Malabsorption und bei vielen anderen Krankheiten und Zuständen verwendet, die keine normale Nahrungsaufnahme erlauben. Neuerdings sind Diäten entwickelt worden, die noch besser vom Organismus aufgenommen und verwertet werden als die ursprünglichen chemisch definierten Diäten.

Der Anwendungsbereich von Sondenkost ist in den letzten Jahren dank der enormen Verbesserung dieser Ernährungsform ständig erweitert worden. So gelingt es, schwerstkranke Patienten mit Störungen der Nahrungsaufnahme oder der Nahrungsverwertung praktisch über unbegrenzte Zeit zu ernähren. Dies gilt nicht nur für das Krankenhaus, wo zum Beispiel Bewußtlose oder Patienten mit Schluckstörungen zu versorgen sind, sondern in zunehmendem Maße auch für ambulante Patienten. So können beispielsweise Krebskranke mit Hilfe solcher Diäten bezüglich ihres Ernährungszustandes und ihres Körpergewichts stabilisiert werden und so andere Behandlungsmaßnahmen besser verkraften. Auch ältere Menschen, die infolge nachlassenden Hungergefühls oft zuwenig Nahrung aufnehmen, lassen sich mit solchen Diäten versorgen.

Heute ist kein Patient mehr auf Krankenhäuser oder Heime angewiesen, weil die Ernährung nicht gesichert ist. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Kranken haben bereits gelernt, sich selbst über eine Sonde zu ernähren. Leider werden jedoch in den meisten Fällen die Kosten der lebensrettenden Diäten von den Krankenkassen nicht übernommen, so daß häufig aus finanziellen Gründen davon Abstand genommen werden muß.

DIETMAR SAILER



Untersuchungen ergaben: Etwa 14 Millionen Deutsche haben Übergewicht, fünf bis siebeneinhalb Millionen leiden unter Bluthochdruck und sechs bis zwölf Millionen unter Fettstoffwechselstörungen

Diätetische Lebensmittel für Kranke und Gesunde

Einen Katalog von 19 Krankheiten, bei denen die Diät zur ärztlichen Therapie gehört, haben Mediziner und Ernährungswissenschaftler im Jahre 1978 unter Federführung des Bundesgesundheitsamtes erarbeitet. Hierzu zählen so häufige Erkrankungen wie Bluthochdruck, Fettsucht, Fettstoffwechselstörungen, Zuckerkrankheit, Gicht und Verstopfung. Aber auch bei selteneren Krankheiten, wie angeborenen Stoffwechselstörungen, Nahrungsmittelallergien, Unterernährung, bestimmten Bauchspeicheldrüsen-, Darm-, Leber- und Nierenleiden, kann auf die Diätbehandlung nicht verzichtet werden.

Zum Teil ist sie sogar lebensrettend oder ermöglicht überhaupt erst eine normale geistige und körperliche Entwicklung. Für all diese Diätformen gibt es maßgeschneiderte Produkte, die diätetischen Lebensmittel.

Diäterzeugnisse sind jedoch nicht ausschließlich für die Ernährung von Kranken bestimmt. Auch Gesunde, zum Beispiel Schwangere, Stillende, Säuglinge, Kleinkinder, Senioren und Hochleistungssportler, haben von der Norm abweichende Ernährungsbedürfnisse und können von speziell darauf abgestimmten Diätlebensmitteln profitieren.

Die diätetische Lebensmittelindustrie produziert für eine besonders empfindliche Verbrauchergruppe. Ihre Erzeugnisse sind hinsichtlich Zusammensetzung und Kennzeichnung, Hygiene und Rückstandsarmut strengeren Bestimmungen unterworfen als normale Lebensmittel. Sie sind in der Diätverordnung festgelegt und garantieren ein hohes Maß an „Sicherheit in der Diätetik".

Zusätzlich zu diesen Vorschriften werden produktspezifische Richtlinien und firmeneigene Qualitätsstandards erfüllt, die in der Regel deutlich über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen.

G. R.

Die Köstlichkeiten aus der Diabetes-Küche

Beim Diabetes mellitus, der Zukkerkrankheit, handelt es sich um eine erbliche chronische Erkrankung, die mit Diät, Bewegungstherapie und gegebenenfalls Tabletten oder Insulin zu behandeln ist. Dabei stellt die Diät die Grundlage jeder Form der Diabetesbehandlung dar, gleichgültig, ob es sich um junge, eher normalgewichtige Patienten, die Insulin spritzen müssen, handelt, oder um ältere, zumeist übergewichtige Patienten, bei denen das vorrangige Therapieziel in der Gewichtsabnahme besteht.

Drei wichtige Grundprinzipien bestimmen das Diätverhalten aller Diabetiker: die Einhaltung einer „kaloriengerechten" Diät, also die mengenmäßig richtige Zufuhr von Energie in Form von Lebensmitteln, die ein ideales Körpergewicht garantiert. Zum anderen sollen die Mahlzeiten auf viele kleine Portionen verteilt werden, und schließlich ist darauf zu achten, daß Zucker, die rasch – gleichsam überfallartig – aus dem Darm in die Blutbahn aufgenommen werden und den Blutzucker erhöhen, vermieden werden. Solche Zucker, die in der Diabetesdiät nicht enthalten sein dürfen, sind insbesondere Saccharose (Rohrzucker und Rübenzucker), Traubenzucker und Malzzucker.

Die diätetische Lebensmittelindustrie hat sich mit Erfolg darum bemüht, für Arzt und Patient Diäthilfen zur Verfügung zu stellen. Dabei sind zunächst Konserven und andere genormte Produkte für Diabetiker und insbesondere übergewichtige Zukkerkranke zu nennen, deren Einsatz im Mahlzeitenplan jeden Fehler vermeiden läßt. Solche Lebensmittel sind genau deklariert, so daß der Patient gemäß seinem Diätplan die richtigen Nahrungsmittel in der vorgeschriebenen Menge zuführen kann.

Eine weitere wesentliche Erleichterung bringt die Möglichkeit des Verzehrs von Zuckeraustauschstoffen und Süßstoffen mit sich. Wie oben ausgeführt, sind die üblichen Zucker wegen ihrer raschen blutzuckererhöhenden Wirkung für den Diabetiker verboten. Dies gilt gemäß einer Stellungnahme der Deutschen Diabetes-Gesellschaft trotz zum Teil anderslautender Meldungen nach wie vor.

Zuckeraustauschstoffe (Fruchtzukker, Sorbit, Xylit) werden langsamer in die Blutbahn aufgenommen und zum Teil insulinabhängig verwertet. Mit Hilfe dieser Zuckeraustauschstoffe lassen sich wohlschmeckende Speisen und Getränke zubereiten (es sei in diesem Zusammenhang an Diabetikermarmeladen erinnert, die die Schwierigkeiten, die sonst im Hinblick auf den Brotaufstrich bei Diabetikern bestehen, lindern helfen). Solche Zuckeraustauschstoffe sind in die Kohlenhydrat-(Broteinheit)-Berechnung einzubeziehen, da sie kalorienhaltig sind.

Für Süßstoffe (zum Beispiel Cyclamat und Saccharin) gilt letztere Forderung nicht; von diesen Substanzen kann der Diabetiker ohne Berechnung im Kostplan so viel nehmen, wie er zur Süßung seiner Speisen benötigt. Extrem hohe Dosen sind aus prinzipiellen Gründen zu vermeiden, werden aber nach allgemeiner Erfahrung von den Patienten sowieso nicht gewünscht. Frühere Mitteilungen, wonach Süßstoffe bestimmte Formen von Krebs im Tierexperiment erzeugt haben sollen, haben sich auf Grund ausführlicher Nachuntersuchungen des Deutschen Krebsforschungs-Instituts und anderer Institutionen als völlig haltlos erwiesen. Natürlich kann der Diabetiker durch Einbeziehung der genannten Süßungsmittel eine ganze Reihe von Lebensmitteln (wie Backwaren) bei Berechnung essen, was die Lebensqualität erhöht.

Normales Bier muß wegen seines Malzzuckergehaltes vermieden werden. Hier steht ein fast kohlenhydratfreies Diätbier zur Verfügung, das über den üblichen Alkoholgehalt von Vollbier verfügt. Allerdings ist der Genuß von Diätbier mit dem Arzt abzusprechen, damit nicht andere Gründe, die einen Alkoholgenuß verbieten (zum Beispiel Leberschäden, Nervenentzündungen) übersehen werden. Auch ist zu bedenken, daß insbesondere bei Übergewichtigen der Kaloriengehalt von Alkohol im wahrsten Sinne des Wortes ins Gewicht fällt.

Der Einsatz diätetischer Lebensmittel ist dann stets von Nutzen, wenn die Einbeziehung in die Ernährung des Diabetikers mit dem Arzt abgesprochen wird.

HELLMUT MEHNERT

Zu sparsam an der falschen Stelle

WR. Bad Homburg

Etwa 3700 Diätassistentinnen und ernährungsmedizinische Beraterinnen arbeiten nach Angaben des einschlägigen Berufsverbandes zur Zeit im Bundesgebiet. In Anbetracht der weiten Verbreitung ernährungsbedingter Zivilisationskrankheiten ist diese Zahl absolut unzureichend. In letzter Zeit sind in diesem Bereich sogar Planstellen gestrichen worden. Damit wird „Kostendämpfung" an der falschen Stelle betrieben. Der Ausbau der Ernährungs- und Diätberatung dürfte auf lange Sicht die billigere Lösung sein.

Wissenschaftliche Angaben sind erlaubt

WR. Bad Homburg

Diätlebensmittel dürfen, soweit die Diätverordnung es zuläßt, mit krankheitsbezogenen Angaben versehen sein, wenn diese wissenschaftlich hinreichend gesichert sind. Solche Angaben sind häufig notwendig, um die bestimmungsgemäße Anwendung der Erzeugnisse im Rahmen einer Diät zu gewährleisten. Dennoch handelt es *sich nicht um Arzneimittel*, sondern, weil sie ausschließlich der Ernährung dienen, um Lebensmittel.

Kochsalzgehalt unter Weltniveau

WR. Bonn

Keine Mutter muß befürchten, daß der Kochsalzgehalt von Säuglings- und Kleinkindernahrungen zu hoch wäre. Er liegt in der Bundesrepublik Deutschland im Mittel sogar unter den Werten der Weltgesundheitsorganisation. Für eine weitere Senkung besteht kein Anlaß, zumal dann der Anreiz zu unkontrolliertem Nachsalzen der Fertigkost immer größer wird. Ob zwischen der Kochsalzaufnahme im Säuglings- und Kleinkindalter und der Entstehung von Bluthochdruck beim Erwachsenen ein Zusammenhang besteht, ist noch offen. Unbewiesen ist bislang auch, daß Gewöhnung an salzigen Geschmack in den ersten Lebensjahren die Voraussetzung für späteren überhöhten Kochsalzkonsum schafft.

„Die beste Ernährung für den Säugling ist die Muttermilch"

Fast 80 Prozent der Mütter setzen sich mit Ernährungsfragen auseinander. Treten Ernährungsprobleme bei Säuglingen und Kleinkindern auf, dann wird der Arzt als kompetente Informationsquelle zu Rate gezogen. Ein Thema, um das die Besorgnisse der Mütter immer wieder kreisen, ist die Sicherheit in der Säuglingsernährung. Die WELT sprach mit Professor Otto Hövels, Direktor des Zentrums der Kinderheilkunde der Frankfurter Universitätsklinik.

WELT: Was ist die optimale Ernährung für das Neugeborene und den Säugling?

Hövels: Die beste Ernährung für Neugeborene und Säuglinge während der ersten Lebensmonate ist die ausschließliche Ernährung mit Muttermilch, das Stillen. Muttermilch ist in ihrer Zusammensetzung und hinsichtlich ihrer Veränderung während der Stillperiode den Bedürfnissen Neugeborener und junger Säuglinge am besten angepaßt. Sie gewährleistet die notwendige Energiezufuhr. Ihre Nährstoffe sind so zusammengesetzt, daß sie den Flüssigkeitshaushalt des Kindes am wenigsten belasten und an die Leistungen der noch unreifen Niere die geringsten Anforderungen stellen. Muttermilch stärkt durch ihre immunologischen Eigenschaften die Infektabwehr des Kindes.

WELT: Welche Bedeutung hat die Ernährung des Säuglings für die Gesundheit und Entwicklung des Kindes im späteren Leben?

Hövels: Sie muß die für ein gutes Längen-, Gewichts- und Gehirnwachstum notwendigen Stoffe in der erforderlichen Menge, verbunden mit dem dazu nötigen Energiegehalt, bereitstellen. Dies ist eine der Voraussetzungen dafür, daß Kinder auch später normal wachsen. Allerdings ist der Längenzuwachs pro Jahr nie wieder so groß wie im ersten Lebensjahr. Übergewicht im Säuglingsalter muß übrigens nicht bedeuten, daß diese Kinder, sofern sie nicht überernährt weren, auch später fett bleiben. Eine bedarfsangepaßt Ernährung ist nicht nur auf der Basis der Muttermilch, sondern auch durch adaptierte oder teiladaptierte Milchpräparate möglich.

WELT: Welchen Anteil haben Ernährungsstörungen an den Erkrankungen im Säuglings- und Kleinkindalter? Wie ist die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten verlaufen?

Hövels: Wir haben seit dem 2. Weltkrieg einen ganz erheblichen Rückgang der infektions- und ernährungsbedingten Durchfallerkrankungen im Säuglings- und Kleinkindalter zu verzeichnen. Dies ist einmal Folge ganz erheblicher Verbesserungen auf dem Gebiet der allgemeinen Hygiene, für die ich die Wasserqualität als ein Beispiel nennen möchte. Dazu kommt, daß die ernährungsphysiologisch sinnvoll zusammengesetzten Säuglingfertignahrungen eine weit größere Sicherheit vor der Übertragung von Infektionen bieten als Nahrungen, welche Mütter mit Kuhmilch daheim selber herstellen. Durchfälle sind auch heute noch im Säuglingsalter keine seltene Erkrankung. Doch ist mit erheblichen Folgen, bleibender Beeinträchtigung der Entwicklung oder gar mit Todesfällen unter unseren Lebensbedingungen in der Regel nicht zu rechnen.

WELT: Welche Rolle spielen die Produkte der Kindernahrungsindustrie? Inwieweit tragen sie zu einer Verbesserung der Sicherheit in der Ernährung des Säuglings bei? Werden die Qualitätsanforderungen erfüllt?

Hövels: Außer dem bereits erwähnten Beitrag zur bakteriologischen Sicherrheit der Säuglingsernährung haben sich die von der Kindernahrungsindustrie hergestellten Milchnahrungen in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich geändert. Man versucht, die Belastung des Wasserhaushaltes und der Nierenfunktion junger Säuglinge durch Anpassung oder Teilanpassung (adaptierte bzw. teiladaptierte Säuglingsmilch) der Nahrungszusammensetzung an die Muttermilch so gering wie möglich zu halten. Wesentlich erscheint mir, daß der Fettanteil, se es in bezug auf die Konzentration, sei es in bezug auf den Gehalt an lebenswichtigen Fettsäuren, durch industrielle Techniken dem Fettgehalt der Muttermilch angepaßt werden konnte. Dies ist insofern ein Fortschritt, als früher die selbst hergestellte Säuglingsnahrung im Verhältnis zu den angesprochenen Fertignahrungen mehr Kohlenhydrate und weniger Fett enthielt.

Leider führte die fortschreitende Verbesserung der Säuglingsfertignahrungen zu einem ganz erheblichen Rückgang des Stillens. Die Entscheidung, ob der Säugling gestillt oder mit der Flasche ernährt wird, bedeutet nämlich heute nicht mehr die Inkaufnahme eines höheren Krankheitsrisikos. Wenn Kinderärzte trotzdem dem Stillen den Vorrang geben, dann auch wegen der Möglichkeit eines engeren Kontaktes zwischen Mutter und Kind. In letzter Zeit hat das Stillen wieder zugenommen.

Ebenso wie die industriell hergestellten Milchnahrungen erfüllen die auf dem Markt angebotenen Obst-, Gemüse- und Fleischzubereitungen für Säuglinge in Gläschen hohe Anforderungen in bezug auf Nährstoffqualität und Freiheit von Schadstoffen – Anforderungen, deren Erfüllung bei Herstellung im Haushalt nicht gewährleistet ist. Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist dser Kochsalzgehalt dieser Nahrungen deutlich vermindert worden. Der Minimalbedarf des Säuglings wird jedoch gedeckt. Korrekturen des Zuckergehaltes sind bei manchen Produkten möglich. Doch wird das Problem der ‚Gewöhnung an die Geschmacksqualität süß' meines Erachtens in der Öffentlichkeit, insbesondere was seine Bedeutung für die Entstehung von Fettsucht bei älteren Kindern anlangt, erheblich überschätzt.

WELT: Welche Entwicklung in der Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern hält der Kinderarzt für wünschenswert?

Hövels: Ich befürworte eine ganz erhebliche Zunahme der Stillhäufigkeit und Stilldauer. Mir ist bewußt, daß dies auch von sozialpolitischen Entscheidungen abhängt. Allerdings bleibt die Tatsache, daß Muttermilch einen weit höheren Pestizidgehalt als Säuglingsfertigmilch hat, beunruhigend. Trotz des allgemeinen Eindrucks, daß sich dies bisher nicht nachteilig ausgewirkt hat, möchte ich eine genauere Klärung dieser Sachverhalte möglichst bald wünschen, da die Pestizidkonzentration nur langsam zurückgehen wird.

Ich wünsche mir ferner eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, den beratenden Ärzten und der Kindernahrungsindustrie. Nur so läßt sich erreichen, daß ein vernünftiges und abwechslungsreiches Nahrungsangebot nicht nur besteht, sondern auch sinnvoll genutzt wird.

Steigender Vitaminbedarf bei Senioren

WR. Bonn

Wir leben heute ungefähr doppelt so lange wie unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Gestiegener Wohlstand und bessere Ernährung haben neben vielen anderen Faktoren dazu beigetragen. Bei zurückgehender Geburtenrate wird der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung immer größer. Damit gewinnen auch die Ernährungsprobleme der Senioren immer mehr an Bedeutung. Im höheren Lebensalter wird der Kalorienbedarf geringer. Der Bedarf an Nährstoffen, wie Vitaminen und Mineralstoffen, bleibt dagegen gleich hoch wie in jüngeren Jahren oder steigt sogar an. Beide Erfordernisse lassen sich leichter miteinander vereinbaren, wenn zum Teil speziell mit diesen Nährstoffen angereicherte diätetische Lebensmittel verwendet werden.

Auch unterwegs die richtige Nahrung

WR. Düsseldorf

Für Diätbedürftige, die auch unterwegs und im Urlaub auf einwandfreie, unter fachlicher Anleitung zubereitete Diätkost Wert legen, gibt es den „Wegweiser für Diätbedürftige". Dieses Verzeichnis der mit dem Gütezeichen Diätverpflegung – einem dreiteiligen Blatt – ausgezeichneten Gastronomie- und Kurbetriebe ist erhältlich bei: Gütegemeinschaft Diätverpflegung e. V., Moorenstraße 5, 4000 Düsseldorf 1.

Alternativen zum Zucker

WR. Bad Homburg

Für Süßstoffe und Zuckeraustauschstoffe als Alternativen zum Zucker haben die Bundesbürger 1983 mehr als 143 Millionen Mark ausgegeben. Das sind 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Nicht darin enthalten ist der Süßstoffabsatz über Kauf- und Warenhäuser, so daß der tatsächliche Umsatz noch höher ist. Auf Saccharin und Cyclamat in flüssiger Form oder als Tabletten entfielen davon 82,2 Prozent. Wertmäßig werden zwei Drittel als flüssiger Süßstoff verkauft. Die flüssige Angebotsform gewinnt jedoch zunehmend an Boden bei der Zubereitung von Speisen in der Küche. Noch relativ neu ist die „Streusüße", die ähnlich wie Zucker zu handhaben ist und im Vergleich zu diesem eine Kalorienersparnis von 90 Prozent ermöglicht. Zu den klassischen Süßstoffen Saccharin und Cyclamat ist vor einiger Zeit das neue Aspartame hinzugekommen. Weitere Substanzen werden demnächst erwartet. Damit ergeben sich in Zukunft für alle möglichen Verwendungszwecke vielfältige Mischungsmöglichkeiten. Durch die Kombination verschiedener Substanzen wird nicht nur der Geschmack verbessert, sondern auch die Süßkraft gesteigert, so daß insgesamt eine geringere Menge benötigt wird.

Mit vier Prinzipien gegen den Hochdruck

An der Entstehung der häufigsten Form des arteriellen Hochdrucks, der sogenannten essentiellen Hypertonie, an der in der Bundesrepublik Deutschland 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung leiden, sind Ernährungsfaktoren maßgeblich beteiligt.

Es ist in erster Linie die in westlichen Ländern verbreitete Überernährung mit Kalorien, aber auch mit Kochsalz, die für die Ausbildung des lebensverkürzenden Hochdrucks verantwortlich sind. Frühzeitige gezielte Ernährungsumstellung kann bei etwa zwei Drittel der Patienten das Rad wieder zurückdrehen und ohne Anwendung von Medikamenten zu einem befriedigenden Behandlungsergebnis führen.

Vier Diätprinzipien kommen für die Behandlung dieser essentiellen Hypertonie in Betracht: Verminderung der Natriumzufuhr, Erhöhung der Kaliumzufuhr, verminderte Energiezufuhr bei Patienten mit Übergewicht sowie hohe Zufuhr an essentiellen Fettsäuren (Linolsäure).

Was die Natriumzufuhr angeht, bringt schon die Verminderung der täglichen Kochsalzaufnahme von zur Zeit zehn bis 15 Gramm auf die Empfehlungswerte für Gesunde, die halb so hoch angesetzt werden, einen deutlichen blutdrucksenkenden Effekt.

Verminderung der Natriumzufuhr

Eine weitere Verminderung der Natriumzufuhr in Form einer natriumarmen Diät, bei der die tägliche Natriumzufuhr auf weniger als 2,4 Gramm begrenzt ist, was eine Kochsalzzufuhr von *weniger als sechs* Gramm bedeutet, stellt die klassische Basisbehandlung des Hochdrucks dar. Besonders blutdrucksenkend wirkt sich die Einschränkung auf 1,2 Gramm Natrium beziehungsweise drei Gramm Kochsalz pro Tag und weniger aus.

Unter natriumarmer Kost ist die optimale Wirkung auf den Blutdruck nach zwei bis drei Wochen erreicht. Die Natriumdiätetik hat in letzter Zeit stark an Bedeutung gewonnen. Sie stellt eine Art kausaler, an der Ursache angreifender Behandlung dar. Grundsätzlich spricht – mit individuellen Unterschieden – jeder Hochdruckkranke auf Kochsalzentzug an.

Eine Vielzahl von leichten und mittelschweren Hochdruckformen lassen sich allein durch Kochsalzeinschränkung beherrschen. Bei den Patienten, die auf die diätetische Basistherapie nicht genügend ansprechen und bei Hypertonikern schweren Grades hilft die konsequente Diät, Medikamente einzusparen und damit auch Nebenwirkungen zu verringern, vielleicht sogar zu verhindern.

Die zweite diätetische Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die erhöhte Kaliumzufuhr. Bei epidemiologischen Untersuchungen war aufgefallen, daß Völkerstämme, die kein Kochsalz verwenden, bei denen der Anstieg des Bluthochdrucks mit dem Alter ausbleibt und die keine Hochdruckkrankheiten kennen, in der Regel viel Kalium verbrauchen.

Durch Verfütterung hoher Kaliummengen läßt sich auch die Hypertonie bei Ratten günstig beeinflussen. Verschiedene Studien zeigen, daß Kaliumzulagen selbst unabhängig von der Natriumzufuhr eine Senkung des Blutdrucks bewirken.

Erhöhte Zufuhr essentieller Fettsäuren

Die Wirkung von Kalorieneinschränkung alleine auf den Blutdruck war lange umstritten. Zumindest zu Beginn der achtziger Jahre war die Ansicht vorherrschend, daß beim Übergewichtigen erst dann eine Blutdrucksenkug eintritt, wenn man die Natriumzufuhr beschränkt. Neuere Untersuchungen konnten nun den Zusammenhang zwischen Gewichtsabnahme und Blutdruckverhalten eindeutig belegen.

Die vierte Diätmaßnahme, die in der Lage ist, den Blutdruck bei Hypertonikern zu senken, ist die erhöhte Zufuhr an Linolsäure. Bei Studien über die Wirkung von niedriger Fett- und Cholesterinzufuhr waren nebenbei auch Blutdruck und andere Meßwerte registriert worden. Dabei ist den Wissenschaftlern der blutdrucksenkende Effekt von Versuchsdiäten mit relativ hohem Gehalt an Linolsäure aufgefallen.

Bei Übergewicht ist ein normales Körpergewicht anzustreben. Bei normalem Ausgangsgewicht kommen zunächst, wenn vom Arzt nicht anders verordnet, die Regeln einer abwechslungsreichen gemischten Kost zur Anwendung. Viel Vollkornprodukte, Gemüse und Obst sorgen für eine hohe Kaliumzufuhr. Die Kochsalzzufuhr soll sechs Gramm pro Tag nicht übersteigen.

Wie soll sich der Kranke ernähren?

Das bedeutet, daß unter Vermeidung beziehungsweise Einschränkung von besonders salzhaltigen Lebensmitteln wie Schinken, Salzheringe und spezielle Käsesorten kein Kochsalz zum „Nachsalzen" mehr verwendet werden darf. Hier bietet sich die Möglichkeit, mit einem kaliumreichen Kochsalzersatzmittel zu „salzen". Verordnet der Arzt eine stärkere Einschränkung, zum Beispiel auf drei Gramm Kochsalz/Tag, muß ein Teil der Lebensmittel durch *natriumarme diätetische Lebensmittel* ersetzt werden.

REINHOLD KLUTHE





